

RUB Bochum
Inst. f. G. d. Arbeitssk.

530 358

C21734 E



16-Metall
Gewerkschaftstag 15

westdeutsche Gefängnisse-
Folter und Mord 19

"REBEI"
Jugendzeitung des KB

Jahrg. 4 Nr. 49 10. Sept. 74 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes 50 Pf.

Arbeiterkampf

Bald 1 Million Arbeitslose?

900.000 oder gar eine Million Arbeitslose in der BRD haben einige Prognosen für den kommenden Winter voraus.
Bereits im August lag die Arbeitslosigkeit nach offiziellen Angaben bei 2,5% (Bundesanstalt für Arbeit) bis 2,9% (Bundesbank). 645.000 Menschen waren nach Angaben der Bundesbank arbeitslos, mehr als doppelt soviel wie zur gleichen Zeit des vorigen Jahres.
Eine Aufstellung der Arbeitslosenangaben etwa Mitte August) nach den wichtigsten Sparten zeigt schon einige Ursachen der Krise auf:
- 99.000 in Büro und Verwaltung.
Die zeigen das Bestehen des Kapitalismus als „unproduktive Klassen“, ausgenommen, vor allem die „Bürokratie“ der Wirtschaft.



Bis zu durch verschärfte Arbeitslosenkontrollen an den einzelnen Arbeitgebern zu verkleinert.
- 54.500 im Metallbereich. Sie sind vor allem das Opfer der Krise im Auto- und Zulieferindustrie.
- 14.000 Werkschließungen. Sie zeigen die starke Konzentration auf den Gebieten des Einzelhandels.
- 99.000 Bauarbeiter. Sie gehören zu dem Opfer der tiefgehenden „strukturellen“ dieser Wirtschaft.
Bereits die Zahl von 39.000 Arbeitslosen nicht erkennen, weil zahlreiche Bauarbeiter schon in anderen Berufen überstellt sind.
- 30.000 Textilarbeiter. Auch das Industrie steckt in einer „Strukturkrise“.

Der Ausbruch der Krise in der BRD wird durch immer noch steigende Exporte stark gestützt. Die BRD ist in diesem Jahr bis einschließlich Juli rund 30 Mrd. Mark Ausfuhrüberschuss erwirtschaftet, rund 12% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die BRD-Imperialisten setzen dabei mit einiger Sorge die Exportsteigerung in Italien, Frankreich, USA u.a. gegenüber, die auch den westdeutschen Export beim nächsten Monats. So auch z.B. von 1973 auf 1974 die Exportsteigerung in die USA um 34%, von 1973 auf 1974 um 37% zu verzeichnen.

Eine solche Entwicklung setzt sich auch in der BRD selbst fort. Dieser ist der BRD-Imperialismus vor allem durch die „strukturellen“ Krisen im „produktiven“ Sektor, im Gegensatz zu den „strukturellen“ Krisen im „Dienstleistungssektor“ (d.h. Maßnahmen zur Beschäftigung des Imports durch Schutz und Ethik) abzuhelfen.

„Strukturkrisen“ im Interesse des Kapitals

Die Arbeitslosigkeit ist ein Aushilfsmittel. Die Produktion im Juli um etwa 2% gestiegen, was zeigt, dass der Individualmarkt eine gewisse Mithingewinn macht, vor allem aber wirkt die Exportsteigerung der Autos, der Bundesbank u.a. dem Absatz entgegen. Dies gilt natürlich auch für die Export in andere kapitalistische Länder, die sich die Lebenslage der Welt, folgen gleichzeitig „strukturellen“ Krisen in der Export aber nicht ein Prozent zurückgegangen, da es weniger stark als der Absatz im Inland - zum einen wohl durch die Verdrängung von Konkurrenz, zum anderen durch das Erschließen neuer Märkte.

Die Auto-Industrie orientiert sich stark auf den Kapital-Export, d.h. auf den Export von Produktionsmitteln.

Die NATO im östlichen Mittelmeer Einbruch an der Südflanke?

Der faschistische Putsch auf Zypern, von der griechisch-zyprischen Nationalgarde mit Unterstützung der Athener Junta und des US-Imperialismus am 15. Juli unternommen, hat in seinen Folgen zu einer Reihe von Veränderungen im östlichen Mittelmeer geführt.
Türkische Truppen stehen seit dem 20. Juli auf Zypern und haben inzwischen in mehreren Etappen einen großen Teil der Insel besetzt; Zyperns Teilung ist damit zunächst einmal faktisch vollzogen.
Am 23. Juli trat die griechische faschistische Junta zurück, die vor sieben Jahren, am 21. April 1967, der Terrorregime über Griechenland errichtet hatte. Mitte August zog sich Griechenland aus der militärischen Integration der NATO zurück. Eine starke antimerikanistische Volksbewegung fordert die Entfernung der NATO-Stützpunkte von griechischem Boden. In der bürgerlichen Presse wurde daraufhin über die „morche NATO-Flanke“, über die „riesige Lücke in der Südflanke“ etc. lamentiert.

Tatsächlich bildet Griechenland ein wichtiges Kettenglied im militärischen Einkreisungsring (Atomraketen-Abwehrsystem, Radarketten, Anlaufhafen der US-Flotte) der NATO-Imperialisten um die Länder des Warschauer Pakts. Ferner bildet es ein Sprungbrett (neben der Türkei und Zypern) für jede militärische Intervention im Nahen (Palästina) und Mittleren Osten (Persischer Golf). Schließlich ist Griechenland auch als eventuelles Aufmarschgebiet gegen das sozialistische Albanien sowie gegen Jugoslawien von einiger Bedeutung.

Die US-Imperialisten haben bisher zahlreiche Stützpunkte in Griechenland. Dazu gehören Flottenstützpunkte für die 6. US-Flotte (u.a. Piräus und auf Kreta), Luftwaffenstützpunkte, Abschussbasen für Atomraketen und das Raketen-Übungsgebiet der NATO auf Kreta, das u.a. auch von der westdeutschen Bundeswehr benutzt wurde.

Schon hat Israel angeboten, den US-Imperialisten gegebenenfalls ersatzweise Stützpunkte zur Verfügung zu stellen, falls sie aus Griechenland abziehen müßten. Daneben bemühen sich die USA sehr intensiv und aufdringlich um Stützpunkte in Italien, wo es bereits zahlreiche NATO-Stützpunkte gibt (Abschussbasen für Atomraketen, Flottenstützpunkte, Radarketten). Dieses „Werben“ unterstützen die US-Imperialisten durch provozierende Flottenbewegungen an den adriatischen Küsten. Was die italienische Bourgeoisie angeht, so ist sie einerseits ökonomisch in einer akuten Zwangslage und daher häufig (vgl. den 3,2 Mrd.-Kredit der BRD). Andererseits steht sie unter starkem Druck der reformistischen Parteien, vor allem der PCI, die zwar längst nicht mehr den Austritt Italiens aus der NATO fordern, aber doch aus weiterer Stärkung der NATO-Positionen in Italien gegenüber der ita-

NIEDER MIT DEM CHILENISCHEN FASCHISMUS!

Über Nacht errichtete die Junta mehrere KZ. Darunter eines im selbst dem berühmten Nationalstadion von Santiago, in dem wie in den überfüllten Gefängnissen und Gefangenschiffen Tausende zu Tode gefoltert, erschlagen und erschossen wurden.
Der Widerstand gegen die faschistische Junta wurde so zunächst in einem riesigen Blutbad erstickt. Über 30.000 ermordete Arbeiter, Bauern, Studenten, Schüler, Frauen und Kinder, Zehntausende von Eingekerkerten, Deportierten, Gefolterten und Verurteilten. Hunderttausende Arbeitslose; völlige Versklavung und Entrechtung der Werktätigen; Not und Hungerdasein für unzählige Familien - das ist die barbarische Fratze der einjährigen faschistischen Herrschaft in Chile.

Und hinter ihr steht die blutige Hand des Imperialismus, des internationalen Monopolkapitals, in Chile ebenso wie 1953 im Iran, 1954 in Guatemala, 1957 in Jordanien, 1964 in Brasilien und der Dominikanischen Republik, 1965 in Indonesien, 1966 in Ghana, 1967 in Griechenland, 1970 in Kambodscha, 1971 in Bolivien und der Türkei, 1973 in Uruguay und in diesem Jahr in Zypern.

Am 11. September fährt sich der Tag, an dem die chilenische Bourgeoisie mit Hilfe des Militärs über das chilenische Volk ihre faschistische Herrschaft errichtete. Dieser Tag ist mit Blut und Schmerz in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingeschrieben, nicht nur in die der chilenischen

selbst, sondern in die der internationalen Arbeiterbewegung.

Allende, der demokratisch gewählte Präsident der „Regierung des Volkes“ UP (Unidad Popular, ein Bündnis linker Volksparteien), wurde ermordet, Jagdbomber, Panzer und Granatwerfer bombardierten unter dem Befehl der eigens dafür in den USA ausgebildeten Offiziere die von den Arbeitern besetzten Fabriken, die Arbeiterwohnviertel und Universitäten. Währenddessen verfolgten die Reichen von Santiago z.B. von den Terrassen ihres am Stadtrand höher gelegenen Villenviertels das „Schauspiel“ und begossen es mit Champagner.

Forts. nächste Seite

Unterstützt den CHILENISCHEN WIDERSTAND

MIR-MAPU

Spendenkonto:
HaSpa 1205/48 17 55
Helmut Theis



Freiheitskämpfer in Angola

Guinea - Bissau Unabhängigkeit anerkannt

Mosambik Unabhängigkeit Signal für "Aufstand" der weißen Faschisten

Am 10. September tritt das Unabhängigkeitsabkommen für Guinea-Bissau in Kraft. Die militärische Niederlage Portugals in dieser Kolonie war schon seit langem besiegelt, es galt dies für Portugal nur noch formal einzugestehen. Bereits vor einem Jahr hatte die Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln (PAIGC) ihrerseits schon die Unabhängigkeit dieses Landes erklärt.
Der Wortlaut des Abkommens ist noch nicht veröffentlicht. Es scheint jedoch in der Frage der Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln - die für Portugal wegen ihrer militärischen Stützpunkte dort von strategischer Bedeutung sind - zu einem Kompromiß gekommen zu sein. Es heißt, daß sowohl Portugal als auch die PAIGC

auf die Kapverden verzichten und sie als selbständiges Gebiet behandeln. Portugal rechnet sich dabei natürlich die Möglichkeit aus, auf dieses kleine Gebiet auch dann noch Einfluß zu behalten. Aristides Pereira, Generalsekretär der PAIGC, erklärte, daß Guinea wie die Kapverden freigelegte Versammlungen bilden würden, die die „oberste Verwaltung Guineas und der Kapverden“ darstellen und die dann gemeinsam die obersten Körperschaften der Union im Leben rufen sollen.

Am Sonnabend, dem 7.9. wurde das Unabhängigkeitsabkommen für Mosambik zwischen dem portugiesi-

Forts. Seite 10

Forts. Seite 23

Forts. Seite 12

Forts. Chile

Chile bedeutet indessen mehr als die Tatsache, daß der Imperialismus die jahrzehntelange grausame Spur seiner Verbrechen weiterverfolgend, eine demokratisch gewählte Regierung gestürzt hat. Der faschistische Putsch und das folgende Blutbad unter der Arbeiterklasse hat gleichermaßen diejenigen erschüttert, die auf das Gelingen des „chilenischen Weges zum Sozialismus“ gehofft hatten, ebenso wie diejenigen, die diesem „chilenischen Weg“ von Anfang an skeptisch gegenüberstanden hatten, weil die ganze historische Erfahrung der Arbeiterbewegung zeigt, daß nur durch einen bewaffneten Aufstand die Macht der Kapitalistenklasse gestürzt, der Weg zum Sozialismus geöffnet werden kann.

Auf der ganzen Welt gibt es kein Beispiel dafür, daß die herrschende Klasse freiwillig und widerstandslos abtritt. Die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus vollzieht sich im schärfsten Klassenkampf, der im allgemeinen die Form des bewaffneten revolutionären Aufstandes annimmt. Diese alte Erfahrung hat der Sturz der Allende-Regierung in blutiger Weise wieder einmal mehr bekräftigt.

Warum ist die UP-Regierung gestürzt worden?

Die Unidad Popular war Ende 1970 mit einem Programm an die Regierung gekommen, den Einfluß des US-Imperialismus zu brechen und einen „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ anzubahnen.

Einige große Unternehmen, vor allem aus dem Besitz ausländischen

Zur endgültigen Ernennung benötigte er die Stimmen der Christdemokratie, der Hauptpartei der chilenischen Bourgeoisie. Die US-Pläne sahen nun zunächst vor, die Christdemokratie dazu zu bewegen, für Alessandri zu stimmen, der dann, völlig US-hörig, seinen Rücktritt bekannt geben wollte, um dem Christdemokraten Frei in Neuwahlen – dann als einzigem Gegenkandidaten zu Allende – den sicheren Wahlsieg zu ermöglichen. In einem Brief des ITT-Besuchers in Chile an den stellvertretenden ITT-Präsidenten Merriam ist von der Bereitstellung einer siebenstelligen Summe zur Unterstützung dieser Kampagne die Rede.

Die Christdemokratie war in dieser Frage gespalten, letztendlich setzte sich der sogenannte „linke“ Flügel durch, für dessen Zustimmung allerdings Allende die Verpflichtung einging, 1. in allen Aktionen die bürgerliche Legalität und Unantastbarkeit aller bestehenden Institutionen (also den bürgerlichen Staat insgesamt) zu respektieren, 2. der „Opposition“ alle Rechte und die Garantie ihrer Institutionen und Massenkommunikationsmittel zu gewähren (was Allende später so auslegte, daß er sich weigerte, offen faschistische Organisationen und Holzorgane zu bekämpfen), und 3. auf die Bildung von Volksmilizen zu verzichten. In dieser Haltung der Christdemokratie kam damit zu Ausdruck, daß die nationale chilenische Bourgeoisie in der Unidad Popular die Möglichkeit sah, ihre eigene Abhängigkeit vom ausländischen Kapital zu lockern und so ihre eigenen Profile zu vergrößern, daß sie aber gleichzeitig aus Angst vor der Arbeiterbewegung diese von Anfang an soweit wie möglich einzuschränken versuchte, um ihr zu einem späteren Zeitpunkt die Früchte des ant imperialistischen Kampfes umso

amerikanische Berater (man sieht, welche Funktion die US-„Berater“ haben!) äußern jedoch die Überzeugung, daß die Armee und Polizei durchaus dazu in der Lage sind.“ (ITT-Dokumente)

Da der größte Teil der chilenischen Offiziere in den USA ausgebildet worden war, verfügte die US-Imperialisten über die besten Verbindungen zum Militär.

General René Schneider, der Oberkommandierende des Heeres, zögerte und machte seine Zustimmung zum Putsch von der Entscheidung der Christdemokratie abhängig, die inzwischen jedoch schwankend geworden war. Sofort putzschbereit zeigte sich der rechtsradikale Ex-General Vial und sein 1. Artillerieregiment.

Folgendes Plan entwickelten die CIA-Agenten: Über die rechtsradikale und US-finanzierte Presse sollte die faschistische Bombenstrategie den „linken Terroristen“ in die Schuhe geschoben werden. Dieser Terror sei nur ein Vorbote dessen, was das chilenische Volk auf dem Weg in die „kommunistische Diktatur unter Allende“ erwarte. Auf Schneider wurde ein Attentat geplant, das den Linken in die Schuhe geschoben werden sollte, womit man zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen gedachte: Einmal das gesamte Heer für einen Putsch gegen links einzustimmen, zweitens Schneider zu beseitigen, der – statt des sofortigen Putsches – die längerfristige „Jesaja“-Ausbildungsstrategie der Christdemokratie gegenüber Allende befürwortete.

Der Staatsstreich schlug fehl. Das Attentat auf Schneider wurde so dilettantisch ausgeführt, daß die Mörder und ihre Verbindungen zu faschistischen Organisationen sofort aufgedeckt werden konnten (während die Beteiligung der USA erst durch die ITT-Dokumente aus Tages-

„Freiheit für Chile“ – laut CDU, eine „tendenziöse Parole“

Seit einigen Wochen hängt an der Außenwand der Frankfurter Fachhochschule für Sozialarbeit ein von chilenischen Malern geschaffenes Bild mit der Überschrift: „Freiheit für Chile“. Das Bild zeigt vier Totenköpfe mit Soldatenhelmen, zwei Köpfe von Südamerikanern, ein Gefängnisgitter und acht Grabsteine. Es war abzusehen, daß die hiesigen Freunde der Pinochet-Bande sich an diesem Bild stören würden. So erkundigte sich auch CDU-Abgeordneter Arnulf Borsche nach „rechtlichen Konsequenzen“ bei der Landesregierung, weil „es schließlich ja nicht länger hingenommen werden könne, daß die Flächen an öffentlichen Gebäuden als Werbeträger für tendenziöse Parolen benutzt werden.“

Als weiteres Argument fügte Borsche hinzu: „Das Gemälde stört die Architektur des Nordwestzentrums“.

Für Faschistenfreunde kann das Aufzeigen des Terrors ihrer chilenischen Geminungsbrüder und die Unterstützung des antifaschistischen Kampfes des chilenischen Volkes logischerweise nichts anderes als „tendenziös“ sein.

Als diesen Herren, die so wie Heck (CDU-Abgeordneter) der Ansicht sind, „das Leben im Stadion (das KZ-Stadion von Santiago) sei bei sonstigem Frühlingswetter recht angenehm“ werden wir auch noch mal „einen Platz an der Sonne“ verschaffen!

KB/Gruppe Frankfurt

Agrarreform: sie beschränkte sich im Jahr 1971 auf die Enteignung von etwas mehr als 1.000 Landstücken (die später noch auf 1.000 anstiegen) mit einer Bewässerungsfläche von über 80 ha. Die Großgrundbesitzer erhielten ein Recht auf eine „Reserve“ von 40 ha, die sie unter den besten Bodenqualitäten auswählen konnten. Grundbesitze unter 80 ha waren ohnehin nicht von der Agrarreform betroffen und viele Latifundisten konnten der Enteignung schon dadurch entgehen, daß sie ihren Besitz juristisch einfach auf ihre Familienmitglieder und Verwandte verteilten. Wieviel davon Gebrauch gemacht wurde, ist schon daran deutlich, daß sich die Zahl der landwirtschaftlichen Güter in einer Größe zwischen 40 und 80 ha von 4.500 im Jahr 1970 auf 9.000 im Jahr 1973 erhöhten.

Nationalisierung: Die Allende-Regierung verstaatlichte zwar den großen Kupferbergbau und das Bankwesen, wollte im weiteren dann aber nur noch 91 große Industriebetriebe in den verstaatlichten Sektor einbeziehen – deren Zahl in Wirklichkeit aber zwischen 500 und 800 lag. Die großen Baubetriebe und Verteilungsbetriebe ließe sie ohnehin ausdrücklich aus. Für viele der durchgeführten Verstaatlichungen wurden zudem riesige „Entschädigungen“ an ihre ehemaligen Besitzer gezahlt – Geld, das damit erstens der Reformpolitik entgegenwärtig wurde, und womit sich die alten Besitzer entweder wieder irgendwo einkaufen konnten oder womit sie ihre Umstrukturierung finanzieren konnten.

Immerhin waren aber diese Reformen schon dann angest, die Imperialisten und Großgrundbesitzer und die von ihnen bezahlten faschistischen Elemente stärker auf den Plan zu rufen. Seinen Plänen der wirtschaftlichen Auszehrung Chiles entsprechend, drohte der US-Imperialismus über die Weltbank die Kredite

Faschismus – Mord an der Arbeiterklasse

Seit dem 11. September 73, dem Tag, an dem die chilenischen „Gorillas“ durch einen blutigen Putsch die Macht an sich rissen, wurde auch die Gesundheitsversorgung der Angestellten, Arbeiter und Bauern Chiles systematisch ruiniert. Sämtliche Pflichten der Unidad Popular-Regierung und darüber hinaus viele Verbesserungen, die sich die chilenische Arbeiterklasse in den letzten 50 Jahren erkämpft hatte, wurden zerstört.

Hier die einzelnen Maßnahmen der faschistischen Junta seit dem 11. September:

- 300 demokratische Selbstverwaltungsgremien des Gesundheitswesens wurden aufgelöst.
- Die Notfall-Ambulanzen zur kostenlosen Behandlung der Mittellosen wurden stillgelegt.
- Mindestens 1.000 Ärzte und Angestellte des Gesundheitsdienstes wurden ermordet, eingesperrt, ihres Postens entbunden oder rußten fliehen.

So fehlen heute den Arbeitern und Bauern gerade jene Medizin, die sich am meisten für sie einsetzen hatten.

- Die kostenlosen Milchverteilungen an alle Kinder wurde eingestellt, obwohl 30-35% aller chilenischen Kinder unterernährt sind! Das Colegio Medical (entspricht unserer Ärztekammer) befragte dazu die unglücklich zynische, „wissenschaftliche“ Begründung: „Ihre Organismen (die der Kinder) sind nicht gewohnt, Milch zu bekommen und erkranken häufiger an Durchfall, als wenn sie keine Milch bekommen“.

- Neuerdings braucht man einen Passierschein, um überhaupt ins Krankenhaus zu kommen. Der kostet 2.000 Escudos, das ist ein Zehntel des durchschnittlichen Monatslohns. An den Pforten der Krankenhäuser stehen Soldaten, um die Patienten, die sich keinen Passierschein leisten können, mit ihren Bajonetten wegzujagen.

- Das staatliche Gesundheitswesen soll reprivatisiert werden. Schon wurden die Aktien der Krankenhaus-Baugesellschaft an der Börse von Santiago versteigert.

Die ausdrücklich von der Junta angestrebte Wiedereingliederung der „sozialisierten Insel“ in die „freie Marktwirtschaft“ wird die gesundheitliche Versorgung der chilenischen Massen um 30 Jahre zurückwerfen: Privat-Medizin für die Reichen, Krankenkassen für die Armen und das Ergebnis sein.

Gruppe Gesundheitswesen, KB/Gruppe Hamburg

Immerhin über die Weltbank die Kredite an Chile, drückte er den Weltmarktpreis für Kupfer (Chiles wichtigstes Exportmittel), strengte er Beschlagnahmenaktionen gegen Schiffsladungen chilenischen Kupfers an usw. Gleichzeitig verbündete sich die nationale chilenische Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie mehr und mehr mit dem Großgrundbesitz gegen die Unidad Popular, da die Enteignungen der ausländischen Monopole weitgehend abgeschlossen waren und die Bourgeoisie jetzt nicht mehr bereit war, die Regierungsgeschäfte von den Reformisten ausführen zu lassen, sondern über eine reaktionäre christlich-nationaldemokratische Regierung dem chilenischen Volk die Früchte des ant imperialistischen Kampfes rauben wollte. Gemeinsam legten sie sich ins Zeug, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes zu vervielfachen:

Schaffung von Versorgungsstellen durch Warenhortung (und damit Aufblähen des Schwarzmarktes), Schmuggel knapper Güter ins Ausland (so wurden ganze Viehherden über die Grenze nach Argentinien getrieben), Zerstörung von Produktionsanlagen, die verstaatlicht worden waren oder die Arbeiter auch ohne Einverständnis und gegen den Willen der Allende-Regierung in ihren Besitz genommen hatten, usw.

Die Entscheidung für den Putsch der Konterrevolution aber war, daß sie zu allen Zeiten den Staatsapparat in ihren Händen hatte – und sich in dessen Schutz auch faschistische Störtruppen entwickelten und ihre Bombenstrategie ausübten und steigern konnten (gegen Brücken, Transportwege, Telegrafennetze und Fabriken ebenso wie gegen Anhänger der Unidad Popular und anderer linker Organisationen und gegen Büros und Versammlungsräume der Linken und der Gewerkschaften).

Die Unidad Popular wollte den schon mehrfach in der Geschichte der Arbeiterbewegung gescheiterten Versuch unternehmen, den bürgerlichen Staatsapparat (Militär, Polizei, Justiz, Beamtendbürokratie) schrittweise von innen her zu erobern auf „demokratischem“ Weg, unter Vermeidung einer gewalttätigen Konfrontation mit dem herrschenden Klassen. Tatsächlich war das aber nicht nur ein von vornherein aussichtsloses Unterfangen, sondern es führte in Chile ebenso wie bei ähnlichen Versuchen in anderen Ländern dazu, daß die Unidad Popular unter den zunehmenden Schlägen der Konterrevolution immer mehr zurückwich, die Arbeiter und Bauern nicht zum selbständigen revolutionären Kampf mobilisierte (sondern diesen sogar immer mehr zu unterbinden versuchte), und schließlich ihr Heil im „Dialog“ mit der Christdemokratie suchte (die längst zu einem aktiven Zentrum der Konterrevolution geworden war) und bürgerliche Militäre in die Regierung holte. Besonders das Verbreiten von Illusionen über die angebliche „Loyalität“ und „demokratische Tradition“ des (von



Langhaarige sind verdächtig – Faschistischer Terror als „Befreiung vom Sozialismus“.

Kapital, in erster Linie die Kupfergruben der US-Monopole, sollten verstaatlicht werden. Um die Not der Bauern zu lindern, versprach das UP-Programm in einer Agrarreform die Enteignung des Großgrundbesitzes. Imperialisten und Großgrundbesitzer waren demzufolge auch von vornherein feindlich gegen die Allende-Regierung eingestellt.

Gleich nach Allendes Wahlsieg am 4. September 1970 und noch vor seiner offiziellen Amtseinführung am 4. November begannen die US-Imperialisten, ihre ersten Putschpläne in die Tat umzusetzen, um möglichst schon die Regierungsbildung zu verhindern. In diesen acht Wochen erlebte das chilenische Volk den ersten Vorgeschmack dessen, was die Konterrevolution in den nächsten Jahren gezielt umzusetzen gedachte.

Details der Verschwörung wurden durch die Enthüllungen des amerikanischen Journalisten Anderson 1972 bekannt, die als ITT-Dokumente Schlagzeilen machten. Danach war die „International Telephone and Telegraph Company“ (ITT), einer der mächtigsten imperialistischen Konzerne, der u.a. 60 % des Aktienkapitals der chilenischen Telefongesellschaft kontrollierte, in enger Zusammenarbeit mit dem CIA und dem US-Botschafter in Santiago und den chilenischen Rechtsextremisten um den General Viala aktiv an Putschplänen beteiligt, in die auch die Christdemokraten um Frei u.a. verwickelt waren.

Allende hatte die Wahl mit 37 % der Stimmen nur knapp vor Alessandri, dem Kandidaten der rechtsextremistischen National-Partei, gewonnen.

leichter rauben zu können.

Für den Fall, daß die Christdemokratie dem „Alessandri-Plan“ nicht zustimmte, bereiteten die US-Imperialisten den sofortigen Militärputsch vor. Faschistische Gruppen in Chile, darunter die Organisation „Patria y Libertad“ (eng mit der National-Partei verbunden), wurden beauftragt, im Lande durch ihre Bombenstrategie ein Klima der Angst und Verunsicherung zu schaffen. Hochspannungskabel wurden gekappt, die östliche Ortschaften in der Provinz Santiago stromlos machten, die Produktion in vielen Industriezweigen wurde stark gedreht, um künstlich Versorgungsschwierigkeiten zu schaffen. Plastikbomben wurden vor Supermärkten und Banken gelegt. Das ist die gleiche Strategie, mit der die Faschisten heute in Italien ein Staatsstreichklima vorzubereiten versuchen. Sie dient in der Regel dazu, einen faschistischen Militärputsch als „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung“ zu rechtfertigen.

In den ITT-Dokumenten wird dieser Tatbestand elegant als „Sondierung einer militärischen Lösung“ umschrieben. Mit seltener Offenheit formulierten die US-Strategen die Hauptfrage im Zusammenhang mit der Armee:

„Sind die chilenischen Militäre wirklich in der Lage, gewaltam im ganzen Land zu herrschen und auf eine Bürgerkriegssituation vorbereitet? Die Meinung darüber ist in Santiago geteilt. Korry (US-Botschafter) meinte, Chiles bewaffnete Streitkräfte seien nicht mehr als ein Haufen Spielzeugsoldaten. Gut unterrichtete Kreise in Chile und einige nord-

licht kam). Das Attentat erzielte somit das Gegenteil der erhofften Wirkung: Durch die breite Enttarnung über das Verbrechen wurden die auf den sofortigen Putsch orientierten Teile der Armee neutralisiert, Allende mußte mit großer Mehrheit im Amt bestätigt werden. Der US-Imperialismus mußte zunächst zurückweichen und orientierte ab jetzt auf einen schrittweisen Auszehrungs- und Konfrontationsplan als Vorbereitung des Umsturzes – so wie er auch schon in den geheimen Dokumenten des ITT-Konzerns vorgezeichnet war: einen „schnellen Niedergang der (chilenischen) Wirtschaft herbeizuführen, der gewalttätige Auseinandersetzungen auslöst und schließlich zum Militärputsch führt.“

In den ersten Monaten ihrer Regierungszeit konnte die Unidad Popular dann eine Reihe von sozialen Reformen durchführen (Senkung der Arbeitslosenquote, Wohnungsbeschaffung, Gesundheits- und Lebensmittelversorgung, usw.), die eine unmittelbare Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung bedeuteten (unter der vormaligen christdemokratischen Frei-Regierung hatte die Arbeitslosenquote in Santiago beispielsweise 8,3 % betragen – sie konnte im ersten Jahr der UP-Regierung auf 7,8 % gesenkt werden; die Zahl der fertiggestellten Wohnungen wurde von 12.000 im Jahr 1970 mehr als verdreifacht, usw.). Mit der Verwirklichung der „Kernstücke“ ihres Programms blieb die Allende-Regierung jedoch mehr und mehr hinter den ursprünglichen Ankündigungen zurück.

Forts. Chile

Strategen des US-Kriegsministeriums ausgebildeten) chilenischen Militärs kennzeichnet den tiefsten reformistischen und opportunistischen Charakter der UP-Regierung.

Die Unidad Popular versah wegen vollständig die lange Tradition von Militär und kaserneierten Carabineros im blutigen Niederhalten des Volkes, die schon 1907 mit dem Mord an 3.600 streikenden Arbeitern in Iquique begann und in den 60er Jahren unter den Regierungen Ibáñez, Alessandri und Frei zur Niederschlagung zahlloser Streiks und zum Mord an Dutzenden von Arbeitern, Bauern und „Pobladores“ (Slum-Bewohner) geführt hatte. Einer der Höhepunkte faschistischer Angriffe auf die Arbeiterbewegung war das Jahr 1948, in dem die KP verboten wurde und Militärs in einer Nacht- und Nebelaktion Tausende von Kommunisten und Gewerkschaftsführern in einem einsamen zum Zweck eingerichteten KZ im Norden des Landes internierten.

Und während sich die Allende-Regierung immer mehr sträubte, auch nur ein Mindestmaß an ernsthaften Maßnahmen gegen die sich rüstende Konterrevolution zu ergreifen (z.B. wurde nicht einmal die offene faschistische Terrororganisation „Patria y Libertad“ verboten, die enge Verbindungen zu den Militärspezialisten unterhielt; z.B. wurden nicht einmal die Hetzpropaganda der bürgerlichen Presse geschlossen; z.B. wurde nichts gegen die hohen Offiziere unternommen, die

Motor und Triebfeder der sich seit dem Frühjahr 1972 mit der Ermordung zahlreicher Bauern steigenden Terrorwelle waren die vom Großkapital und CIA finanzierten faschistischen Stoßtruppe „Patria y Libertad“ und die Kommandos „Rolando Matas“ der rechtsextremen Nationalpartei. Eine von der Regierung im März 1972 angeordnete Hausdurchsuchung förderte im Sitz der Organisation „Patria y Libertad“ ein großes Waffenlager zu Tage. Die Mitglieder wurden – ähnlich wie in den italienischen Faschistenorganisationen heute – in paramilitärische Formationen eingeteilt, die sich im Schießen und Herstellen von Bomben, Molotowcocktails usw. übten. Im Juli 1973 war die Zahl der Attentate bereits auf über 500 angestiegen!

Die erste Generalprobe für den konterrevolutionären Angriff war der Transportunternehmerstreik im Oktober 1972, der vier Wochen dauerte und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ins Uferlose steigerte. Der Streik wurde mit dem vorgeblichen Anlaß der Erhöhung der Transporttarife von der extrem rechts stehenden Transportunternehmer-Gewerkschaft künstlich hochgespielt und zum politischen Streik ausgeweitet. Als Vorsitzender dieser „Gewerkschaft“ fungierte ein Mitglied von „Patria y Libertad“, die CIA-Gelder flossen so reichlich, daß die Unternehmer ein Vielfaches der üblichen Einnahmen als „Streikgelder“ erhielten.

Groß- und Kleinhandel unterstützten den Streik und horten die wenigen verfügbaren Waren. Zeitwei-

So konnte durch die verstärkte Wachsamkeit und den organisatorischen Zusammenhalt der Arbeiterklasse der Angriff der Bourgeoisie zunächst zurückgeworfen werden. Diese entschied sich nach dem Eintritt der Militärs – die Regierung der Unidad Popular – stets zwischen dem brutalen Putsch in Verbindung mit dem Imperialismus und dem „legalen“ Sturz, gestützt auf die eigenen Hauptparteien, schwankend – dafür, zunächst die Parlamentswahlen im Frühjahr 1973 abzuwarten, in der Hoffnung, daß die Massen die wirtschaftliche und politische Verunsicherung dem „sozialistischen Experiment“ Allendes anliehten und die bürgerlichen Hauptparteien eine Zweidrittelmehrheit erhalten würden, die nach der Verfassung den Sturz Allendes über ein Mißtrauensvotum ermöglicht hätten.

Doch nachdem es der Bourgeoisie trotz des äußerst aufwendigen Wahlkampfes in einer Atmosphäre gesteigerten Terrors nicht gelungen war, die zur Abwahl Allendes nötige Mehrheit auf „legalen“ Wege zu erringen, die Unidad Popular statt dessen sogar ihren Stimmenanteil gegenüber der Präsidentenwahl 1970 um 8 % verbesern konnte, setzte sie jetzt eindeutig auf die Karte des faschistischen Militärs. Die nationale chilenische Bourgeoisie, die drei Jahre zuvor die Allende-Regierung als ein Instrument gebrauchte, wollte, um ihren Handlungsspielraum gegenüber dem herrschenden Kapital zu vergrößern und die vom Imperialismus und seinen Statthaltern erzeugte Krise des Landes

Als unsere Kinder starben, habt ihr nicht gestreikt!

Noch vor dem faschistischen Putsch schrieb „Slum“-Bewohner von Santiago diesen „Offenen Brief“ an die Ärzte, die auf der Seite der Reichen und der äußersten Reaktion standen und einen gegen die Arbeiter und Bauern gerichteten „Streik“ inszenierten. Den Text des Briefes entnehmen wir der „Frankfurter Rundschau“, dieser gründet auf eine Veröffentlichung in der Zeitung „Aurora de Chile“ vom 2.11.1972.

Ihr kennt uns gut. Wir sind die Patienten aus dem allgemeinen Wartesaal, wir sind die Patienten der Poliklinik der „poblacion“ (= Elendsquartier in Santiago de Chile, Red.), wir sind diejenigen, die vom Sozialversicherungsdienst behandelt werden. Wir sind die Armen Chiles, die die Statistiken für Unterernährung, Kindersterblichkeit und vorzeitigen Tod füllen.

In diesen Tagen arbeitete man wohl in den Hospitälern. Das niedrige Personal und ein Teil von Euch versorgten die Krankenhäuser. Aber einige von Euch arbeiteten nicht. Einige von Euch waren im Streik.

Während einige von Euch streikten, waren wir alle in den Fabriken oder auf dem Feld, reparierten Eure Autos, bauten Kühlchränke für Euch, nahdet die Kleider, die Eure Frauen in den Boutiquen der Oberstadt kauften. Wir bauten auch die Häuser, die ihr beziehen werdet. Die Autos und Häuser sind teuer, die wir für Euch machen. Warum? Weil wir arm sind und sie nicht kaufen können. Wir machen die Dinge für Euch und nicht für uns. Was für eine eigenartige Gesellschaft!

Wir fragen uns, wer ihr in Wirklichkeit eigentlich seid. Jährlich haben wir den Acker besät und abgeerntet, Häuser gebaut und Autos konstruiert. Kleider genäht und Möbel geformt. Während wir verreckt auf dem Feld schwitzten oder uns auf dem Bau schmutzig machten, habt ihr Bücher gelesen, studiert und in Labors gearbeitet.

Eure Kleidung und Euer Essen gefertigt und Eure Häuser gebaut. Hätten wir das nicht gemacht, wärt ihr wie Hunst und ungesunden, hättet nackt herumlaufen oder auf dem Boden schlafen müssen. Oder aber ihr hättet Euch eben auch direkt machen müssen und schwitzen, um zu überleben.

Wir hätten nichts dagegen, ihr konntet essen, Euch gut kleiden und Eure Wohnung beziehen. Konntet studieren und Arzt werden. Wir konntet das nicht, weil wir für Euch produziert.

Jetzt seid ihr im Streik. Zusammen mit den großen Spektulanten, zusammen mit den Großgrundbesitzern und den großen Industriellen, zusammen mit den Großkaufleuten, die wie ihr nur zu gut wißt, die reichen Leute von Chile sind. In dieser Notlage haben sich einige von Euch auf die Seite der Reichen gestellt.

Niemals haben wir gesehen, daß ihr Euch auf die Seite der Armen gestellt habt. Die Seite der Arbeiter, Landarbeiter und poblabores, auf die Seite derjenigen, die für Euch arbeiten. Dies sagt uns, weil ihr niemals in Streik getreten seid, wenn andere früher zu Beginn des Sommers in den „poblaciones“ wie Fliesen weggerissen an den Folgen von Sommerdurst. Ihr habt niemals gestreikt für unsere Frauen, die seit 20 Jahren schon keine Zahne mehr im Mund haben. Niemals habt ihr gestreikt wegen unserer Unterernährung. Und nie wegen der schmerzlichen Bedingungen, unter denen wir leben. Zum Teufel, und ob ihr sie konntet!

Niemals habt ihr deswegen gestreikt. Noch nicht, wir denken daran, mit welcher einer Geringschätzung ihr uns behandelt habt. Bism betreten wir den

Behandlungsraum, habt ihr uns schon geduldet, in diesem Ton, mit dem der Patron eines Funds seine Landarbeiter behandelt: „Mach schnell, nun leg Dich schon hin!“ Immer hat uns dieses Duzen irritiert, weil es nicht ein brüderliches Duzen von einem Arbeiter zum anderen war, sondern das hochmütige Duzen des Reichen gegenüber dem „Unterlegenen“.

Und wir dachten bei uns: „Weil er denn nicht, daß das Essen, das ihm am Leben hielt, während seiner Studien in der Medizinischen Fakultät, von uns produziert worden ist?“

Das dachten wir, aber ihr sagten es nicht, weil wir uns damals noch vor Leuten fürchteten, die vornehm redeten, wir hatten Scheuklappen vor die feinen Irieren, uns erschreckten die schönen Teppiche, die luxuriösen Häuser, die Direktorenburau und alle solche Sachen. Es war uns nicht aufgegangen, daß wir dies alles ja mit unseren eigenen Händen gemacht hatten. Es war uns nicht bewußt, daß diese studierten Herren, die so viel wussten, gleich wie wir geboren wurden, nackt und ungewissen. Und es wäre uns gar nicht eingefallen, daß sie aus ihrer Unwissenheit und Nacktheit deshalb herausgekommen sind, weil wir sie leidierten, bekledeten und verpflegten. Jetzt ist es uns aufgegangen.

Aber nicht nur das. Wir haben noch mehr erkannt: „Was würde geschehen, wenn wir nicht weiter produzieren würden, um die Zukunft des Arztes zu sichern?“

was dann geschehen würde:

Die Dinge in unserem Land haben sich verändert und sind weiter dabei, sich zu verändern. Die Armen aus der Stadt und vom Land werden nicht zulassen, daß diejenigen, die sie weigern, uns heute zu behandeln, für die wir geliebt, geschätzt und geschüttelt haben. Wir überleben Euch die Dinge, die wir produziert, anstatt sie selbst zu verbrauchen. Aber wir geben sie Euch nicht gratis. Wir geben sie Euch, damit ihr uns danach auch behandelt.

Einige von Euch haben uns betrogen. Aber nicht noch einmal! Keine Ausbeuter mehr, die uns schwitzen lassen, wie sie zu wollen und uns hinterher die kalte Schulter zeigen. Keine Geschäftsmacher in Medizin mehr, sondern wahre Ärzte. Keine Sammler von Geldscheinen mehr, sondern Sozialarbeiter, die bereit sind, dem Bienenkorb auch wieder die Rückgrücken, was sie daraus entnehmen haben.

Last uns die Sale der Universitäten mit unseren Söhnen, den einfachen Volk füllt! Das Volk, das seine eigenen Schmerzen kennt und das weiß, wie zu lindern. Wir wollen die weißen Kittel der Studenten für die Söhne der Landarbeiter, der Arbeiter und poblabores. Raus aus dem Universitätsbereich mit den Ausbeutern und Geschäftsmachern der Medizin! Raus aus den Universitäten mit den Versauern, den Undankbaren und Gefühlslosen!

Nur das kann eine gute Gesellschaft werden.

Und einige von Euch werden keinen Platz mehr haben können. Die Armen der SC-21 und des Landes



Die Jugendverbände der Unidad Popular organisieren freiwillige Arbeitsdienste unter der Losung: „Ich arbeite für Chile“. So beteiligten sich am „Nationalen Tag der freiwilligen Arbeit“, dem 14. Mai 1971, 1 Mill. junge Arbeiter und Schüler.

antifaschistische Soldaten schon vor dem Putsch (oltern ließen) – verurteilte sie in gleichem Maße zunehmend diejenigen, die dem Reformismus eine revolutionäre Politik gegenüberstellten, wie vor allem der MIR (Bewegung der revolutionären Linken), und ließ die Armee Hausdurchsuchungen und Festnahmen bei der revolutionären Linken vornehmen.

Indem hatte sich unter dem Einfluß der verstärkten Angriffe des Imperialismus und der inländischen Konterrevolution sowie unter dem Einfluß der (wenn auch begrenzten) Reformstrategie der Unidad Popular eine Bewegung unter den chilenischen Arbeitern, Bauern und Studenten entwickelt, die zunehmend kämpferischer auftrat und von der Regierung eine entschiedenere anti-imperialistische Haltung forderte. In vielen Fällen war es zu „illegalen“ Landnahmen und Betriebsbesetzungen mit Produktionsübernahme durch die Arbeiter gekommen, ohne daß die jeweiligen Betriebe oder Güter im „Übergangssozialismus“-Plan der Allende-Regierung verzeichnet gewesen sind. Besonders auf dem Land hatten sich auch Arbeiter- und Bauern-Militzen gebildet, weil diese sich nur noch so vor dem Terror der „weißen Garde“ der Großgrundbesitzer schützen konnten (die Allende-Regierung selbst ließ diese Arbeiter- und Bauern-Militzen später teilweise wieder entwaffnen – mit dem Argument, daß es sich dabei um „von Ultralinken angestiftetes Abenteuerum“ handle, das „der Konterrevolution in die Hände arbeiten“ würde – was schon eine geradezu unversämte Umkehrung der wirklichen Vorgänge war).

lig konnte die Versorgung der Bevölkerung selbst mit elementaren Lebensmitteln nicht mehr sichergestellt werden. Wichtige Nahrungsmittel wurden durch die Entstehung eines Schwarzmarktes zum Privileg der Reichen. Die chilenische Bourgeoisie zeigte deutlich ihre Entschlossenheit, das chilenische Volk auszuhungern, um die UP-Regierung politisch in die Knie zu zwingen. Nur der Selbsthilfe der Arbeiterklasse, die z.T. die Warenversorgung in die eigenen Hände zu nehmen versuchte, war es zu verdanken, daß der Streik nach einigen Wochen abflaute und sich die Versorgung der Bevölkerung wieder verbesserte.

Doch die Unidad Popular wich wieder einmal mehr zurück. Statt einer generellen Verstaatlichung von Handel und Transport unter der Kontrolle der auszubauenden Selbsthilfe der Arbeiterklasse betrug sie die Versorgung der Bevölkerung in den Händen der Faschisten – und nahm Militärs in die Regierung auf! Dabei war die Arbeiterklasse durchaus zum Vorwärtsschreiten bereit. Insbesondere während und nach dem Fuhrunternehmerstreik verstärkte sich die Bildung erster Komitees von Arbeitern, Bauern- und Wohngebietsräten, insbesondere in den Industriezonen um Santiago, Concepcion und Antofagasta anlässlich der Besetzung zahlreicher Fabriken auf Initiative revolutionärer Organisationen. In den Räten wurden neben den Problemen der Versorgung auch die der Bewaffnung und Selbstverteidigung des Proletariats gegenüber der Konterrevolution aufgeworfen.

durch ein „Demokratisierungs“-Projekt gesunden zu lassen, kehrte in der Schoß der Imperialismus zurück – aus Furcht vor den Arbeitern und Bauern, die im Begriff standen, ihnen das Spiel zu vermissen.

Die heftigen Klassenkämpfe nach den Parlamentswahlen im März 1973 zeigten dann auch klar die Alternative: Konterrevolutionärer Putsch – oder revolutionäre Bewaffnung der Arbeiterklasse und der mit ihnen verbündeten Bauern. Die Armee gab bisher nach außen gekochte Rolle politischer Neutralität gegenüber der UP-Regierung auf. Der Putsch-Versuch des Panzerregiments General Souper am 29. Juni war für die faschistischen Generäle nur ein Generalprobe für den Staatstreue am 11. September.

Die fortschrittlichsten Teile der Arbeiterklasse verstanden die revolutionäre Zuspitzung nach dem 29. Juni. Die allgemeine Mobilisierung der Arbeiterklasse führte zur sofortigen Besetzung der Fabriken unter Ausnutzung des Generalstreiks. Massenmeetings fanden statt, auf denen die Zurückschlagung der Konterrevolution organisiert wurde. Die Rätebewegung wuchs rasch an, konnte indes nicht in gleicher Geschwindigkeit die Fesseln sprengen, die der Reformismus der Massenbewegung angelegt hatte.

Die Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterbewegung und der Linken spiegelte sich in der Orientierung dieser Räteorganisationen wider: während auf Teil der Linken darum kämpfte, diese Räteorganisationen als alternative Apparat zu entwickeln und schnell zu einem politischen und militärischen Kampfinstrument gegen die

Konterrevolution zu machen, versuchte ein anderer Teil sie als bloße Unterstützungsorgane der UP-Regierung festzubinden und sie in die organisatorische Struktur des zentralen Gewerkschaftsverbandes CUT einzugliedern. In dieser Auseinandersetzung und aufgrund der immer sich vertiefenden Zuspitzung der von der Konterrevolution ausgehenden Gefahr polarisierte sich auch das Parteienlager der Unidad Popular: der rechte regierungsbestimmende Flügel wurde dabei als „konsequenter“ von der revisionistischen „KP“ Chiles repräsentiert, die auch der hauptstädtische Schürer der Illusionen über das angeblich „verfassungsmäßige“ Militär und Fürsprecher eines „Dialogs“ mit der Christdemokratie war, ihr zur Seite standen vor allem der Allende-Flügel der Sozialistischen Partei und die Radikale Partei, deren Basis im wesentlichen im Kleinbürgertum und im Beamtenapparat lag. Auf der anderen Seite der Auseinandersetzung innerhalb der Linken stand vor allem der MIR, der nicht an der Unidad Popular beteiligt war und stets auf die Unverschieblichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes mit dem Imperialismus hingewiesen und entsprechend unter den Arbeitern, Bauern und Studenten auf eine Vorbereitung auf diesen Zusammenstoß orientiert hatte. Mit Verschärfung der Widersprüche näherten sich dieser Auffassung auch Teile der Sozialistischen Partei und des MAPU an, die beide zur Unidad Popular gehörten. Aber weder hatte die chilenische Arbeiterbewegung selbst bereits mit dem Reformismus völlig gebrochen (was eben auch die Auseinandersetzungen innerhalb der

Räteorganisationen zeigten), noch hatten der MIR und die ihm nahestehenden Teile der UP bereits eine ausreichende organisatorische Kraft entwickelt, um in kurzer Zeit eine von breiteren Teilen der Arbeiterklasse anerkannte revolutionäre Alternative zum UP-Reformismus zu bilden.

Während die revolutionären Linken nach dem gescheiterten Putsch alle Kräfte mobilisierten, um die Arbeiter der Großbetriebe und der proletarischen Stadtviertel zu bewaffnen und im Waffengebrauch zu unterrichten, verteilte z.B. die „KP“ Chiles zwar am 29. Juni in Concepcion Waffen an die Arbeiter, die sie aber lag darauf wieder einsammeln ließ. Die UP-Regierung nutzte den Putsch nicht, um die taktischen und strategischen Positionen der Arbeiterbewegung auszubauen, sondern machte erneut Zugeständnisse an die immer aktiver auftretenden Militärs, akzeptierte den Rücktritt des einzigen noch verfassungstreuen Generals Frei zugunsten Pinochets. Damit hatte Allende seine späteren Mörder ins Kabinett geholt.

Dem gescheiterten Putschversuch vom 29. Juni nahmen die faschistischen Offiziere zum Anlaß, in den folgenden Wochen verstärkt die „Waffenkontrollgesetze“ anzuwenden. Es rückte der Armee das Recht ein, eigenmächtig im Interesse der Staatssicherheit Hausdurchsuchungen und Inspektionen von Fabriken und öffentlichen Gebäuden vorzunehmen. Mit der Zustimmung zu diesem von der Christdemokratie und Nationalpartei eingebrachten Gesetz hatte die

Forts, Chile

UP-Regierung den Eintritt der General-Ende 1972 während des Transportarbeiterstreiks erkräftet. Dieses Gesetz, von der Arbeiterklasse „ley maldita“ (= das verfluchte Gesetz) getauft, erlaubte dem Militär schon vor dem Putsch Hunderte brutale faschistische Überfälle auf Arbeiter. Tag für Tag wurden wülfürliche Häuser und Fabriken umzingelt, Wohnungen zerstört und Maschinen untauglich gemacht, um die Produktion zu lähmen.

Die Konterrevolution war bestens gerüstet und konnte am 11. September loschlagen.

Für den revolutionären Sturz von Faschismus und Imperialismus

Der faschistische Terror hat jetzt ein Jahr lang barbarisch in Chile gewütet. Der anfängliche offene Widerstand Tausender von Arbeitern, Bauern und Studenten ist mit äußerster Brutalität niedergeschlagen worden. Doch die Junta hat danach nicht aufgehört, zu morden, zu foltern und zu verhaften. So wurden allein Mitte Juli innerhalb einer einzigen Woche 10.838 (!!) Menschen verhaftet. Zahlreiche Konzentrations- und Folterlager wurden eingerichtet, worunter Teja Verdes das berüchtigtste ist. Nach Angaben des MIR waren im Mai dieses Jahres 50.000 Gefangenen in diesen Lagern eingekerkert (bei einer Bevölkerung Chiles von nur knapp 9 Millionen).

Die Junta hat die enteigneten und verstaatlichten Landgüter und Betriebe an ihre alten Besitzer zurückgegeben, an die Großgrundbesitzer und Imperialisten. Sie hat das Land völlig an den Imperialismus ausverkauft und

an den Imperialismus ausverkauft und der Arbeiterklasse und dem Volk alle demokratischen Freiheiten und das Recht, um ihre wirtschaftliche Existenz zu kämpfen, entzogen. 15 % der Arbeiter sind aus ihren Betrieben rausgeschmissen worden. Im öffentlichen Dienst wurde jeder fünfte Angestellte entlassen; Schulen und Universitäten wurden teilweise geschlossen, nachdem die Militärs alle diejenigen rausgeschmissen hatten, die sozialistische Ideen oder auch nur antifaschistische Empörung „verdächtig“ wurden.

Aber die Junta hat sich bei allem selbst in immer größere Schwierigkeiten hineingemauert. Die Inflation liegt heute über 700 % und hat bereits Rückwirkungen bis in die Interessen der herrschenden Klasse hinein. Der Arbeiterklasse ist in einem solchen Ausmaß die Existenzmöglichkeit geraubt worden, daß zunehmend auch die Kleinbourgeoisie und Teile der nationalen Bourgeoisie um ihre Existenz zu fürchten beginnen, weil sie nichts mehr verkaufen können. Dadurch hat die Junta selbst mehr und mehr ihre soziale Basis verloren, die am 11. September letzten Jahres noch die „Befreiung des Landes von marxistischen Bazillen“ bejubelte und mit Seht beging. Nur das imperialistische Monopolkapital, das in Chile nicht direkt für den Konsum der Massen produziert, hat die Zehne des Putsches eingetrieben – und der Imperialismus nimmt auf allen Ebenen durch seine faschistischen Statthalter wülfende Rache, warnt auch seine eigenen Vasallen in Chile, daß sie bei Strafe ihrer eigenen Vernichtung nie wieder abtrünnig werden. Aber der Imperialismus wird die nationale chilenische Bourgeoisie und die Kleinbourgeoisie auch nicht völlig vernichten, da er sie selbst als Stützen seiner Herrschaft braucht, wenn er das Land nicht ganz mit seinen eigenen Staatsorganen und seinen eigenen Truppen überziehen will. Deswegen sind er bereits darauf, eine neue „Wende“ in Chile herbeizuführen, die ihm die Früchte des Putsches vom letzten Jahr erhält, und gleichzeitig, nachdem nun die größte Schmutzarbeit erledigt ist, einige „unerschröckliche“ Nebenwirkungen abgibt und die Wirtschaft wieder stabilisiert macht (um einen noch „stabileren“ Profit abzuernten, versteht sich).

Diese „Wende“ scheint dem Imperialismus auch deswegen notwendig zu werden, weil der chilenische Putsch wegen seines ungeheuren Ausmaßes an Brutalität eine breite Empörung in der Welt hervorgerufen hat und die bluttriefenden Schlichterhände von Pinochet auf Dauer den Handlungsspielraum des Imperialismus für ungetroffene und öffentliche „Wirtschaftsbeziehungen“ einengen werden.

Das ist die gleiche Entwicklung wie in Portugal und Griechenland, die sich jetzt auch in Spanien abzeichnet. Die kontrollierte Ablösung des brutalen Faschismus von oben o b e n zugunsten eines mehr schein-demokratischen Regimes, das sich stärker auf die traditionellen bürgerlichen rechten Parteien, vor allem die Christdemokratie, stützen kann, soll die faschistischen Mörder der Re-

strafung entziehen und den faschistischen Staatapparat intakt lassen, damit er jederzeit bei einem Anwachen der Klassenkämpfe unter dem schein-demokratischen Regime wieder zur faschistischen Verfügung steht.

Für eine solche Operation steht die Christdemokratie (und besonders der Frei-Flügel der chilenischen DC) schon seit einiger Zeit parat und bereitet sich vor. Die chilenische DC (und insbesondere ihr rechter Flügel um Frei) trägt eine entscheidende Mitverantwortung an der Vorbereitung des Putsches – für einen Teil der chilenischen Bevölkerung und für einen großen Teil der „Weltöffentlichkeit“ ist dies aber dadurch verschleiert, daß die DC selbst von den Schlägen der Junta mit „getroffen“

worden ist (auch ihre Tätigkeit als Partei wurde von der Junta verboten und einige Vertreter ihres „linken“ Flügels auch vorübergehend verhaftet).

Am 7. Juli 1974 veröffentlichte die italienische Wochenzeitung „Epoca“ einen Brief des chilenischen DC-Präsidenten Aylwin und zwei Protokolle, die sich auf eine Unterredung zwischen dem Junta-Innenminister Bonilla und Führern der Christdemokratie Anfang des Jahres beziehen. Aus diesen Dokumenten geht die Unterstützung der Mörderbanden durch die Christdemokratie hervor, gleichzeitig aber auch ihre Orientierung auf eine schein-demokratische Lösung. Es heißt dort u.a.:

„Wir wollen der Regierung offen



Junta-Straflager Dawson

in privater Form, aber mit offizieller Charakter die Meinung der Christdemokratie über die geschichtliche Etappe des Landes offenlegen. Wir tun dies mit dem Voratz, auf konstruktive Weise zu der besten Lösung für den Nationalen Wiederaufbau, in dem die Regierungsjunta mit Patriotismus und Ehrlichkeit begriffen ist, beizutragen... Wir sind überzeugt, daß die kollektivistische Illusion des Marxismus-Leninismus zur Tyrannei führt und die sozialen Probleme nicht löst... Wir brauchen hier nicht an alles zu erinnern, was wir in den letzten drei Jahren im Kampf an der Seite vieler anderer Chilenen für die Freiheit unseres vom Kommunismus bedrohten Vaterlandes getan haben... Wir verstehen die Notwendigkeit, angesichts der Krise des Landes für die moralische, wirtschaftliche und politische Gesundung zu arbeiten. Es handelt sich um Leisten, Mißbrüche und Entgleisungen, von denen wir Chilenen aus befreien müssen, damit das Land zur Normalität zurückkehren kann. Diese Aufgabe braucht Zeit, obwohl sie sich ihrem ganzen Charakter nach nicht unbegrenzt ausdehnen kann... Aber es wäre auch nicht loyal von unserer Seite aus, der Regierung einige Sorgen und Ängste unsererseits zu verbergen, die sich auf Dinge beziehen, die unseres Erachtens nach fundamental sind für den Wiederaufbau, wie die Junta ihn dem Land vor schlägt... Wir sind davon überzeugt, daß die völlige Inaktivität der demo-

kratischen Sektoren die marxistischen Aktionen der marxistischen Gruppen begünstigt. Ohne die Orientierung ihrer politischen Führer ist unsere Basis allen möglichen Äußerungen von Meinungen, Fälschungen und Infiltrierungen ausgesetzt... (Auszüge aus dem Brief, nach „Chilenische Nachrichten“ Nr. 18.) In den Gesprächsprotokollen (ebendort) heißt es noch einmal ganz deutlich: „Wir (gemeint sind Aylwin und sein Stellvertreter) stellen ihm (hinter Bonilla) das Problem der geheimen Aktionen der KP und der für die Untergrundarbeit vorbereiteten Gruppen dar. Wir erklären ihm: Wenn wir unsere Arbeiter nicht politisch orientieren können, bleiben diese irgendwelchen marxistischen Aktivitäten ausgeliefert, die ihnen ihre eigene Version aufschwätzen können und sie damit zu Aktionen und Orientierungen gegen die Junta bewegen.“ Dies Argument kommt bei ihm an. Er sagt uns, daß wir uns beruhigen sollten und daß es in kurzer Zeit möglich sein werde, das Mißtrauen zu uns zu überwinden...“

Die Gespräche fanden Anfang des Jahres statt. Anscheinend konnten sich jedoch bisher gegenüber den Befürwortern der alldahin kontrollierten Ablösung der „harten“ Faschisten durchsetzen, dies allerdings nur durch eine ungeheure Verstärkung des Terrors in den letzten Monaten, die an die Politiker der „verbrannten Erde“ der deutschen Pa-

Deutsche Ärztekammer – Komplize der chilenischen Faschisten

Das „Deutsche Ärzteblatt“, offizielles Organ der Bundesärztekammer, in der alle Ärzte Zwangsglieder sind, ist ein wild-antikommunistisches Hetzblatt. In unendlicher Folge erscheinen Artikel, in denen die Sozialisierung der Medizin als das Ende der „Freiheit von Arzt und Patient“ und damit als das Ende aller Freiheit schlechthin dargestellt wird.

An den folgenden Zitaten soll gezeigt werden, wie das „Deutsche Ärzteblatt“ seine Spalten auch für offene faschistische Leserbriefe zur Verfügung stellt. Das Ärzteblatt bringt die zwei Leserbriefe mit folgendem redaktionellen Vorspann: „Zu der „Blütenlese“ in Heft 49/1973 mit dem Titel „Pato über Chile“ sind auch Zuschriften eingegangen, aus denen eine andere Beurteilung des „Kollaps Allende“ und der Vorgänge in Chile richtiger wird.“ Die Anführungsstriche bei „Kollaps Allende“ zeigen, daß sich die „Ärzteblatt“-Redakteure auf die Seite der faschistischen „Kollegen“ stellen.

Der wahre Allende

In seiner Regierungszeit betonte er ständig gegen Ärzte und die chilenische Ärztekammer. Im August vergangenen Jahres – einen Monat vor dem Putsch – veranlaßte sich die Ärztekammer Chiles und forderte Allende in einem Offenen Brief auf, an des Wohl des Landes zu denken und abzutreten; die einzige Möglichkeit, einen Bruderkrieg und eine Zerstörung des Landes zu vermeiden. Allende aber – statt Antwort zu geben – rüstete weiter seine Genossen mit Waffen aus Cuba und Ostblockländern auf. Er selber ließ sich zum Partisanenkämpfer ausbilden. Sein Ergreifung hinderte ihn daran zurückzutreten, nicht die Liebe zu den Armen.

Allende wird nicht als Held und nicht als Märtyrer in die Geschichte eingehen. Allende war kein Kämpfer und kein Idealist wie Che Guevara und Castro, er liebte den luxuriösen Wohlstand. Er führte ein Doppelleben und erinnert in vielen Punkten an Hitler. Er wußte um mehrere 100.000 Chilenen, die auf den Listen der zu Ermordenden für den Plan „Z“ standen. Das alles wäre herausgekommen, wenn er sich ergeben hätte. Er mußte sich erschließen.

Dr. Ziegler
427 Dorsten I
Postfach 580
(St. Elisabeth-Hospital)

(Der „Plan Z“ ist eine Erfindung der Faschisten, mit dem nachträglichen Putsch gerechtfertigt werden sollte. Mit dem Märchen vom „Plan Z“ soll die Weltöffentlichkeit darüber getäuscht werden, daß der faschistische Putsch und die Liquidierung der chilenischen Linken lange

und sorgfältig mit der tatkräftigen Unterstützung der Spezialisten des CIA vorausgeplant war).

Grauen des Bolschewismus

Allende war ein Bolschewik oder ein bolschewisierender Intellektueller, was noch schlimmer ist. Dazu ein guter Freund von Herrn Castro, mitten in der Vorbereitung des chilenischen Volk des Sowjets auszufließen. Was das bedeuten würde, müssen wir heute in Deutschland ganz besonders deutlich spüren. Und wir, die Flüchtlinge aus dem Osten (ich selbst bin in Petersburg geboren) haben das alles in eigenem Erleben kennengelernt. Das antikommunistische denkende Militär war schneller als Herr Allende und hat ihn und seine engeren Genossinnen genossen im schneidenden Zugriff an die Wand gestellt. So ist das chilenische Volk vor dem Grauen des Bolschewismus gerettet.

NATO-Länder vor allem aber Deutschland befinden sich zur Zeit in der gleichen tragischen Situation wie Chile vor seiner Sanierung durch Junta. Mit einem entscheidenden Unterschied – uns sind die Hände durch die Nachbarschaft des Ostens gebunden.

Prof. Dr. med. habil.
Felix v. Bornemann
635 Bad Nauheim
Postfach 12 80

„Wie schädel“, hört man förmlich den Seufzer der Vertreter „unserer alten Soldatengeneration“, der lieber heute als morgen unsere Gesellschaft nach dem Vorbild von Pinochet und Co „männern“ wollte, wenn er nur könnte.

Die Deutsche Ärztekammer stellt sich nicht nur durch Worte auf die Seite dieser Faschisten, indem sie diese Leserbriefe mit wohlwollendem Vorspann abdruckt, sondern sie unterstützt den Terror der chilenischen Faschisten auch in Taten: Sie hat es abgelehnt, sich für Berufsaktionen einzusetzen, die für chilenischen Militärdienst verfolgt werden.

Gesundheitswesen während der UP-Regierung

Um das Verbrechertum dieser unterlassenen Hilfeleistung klarzumachen, wollen wir zunächst kurz auf die Entwicklung im chilenischen Gesundheitswesen eingehen.

Unter der Regierung der Unidad Popular wurde die Gesundheitsversorgung der Armen Chiles entscheidend verbessert:

Alle Kinder bekamen täglich 1/2 Liter Milch, sodas zum ersten Mal die Hauptnahrung für die Unterernährung, der Eiweißmangel, wirksam bekämpft wurde.

Das Recht auf Gesundheit für alle wurde verkündet – zuvor

hatten Hunderttausende von Bauern und Stummwohnern noch nie einen Arzt gesehen! – und auch in die Tat umgesetzt: Auf dem Land und in den Vorstädten der Weltbleichhütten wurden Ambulatorien eingerichtet, in denen sich auch Unversicherte kostenlos behandeln lassen konnten. Diese Ambulatorien wurden überwiegend von freiwilligen Ärzten und Schwestern betrieben. Die wenig sozial denkende übrige Ärztschaft wurde gezwungen, sich stärker als bisher an der Versorgung der armen Bevölkerung zu beteiligen.

Dieser Angriff auf ihre „Freiwilligkeit“ und die Einschränkung der Möglichkeit, sich an Privatpatienten zu bereichern, war für die Mehrheit der Ärzte Anlaß genug, die Unidad-Popular-Regierung aufs schärfste zu bekämpfen.

Die Mehrheit der Ärzte beteiligte sich an einem Behandlungsboykott der armen Patienten, um – im Verein mit dem Boykott der Fuhrunternehmer – des totalen Chaos als Basis für den Putsch vorzubereiten.

Eine Minderheit der Ärzte widersetzte sich dem Terror gegen die Massen und verstärkte die Arbeit unter den Armen.

Diese Minderheit demokratischer und sozialistischer Ärzte wurde noch während der Regierung Allende von der chilenischen Ärztekammer auf schwarzen Listen registriert.

Die Listen dienten nach dem Putsch dazu, diese Ärzte aufzusuchen und einzusperrn.

Auch heute noch, ein Jahr nach dem blutigen Putsch, sind Hunderte von Angehörigen des Gesundheitsdienstes in Gefängnissen und KZ's eingesperrt. Sie teilen die Leiden der noch Tausende zählenden übrigen politischen Gefangenen, von denen nur wenige Auswachen haben, mit dem Leben davonzukommen: Hinrichtungen und Folterungen, ausgeführt unter der Anleitung brasilianischer und ehemals deutscher Folterspezialisten sind an der Tagesordnung. Viele sterben einen „wissenschaftlichen“ Hunger, da sie bekommen genug Kalorien, aber keine Vitamine.

Solidarität fortschrittlicher deutscher Ärzte von der Bundesärztekammer boykottiert.

Im Februar versicherten fortschrittliche deutsche Ärzte eine Liste mit den Namen der von der Militärgenauverfolgten, ausgewiesenen und ermordeten Angehörigen des chilenischen Gesundheitsdienstes.

Sie forderten die Bundesärztekammer auf, diese Liste im „Deutschen Ärzteblatt“ zu veröffentlichen und ihren internationalen Einfluß einzusetzen, um

den chilenischen Kollegen zu helfen und den Folterungen und Morden ein Ende zu setzen.

Am 1.4.74 antwortete die Bundesärztekammer: „Der Vorstand der Bundesärztekammer sieht sich nicht in der Lage, ihrem Wunsch zu entsprechen.“

Das Ärzteblatt hat also Platz für zwei faschistische Leserbriefe, die mehr als eine Seite einnehmen, und lehnt es ab, eine Liste der Opfer der faschistischen Militärgenauverfolgung abdruckt und sich für sie einzusetzen.

Die Führung der in der Nazi-Zeit gegründeten Reichsärztekammer – Bundesärztekammer – ist nie entnazifiziert worden.

Dab in der Führung der Ärztesorganisationen kein Gesinnungswandel stattfand, beweist am besten die Reaktion der Ärzteschaft auf das 1949 erschienene Buch „Medizin ohne Menschlichkeit“. Darin hatte Dr. A. Mitscherlich sich an einem Behandlungsboykott der armen Patienten, um – im Verein mit dem Boykott der Fuhrunternehmer – des totalen Chaos als Basis für den Putsch vorzubereiten.

Eine Minderheit der Ärzte widersetzte sich dem Terror gegen die Massen und verstärkte die Arbeit unter den Armen.

Diese Minderheit demokratischer und sozialistischer Ärzte wurde noch während der Regierung Allende von der chilenischen Ärztekammer auf schwarzen Listen registriert.

Die Listen dienten nach dem Putsch dazu, diese Ärzte aufzusuchen und einzusperrn.

Auch heute noch, ein Jahr nach dem blutigen Putsch, sind Hunderte von Angehörigen des Gesundheitsdienstes in Gefängnissen und KZ's eingesperrt. Sie teilen die Leiden der noch Tausende zählenden übrigen politischen Gefangenen, von denen nur wenige Auswachen haben, mit dem Leben davonzukommen: Hinrichtungen und Folterungen, ausgeführt unter der Anleitung brasilianischer und ehemals deutscher Folterspezialisten sind an der Tagesordnung. Viele sterben einen „wissenschaftlichen“ Hunger, da sie bekommen genug Kalorien, aber keine Vitamine.

Sie forderten die Bundesärztekammer auf, diese Liste im „Deutschen Ärzteblatt“ zu veröffentlichen und ihren internationalen Einfluß einzusetzen, um

GIM zur Chile-Solidarität: Trotskistisches Aposteltum

Wie schon bei ähnlichen Aktionen in der Vergangenheit, haben sich auch die Organisatoren der „Nationalen“ Chile-Demonstration am 14. September wieder kräftig bemüht, allerlei krasse Argumente aufzubringen, warum unbedingt eine „nationale“ Demo der Chile-Solidarität „am besten entspricht“. Es scheint uns, daß hier eine Art ineffizientes Wettbewerbsangebot vorliegt, wonach die aus dem meiste bekloppten „Gründe“ vorgehen kann – und es scheint uns weiter, daß es der GIM („Gruppe Internationaler Marxisten“, westdeutsche Sektion der trotskistischen sog. „IV. Internationale“) gegenüber gelingen ist, den KBW darin um eine Nasenlänge zu überholen. Aber es besteht kein Grund zum vorzeitigen Vorläufer der Tribünen: Das Rennen ist sicher noch nicht zu Ende!

In der GIM-Zeitung „Was tun“ vom 7.8.74 (Nr. 57/58) wird folgendes Hauptargument für die „nationale Demo“ unterbreitet: Eine nationale Mobilisierung „entspricht am ehesten den Bedürfnissen der Widerstandsbewegung in Chile“ (Dieser Satz ist in der „Was tun“ fettgedruckt; AK-Red.). Eine breite Mobilisierung wird ein „Echo in der nationalen und internationalen Presse finden, während lokale und regionale Demonstrationen diesen Radius gar nicht erreichen können und von der bürgerlichen Presse bereits auf nationaler Ebene verschwiegen werden. Und das ist nicht unwichtig, wenn man weiß, wie aufmerksam die chilenischen Genossen die internationale Solidaritätsbewegung verfolgen und als welche wertvolle Unterstützung sie diese ansehen, welche Ermunterung für die Fortführung ihres Kampfes sie in ihr erblicken.“

Das vermeintliche „Echo in der nationalen und internationalen Presse“ ist eines der Standardargumente für alle bisherigen „nationalen“ Demonstrationen in unserem Land – wir haben mehrfach zu solchen Vorstellungen, die die gegenwärtigen Hauptaufgaben von internationalistischen Demonstrationen verschwinden, Stellung genommen und wollen das hier nicht noch einmal wiederholen. Was die GIM dieses Mal jedoch neu hinzuplantzt, das ist die direkte Kopplung der „Notwendigkeit“ einer „nationalen“ Demo nicht nur mit den „Bedürfnissen“ der Solidaritätsbewegung und des Kampfs in unserem Land, sondern mit den „Bedürfnissen“ des chilenischen Widerstands selbst – und die direkte Kopplung des erhofften „Presse-Echo“ mit der Aufmerksamkeit des chilenischen Widerstands gegenüber der internationalen Solidaritätsbewegung. Zweifellos ist diese „Weiterentwicklung“ des bisherigen Standardarguments nicht ohne eine gewisse gebietliche Genialität – wenngleich wir der GIM andererseits auch nicht den Vorwurf der Inkonsistenz ganz ersparen können (vielleicht handelt es sich aber auch nur um ein bedauerliches Versehen bei der Endredaktion ihres Textes?). Hätte es nicht logischer heißen müssen, daß dieses „Echo in der nationalen und internationalen Presse“ deswegen „nicht unwichtig“ ist, „wenn man weiß, wie aufmerksam die chilenischen Genossen die internationale Solidaritätsbewegung über die nationale und internationale Presse verfolgen“?

Wir meinen, daß die GIM hier nicht zögern sollte, einen aufrechten Bekennermut zu zeigen – auch auf die Gefahr hin, daß sie sich damit den zu erwartenden Föbelen irgendwelcher Hauptplücker und Sophisten aussetzt, die so oder so behaupten werden, daß in Chile doch ein faschistisches Regime herrscht, wo das „Presse-Echo“ den chilenischen Widerstand gar nicht erreicht, sondern wo die chilenischen Genossen ihre internationalistische Solidaritätsbewegung nur über illegale Verbindungen ins Ausland erhalten (soweit überhaupt). Unanfechtbare Erhebungen gegenüber derart kleinen Einwendungen gehört doch zur trotskistischen Tugend!

Den großen Föderatismus trotzkistischer Begabung und Erhabenheit spürt man dagegen weitaus besser, wo „Was tun“ berichtet, „daß länger totgeblieben (Chile-) Komitees wieder belebt wurden, die die Initiative, in Frankfurt am 14.9. eine Demo als Höhepunkt einer gemeinsamen untereinander koordinierten Chilewoche durchzu-

führen, publik wurde.“ Und weiter: So hat „durch die gemeinsame Initiative der westdeutschen Chile-Komitees die Bewegung zumindest kurzfristig eine Perspektive bekommen...“ Ist das nicht Bilderbuch-Trotskismus, so dem sich stundenlang das Auge weiden kann? Was schert es uns, sagen die Trotskisten, überhaupt einen Gedanken über die Schaffung einer langfristigen, tragfähigen Grundlage des proletarischen Internationalismus zu verschwenden (z.B. durch die Entwicklung des Klassenkampfes im eigenen Land und der Verbindung der brennenden Fragen der westdeutschen Arbeiterbewegung mit denen der chilenischen, griechischen, italienischen usw., z.B. dadurch, daß wir in dieser Weise den Haupt- und Schwerpunkt darauf legen, die Lehren der chilenischen Erfahrung zum verarbeiteten Bewußtsein der westdeutschen Arbeiterbewegung zu machen) – Hauptsache, „die Bewegung“ (der Chile-Komitees, die über keinen realen Einfluß in der Arbeiterschaft verfügen! der rechtsterroristischen Faschaden-„Internationalisten“ des KBW und der GIM!) hat mit der „nationalen“ Demo am 14. September „zumindest kurzfristig“ (!!) eine „Perspektive“ bekommen. Wenn die GIM mit ihrer „Wiederbelebung der längst totgebliebenen Komitees“ schon selbst den Boden biblischer Geschichtchen betritt – so wollen wir auch bei der Kennzeichnung dieser Politik gerne auf diesem passenden Boden verbleiben: Steh auf, nimm dein Bett und

steh auf, nimm dein Bett und gehe, sagt die GIM zur Chile-Solidarität – mit Krücken bis zum 14. September, dann hast du „zumindest kurzfristig eine Perspektive“ – und wer weiß, vielleicht findet sich ja bald wieder eine solche scheinreiche „Initiative“.

Daß dies in der Tat die Politik der GIM (und auch des KBW) in der Chile-Solidarität ist, das belegen wir nicht ausschließlich aus dem zitierten Artikel der „Was tun“ heraus – sondern wir erinnern daran, daß GIM (und ihre französische Schwester rouge) ebenso wie KBW bereits vor einigen Monaten, als es darum ging, auf internationaler Ebene eine Diskussion über die chilenische Erfahrung und die Aufgaben eines echten (und nicht nur oberflächlichen) proletarischen Internationalismus einzuleiten, allerlei scheinheilige „Gründe“ erdachten, um dieser Aufgabe auszuweichen. Wir meinen die internationale Chile-Konferenz vom April dieses Jahres in Frankfurt, die GIM und KBW durch handelebene „Argumente“ zu torpedieren und diffamieren versuchten, und wo sie offiziell ihre Teilnahme verweigerten – inoffiziell dann aber (als „Vertreter von Chile-Komitees“) doch auftraten und ein großes Geschrei darüber erhoben, daß dort nur (!!) eine politische Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Organisationen (über gemeinsam interessierende Fragen des Kampfes gegen Imperialismus und Faschismus!) stattfand, und die Komitees zu kurz kämen (siehe dazu unseren Bericht UNSER WEG Nr. 23). Weibhaftig große „Internationalisten“ haben wir hier vor uns, die ihre „Initiativen“ danach ausrichten, was „am ehesten den Bedürfnissen der Widerstandsbewegung in Chile entspricht“! Die westdeutsche Arbeiterklasse sollte rechtzeitig und unmißverständlich klarmachen, daß sie auf solche Fäulnis- und päpstliche Stellvertreterpostel gar keine Verzierungen will, wenn es der einst mehr als heute um die Unterstützung ihres Kampfes geht und zwar nicht nur im Ausland, sondern vor allem im eigenen Land!

Ein Genosse des KB/Gruppe Frankfurt

Westberlin Wer verhindert die Aktionseinheit?

Am 3.9. fanden Aktionseinheitsverhandlungen zwischen uns und der „KPD“ statt. Es ging dabei um einen gemeinsamen Aufruf zur Chile-Demonstration am 11. September in West-Berlin.

- Anwesend waren außer einem Vertreter von uns und der „KPD“ u.a. Vertreter der Liga, des KSV, der Roten Hilfe sowie Vertreter der Ausländerorganisation EKKE und ATÖF. Wir sind bei diesen Aktionseinheitsverhandlungen von folgenden Prinzipien ausgegangen:
1. Es gibt keine Aktionseinheitsplattform, in der eine der Organisationen ihre Linie voll verwirklichen kann. Wenn das Voraussetzung wäre, wären grundsätzlich nur Aktionseinheiten zwischen den Organisationen eines „Partei“-konzerns möglich.
 2. Es muß ein Kompromiß gefunden werden, der in einer Plattform liegt, in der keine der Organisationen ihre Linie voll verwirklicht hat, die aber so verfaßt ist, daß sie von keiner Position aus beträchtlich offensichtliche Fehler enthält.
 3. Eine derartige Aktionseinheit ist ein Vorstoß zur Förderung der solidaren Auseinandersetzung mit dem Ziel der Zusammenarbeit. Das ist aber nur möglich, wenn die selbständige Propaganda der beteiligten Organisationen möglich bleibt und gefördert wird, so daß jede der Organisationen ihre spezielle Stoßrichtung in eigener Propaganda herausarbeitet.

Als Grundlage für die Verhandlungen lag die Flugblatt-Entwurf der „KPD“ vor.

Wir kritisierten den Entwurf in zwei Punkten:

1. In der Vorlage wurde ausgeführt, daß das chilenische Volk die Lehren aus der Entwicklung gezogen habe, daß dem ganzen Volk klar geworden sei, daß der Weg des „friedlichen Übergangs“ ein Weg in die Sackgasse sei, daß der Faschismus nur endgültig zu zerschlagen sei durch den bewaffneten Kampf der Arbeiterklasse, ein Kampf, der mit dem strategischen Ziel des Sozialismus geführt werde. Wir sind der Meinung, daß das zwar die Lehren sind, die die Kommunisten aus der Entwicklung in Chile gezogen haben, daß aber die Frage, ob das chilenische Volk auf

dieser Linie zu vereinheitlichen ist, noch nicht entschieden sei. Das chilenische Volk hat eine bittere Erfahrung gemacht, jetzt ist es die Nationen, die richtigen Lehren und die zukünftige Strategie zu entwickeln. Sie haben dabei zu kämpfen gegen den Einfluß reformistischer Strategien, wie etwa die Strategie der KP Chiles, den Faschismus „friedlich“ durch ein Bündnis mit der Christdemokratie zu überwinden. Wir machten einen Änderungsvorschlag, der die Frage, ob zunächst die revolutionäre oder die reformistische Linie sich in der chilenischen Arbeiterbewegung durchsetzt, öffentlich. So wäre es den Organisationen möglich geblieben, diesen Punkt in ihrer eigenständigen Propaganda zu vertiefen. Die „KPD“ lehnte diesen Änderungsvorschlag ab.

2. Kritisierten wir an dem Entwurf, daß der Putsch charakterisiert wurde als eine Maßnahme, die einzig und allein im Interesse des US-Imperialismus lag und daß er ausschließlich ökonomisch begründet wurde. Wir kritisierten, daß Fakten wie die faschistische Bewegung in Chile selbst, die aktive Politik des chilenischen Bourgeois zur Vorbereitung des Putsches und das Interesse, einem möglichen Erstarken der revolutionären Bewegung in Chile zuvorzukommen, im Entwurf nicht erwähnt wurden. Wir machten auch diesbezüglich einen konkreten Änderungsvorschlag, der aber von der „KPD“ mit dem Argument abgelehnt wurde, daß dadurch die „anti-imperialistische Stoßrichtung“ verlorenginge. Das ist nicht wahr, da alle Fakten über die Politik der USA im Flugblatt enthalten blieben. Was „verloren ging“, war allein die spezielle Gewichtung, die die „KPD“ in dieser Frage für richtig hält und die unserer Auffassung widerspricht. Nachdem die „KPD“ beide von uns vorgeschlagenen Änderungsvorschläge abgelehnt hatte und auch selber keine erstzunehmenden Lösungen angeboten hatte, stellte sie uns die Frage, ob wir den Aufruf auch unverändert unterzeichnen würden. Das mußten wir leider ablehnen. Die „KPD“ hat die Aktionseinheit verhindert.

KB/Gruppe West-Berlin

KBW vermittelt Kleinkredite

Leserbrief

Am 31. August hatte ich kurz Gelegenheit, mit zwei KBW'lern die ihre „KVZ“ und eine Chileschritt anbieten, über die gegenwärtige Kampagne zur Solidarität mit dem chilenischen Volk zu diskutieren.

Die beiden legten dar, warum ihrer Meinung nach keine Aktionseinheit zwischen dem KBW und dem „KB-Nord“ zustande gekommen sei. Der KBW habe die Parole ausgegeben „Kampf für den Sozialismus“, der KB hingegen „Kampf gegen den Imperialismus“. Woher sie diese skurrile Behauptung hatten, war nicht zu ermitteln (dieser Wortsinn wird offenbar „zentral“ im KBW verbreitet – Ann. AK).

Außerdem seien die „KB-Nord-Führer“ bei ihren Mitteilungen isoliert, deshalb hätten sie Angst vor einer Aktionseinheit mit dem KBW, daß die Mitglieder nach einer gemeinsamen Aktionseinheit „massenhaft“ zum KBW überlaufen würden.

Ich wies dann daraufhin, daß eine zentrale Demo (in Frankfurt) doch kaum ein Mittel sei, um Arbeiter zu mobilisieren. Der KBW'ler verstand das offenbar nur „technisch“ und meinte, die Arbeiter könnten ja zur Finanzierung der Fahrt nach Frankfurt einen Kleinkredit aufnehmen; das Chilekomitee würde das auch vermitteln. ●

Ein Hamburger Chemie-Genosse

Anmerkung der Redaktion

Intellektuelle Massenfeindschaft scheint überhand beim KBW Trumpf zu sein. Als eine Genossin (Bezeichnerin) vor einiger Zeit einen Flugblattverleiher des KBW ansprach, warum denn der KBW eine Demonstration während der Arbeitszeit machte, wo doch die Arbeiter gar nicht teilnehmen könnten, antwortete dieser Vogel ihr tatsächlich: sie könne sich dann ja einen Tag Urlaub nehmen...

Schmierig, schmierig ... Neue Lügen des KBW

Mit der Ehrlichkeit des KBW in der politischen Auseinandersetzung war es noch nie weit her. Ein besonders übles Beispiel seiner Verdrehungskunst findet sich jetzt in einem Hamburger Flugblatt zur „Aktionseinheit“ gegen Chile. Es heißt dort u.a.:

„Ebene appellieren wir an den KB-Nord (Arbeiterkampf) und die KPD (Rote Fahne), ihre bisherige Haltung zu überprüfen. Diese Organisationen lehnen die Plattform mit falschen Argumenten ab (gemeint ist die „Plattform“ westdeutscher Chile-Komitees, zu der in AK 47, S. 15, Stellung genommen wurde – Ann. AK). Sie halten die Junta lediglich für eine Marionette der US-Imperialisten. Sie sehen nicht, daß die Junta gerade von der chilenischen Kapitalistenklasse in den Sattel gehoben wurde und bis heute gestützt wird. Dementsprechend wird von ihnen auch nicht der Kampf gegen die chilenische Bourgeoisie und der Sozialismus, die Inbesitznahme der Produktionsmittel durch die Arbeiterklasse und die Bauern anstelle der Kapitalisten und Grundherren als erklärtes nächstes Ziel des Kampfes des chilenischen Volkes anerkannt. Sie versuchen, die Solidaritätsbewegung auf die Befreiung des Landes vom US-Imperialismus festzulegen, wollen ein Bündnis der Arbeiter und Bauern mit ihren Schicksalern, der chilenischen Kapitalistenklasse nicht ausschließen.“

Wahr ist daran lediglich, daß wir den KBW kritisiert haben, der heute die Rolle des US-Imperialismus beim faschistischen Putsch in Chile verharmlost und den Putsch für eine „weitgehend nationale Angelegenheit“ erklärt. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß KBW-Führer Schmierer in der „KVZ“ vom 22.11.73 der Sowjetunion vorwarf, „vom eigentlichen Drahtzieher des Putsches abzulenken. Nicht umsonst wurde in der russischen (!!) Presse großer Wert darauf gelegt, daß eine Beteiligung der USA am Putsch nicht nachgewiesen werden könne.“ Hier haben wir wieder ein Beispiel dafür, wie der KBW heute dies und mor-

gen das sagt, wenn es ihm in den Kram paßt.

Im Übrigen baut die Polemik des zitierten Flugblatts auf freien Erfindungen auf. Das 1964 sich leicht am Hand von AK 47 überprüfen, von S. 15 die „Plattform“ der Chile-Komitees und unser Standpunkt dazu gegenübergestellt sind.

In der „Plattform“ ist mit keinem Wort vom Kampf um den Sozialismus die Rede. Das haben wir in AK 47 kritisiert.

In der „Plattform“ wird unterschieden „alle Parteien und politischen Organisationen“ der BRD appelliert, die Chile-Solidarität zu unterstützen, also auch z.B. an die CDU/CSU. Das haben wir in AK 47 kritisiert.

Außerdem verdient es angesichts der schmerzlichen Töne, die der KBW jetzt in seinem Hamburger Flugblatt anschlägt, Erwähnung, daß in der gesamten „Plattform“ der Chile-Komitees mit keinem Wort überhaupt von der chilenischen Bourgeoisie und der Christdemokratischen Partei Chiles die Rede ist, sondern immer nur von der Junta.

Wir haben ganz klar die „Plattform“ der Chile-Komitees als Ausdruck des Rechtsopportunisten kritisiert; der KBW aber will offenbar in seiner Polemik gegen uns jetzt den gegenteiligen Eindruck erwecken. Hierbei kann er sich nur auf Lügen und Erfindungen stützen.

Übrigens hat der KBW auf den zentralen „Aktionseinheits“-Gesprächen in Frankfurt (27.7. – vgl. dazu Artikel in AK 48, S. 3) erklärt, er habe der „Plattform“ der Chile-Komitees aus „schweren Herzens“ zugestimmt. Außerdem hat die trotskistische GIM (in einem Brief an die Westberliner Gruppe des KB) erklärt: „Wir haben gegen den politischen Inhalt des Aufrufs zur nationalen Chile-Demonstration (das ist die „Plattform“ – Ann. AK) gleichfalls Vorbehalte.“ – Da aber KBW und Trotskisten die wesentlichen Träger der meisten Chile-Komitees sind, ist die Frage anzudeuten, wie denn nun eigentlich für die opportunistischen Mängel der „Plattform“ verantwortlich ist? ●

Sage mir, mit wem du umgehst.....

Leute von heute

HANS-DIETRICH GENESCHER, Bundesvorsitzender des Bundesverbandes der Bundesangehörigen des ehemaligen Deutschen Reiches, hier auch mit einem Foto. Mit seiner Familie macht er Urlaub im Hause „Bogenbrunn“ des ehemaligen Generalschlosses Schönblick. Hier auch sind am Dienstag die beiden Berliner Parteimitglieder Staatssekretäre Günter Wachsmann und Manfred von dem Borne. Genescher wird von dem Bundesminister ernannt werden.



Diese Meldung fand ich in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 14.8.74. Einen Tag zuvor brachte dieselbe Zeitung einen langen Artikel unter der Überschrift „Der starke Mann mit neuem Gewicht“ über Genescher, in dem seine Rolle als früherer Innenminister gepriesen wird. „Genescher schwang sich zu einem leidenschaftlichen Verteidiger des Rechtsstaates auf“, meint die Zeitung. Und über seinen neuen Job im Dienste der westdeutschen Kapitalistenklasse: „Ohne viel Aufhebens hat Walter Scheel Nachfolger in den ersten drei Monaten auf internationaler Bühne sein taktisches Geschick bewiesen.“ Zweifellos wird er sich im Hause des chilenischen Generalkonsuls bestens erholen, verbunden mit einem kleinen Erfahrungsaustausch, z.B. über die „Verteidigung des Rechtsstaates“.... In Chile rollen die Verhaftungswellen unvermindert weiter. Die Faschisten wollen den Gedanken an Sozialismus und Freiheit im Volk ausrotten, indem sie Tausende Demokraten und Kommunisten in Gefängnisse und Folter-KZ's verschleppen.

Da kann er noch was lernen, der Genescher! ●

Ein Lehrlingsgenosse

Frankreich Zehntausende in Larzac

Am 17./18. August trafen sich in Larzac 80 - 100 000 Menschen, um ein „Erntefest für die dritte Welt“ zu feiern.

Larzac ist ein Hochplateau in Südfrankreich, auf dem sich ein Truppenübungsplatz und Militärlager befindet, das von 3 000 auf 17 000 ha ausgedehnt werden soll.

Seit 1971 kämpfen 103 davon unmittelbar betroffene Bauern gegen die Ausweitung des Militärlagers und damit gegen den Raub ihres Landes. Im September 1973 trafen sich nach einem Sternmarsch an die 80 000 Menschen in Larzac, das zum Sym-

bol einer sich ausweitenden antiziparistischen Bewegung in Frankreich und darüber hinaus wurde (vgl. AK 32).

Mit dem „Erntefest für die dritte Welt“ vom 17./18. August wurde der Kampf fortgesetzt. Aufgerufen dazu hatten die „103 von Larzac“ und das „Comité von Millau für die Verteidigung von Larzac“ (Millau ist die größte Stadt in Larzac), in dem u. a. die „Sozialistische Partei“, die „Kommunistische Partei“ und die Gewerkschaften CGT und CPDT vertreten sind.

Die Hauptparolen waren „Nein

zum Verkauf von Waffen“, „Nein zu den Atomversuchen“, „Nein zur Ausweitung des Militärlagers“, „Nein zur Ausbeutung der dritten Welt“.

Während des „Erntefestes“ wurde ein Getreidefeld abgeerntet, das symbolisch für die Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt angelegt worden war. Es wurden Ähren für 5 Franc (3,- DM) verkauft. Der Ertrag soll den Völkern der Dritten Welt, vor allem der Sahel-Zone (im nördlichen Zentralafrika) und Äthiopiens - die von schweren Hungersnöten bedroht sind -, zur Verfügung gestellt werden.

(Ein ausführliches Bericht von einem Genossen, der am „Erntefest für die dritte Welt“ in Larzac teilnahm, findet sich in unserer Zeitung DIE INTERNATIONALE, Nr. 7) ●



Larzac: Das „Getreidefeld für die Dritte Welt“ wird abgeerntet

Italien

Faschistischer Rechtsanwalt verhaftet

In Italien wurde Ende August der faschistische Rechtsanwalt Basile, zusammen mit seinem Anwalt, verhaftet. Basile ist Mitglied des „Disziplin-Rats“ der faschistischen Partei MSI und Freund von MSI-Chef Al-

Dieser Verhaftung liegt folgende Geschichte zugrunde: Nachdem am 4. August im D-Zug Rom-München („Italcus“) eine von Faschisten gelegte Bombe explodiert war (12 Tote), gab Innenminister Taviani (DC) vom Parlament bekannt, daß bereits am 17. Juli (!) MSI-Chef Almirante den Leiter des neugegründeten „Antiterrorismus-Inspektorats“, Santillo, über angeblich geplante Bombenanschläge der „Roten“ (!!) auf Züge „informiert“ habe.

Diese zunächst mit viel Geheimnistuerei umgebene „rote Spur Almirante“ entpuppte sich dann als klassischer Bumerang. Als „Informant“ stellte sich ein gewisser Francesco Sgro heraus, Universitätsangestellter in Rom. Er hatte die „Information“ gegeben, daß an der Physikalischen Fakultät „Linksradikale“ Anschläge vorbereiten würden. Als Vermittler zwischen Sgro und Almirante (der dann persönlich zu Santillo ge-



rannt war, um die „Information“ zu überbringen) hatte Rechtsanwalt Basile fungiert.

Am 13. August kam Sgro dann mit der Erklärung heraus, er habe alles nur erfunden: „Alles ist falsch,

von A bis Z. Ich habe alles erfunden, weil ich Geld brauchte. Almirante hat

von A bis Z. Ich habe alles erfunden, weil ich Geld brauchte. Almirante hat mir durch den Anwalt Basile eine Million überweisen lassen (etwa 4.000 - Ann. AK) ... Aber ich hatte gemeint, mehr zu bekommen, viel mehr: 40-50 Millionen“ (zit. nach „Corriere della Sera“, 14.8.74).

Diese Erklärung führte zunächst zur Verhaftung von Sgro wegen falscher Aussagen, später war auch Anwalt Basile dran.

Auftraggeber Almirante läuft dagegen noch frei rum. Aber auch seine Aktien fallen rapide. Schon hat das Parlament seine „Immunität“ als Abgeordneter aufgehoben, damit ein Strafverfahren gegen den MSI-Chef wegen „Aufruf zur Gewalt“ geführt werden kann. Außerdem droht Almirante, der übrigens in Italien laut Gerichtsurteil als „Mörder italienischer Partisanen“ (im 2. Weltkrieg) bezeichnet werden darf, möglicherweise ein Verfahren wegen „Neugründung der aufgelösten Faschistischen Partei“. Schon gibt es auch Gerüchte um einen außerordentlichen Parteitag der MSI, auf dem Almirante vom Parteivorstand abgelöst werden soll, weil er allzu sehr nach Terror und Bomben stinkt.

Die faschistische Gefahr ist in Italien, vor allem langfristig, sicher nicht gebannt. Aber gegenwärtig geht es mit den Faschisten steil bergab. ●

Auch der Sikkim benachbarte Himalaya-Staat Bhutan steht unter indischer Kontrolle. In einem 1949 abgeschlossenen Vertrag heißt es u. a.: „Die Regierung von Bhutan ... ist damit einverstanden, daß sie in ihren auswärtigen Beziehungen dem Rat der Regierung von Indien folgt.“ Die Verwaltung Bhutans ist mit indischen Beamten durchsetzt. Etwa 12 - 15 000 indische Soldaten halten Bhutan auch militärisch besetzt. Die wesentlich kleinere eigene Armee Bhutans (etwa 6000 Mann) wird zudem von Indien „ausgebildet“.

Die Annexion Sikkims ist ein weiterer Versuch der indischen Expansionisten (nach der Loslösung Ostpakistans und der Gründung von Bangla Desh), die Situation im indisch-chinesischen Grenzgebiet zu ihren Gunsten zu verändern. Diese Bestrebungen werden von den Sowjetrevisionisten unterstützt und geschützt, die jetzt die Annexion Sikkims als „Demokratisierung des politischen Lebens von Sikkim“ feiern. Ihnen geht es darum, den Einkreisungsring um die VR China enger zu schließen und ihre Ausgangspositionen für eine Aggression gegen die VR China zu verbessern. ●

Indien annektiert Sikkim

Das im Himalaya zwischen Indien und der VR China gelegene Königreich Sikkim soll durch eine Verfassungsänderung in den indischen Staat integriert werden.

Solange der indische Subkontinent von britischen Imperialisten beherrscht wurde, gehörte Sikkim zu seinen „Protektoren“, d. h. Halbkolonie mit begrenzter Selbstständigkeit.

Als der britische Imperialismus sich nach dem zweiten Weltkrieg zurückziehen mußte, übernahm die indische Bourgeoisie diese Funktion: Ein 1950 geschlossener Vertrag sicherte Indien die Kontrolle über die Außen- und Militärpolitik Sikkims sowie weitgehende Eingriffsrechte in die Innenpolitik. Als der König von Sikkim 1973 eine gewisse Lösung von der indischen Vorherrschaft verweigerte, setzte Indien manipulierte „Wahlen“ und eine Verfassungsänderung durch. Unter Hinweis auf den angeblichen „Wunsch des Volkes von Sikkim“ soll nunmehr die endgültige

Einverleibung Sikkims durch die indischen Expansionisten vor sich gehen.



das reicht!

Die Bourgeoisie treibt die Faschisierung in allen Bereichen der Gesellschaft mit allen Mitteln voran. Dazu gehört auch der gesamte „Kultur“-Bereich, in dem z. B. in Schlagen usw. zunehmend mehr die reaktionäre Ideologie verbreitet wird.

Mit unserer Platte „Einmal Faschismus, das reicht!“ wollen wir dazu beitragen, Klarheit über den internationalen Charakter der Faschisierung zu schaffen, und die Notwendigkeit der internationalen Solidarität im antifaschistischen Kampf zu propagieren.

„Arbeitermuskulatur für uns ein Kampfmittel, das uns in unserem gerechten Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung helfen und stärken soll und ein Lehrmittel der richtigen Methoden dieses Kampfes. Sie ist uns auch Erholung und Gemut. Aber auch dann nicht, um uns abzulenken vom Klassenkampf, sondern um uns für ihn frischer zu machen.“ (Hannes Eisler)

Eine Hamburger Agitpropgruppe

DIE NAZIFALLE

Wer bohrt denn die Straße auf in Spanien unwirksam und hebt sich einen Tunnel aus, das sind die baskischen Genossen.

Drei Panzerminen gut platziert, so wurde es beschlossen; so stellt man eine Nazifalle her, so machen's die baskischen Genossen.

Im Nachbarhaus hockten sie, die Stunden wie Minuten verfließen, bis der schwarze Cadillac denn war im Visier der baskischen Genossen.

Ein Blitz, ein Knall wie Donnerhall wird Carrero Blanco hochgeschossen; Vierradh ganze Meter schaffte er, und das verdankt er den baskischen Genossen.

Wir sehen, das Faschistenspiel ist auch nur aus Haut und Knochen! Den Faschismus niederhaun! Das können wir! Unter der Führung der Arbeiterklasse! Im Kampf für den Sozialismus! Arbeiter! Genossen!

Eine Hamburger Agitpropgruppe

Arbeiter! Genossen!

Kapitalist Piaggio endlich im Knast Er finanzierte die Faschisten



Während der Metallarbeiterdemonstration am 22. November 1972 marschierten Arbeiter von Piaggio unter der Parole „Nein zum Faschismus“

Ende August wurde Mario Piaggio, einer der reichsten Kapitalisten Italiens, endlich verhaftet. Damit wurde ein seit dem 29. März bestehender Haftbefehl vollstreckt, dem Piaggio bisher mit Hinweis auf seinen „schlechten Gesundheitszustand“ etc. entgangen war.

Piaggio wird beschuldigt, die sogenannte „Windrose“ finanziert zu haben - eine im letzten Jahr aufgeflogene faschistische Verschwörergruppe, die einen Militärputsch vorbereitete (der AK berichtete mehrfach darüber, vgl. vor allem AK 39).

Zu dieser faschistischen Gruppe gehörten u. a. Giancarlo De Marchi, Fraktionsführer der neofaschistischen Partei MSI im Provinzrat von Genova; Amos Spiazzi, Offizier der Artillerie und „Mitstreiter“ des Geheimdienstes SID, Elio Masagrande, Fallschirmspringer-Offizier, einer der Führer der verbotenen faschistischen Terrororganisation „Ordine nuovo“

(„Neue Ordnung“), General Pasquale Calabrese, Präsident des territorialen Militärtribunals von Verona; General Ugo Ricci, bis zum 31. Dezember 73 Kommandant eines Panzerregiments.

Piaggio verkaufte 1971 sein gewaltiges wirtschaftliches Imperium und besitzt nur noch eine Finanzierungsgesellschaft, die sich u. a. mit Bodenspekulation befaßt.

So wollte er wahrscheinlich mehr Zeit gewinnen, um sich ganz seinem „Hobby“, Finanzierung faschistischer Putsch- und Mordpläne, hingeben zu können.

Das Vermögen Piaggios wird auf mehr als 5 Milliarden Mark geschätzt. Der „Windrose“ hatte er angeblich rund 700 000 Mark versprochen aber nur etwa 80 000 ausgezahlt, da sie seinen Wunsch nach der Ermordung des bekannten früheren Partisanen-Kommandeurs Sesto nicht erfüllt hatte. ●

Argentinien

Politischer Kampf und bewaffnete Aktion

Als Peron am 1. Mai dieses Jahres auf einer Massenkundgebung in Buenos Aires plötzlich die Linken wird zu beschimpfen begann, rückten die linksperonistischen und revolutionären Organisationen geschlossen ab: Der Platz leerte sich fast zur Hälfte!

Nach dem Tod Perons verschärfen sich die Klassenwidersprüche weiter. Höhepunkt waren im August die Streiks von 20.000 Auto-Arbeitern (Renault und Fiat) in Cordoba, dem traditionellen kämpferischen Zentrum der argentinischen Arbeiterbewegung. Die seit mehr als zwei Monaten immer wieder stattfindenden „wilden“ Streiks vor allem für eine Lohnerhöhung von 60% verbanden sich mit einem politischen Streik gegen den Versuch der rechten Gewerkschaftszentrale, die linksperonistischen Führer der Metallergewerkschaft in Cordoba auszuschließen.

Der Staat setzte in Cordoba die Polizei zur Besetzung von Betrieben und zur Räumung der von den Arbeitern geschützten Gewerkschaftsbüros ein. Viele Arbeiter wurden verletzt, mindestens einer getötet. Dieser Arbeitermord blieb nicht lange ungesühnt: Kurz darauf wurde der Personaldirektor des Renault-Werkes von Cordoba entführt und später erschossen aufgefunden. Zu dieser Aktion bekannte sich die bewaffnete linksperonistische Organisation FAR.

In Buenos Aires kam es bei Demonstrationen mehrmals zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Anhängern der Linken. So Anfang August beim Begräbnis des von Rechtsradikalen ermordeten linksperonistischen Abgeordneten Ortega Pena. So gegen Ende August am Jahrestag des Märschers von Trelew (wo 1972 das Militär 16 Guerilla-Kämpfer als „Vergeltung“ für die Flucht anderer Kämpfer ermordete).

Bemerkenswert ist außerdem das Zunehmen bewaffneter Aktionen, an denen sich verstärkt auch linksperonistische Gruppen beteiligen. 1973 sind in Argentinien 190 Entführungsaktionen bekannt geworden, die im wesentlichen von der revolutionären Gruppe ERP getragen wurden. Seit Beginn dieses Jahres hat die Zahl dieser Aktionen stark zugenommen.

Die „FAZ“ ist bekannt von durchschnittlich zwei Entführungen pro Tag. Diese Aktionen richten sich in den meisten Fällen gegen die Manager und Direktoren der imperialistischen Konzerne in Argentinien. Die revolutionären Organisationen erlangen damit die finanziellen Mittel für ihren Kampf und für die Unterstützung der Bevölkerung in

den Elends- und Arbeitervierteln des Landes.

So brachte allein die Entführung des Esso-Managers Samuelsons Ende letzten Jahres 14,2 Mio. Dollar Lösegeld, die der Konzern in Form von Lebensmitteln, Kleidung und Baumaterialien in armen Gemeinden verstreuen mußte. Die Entführungen sind aber zugleich ein wichtiger Teil der politischen Agitation und Propaganda: Sie zeigen auf, wo der Feind steht und wer für die Unterdrückung verantwortlich ist. Nach der Entführung Samuelsons gab die ERP eine Presseerklärung heraus, in der das Lösegeld als „teilweise Rückzahlung der gewaltigen Reichtümer, die die Gesellschaft aus unserem Land gezogen hat“, bezeichnet wird.

Die Veröffentlichung solcher Presseerklärungen ist meist neben dem Lösegeld die wesentliche Bedingung für die Freilassung der Entführten.

Der gewaltsame Kampf der revolutionären Gruppen in Argentinien beschränkt sich aber nicht auf Entführungen. Eine andere Form sind Bombenanschläge gegen imperialistische Konzerne. Diese Aktionen sind zum großen Teil keine isolierten „Terrorakte“, sondern stehen im engen Zusammenhang mit den Kämpfen der argentinischen Arbeiterklasse. Deutlichstes Beispiel dafür sind die Brandbomben, die in einem Renaultwerk, nahe Buenos Aires, hochgingen. Dort streikten die Arbeiter, unterstützt von der linksperonistischen Mechanikergewerkschaft, mehrere Wochen für höhere Löhne.

Solche Bomben fördern die Bereitschaft der Kapitalisten zum Einlenken auf die Arbeiterforderungen, was von den Streikenden auch begrüßt wird.

Ebenfalls Anfang August gingen weitere Bomben hoch: In einer Firma für Kühlanlagen in Cordoba und in einer Porzellanfabrik in Rosario. „Bei allen betroffenen Firmen herrschen Unstimmigkeiten zwischen Personal und Werkleitung“, wie die „FAZ“ (15.8.74) es in der ihr eigenen „Vornehmheit“ formulierte.

In diesem Zusammenhang sind auch Aktionen wie Erschießungen von reaktionären Politikern oder Gewerkschaftsführern, die sich durch besonders arbeiterfeindliche Maßnahmen hervorgetan haben, zu sehen.

Die dritte Form des bewaffneten Kampfes besteht aus Angriffen auf Polizeiwachen, militärische Stützpunkte und Rüstungsbetriebe – in erster Linie, um Waffen zu erbeuten. Von einem erfolgreichen Angriff der

ERP auf eine Munitionsfabrik berichteten wir im letzten ARBEITERKAMPF. Anfang August gelang eine ähnliche Aktion in Bahía Blanca, wo von einer Station der Küstenwacht Waffen erbeutet werden konnten. In Virreyes griff eine ERP-Einheit eine Polizeistation mit Tankabwehrgeschossen an und konnte sich nach längerem Kampf geschlossen zurückziehen, allerdings ohne Waffen zu erbeuten.

Getragen werden diese Aktionen im wesentlichen von der ERP. Seit Anfang dieses Jahres, d.h. mit der zunehmenden Entlarvung der peronistischen Diktatur, führen auch die militärischen Organisationen der Linksperonisten (hier vor allem die FAR) wieder bewaffnete Aktionen durch. (Diese Organisationen halten zunächst bei Amtsantritt Perons eine Art Stillehaltepause gegeben)

Diese gewaltsamen Aktionen sind in der Regel keine isolierten Terrorakte, wie es die bürgerliche Presse glauben machen will. Vielmehr können die Aktionen in diesem Umfang nur deswegen erfolgreich durchgeführt werden, weil sie auf Zustimmung und Rückhalt in der Bevölkerung stützen, insbesondere in den Gebieten, wo die Arbeiterklasse schon selbst militärisch gekämpft hat wie in Cordoba, oder wo die Militärs der Massenbewegung insgesamt zunimmt. So griff Anfang August in La Plata eine Menschenmenge ein Büro der reaktionären Zeitung „La Prensa“ an und steckte es in Brand.

Die argentinische Bourgeoisie hatte die Verärgerung der Klassenkämpfe und die Ausbreitung der bewaffneten Aktionen insbesondere nach dem Tode Perons erwartet und sich darauf durch den Ausbau des Polizei- und Militärapparates und die massive „Säuberung“ der peronistischen Reihen vorbereitet. Dieser Prozeß wird weiter vorangetrieben. Der Kampf gegen alle fortschrittlichen und liberalen Kräfte in der peronistischen Bewegung geht bereits so weit, daß sogar dem früheren Präsidenten Campora wegen angeblicher Unterstützung marxistischer Kräfte der Prozeß gemacht werden soll und er mit seinem Ausschuß aus der peronistischen Bewegung zu rechnen hat. Campora war noch vor gut einem Jahr gut genug gewesen, den Wahlsieg der Peronisten einzuleiten, vorübergehend die Präsidentschaft zu übernehmen und die linken Kräfte in die peronistische Bewegung zu integrieren – was aber gescheitert ist.

Ferner änderte die Präsidentschaft Peron Mitte August die Regierung. Alle Minister mit einem etwas liberaleren Image, die mehr auf die Taktik

der Integration als des offenen Kampfes gegen die Linksperonisten setzten, wurden rausgeschmissen, das Kabinett wurde ausschließlich mit erreaktionären Peronisten besetzt.

Daraufhin fanden im ganzen Land Studentendemonstrationen statt. In Buenos Aires wurden fast alle Teile der Universität besetzt, um gegen diesen „Rechtsruck“, vor allem im Erziehungsbereich, zu protestieren.

Neben diesen Maßnahmen wird weiter versucht, die Ideologie von der „Aussöhnung der Klassen“ durchzusetzen. Der Sozialpakt, dessen arbeiterfeindlichen Charakter die Massen immer mehr durchschauen, soll durch die Einrichtung einer Nationalen Kommission geteilt werden, die über Preise, Einkommen und Lebensstandard beraten soll. Zusätzlich sollen sogenannte „Arbeitsräte“ eingerichtet werden, wo Bezirksorganisationen (wie Schulausschüsse, Nachbarschaftsvereinigungen usw.) Vorschläge und Beschwerden feststellen und weitergeben können. Die „Arbeitsräte“ sind zum einen als Mittel des Betrugs zu begreifen, um die Bevölkerung in die Bahnen der scheinbaren Mitbestimmung und des Ausgleichs zwischen den Klassen zu lenken; zugleich sind sie ein Instrument zur massiven ideologischen Kontrolle und Formierung der Bevölkerung.

Der offene Kampf und die Versuche einer reaktionären Mobilisierung drücken sich immer mehr in der Förderung und Unterstützung der verschiedenen faschistischen Gruppen aus. So leitet Lopez Rega, „Berater“ und Vertrauter Perons und seiner Frau persönlich die rechtsradikale „Gewerkschafts“-Jugend an, deren Funktion als Kampfguppe gegen die Linksperonisten offen zu gegeben wird. Aber auch andere faschistische Gruppen wie die „Montoneros-Soldaten Perons“ (eine Abspaltung von den linksperonistischen Montoneros) werden von der Regierung und führenden rechten „Gewerkschaftsfunktionären“ gezielt gegen die fortschrittlichen Kräfte eingesetzt.

Als – noch zu Lebzeiten Perons – die linksperonistische Reporterin Anna Maria Gucetti auf einer Pressekonferenz Perons die Frage stellte, was die Regierung gegen die faschistischen Schlägertrupps zu tun gedenke, wurde sie als Anarchistin bezeichnet; einige Tage später flogen mehrere Bomben in die Redaktion ihrer Zeitung. „Unbekannte“ schossen mit Schnellfeuerwaffen durch die Fenster, und schließlich wurde die Zeitung verboten.

Anfang August erschossen die „Montoneros-Soldaten Perons“ auf offener Straße den linksperonistischen Abgeordneten Ortega Pena, der auf völlig legalen, demokratischen Wege für Reformen eingetreten war. Die Faschisten begründeten die Ermordung Perons öffentlich, er habe „Perons Namen mißbraucht“ und „die Doktrin entleert“.

Innerhalb weniger Tage zur Einschüchterung der Linken einzelne ihrer Anhänger von Rechtsradikalen ermordet. So wurden z.B. im August zwei linksperonistische Jugendliche von Männern in Polizei-Uniform „verhaftet“ und später ermordet aufgefunden. Unklar ist, ob sie tatsächlich von der Polizei oder aber von kostümierten Rechtsperonisten erschossen wurden. Zum rechtsradikalen Terror gehören ferner Bombenanschläge gegen Büros der Linksperonisten und der revisionistischen „KP“.

Um die derzeitige Klassenkampfsituation in Argentinien genauer einzuschätzen, ist es notwendig, die Politik der revolutionären und linksperonistischen Gruppen über die bewaffneten Aktionen hinaus zu untersuchen. Das wollen wir in einem der nächsten ARBEITERKAMPF untersuchen.

Eine Genossin der BO
Harburg/Wilhelmsburg

Spanien

Die Angst um die Macht
– wo sie abgebaut wird

Kaum von seinem Arztstabs „gesundgeschrieben“, ankert der 82-jährige senile Franco nochmal in die Regierungsgeschäfte, um „zu retten was zu retten ist“. Der während Francos Krankheit bereits zum Staatschef ernannte Bourbonenprinz Juan Carlos wurde kurzerhand wieder abgesetzt.

Während Francos Krankheit hatten bereits die Prägekräfte zwischen den verschiedenen Strömungen des faschistischen Regimes eingesetzt und es bestehen sogar Spekulationen, daß Franco zusammen mit dem erreaktionären Falange-Flügel nochmal zum „Rundumschlag“ gegen alle „Abtrünnigen“ ausholen will. Die Erreaktionäre um Franco klumpen darum, auch nur die geringfügige Liberalisierung im innenpolitischen Leben zu verhindern, während sich der Falange-Flügel von einer schrittweisen „Politik der Öffnung“ eine Stabilisierung des Systems erhofft.

(Wir berichteten im ARBEITERKAMPF Nr. 48 ausführlich über die Fraktionenkämpfe innerhalb der spanischen Faschisten).

Spanien/Portugal-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Putschvorbereitungen in England

Unter der Überschrift „In Ihren Clubs planen Ex-Offiziere die Rettung Großbritanniens“ berichtete die „Frankfurter Rundschau“ am 27. August von Bemühungen britischer Offiziere, Schläge gegen die Arbeiterbewegung und letztlich einen Staatsstreich vorzubereiten.

Bereits Anfang August war in der „Times“ ein Artikel erschienen, in dem der ehemalige Labour-Verteidigungsminister Chalfont auf diese Dinge hingewiesen hatte. Am 22.8.74 veröffentlichte dann eine Sonderausgabe der „Peace News“ die als „streng vertraulich“ bezeichneten Briefe eines Colonel David Stirling, Gründer des britischen Geheimdienstes SAS. In diesen Briefen wird Stirling um Unterstützung für eine von ihm aufgebaute Organisation „Großbritannien 75“ (GB 75).

GB 75 sei eine Organisation von „patriotischen Freiwilligen“, die im Falle eines Generalstreiks dafür sorgen will, daß „das Land weiter funktioniert“ und zu diesem Zweck Spezialisten ausbildet, die in der Lage sind, „Schlüsselpositionen“ in der Industrie und im öffentlichen Leben zu übernehmen.

Auf einer Pressekonferenz erklärte Stirling, daß er es bedauere, daß die Sache rausgekommen sei, „bevor wir fertig waren“. Allerdings würde er trotz der Veröffentlichung „weitermachen“.

Er erklärte weiterhin, daß er Anfang des Jahres (zur Zeit der Drei-Tage-Woche und des ausgerufenen Notstandes) festgestellt habe, daß es keinen Plan seitens der Regierung gebe, um mit einem eventuellen Generalstreik fertig zu werden. Er habe sich deshalb, weil jede Regierung davor zurückschrecken würde, die Armee



Colonel David Stirling:

- Gründer der „volontären Geheimdienstes im 2. Weltkrieg
- 14 Jahre lang für die Imperialisten in Afrika gegen die Befreiungsbewegungen gekämpft
- Ende der 60er Jahre Direktor der Firma Watchguard Ltd., die laut „Daily Telegraph“ „Afrikanischen und Mittel-Ost-Regimes Lebewächter und Privatarmeen geliefert hat“.

direkt einzusetzen und dann als Streikbrecher dazustehen, dafür entschieden, eine „Freiwilligenorganisation“ aufzubauen, die in einem solchen Fall einspringen solle.

Die konterrevolutionäre Streikbrechertruppe soll mehrere hundert Mann stark sein – bis Weihnachten dieses Jahres hofft Stirling damit so weit zu sein – und wird an Wochenenden und Abenden bereits von zwei Offizieren, die von GB 75 bezahlt werden, trainiert. Stirling berichtet, daß zwei Einsatzübungen ausgearbei-

tet worden – eine in einer industriellen, die andere in einer ländlichen Gegend – um festzustellen, was ein Spezialisten und Mannschaften benötigt wird. Der Einsatz von Hubschraubern zum Transport von Streikbrechern wird ausdrücklich erwähnt.

Offensichtlich war GB 75 nicht auf Dauer als Geheimorganisation konzipiert. In einem Brief von Colonel Stirling vom Mai dieses Jahres heißt es: „Wenn die vorbereitenden Studien abgeschlossen sind, und die Rekrutierung gut läuft, sollten wir unsere Organisation enthüllen und tatsächlich dafür sorgen, daß die Kommunikationsmittel über unsere Aktivitäten berichten.“ Offensichtlich hat Stirling vor, GB 75 zu einer faschistischen Massenorganisation auszubauen, sobald ein Kadestamm herangezogen ist.

Er schreibt in einem Brief im Juni 74: „Ich glaube, daß die GB-75-Organisation und die Durchschlagkraft ihrer nationalen Kampagne, sich mit dem einfachen Volk der Nation zu verbinden, ... der einzige uns offen stehende Weg ist, um mitzuhelfen, die Autorität des Parlamentes über die Gewerkschaften wiederherzustellen. Unsere Organisation muß eine total unpolitische Basis-Organisation (grassroots organisation) sein, die in der Mitgliedschaft der Gewerkschaften selbst wurzelt und im gegenseitigen Menschenverstand des Volkes als einem Gelsen ...“

Nicht die einzige
paramilitärische Organisation

General Sir Walter Walker, früherer Nato-Kommandant für Nordeuropa, sprach davon, daß in Großbritannien 25 paramilitärische Organisationen und Gruppen bereitstünden, um „einzugreifen, wenn es Chaos im Land gibt“. General Walker selbst leitet einen dieser Anti-Arbeiterverbände,

mit Namen „Unison“.

Die Tätigkeit dieser arbeiterfeindlichen Verbände wird sich allerdings kaum auf die noch vergleichsweise „harmlosen“ Aufgaben wie Vorbereitung des Streikbruchs beschränken, sondern auch den bewaffneten Kampf gegen die Arbeiterklasse einbeziehen.

In der kritischen Situation der

macht allerdings listig, den Eindruck zu erwecken, als handle es sich bloß um das erneute Auftauchen von schurkischen Charakteren aus dem Kuriositätenkabinett der britischen Society“. Zu diesem Zweck wird Labour-Verteidigungsminister Roy Mason erwähnt, der die reaktionären Militärs mit einer Witzfigur ver-



Panzertuppen am Londoner Flughafen Heathrow

britischen Bourgeoisie sind solche Unternehmen sicher nicht zu unterschätzen. Sie passen zu den Bürgerkriegsmännern, die von Armee- und Polizeitruppen bereits mindestens sechsmal in diesem Jahr in der Umgebung des Londoner Flughafens Heathrow durchgeführt wurden, angeblich „zum Schutz vor arabischen Terroristen“.

Die „Frankfurter Rundschau“ ver-

glichen habe. Tatsächlich kann man der britischen Presse entnehmen, daß Mason sich von „antifaschistischen Kräften“ sprach und daran die Aufforderung schloß: „Es ist jetzt Zeit für Ted Heath (Führer der „Konservativen“), seine Position zu erklären“.

An diesem Beispiel wird wieder einmal die Vermiedung von Faschismus und Reaktion durch die „liberale“ Presse der BRD deutlicher.

Portugal:

Regierung verabschiedet reaktionäres Streikgesetz

Mit dem im Juni erlassenen Pressegesetz hatte die portugiesische Bourgeoisie die entscheidenden Voraussetzungen für ein scharfes Vorgehen gegen die Arbeiterklasse geschaffen. Die Zeitung der revolutionären Organisation MRPP, „Luta Popular“, wurde auf unbestimmte Zeit verboten – eine weitere Maßnahme aus dem Katalog der Repressionen, die gegen diese kommunistische Organisation angewandt werden. Bürgerliche Tageszeitungen, die in den ersten Wochen nach dem Militärputsch ausführlich über Arbeitskämpfe, Hausbesetzungen, Demonstrationen und Veranstaltungen der revolutionären Linken berichtet hatten, wurden an die Kasse genommen und mit teilweise empfindlichen Geldstrafen auf eine „ausgewogene“ Berichterstattung orientiert. Entlassungen von Kommentatoren von Rundfunk und Fernsehen und die Absetzung oppositioneller Sendungen gewährleisteten auch für diesen Bereich die Unterdrückung wichtiger Informationen.

Unter diesen Bedingungen geht die Bourgeoisie jetzt zielstrebig daran, die Streikbewegung zu unterdrücken. Bisher hatte sie diese Aufgabe hauptsächlich der revisionistischen P.C.P. übertragen, die sich nach Kräften bemühte, jeden Streik abzuwürgen. Ihr Hauptargument war dabei immer, die Arbeiter müßten jetzt „verünftlicht“ sein, sie dürften nicht auf die „verantwortungslosen Linksradi-kalen hereinfallen“, denn jede „überzogene“ Forderung würde nur die Reaktion herausfordern.

Zusammen mit der Sozialistischen Partei des Mario Soares bemühen sie sich seit dem Putsch, reformistische Gewerkschaften aufzubauen, die dann als Verhandlungspartner der Kapitalisten, zusammen mit Regierungsvertretern, die Löhne aushandeln sollen.

Alles deutet darauf hin, daß die Führer von P.C.P. und PSP dieses Ziel bisher nicht erreicht haben.

Revisionisten und Reformisten wider-setzen, ihre weitreichenden politischen und ökonomischen Forderungen (Rauschmiß der Faschisten aus dem Betrieb, Wiedereinstellung der bei den früheren Streiks entlassenen Kollegen, Mindestlohn von 600 DM/40 Stunden Woche, Abschaffung von Akkordarbeit und Überstunden, 4 Wochen Urlaub mit 100% Urlaubsgeld) vom Tisch zu wischen.



Militär räumt das besetzte Verlagsgelände des „Jornal do Comercio“. Dabei wird das gesamte Viertel umstellt

Unter diesen Umständen will die Bourgeoisie offenbar nicht darauf warten, bis es den Reformisten und Revisionisten gelingt, die spontane Bewegung zu vereinnahmen und ihr die Spitze abzubrechen, sondern sieht jetzt den Zeitpunkt gekommen, notfalls unter Einsatz von Militär ihr Streikgesetz durchzusetzen.

Das Streikgesetz als Mittel zur Illegalisierung und Kriminalisierung von Streiks

In diesem Streikgesetz, das man wohl eher als Antistreikgesetz bezeichnen muß, wird das Streikrecht zwar formal „gewährt“, doch zu-

den Streik (vgl. dazu auch Artikel in DIE INTERNATIONALE Nr. 7). Ausgegangen war der Ausstand von den Mechanikern der Wartungsabteilung. Ihre Forderungen bezogen sich auf Lohnsteigerungen, Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und Entfernung von Faschisten aus der Betriebsleitung.

Als die Versuche der Regierung, die Auseinandersetzung „gütlich“ bei-



Militär räumt das besetzte Verlagsgelände des „Jornal do Comercio“. Dabei wird das gesamte Viertel umstellt

zulegen, scheiterten, besetzten noch am gleichen Tage Truppen des COP-CON (Comando Operacional do Continente, eine Elite-Einheit der Armee, die erst kürzlich für solche Zwecke speziell geschaffen wurde) den Flughafen. Einen Tag darauf wurden die Arbeiter dienstverpflichtet – mit der demagogischen Begründung, ihr Streik verhin-dere den Rücktransport portugiesischer Soldaten aus Guinea-Bissau und brichte den Gastarbeitern, die pünktlich in die BRD und nach Frankreich zurückkehren müßten, schweren Schaden.

Dennoch wurde der Streik fortgesetzt. Erst nachdem am 29. August eine Streikversammlung vom Militär „kontrolliert“ wurde, das Arbeiter, die zu dieser Zeit keine Schicht hatten, wesentliche und die übrigen „beaufschlagt“ wurde der Streik abgebrochen, ohne daß die Forderungen TAP-Arbeiter durchgesetzt werden konnten.

Der Streik beim „Jornal do Comercio“

Beim „Jornal do Comercio“, einer Lissaboner Tageszeitung, die sich im Besitz des Banco Borges & Irmao und damit der Quina-Gruppe befindet, die außerdem noch das „Diário Popular“ und das „Comercio do Porto“ kontrolliert, traten die Arbeiter am 22. August in den Streik. Sie verlangten die gleichen Löhne und Gehälter wie ihre Kollegen vom „Diário Popu-

22. August in den Streik. Sie verlangten die gleichen Löhne und Gehälter wie ihre Kollegen vom „Diário Popular“ und die Abberufung des faschistischen Direktors der Zeitung. Als angesichts der unangenehmen Haltung der Konzernleitung herauszu-geworfen wurde, eine Streikzeitung herauszu-geben, um die erwungene Isolierung von der Bevölkerung zu überwinden, riegelten Militär- und Polizeieinheiten alle Zufahrtsstraßen zum Verlagsgelände ab, um „die Einmischung fremder Elemente in den Streikprozess zu vermeiden“. Mit solchen schlagkräftigen „Argumenten“ gelang es den Militär dann in einer Unterredung mit der Streikleitung, die Arbeiter zu „überzeugen“, und sie zunächst von der Herausgabe einer Streikzeitung abzubringen.

Am 28. August brachten die Arbeiter dann trotz der Streikzeitung heraus, und obwohl das Militär sofort mit einer Besetzung des Verlagsgeländes antwortete, gelang es den Arbeitern, die Zeitung aus der Druckerei zu schaffen und zu ver-treiben.

Beim Verkauf ihrer Zeitung wurden sie von den Kollegen von TIMEX unterstützt, die ihren Streich schon seit Monaten besetzt haben und ebenfalls eine Streikzeitung in der Stadt verkaufen.

Das Militär versiegelte die Räume des Verlagsgeländes, so daß die Arbeiter jottet ausgespart sind.

Am gleichen Abend organisierten die Arbeiter in einem Raum der Druckergewerkschaft eine Versammlung von Delegierten aus allen Lissaboner Betrieben der Quina-Gruppe. Ziel dieser Versammlung war es, den Kampf der Arbeiter des gesamten Konzerns zusammenzufassen. Daran nahmen Delegierte von Banco Borges & Irmao, Delta, Mabor, Superpress, Regados, Eurofil, Icos, „Jornal do Comercio“ und „Diário Popular“ teil. Gleichzeitig fand im selben Gebäude eine Delegiertenversammlung aller Druckbetriebe Lissabons statt.

Die beiden Versammlungen tagten zeitweilig zusammen. Sie drückten ihre uneingeschränkte Solidarität mit

dem Kampf der Arbeiter des „Jornal do Comercio“ aus und forderten die Delegierten der Quina-Betriebe auf, eine Arbeiterkommission für den gesamten Konzern zu bilden, um den gemeinsamen Kampf künftig wirkungsvoller führen zu können.

In der Streikzeitung hatten die Arbeiter die Haltung des Vorstandes der Journalistengewerkschaft kritisiert, der sich äußerst vorsichtig und lediglich verbal mit dem Streik solidariert hatte.

Inzwischen liegt ein Kommuniqué des Vorstands der Journalistengewerkschaft vor, in dem die Kritik der Arbeiter völlig akzeptiert wird. Inabesondere wird in diesem Schreiben darauf hingewiesen, daß die Arbeiter in den Zeitungsverlagen eine besondere Verantwortung vor dem ganzen Volk tragen, da die Zeitungen wichtige Meinungsbildungsinstrumente sind. Außerdem wird darauf hingewiesen, daß die Journalisten die Meinungsfreiheit nur so lange genießen, wie sie von den Arbeitern verteidigt wird. Damit werde erst deutlich, daß der Streik der Arbeiter des „Jornal do Comercio“ im Interesse des ganzen Volkes ist.



Portugiesische Bullen im Einsatz gegen streikende Arbeiter

Das Kommuniqué schließt mit der Zusicherung der uneingeschränkten Solidarität der Journalistengewerkschaft für den gerechten Kampf der Arbeiter. Der Streik dauert immer noch an.

Bei beiden Streiks ging die Bourgeoisie unter Einsatz von Spezial-einheiten seitens der Armee gegen die Streikenden vor. Dabei kam ihr die inzwischen gefestigte Kontrolle über die Nachrichtenorgane zugunsten: beim TAP-Streik wurden Fernsehen



Portugiesische Elite-Einheiten (PSP) im Einsatz gegen Streiks und Demonstrationen

und Tagespresse gezielt eingesetzt, um das Volk gegen die Streikenden aufzu-heitzen, wobei die von den Revisionisten beherrschte Gewerkschaftskommission der TAP ihr Scheitern zur Diffamierung der Streikenden beitrug (unter anderem mit der „Anklage“, es habe sich von Anfang an um einen politischen Streik gehandelt!). Andererseits scheute die Bourgeoisie auch nicht mehr dafür zurück, das Militär unmittelbar zur Unterdrückung von Streiks einzusetzen – selbst auf die Gefahr hin, daß der Mythos von der „unverbrüchlichen Einheit von Volk und Streikkräften“ dabei allmählich vor die Hunde geht.

Die portugiesische Bourgeoisie drängt in die EG

Die scharfen Maßnahmen zur Unterdrückung der Streikbewegung haben zum Ziel, die Arbeiterklasse auf dem selben niedrigen Lohnniveau zu halten wie unter dem Faschismus. Die portugiesische Bourgeoisie drängt tiefer in die EG. Hier es noch vor einigen Wochen in Regierungsverhandlungen, an einem EG-Beitritt Portugal könne erst im Laufe der nächsten acht bis zehn Jahre gedacht werden, so wird nun immer deutlicher, daß dieses Ziel schon für das nächste Jahr anvisiert wird. Die Industrie ist jedoch – insbesondere durch die ökonomische Krise, die hauptsächlich durch die jahrelangen Kolonialkriege verur-

sacht wurde – keineswegs für die Konkurrenz auf dem europäischen Markt gerüstet. Dazu müssen die portugiesischen Kapitalisten ungeheure Investitionen vornehmen. Das gilt natürlich ohnehin nur für die wenigen Konzerne, die überhaupt in der Lage sind, riesige Investitionen für Erneuerungen des Maschinenparks, Technologieimport, Ausbau der Schwerindustrie usw. zu tätigen, weil sie über genügend Eigenkapital bzw. ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten verfügen (so kontrolliert die CUF-Gruppe Melo den Banco Totta & Acores, die Champalimaud-Gruppe den Banco Pinto & Sotto-Maior, die Cupertino de Men-des-Gruppe den Banco Português do Atlântico, die Quina-Gruppe den Banco Borges & Irmao usw.) Im Interesse dieser Konzerne liegt es aber, kleine und mittlere Industrie- und Handelsunternehmen auszuschalten, was teilweise über gezielte Kreditverweigerung praktiziert wird – und infrastrukturelle Investitionen auf den Staatshaushalt abzuwälzen, der zu diesem Zweck von „unnötigen Ausgaben“ entlastet werden muß.

Für dieses Ziel reicht es der Bourgeoisie also nicht, das gegenwärtige niedrige Lohnniveau der arbeitenden Bevölkerung festzuschreiben, sondern es müssen außerdem die ohnehin schon niedrigen staatlichen Sozialausgaben weiter gesenkt werden.

Mitte August gab Premierminister Goncalves eine Grundsatzerklärung zur wirtschaftlichen Lage des Landes ab, in der er vom Volk „Opfer“ verlangte, damit sich der „nationale Wiederaufbau“ in einem „wahren Klima demokratischer Ordnung und sozialen Friedens“ vollziehen könne. Gleichzeitig kündigte er unter der Devise „Die Faschisten haben die Preise mit Subventionen künstlich niedrig gehalten, um das Volk zu betrügen, wir aber haben solche Manipulationen nicht nötig!“ Erhöhungen der Brot-, Milch- und Zuckerpreise um bis zu 100 % an. Diese Maßnahme wurde damit begründet, daß der staatliche „Fundo de Abastecimento“ (Versorgungsfonds), der bisher mehrere Grundnahrungsmittel subventioniert und seine Einnahmen aus billigen Weizenkäufen im Ausland bezogen hatte, wegen der gestiegenen Weizenpreise auf dem Weltmarkt im Juni 74 bereits ein Defizit von 540 Millionen Mark aufgewiesen habe. Man könne aber nicht für den Konsum verschwenden, was dringend für langfristige Investitionen in produktiven Bereichen benötigt werde. Die Einstellung der Subventionen stellt natürlich eine Entlastung des Staatshaushalts dar, die vom Volk bezahlt wird – mit dem für die Konzerne angenehmen Nebeneffekt, daß über diese Lohnsenkung durch die Hinterhältigkeit natürlich zahlreiche kleinere Betriebe des Nahrungs-mittel-Sektors in Schwierigkeiten geraten werden.

Außerdem hoffen die Kapitalisten, nach Beendigung des Kolonialkrieges größere Einsparungen im Militärhaushalt vornehmen zu können.

Eine Vermeidung hoher Staatsausgaben zeichnet sich auch im Ausbildungssektor ab. Die Versprechungen umfassender Reformen sind schon als inhaltsloses Geschwafel entthüllt worden. Als einzige konkrete Maßnahme wurden bisher Studenten in den Semesterferien zur Alphabetisierung auf die Dörfer geschickt, was einerseits so gut wie nichts kostet und andererseits den Vorteil hat, daß damit die Aktivitäten vieler fortschrittlicher Intellektueller in ungefährliche Bahnen gelenkt wird.

Die portugiesische Bourgeoisie hat zielstrebig ihre Kampfmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse verschärft, um aus der Arbeiterklasse durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Verweigerung von Lohnerhöhungen die Mittel her auszuspressen, die sie für ihre langfristigen Investitionen benötigt. Dabei ist ihr natürlich klar, daß die Arbeiter weiter für ihre ökonomischen und politischen Forderungen kämpfen werden. Das größte „Zugstän-dnis“ der Bourgeoisie nach dem 25. April, der monatliche Mindestlohn von 3300 Escudos (etwa 330 Mark) – ohnehin völlig unzureichend bei einer Inflation von 26 % – gilt nur für die Hälfte der Arbeiterklasse: große Gruppen wie Landarbeiter, Hausangestellte, Arbeiter in Kleinbetrieben usw. sind davon ausgenommen.

In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob es der Bourgeoisie weiterhin gelingen wird, mit Unterstützung durch die Revisionisten und Reformisten die Kämpfe der Arbeiter in Niederlagen münden zu lassen, oder ob die Arbeiterklasse aus den vielfältigen spontanen Kämpfen eine einheitliche Kampffront aufbauen kann.

Wie das Beispiel des Streiks beim „Jornal do Comercio“ zeigt, haben viele Arbeiter den Erlass des Streikgesetzes jedenfalls als einen scharfen Angriff auf ihre Rechte und ihre Lebensbedingungen begriffen.

Spanien/Portugal-Kommission Kd/Gruppe Hamburg



Portugiesisches Militär sperrt einen Platz in Lissabon, auf dem eine öffentliche Kundgebung von antikolonialistischen Kräfte erwartet wurde

Portugiesisches Militär sperrt einen Platz in Lissabon, auf dem eine öffentliche Kundgebung von antikolonialistischen Kräfte erwartet wurde

In vielen Betrieben hatten die Kämpfe seit dem Putsch an. Herausragendes Beispiel ist TIMEX, wo die Arbeiter unmittelbar nach dem Putsch den Betrieb besetzt haben und die Besetzung bis heute aufrechterhalten. Aber auch die Fischer im Süden des Landes halten ihren Streik aufrecht und bei den Landarbeitern brechen immer wieder neue Streiks aus.

In der bürgerlichen Presse findet man seit dem Erlass des Pressegesetzes kaum noch eine Berichterstattung über die Streikbewegung. Stattdessen wurde eine Zeitsung täglich eine Liste von Betrieben abgedruckt, deren Arbeiter „freiwillig“ einen Tagsgeld an das Arbeitsministerium für den „nationalen Aufbau“ gespendet hatten. Diese Bewegung war insbesondere von der P.C.P. stark unterstützt worden, um ein Gegengewicht zur Streikbewegung zu schaffen und die ideologische Bindung der Arbeiterklasse an den Staat und damit an die Bourgeoisie zu verstärken.

Es fiel jedoch auf, daß es sich bei diesen Betrieben ausschließlich um kleine und mittlere Betriebe handelte. Seit einiger Zeit gibt es in der Presse auch keinerlei Hinweise auf diese Kampagne mehr.

Stattdessen wurde am 27. August das lange vorher angekündigte Streikgesetz erlassen, dessen Verabschiedung die Regierung wegen der befürchteten Auseinandersetzungen immer wieder aufgeschoben hatte. Ursprünglich sollte der revisionistische Arbeitsminister der ersten Regierung dieses Gesetz mit Unterstützung der reformistischen Gewerkschaften „im zähen, harten Ringen“ durchsetzen. Inzwischen hat sich jedoch gezeigt, daß der Aufbau dieser Gewerkschaften nicht so zügig vorangetrieben wird, wie sich die Bourgeoisie das erhofft hatte. Immer noch gibt es in den meisten Betrieben die von den Beschäftigten gewählten Arbeiterkomitees, die sich zum großen Teil erfolgreich den Versuchen der Revi-

gleich so erheblich eingeschränkt, daß für die Zukunft kaum mit legalen Streiks zu rechnen ist. So kann ein Streik nur von den offiziellen Gewerkschaften, die zumeist von den Reformisten und Revisionisten beherrscht sind, beschlossen werden, es sei denn, die Mehrheit der Arbeiter des Betriebes ist nicht gewerkschaftlich organisiert. Dann müssen in Anwesenheit eines Vertreters des Arbeitsministeriums mehr als die Hälfte der Arbeiter für den Streik stimmen. In jedem Fall müssen Schlichtungsverhandlungen von mindestens 30 Tagen einem Streik vorausgehen, der außerdem mindestens sieben Tage vor der Arbeitsniederlegung angekündigt werden muß.

Grundsätzlich verboten sind politische Streiks (wobei natürlich alle Streiks, die seit dem 25. April in Portugal stattfanden, unter diese Kategorie fallen, denn schließlich war die Entfernung von Faschisten eine immer wiederkehrende Hauptforderung). Solidaritätsstreiks, außer wenn sie von Arbeitern anderer Betriebe desselben Konzerns geführt werden, Streiks in Teilen eines Betriebes und natürlich Fabrikbesetzungen.

Schließlich behält sich die Regierung auch noch die Möglichkeit vor, „zur Vermeidung gefährlicher Situationen für die nationale Wirtschaft“, streikende Arbeiter dienstverpflichten. Und selbstverständlich wird ausdrücklich das Recht der Kapitalisten auf Aussperrung festgelegt.

Der Streik bei TAP

Zwei Streikbewegungen der letzten Tage veranschaulichen geradezu exemplarisch, daß die portugiesische Bourgeoisie jetzt zur Sache kommt und wesentlich härtere Kampfmittel anwendet als in den letzten Monaten.

Am 26. August traten die Arbeiter der staatlichen Fluggesellschaft TAP (Transportes Aereos Portugueses) in

Bonn kauft sich in Italien ein

Nach den Gesprächen zwischen Kanzler Schmidt und italienischen Ministerpräsident Rumor Ende August wurde bekanntgegeben, daß Italien von der BRD einen Kredit in Höhe von 5,2 Mrd. DM erhalten wird. Der Kredit gilt zunächst für ein halbes Jahr und kann bis zu zwei Jahren verlängert werden. Der Zinssatz ist 8 %.

Für den Kredit muß Italien etwa 25 % seiner Goldreserven verpfänden. Dabei werden die Goldreserven zu 50 % des freien Goldpreises bewertet. Das heißt: Sollte Italien den Kredit nicht zurückzahlen können, so kann sich die BRD-Regierung am italienischen Gold schadlos halten und dabei noch die 20 % Differenz zwischen dem freien Goldpreis und der vereinbarten Bewertung als Gewinn verbuchen.

Schmidt hat außerdem zugesagt, daß sich die BRD-Regierung dafür einsetzen wird, daß ein im September auslaufender Kredit der EG für Italien in Höhe von 7,6 Mrd. Mark verlängert wird.

Noch am Anlaß der Gespräche zwischen den Wirtschaftsministern beider Länder, Apel und Colombo, eine Woche zuvor, und selbst unmittelbar vor der Abreise Schmidts zu den Gesprächen in Como waren von westdeutscher Seite alle „Gerüchte“ über einen Milliarden-Kredit für Italien hartnäckig demontiert worden. Die italienische Presse allerdings spekuliert bereits über einen BRD-EG-Kredit von 12 - 15 Mrd. Mark, was der Gesamtsumme der beiden jetzt behandelten Kredite (12,8 Mrd. Mark) nahe kommt.

Die westdeutsche Regierung hatte um den Milliarden-Kredit für Italien bewußt ein Klima der Verunsicherung und Vernebelung geschaffen. Schon vor Monaten hatte sich die italienische Regierung bei der BRD um einen Kredit bemüht, diesen aber damals nicht erhalten, weil Italien „sich zunächst selber helfen“ müsse. Darunter wurden vor allem die Einsparungsmaßnahmen auf dem sozialen Sektor und die Steuererhöhungen verstanden, die dem italienischen Staat zusätzliche 12 Mrd. Mark bringen sollten (vgl. AK 46). Diese Maßnahmen sind etwa eine Woche vor dem Besuch Schmidts vollständig vom italienischen Parlament verabschiedet worden, weil offenbar für den westdeutschen Kredit „grünes Licht“ gegeben war. Die Imperialisten der BRD und der USA sind es nämlich vor allem, die von der italienischen Bourgeoisie diese Maßnahmen verlangt haben, „um Italien den Gürtel enger zu schnallen.“

Für die italienischen Werktätigen bedeuten diese Maßnahmen sinkenden Lebensstandard beim privaten Konsum und bei den sozialen Leistungen (Krankenhäuser, Schulen u. a.), Entlassungen und drohende Massenarbeitslosigkeit.

Angesichts eines geschätzten Defizits der italienischen Handelsbilanz von 28 Mrd. Mark für 1974 ist der vereinbarte westdeutsche Kredit von 5,2 Mrd. Mark natürlich nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“, zumal er bemisst, dessen Handelsbilanz in den ersten sieben Monaten von 1974 einen Überschuss von rund 30 Mrd. Mark aufwies, kaum, sondern erscheint eher als gute Gelegenheit, einen Teil der Überschüsse politisch gewinnbringend anzulegen.

5,2 Mrd. Kredit

Der BRD-Kredit für Italien ist sicher eng mit italienischen Zusagen über die vollständige Aufhebung der im Frühjahr eingeführten „Bardepot-Pflicht“ verknüpft. Dieses Gesetz verlangte von den italienischen Importeuren, 50 % des Wertes der von ihnen importierten Waren auf ein halbes Jahr untermieter bei der Staatsbank zu hinterlegen. Die „Bardepot-Pflicht“ zielt also darauf, Importe nach Italien zu verteuern und zu erschweren, somit den Import einzuschränken und das Defizit der italienischen Handelsbilanz zu verringern.

Wegen dieser Maßnahmen geriet Italien sofort unter Druck der anderen EG-Staaten, vor allem BRD und Frankreich, die eine Zuspitzung der Widersprüche innerhalb der EG befürchteten, falls dieser „Alleingang“ nicht gebremst würde.

Im Juni und im August wurde die „Bardepot-Pflicht“ für eine Reihe von Waren (besonders landwirtschaftliche Produkte) aufgehoben, und im September soll voraussichtlich die „Bardepot-Pflicht“ vollständig fallen.

Ferner wird bei der Vereinbarung des Kredits die von der BRD gewünschte Rückkehr Italiens in den westeuropäischen Währungsblock („Währungsschlinge“) eine Rolle gespielt haben. Dieser Währungsblock war im März 1973 „als Vorstufe für die politische Union Europas“ eingerichtet worden; Frankreich und Italien waren aber später aus diesem Währungsblock wieder ausgeschieden. Praktisch geht es bei diesem Währungsblock, in den Italien jetzt wieder hineingezogen werden soll, darum, die EG stärker an die Mark als „Leitwährung“ zu binden und damit dem Ziel der Hegemonie des BRD-Imperialismus in Westeuropa einen Schritt näher zu kommen.

Zum Hintergrund der Kredit-Vereinbarung zum jetzigen Zeitpunkt gehört auch die internationale Entwicklung im Mittelmeerraum, wofür in der italienischen Presse direkt hingewiesen wurde. So hält die Zeitung „Il Giorno“ es für „möglich, daß Bonns größere Konsistenz“ auch durch die „Zypern-Krise“ und das „neu erwachte Interesse der NATO an der strategischen Position Italiens ausgelöst worden sei“ (nach „Frankfurter Rundschau“ vom 2.9.).

Nach dem formellen Austritt Griechenlands aus der militärischen Integration der NATO planen die NATO-Imperialisten, vor allem die US-Imperialisten, eine Verlegung wichtiger NATO-Stützpunkte von Griechenland nach Italien, das ohnehin schon mit NATO-Stützpunkten übersät ist.

Der westdeutsche Kredit könnte die italienische Regierung, die in dieser Frage unter starkem Druck der Volkmeinung und der reformistischen Parteien (PCI und PSI) steht, dem Ansinnen der NATO „geneigter“ machen und zugleich für eine entsprechende Berücksichtigung der Interessen der westdeutschen Militäristen garantieren.

Der Kredit hat noch einen weiteren politischen Aspekt, der sich auf die Inflation und Wirtschaftskrise auswirkt. Die Inflation ist die „Gefahr für die Demokratie“, d. h. für die kapitalistische Gesellschaftsform. „Wenn sie von Skandinavien bis nach Italien gehen: Wieviel Regierungen in Europa stärken sich eigentlich auf solches Mehr-“

halten innerhalb ihrer eigenen innenpolitischen Landschaft? Wirtschaftliche und politische Stabilität sind unmittelbar miteinander verknüpft.“ (Interview mit Schmidt in „Spiegel“ 34/74).

Ganz besonders gilt das zweifellos für Italien, dessen starke Arbeiterbewegung seit dem Streik des „heißen Herbst“ 1969 durch „Strategie der Spannung“ (faschistische Bombenanschläge etc.) und wirtschaftliche Angriffe nicht zu „zähmen“ war. Italien hat nicht nur die stärkste reformistische Linke Westeuropas (die PCI), sondern wahrscheinlich auch die stärkste revolutionäre Linke, die wirtschaftlichen und politischen Massenkämpfe vorantreibt.

Der westdeutsche Kredit soll in diesem Sinn „stabilisierend“ wirken. Andererseits werden aber die gerade vom BRD-Imperialismus verlangten wirtschaftlichen Anpassungsmaßnahmen der Rumor-Regierung zu einer Verschärfung der Klassenwidersprüche führen. Der „Erfolg“ des BRD-Kredits und der wirtschaftlichen Maßnahmen der Rumor-Regierung wird von der Antwort der italienischen Werktätigen abhängen, die klar und unvergessene Erfahrungen mit dem deutschen Imperialismus haben.

SPAGETTIS KNAPP

Das traditionelle Lebensmittel Pasta (Teigwaren, also Spaghetti, Nudeln u. a.) wird immer teurer und ist oft gar nicht erhältlich. Auch Öl und Zucker sind teuer und oft knapp.

Allein zwischen Juli und August stiegen die Preise um 5 - 10 %. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Preise um gut 25 % gestiegen.

Die pasta gehört zu den „überwachten“ Lebensmitteln, deren Preis amtlich festgesetzt wird, angeblich zum „Schutz der Verbraucher“. Tatsächlich ist diese angebliche Preis-„Überwachung“ nur ein Trick, der es leichter machen soll, die Arbeiterklasse zum „Lohnverzicht“ zu überreden. Die Inflationsrate spricht eine deutliche Sprache!

Der Preis für die pasta wurde, im Verlauf der „Überwachung“, immer höher festgesetzt. Nunmehr soll der Preis womöglich auf 500 Lire (etwa 2 Mark) je Kilo festgesetzt werden (bisher etwa 400 - 450 Lire mit örtlichen Unterschieden). In Erwartung der Preiserhöhung halten die Lebensmittelkonzerne die pasta vom Markt zurück. Es wird auch über Fälschungen berichtet, wo Pasta-Produzenten ihre Arbeiter vorübergehend nach Haus schickten, „bis zur Preiserhöhung“.

Wo die pasta überhaupt noch zu haben ist, da jetzt meist schon zu Wucherpreisen. So berichtet „Lotta Continua“ (kommunistische Tageszeitung) am 30.8. von einem Laden in Montecarlo (Florenz), wo daraufhin von einer Gruppe Frauen die pasta abgeholt. Bevor der Ladenbesitzer die Polizei rufen konnte, waren die Frauen mit der pasta verschwunden.

BDA-„Grundsatzprogramm“

Mitte August legte Oberschärfmacher Martin Schleyer (Präsident des „Bundes Deutscher Arbeitgeber, BDA“) seine eigenen und der bürgerlichen Presse den Vorschlag einer „Erklärung zu gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen“ vor. Dieses „Grundsatzprogramm“ der westdeutschen Kapitalisten „hat zum Ziel“ – so Schleyer – „einen Beitrag zur ordnungspolitischen Grundsatzdiskussion aus unternehmerischer Sicht zu leisten“ und das bei den Kapitalisten „vorhandene Theoriedefizit aufzuarbeiten“.

Der Entwurf wurde der Öffentlichkeit vorgestellt und soll Ende des Jahres nach Beratungen in den einzelnen Kapitalistenverbänden auf der Jahresversammlung des BDA verabschiedet werden.

In den Diskussionen innerhalb der Kapitalistenklasse ist in den vergangenen Jahren von ihren führenden Vertretern und ihren Ideologen in den bürgerlichen Parteien immer wieder die Forderung nach einem „politischen offenen Gegenprogramm der vernünftigen Gesellschaft und der sozialen Reform“ (so Schleyers Vorgänger, Otto A. Friedrich) erhoben worden. Dieses „Gegenprogramm“ soll in der „Auswanderung um die Zukunft des Unternehmens“, über deren „Hörte noch nicht überall (bei den Kapitalisten) eine klare Vorstellung besteht“, den politischen Forderungen der Arbeiterklasse entgegengesetzt werden.

Dieser Leitlinie entsprechend soll das „Grundsatzprogramm“ ein „Grippe von Grundsätzen (sein), um einen Maßstab für alle Fragen zu haben, die auch in Zukunft“ auf die Kapitalisten zukommen.

Im Entwurf wird von den Kapitalisten mehr „politische Festigkeit in den politischen Grundsätzen und politischen Engagements“ gefordert. Die „aus der Defensiv- (!) streitende“ und „in einem Mehrfrontenkrieg (!) hart“ (!) bedrängte „Unternehmensschicht“ (nach „Handelsblatt“ 20.8.) wird aufgerufen, verstärkt für den Erhalt ihrer Ausbeuterordnung einzutreten und „energiesche Widerstand gegenüber jenen, die unsere freiheitliche Ordnung offen oder versteckt (!) in eine sozialistische Ordnung selbsttätig umkehren wollen“, zu leisten.

Eine Gefahr für die kapitalistische Ordnung sehen dabei die Unternehmer „heute nicht nur in jenen Kriften, die sich die sogenannte Systemveränderung zum Ziel gesetzt haben. Gefahr geht nach unserer Auffassung auch von einer Politik aus, die den Sozialismus in Italien einführen will“ (Schleyer zum Entwurf).

Gemeint ist damit die „linkslastige“ (!) Politik der SPD/FDP-Regierung (!) und der „Machtausprägung der Gewerkschaften und ihren syndikalistischen (!) Ambitionen“ (nach „Welt“, vom 20.8.74).

Ausgerechnet die „paritätische Mitbestimmung“ und die „Vermö-

gensbildung“ müssen dabei mit wieder als „Beleg“ für die „linkslastige Politik“ und die „schleichende Sozialisierung“ herhalten.

Als Konzept zur Erhaltung des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und zur politischen Desorientierung der Arbeiterbewegung schlagen die Kapitalisten eine freiwillige Form der „Vermögensbildung“ vor. „Im Entwurf heißt es dazu, daß das Privateigentum in seinen vielfältigen Funktionen um so eher erhalten bleibe, je mehr es anerkannt werde. Dazu müßte es aber so breit wie möglich gestreut sein“ („FR“ vom 20.8.74).

Eine klare Kampfansage an die Arbeiterklasse und ihre Forderungen sind auch die Aussagen des „Grundsatzprogramms“ zur Sozial- und Tarifpolitik der Kapitalisten. Hier sollen die „überzogenen (!) Ansprüche und Erwartungen in der Tarifverhandlung“ nach unten geschnitten werden. Würde das „Inflationssenden“ und die „Inflationssenden“, womit die Lohn- und anderen Forderungen der Arbeiterklasse gemeint sind, nicht verstopft, drohte auch hier Gefahren für die bestehende „Ordnung“.

In den bevorstehenden Lohnrunden sollten „nur solche Preiserhöhungen mit Tarifverbesserungen abgedeckt werden, die von allen am Wirtschaftsprozess Beteiligten als unvermeidbar angesehen werden“ (nach „FR“).

Schleyer und Konsorten fällt es natürlich nicht im geringsten ein, selbst an eine aktuelle Bedrohung ihrer Ausbeuterordnung zu glauben. Dennoch sind sie sich darüber klar, daß es zu härteren „Auswanderungen um die Zukunft des Unternehmens“ kommen wird und bereiten sich schon heute darauf vor. Dazu gehört es auch, die eigene (Kapitalisten) Klasse auf diese Auseinandersetzungen vorzubereiten. Die maßlose Übertreibung ihrer Lage („Mehrfrontenkrieg“ usw.) soll die noch „unschlüssigen“ Teile der Bourgeoisie für eine Politik der beschleunigten Faschisierung und offenen Unterdrückung der Arbeiterklasse gewinnen. Die Hetze gegen die SPD-Regierung und solche „Reformen“ wie die „Mitbestimmung“, die die Positionen der Arbeiterklasse in keiner Weise verbessern, soll den Boden bereiten für die Ablehnung aller Reformzugeständnisse und Scheinreformen an die Arbeiterklasse und die übrige Bevölkerung.

Gleichzeitig dient die Hetze gegen die Forderungen der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen („Übermachtsanspruch der Gewerkschaften“, „syndikalistische Ambitionen“ usw.) der reaktionären Mobilisierung von Teilen der Bevölkerung, besonders den Kleinbürgern, für die brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

Metal-Komitee, KB/Gruppe Hamburg

Frankfurt

Festnahmen und Hausdurchsuchungen von „KPD“-Genossen

Am Mittwoch, den 31. Juli 74, wurden zwei Genossen der „KPD“ beim Verteilen eines Flugblattes über die Ermordung des Mannheimer Arbeiters H.-J. Remiszko (siehe letzten AK) von der Polizei festgenommen. Bei der Festnahme wurden Exemplare der „KPD“-Zeitung „Rote Fahne“, Flugblätter und Unterschriftenlisten für die Hessische Landtagswahl beschlagnahmt. Noch bevor die Genossen wieder freigelassen wurden, durchsuchte die Polizei ihre Wohnungen. Natürlich ohne Hausdurchsuchungsbefehl. Achi Beamte durchwühlten das Zimmer eines Genossen. Als ihnen dort nichts in die Hände fiel, durchwühlten sie auch die übrigen Zimmer der Wohnung, ohne dabei auf die übrigen Bewohner Rücksicht zu nehmen. Außerdem hinderten die Polizisten den Genossen daran, Zeugen für die illegale Hausdurchsuchung herbeizurufen, indem sie ihn in ein Zimmer sperrten.

Die Pressestelle der Polizei behauptete diese Maßnahmen mit einem Beschlagnahmebescheid, der im ganzen Bundesgebiet für Druckerzeugnisse der „KPD“ bestehe, und damit, daß nach Ansicht der Staatsanwaltschaft die Aussagen in den Flugblättern den Tatbestand der Beleidigung erfüllen. Außerdem erklärte der Polizeisprecher gegenüber der „Frank-

furter Rundschau“ (3.8.74): Es sei „Gefahr im Verzug“ (!) gewesen – eine juristische Formulierung, die eine Hausdurchsuchung auch ohne Durchsuchungsbefehl rechtfertigt. Zynisch heißt es dann weiter, daß „die sofortige Aktion, bei der mehrere Zeitungen und ein Feuerlöscher (!) beschlagnahmt wurden, ermöglicht (habe), daß die beiden Festgenommenen inzwischen wieder auf freiem Fuß sind“.

Die nahezu lächerliche Begründung „Gefahr im Verzug“ genügt heute bereits wieder, um sich von Seiten des „freiheitlichen“ Staates derart offen über demokratische Rechte wie „Meinungsfreiheit“, „Pressefreiheit“ usw. hinwegzusetzen.

Den Genossen der „KPD“ aber wollen wir folgendes sagen: Diese Vorgänge sind nicht, wie einige von euch glauben, nur gegen die „KPD“ wegen ihrer „konjunkturellen Politik“ und der daraus resultierenden „Gefahr für die Bourgeoisie“ gerichtet, sondern sie richten sich vielmehr gegen die gesamte kommunistische Bewegung. Notwendig ist daher ein verstärktes Bemühen um einen gemeinsamen Kampf gegen die zunehmende staatliche Willkür.

KB/Gruppe Frankfurt Bezirkskollektiv

Forts. Arbeitslose

im Ausland, näher an die ausländischen Absatzmärkte heran.

So ist z.B. das geplante VW-Werk in den USA zu betrachten (vgl. Artikel in diesem AK). Es ist wohl kein Zufall, daß westdeutsche Autofabriken in Ländern wie Brasilien oder Iran gebaut wurden bzw. geplant werden, wo nicht nur billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, sondern wo außerdem eine hartnäckige schwerpunktmäßig industrialisierende „Mittelklasse“ schafft, die als Käufer der Autos in Erscheinung treten kann.

Auf der Strecke bleiben z.B. einige Zehner- oder Hunderttausend Automobil-Arbeiter in der BRD, die den Beruf werden wechseln müssen. Sehr klar hat dies Linie, nicht nur für die Auto-Industrie, der Kapitalisten von Mercedes, Chef der „Gutehoffnungshütte“ Oberhausen (größter Maschinenbaukonzern der EG), in einem „Spiegel“-Interview dargestellt („Spiegel“ 1/74):

...wir müssen rasch versuchen, diese Überschüsse (die Exportüberschüsse – Anm. AK) in einen Umstrukturierungsprozeß zu stecken, der für unser Land entscheidend sein wird.

Wir müssen dabei im Ausland investieren, weil sich bei uns wegen der Lohnkosten manche arbeitsteiligen Produktionen nicht mehr lohnen ... Wir können auf Dauer in der Bundesrepublik nur, high sophisticated technology behalten, also Fertigung von technisch hochwertigen Produkten. Simpleren Massenfertigung wird bei uns unrentabel, weil die Lohnkosten einfach zu hoch werden. Alles, was unter dieser Schwelle liegt, werden wir ins Ausland verlegen müssen.“

Dieser „Umstrukturierung“ wird von den Kapitalisten sehr zielstrebig betrieben. Sie „setzt“ nicht nur Arbeitskräfte in der BRD „frei“ (macht also zu gut Deutsch arbeitlos), sondern soll auch langfristig im Ausland Reservearmeen von Lohnrückstücken schaffen, also unmittelbar auf das allgemeine Lohnniveau in der BRD zurückwirken.

Die durch die „Umstrukturierung“ bedingte Krise wird verschärft durch das Zusammentreffen mit einer internationalen Wirtschaftskrise in der gesamten kapitalistischen Welt, deren Entwicklung noch gar nicht abzusehen ist.

Die Krise wird dazu benutzt, um die Arbeiterklasse einzuschüchtern

und ihr die angebliche Notwendigkeit von „Opfern“ einzureden:

– Strauß sagt: Der „Kostendruck ... muß verschwinden ... Der hauptsächlichste Kostendruck kommt zur Zeit von der Lohnseite“ („Bild“, 6.8.74).

– Schmidt sagt: Die Unternehmer sind „einem erheblichen Kostendruck ausgesetzt“. Das „sollte bei der nächsten Lohnrunde berücksichtigt werden.“ („FAZ“, 19.8.).

Von Amerongen, Präsident des Industrie- und Handelskammern (DIHT), sagt: Es ist „mit noch höherer Arbeitslosigkeit zu rechnen“. Das ist „nicht zuletzt die Folge einer übersteigerten Lohnpolitik.“ („FAZ“, 9.8.).

Der Gesamtverband der Metallindustriellen Arbeitgeberverbände sagt: Die „Ursache für die gegenwärtige Konjunkturschwäche“ liegt im „Druck einer aggressiven Lohnpolitik.“ („FAZ“, 23.8.).

Kapitalisten und bürgerliche Politiker – ob Regierung oder „Opposition“ – ziehen, wie man sieht, am selben Strang. Die Arbeiter müssen an einem Ende ziehen!

13. August — Die Ratten kriechen aus ihren Löchern

Der 13. August ist den Faschisten in Westberlin jedes Jahr ein willkommenes Anlaß, ihre Propaganda zu entfalten. In diesem Jahr hatten die NPD und die Deutsche Volkunion Veranstaltungen in zwei Kneipen und die JU und BSU eine Demonstration zur sowjetischen Militärkommandantur angekündigt. Die NPD rief zu ihrer Veranstaltung mit ihrem demagogischen Parolen „Mauer, Stacheldraht und Mienen können nicht dem Frieden dienen“ und „Gebt dem Volk das freie Wort und morgen ist die Mauer fort“ auf.

Unsere Organisation rief in einem Flugblatt zur Verhinderung der Veranstaltung auf, wobei wir vor allen Dingen klar machten, wer die Faschisten wirklich sind, welche Interessen der Bourgeois dahinterstecken und daß die Faschisten mit

Menschenrecht und Freiheit bestimmt nicht zu tun haben. Außer unserer Organisation haben auch der Spartakusbund, die „KPD“ und die „KPD/ML“ zur Verhinderung dieser Veranstaltung aufgerufen. Der KBW war natürlich nicht erschienen. Ein KVZ-Vorkäufer sagte dazu, es sei nicht die Art des KBW, Aktionen stellvertretend für die Massen durchzuführen (seit wann denn das?).

Als wir ankamen, war das Lokal geschlossen. Der Wirt gab an, er habe sich, nachdem er herausbekommen habe, daß es sich um eine Veranstaltung der NPD handelte, entschlossen, die Veranstaltung abzusagen. Aus diesen Angaben entnehmen wir, daß die Alliierten — unseres Wissens zum ersten Mal — eine Veranstaltung der NPD in Westberlin nicht verboten haben (!)

Zu Zwischenfällen kam es mit der „KPD/ML“. Sie stürmten plötzlich auf die Genossen vom Spartakusbund los, entzogen ihnen Plakate und Zeitungen ihre „Begründung“. „Das sind Trotzkisten, die gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse wie die Faschisten“. Unsere Genossen und die Genossen der „KPD“ waren gezwungen, Ketten zwischen den Reihen der „KPD/ML“ und das Spartakusbund zu bilden, um eine Massenschlägerei zu verhindern!

Auch in der Propaganda der „KPD/ML“ drückt sich dieses provokatorische Wesen deutlich aus. Ihr Flugblatt (Überschrift: „Die Mauer muß weg! Deutschland dem deutschen Volk!“) bestand zur Hälfte aus Hetze gegen die DDR. „Die heutige DDR gleicht eher einem finsternen Gefängnis, einer Diktatur wie unter Hitler“, und weiter im Nazijargon: „Die Mauer ist, das schmerzhafte Dokument, das die Teilung Deutschlands untermauert“. Und die Schlussparole: „Nieder mit der SEW/DKP! Den Verrätern am Sozialismus, den schlammigen Feinden in der Arbeiterbewegung!“

Die Faschisten hatten sich in kleinen Trupps in den Seitenstraßen versammelt. Sie wurden von den Antifaschisten durch Polizeipatrouillen in Zivil, die auf der anderen Straßenseite Posten bezogen hatten, geschützt. Außerdem warteten mehrere Mannschaftswagen in den Seitenstraßen. Als die Genossen bemerkten, daß sie von einem Polizeipatrouille fotografiert wurden, entzogen sie ihm den Fotoapparat und trieben ihn in die Flucht. Als die Genossen ihn verfolgten, drehte er sich um und zog die Pistole. Dazu schrieb die „SZ“ tags darauf unter der Überschrift: „Polizist niedergeschlagen“. „Ein Beamter einer Ziviltruppe wurde gestern von mehreren Kommunisten in Alt-Tempelhof niedergeschlagen. Die Kommunisten, die eine NPD-Verammlung stören wollten, waren von dem Beamten fotografiert worden.“

Kurz darauf kamen mehrere Mannschaftswagen der Polizei. Sie wollten vermutlich die antifaschistische Demonstration zerschlagen und die „Täter“ schnappen. Wir zogen darum in geschlossenen Reihen ab. Die Veranstaltung war verhindert worden.

Ein Genosse wurde noch nach Auf-
lösung der Demonstration von der
Polizei geschleppt, als er sein Mo-
torrad holen wollte, das er in der
Nähe geparkt hatte. Er wurde in
ein Polizeiauto gezerrt. Dort wurde
von ihm das „Gesichtsbild“ erpresst,
daß er sich an der Kundgebung be-
teiligt habe. Der Genosse muß mit
strafrechtlicher Verfolgung rechnen.
Dies ist nach den Vorfällen in Frank-
furt ein neuer drastischer Beweis,
wie die Polizei die Faschisten schützt
und die Antifaschisten angreift!

Nach der Demonstration suchte
die Polizei noch an mehreren U-
Bahn-Ausgängen in der Umgebung
nach Demonstranten, speziell nach
den Genossen, die dem Spitzel den
Fotoapparat entziehen hatten. Sie ha-
ben keinen gefunden.

Auch die Veranstaltung der Deut-
schen Volkunion war von Genossen
der „KPD“ verhindert worden. Sie
machten eine spontane antifaschisti-
sche Veranstaltung in den Räumen,
die für die Faschisten reserviert ge-
wesen waren.

KBW/Westberlin

Anzeige Buch



182 Seiten (Buchformat) Preis 8,- DM
192 Seiten (Buchformat) Preis 8,- DM

Dieser Band enthält zwei neue Arbeiten über eine der wichtigsten Perioden der
Klassenkämpfe in Deutschland. Damit legt der KOMMUNISTISCHE BUND
erstmals eine ausführliche Analyse der Klassenkämpfe dieser Zeit vor, die
auch über eine Einschätzung dieser Kämpfe Aufschluß gibt.

Besondere Gewichte wird auf die Untersuchung der Rolle der Sozialdemokratie
sowie auf eine korrekte Darstellung der Politik der KPD gelegt — insbesondere
zum Jahr 1923 angeht.

Das hat sich als ein so notwendiger erweisen, als die z.T. recht ausführlicher
Schriften, die von bürgerlichen und kleinbürgerlichen Autoren geschrieben
wurden, einschließlich der in der DDR veröffentlichten erhebliche politische
Mängel und Fehlentscheidungen enthalten.

Was bisher fehlte: Arbeiten der jungen kommunistischen Bewegung der BRD,
die sich gründlich mit den konkreten Entwicklungen der Klassenkämpfe in
Deutschland auseinandersetzen und qualifizierte klare Einschätzungen dieser
Kämpfe geben.

Vor allem und in diesem Band erstmals veröffentlichten Arbeiten mit dem
Hick und Juck Leber geschrieben, die für die kommenden Klassenkämpfe aus
den Erfahrungen der Niederlagen zu ziehen und die deutsche Populärzeitung
nach dem 1. Weltkrieg und zu Beginn der 20-er Jahre hat hinnehmen
müssen.

So tragen die beiden großen Abschnitte am Ende des Bandes die Überschriften:

DIE LEHREN DES HAMBURGER AUFGANDES
und
THE ARBEITERBEWEGUNG MUSS IHRE VERLORENEN SCHLACHTEN
ANALYSIEREN UM NICHT WEITERE ZU ERLEIDEN.

Dieser letzte Abschnitt setzt sich besonders mit den Einschätzungen kritisch
auseinander, die andere linke Gruppen zu diesen Klassenkämpfen vor mehr
als 50 Jahren abgegeben haben. Durch die gesamte Darstellung des Themas
durch die Einschätzungen und durch die Kritik der Positionen anderer
Organisationen zu deren Kämpfen stellt der Band auch einen Beitrag zur
politisch-ideologischen Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen
Bewegung der BRD dar.

Flohmarkt Hannover:

„Wenn Sie so wollen, ist es hier genauso wie bei Hitler!“
Aktion gegen Einschränkung der Informationsfreiheit

Der Stadtrat von Hannover versucht
seit ca. fünf Jahren, das miese Image
der Stadt („tiefste Provinz“) aufzu-
möbeln. Hierzu soll ein großangeleg-
tes und aufwendiges „Straßenkum-
programm“ dienen. In diesem Rahmen
wurden erst vor wenigen Monaten drei
riesige abstrakte Figuren, sogenannte
„Nanas“, angeschafft. Für die die
Stadt 150.000,- (!) rauschmüß.
Außerdem veranstaltet die Stadt je-
den Jahr ein „Altstadtfest“, einen
Mummium-Kumlauf, zu dem dieses
Jahr am zwei Tagen 400.000 Men-
schen kamen. Wichtigster Punkt der
„Imagepolitik“ aber ist der Floh-
markt, der jeden Sonnabend an ei-
nem Abschnitt des Leinewebers statt-
findet. Hier treffen sich regelmäßig
breite Teile der Bevölkerung, man
kann allerlei Trödel und Kram kau-
fen, es wird geredet und gehandelt
usw.

Diese ganze Imagepolitik hat
ein aber keineswegs das Ziel, die
Lebensverhältnisse der arbeitenden
Bevölkerung zu verbessern. Ganz im
Gegenteil soll es von den Problemen
der Anwohner ablenken. Z.B. die
Sanierungs- und Jugendpolitik wird
weil dunkle Seiten im Schaffen der
Ratherrn im Stadtrat finden. Und
einem alten Arbeiterviertel, zeigt ihre

Politik deutlich, was „Sanierung“ im
Kapitalismus heißt: Die Bewohner
werden in teure Wohnungen am
Stadtrand vertrieben, die Häuser ab-
gerissen und stattdessen Büros und
Luxuswohnungen gebaut. Und als
keine Initiative von Jugendlichen
verwirklicht, besetzte, zeigte die Stadt
verwaltung ebenfalls, wie „Lebens-
nah“ und „aufgeschlossen gegenüber
den Problemen der Jugendlichen“
sie ist. Der Bunker wurde vom „Mo-
bilien Einsatzkommando“ (MEK) ge-
räumt und steht heute wieder leer
(s. a. AK 44). Der Stadtrat hat indes
sehr plastische Beispiele dafür ge-
zeigt, welchen Interessen er sich
verpflichtet fühlt und auf wen das
verbesserte Image Hannover wir-
ken soll. Vor einigen Jahren wollte
der IBM-Konzern auf dem Gelände
der damaligen Pferderennbahn ein
neues Werk errichten. Sofort gab die
Stadt mehrere Millionen DM für die
Verlegung der Rennbahn und die
Errichtung des Geländes aus. Als
dies alles geschehen war, hatte IBM
plötzlich kein Interesse mehr an
einem Werk in Hannover. Seither ver-
sucht die Stadt, das Grundstück zu
verkaufen. Einen ähnlichen Vorgang
gibt es heute um das „Kröppchen-Cen-

Schlimmer gehts nimmer! — KBW und antifaschistischer Kampf —

Eine Aktionseinheit kommunistischer
und anderer faschistischer Grup-
pen führte am 10. August eine anti-
faschistische Demonstration in Frank-
furt durch. Der Protest richtete sich
gegen den Terroranschlag itabenscher
Faschisten auf den Raserzug „Ita-
bia“, der am 4. August in der Nähe
von Bologna zwölf Menschenleben
und 50 zum Teil schwer Verletzte
forderte. Etwa 300 itabensche und
westdeutsche Antifaschisten beteilig-
ten sich an der abschließenden Kund-
gebung (Genossen unserer Gruppe

gebung (Genossen unserer Gruppe
nahmen auch daran teil, ein offi-
zieller Aufruf unserer Gruppe war jedoch
wegen der Urlaubsabwesenheit mehr-
erer unserer Genossen nicht zustan-
degekommen — noch das ist ein le-
der bezeichnender Ausdruck für das
noch mangelhafte entwickelte Niveau
unserer Arbeit!)

Der KBW jedoch hielt sich offizi-
ell aus dieser Demonstration heraus
und bastelte sich dafür eine recht be-
merkenswerte „Begründung“ zurecht.
Unter der Überschrift: „Den Antifas-
chistischen Kampf richtig führen“
(d. h. gar nicht führen!) bezeichnet
der hankfurter Ortskreis des KBW
als „gefährliche und tödliche Fahren
und Einschüchtern“, daß in
den Demonstrationen auf der dro-
hende Gefahr einer „faschistischen
Machtgreifung“ hingewiesen wurde.
„(Genauere Formen gibt es das vom KBW
unterstellte Wort „faschistische Macht-
greifung“ in diesem Aufruf nicht einmal.
Im Aufruf ist von einer „reaktionären
Wende“ die Rede, die die Faschisten her-
beiführen wollen, und vom vor einiger
Zeit enthaltenen „genau“ angegebenen
Punktsatz der „Rote der Vende“)

denn, so der KBW-Ortskreis, „das
zu einem Zeitpunkt, wo die faschisti-
schen Regimes in Südeuropa der Reihe
nach kurzlich und der Kampf der
Arbeiter und arbeitenden Massen sich
in Italien genauso wie in Portugal,
Spanien, Griechenland und der Türkei
informell entfaltet!“

Lassen wir hier mal außer acht,
daß der KBW und wir eine sehr unter-
schiedliche Einschätzung davon ha-

ben, was r u m „die faschistischen
Regimes in Südeuropa der Reihe
nach kurzlich“ (siehe dazu die entspre-
chenden Artikel in den letzten AK-Aus-
gaben). Aber vielleicht sollte der KBW
auch deutlich sagen, ob es auch „er-
füllend und gefährlich“ gewesen ist,
daß der hankfurter KBW unter der UP-
Regierung auf die Gefahr eines fa-
schistischen Putschs hingewiesen hat,
denn schließlich hatte sich die Mas-
senbewegung dort doch noch viel
stürmischer entfaltet. Oder?

Dem KBW mißfällt besonders auch

die Forderung nach einem Verbot der
neofaschistischen MSI (eine Forder-
ung, die in Italien millionenfach von
den Arbeitern erhoben wird), was er
noch mit einem empörten Ausru-
ferzeichen zu kommentieren weiß, da
diese Forderung doch „gegenüber den
bürgerlichen Parteien und einem Staat,
der immer noch (?) Hauptstütze der
italienischen und ausländischen Kapi-
talen und Monopole ist“ gestellt
wird. Da scheint es denn wohl nach
KBW Meinung am besten zu sein, daß
die Arbeiter sich mit der Legalität
faschistischer Terrorgruppen abfin-
den. Hier liegt sich doch eine nette
Parallele zu den itabenschen Revision-
isten, die sich gleichfalls mit Händen
und Füßen gegen die Forderung des
Arbeiter nach Verbot des MSI stem-
men und ihr die allgemeine Fiskal
entgegenstellen. „Man muß den Fa-
schismus politisch bekämpfen“.

Aber das Herzstück dieser KBW-
Erklärung kommt noch

„Dieser Aufruf und diese Demon-
stration (in Frankfurt) lenken die ita-
lienische (!!) Arbeiterklasse in ge-
fährlicher und tödlicher Weise
von ihren eigentlichen Aufgaben ab,
selbst die Macht zu ergreifen und die
soziale Revolution durchzuführen.
Stattdessen soll sie zunächst (!)
einen „Antifaschistischen Kampf“
führen, was bedeutet, die Haupt-
kräfte der Macht der Kapitalistenklasse,
die korrupten und bürgerlichen Poli-
tiker solange zu schonen (!) und
sogar an sie zu appellieren, die Faschi-
sten zu verbieten.“

Antikommunismus mit Hilfe eines
Schlagers in die Tat umzusetzen.
Dies gelang ihm aber aufgrund der
Sobdarisierung der Flohmarktho-
sauer mit den ungegründeten Ver-
suchen, die den Antifaschisten
bisher nicht, bei denen Antifas-
chisten setzen sich die Flohmarkt-
wächter sogar bewußt über ihre ei-
gene Flohmarktordnung hinweg. Nach
dieser Ordnung ist es nämlich durch-
aus noch erlaubt, Informationsmü-
de zu errichten und Flugblätter zu ver-
teilen. Dieses Recht nutzten die bür-
gerlichen Parteien während des
letzten Landtagswahlkampfes auch
während aus. Sie waren allerdings
nicht die einzigen und bei weitem
nicht die ersten seit Jahren wird auf
mehreren Ständen mit Fascho-Kram,
wie z.B. NS-Literatur, Orden, Haken-
kreuzen, ganze Uniformteile (!) „Ehrendolche“, Aufnäher und Bilder
von „ruhmreichen“ Panzern, Kreuzen
usw. verkauft. Alles natürlich
„antiquarisch“, mithin „unpolitisch“
und nur noch für den „Liebhaber-
interessant“.

Um sich gegen die Angriffe der
Stadt zu wehren, schlossen die Sym-
pathisanten des KB, die „KPD“, der
KBW und die Ernst Hahnemann-Buch-
handlung eine Aktionsgemeinschaft.
Es wurde ein gemeinsames Flugblatt ge-
schrieben, in dem die Verbindung
zwischen den Angriffen der Stadt
gegen Kommunisten und ihre Unter-
stützung der Faschisten aufgeregt
wurde. Der KBW hielt die Stöck-
lung des Flugblattes zunächst für

Man fragt sich wirklich, ob man
hier mehr lachen oder mehr den Kopf
schütteln soll. Es ist doch wohl der
KBW selbst, der ein nicht nur durch
und durch bürgerliches, sondern
direkt idiotisches Verständnis
des antifaschistischen Kampfes offen-
bart, der nicht sehen und nicht be-
greifen will, daß der antifaschistische
Kampf weder Ersatz noch Vorstufe
des Kampfes gegen den bürgerlichen
Staat, sondern daß den Genossen die Stö-
ck- l u n g dieses Kampfes ist —
und gerade von einem großen Teil der
italienischen Arbeiterklasse auch be-
reits so begriffen wird. Was meint der
KBW wohl, warum die itabenschen
Arbeiter die christdemokratischen
Parteiliefer bei den Trauerfeiern der

letzten faschistischen Bombenattenta-
te nicht zu Wort kommen ließen?
Vielleicht um die DC, die die ge-
schäftsführende Partei der itabensi-
schen Kapitalisten ist, zu „schonen“?
Und warum haben die Arbeiter bei
ihren antifaschistischen Demonstra-
tionen Transparenz bei sich ge-
tragen, die z.B. die Aufschrift trugen
„Die Auftraggeber (!!) des Terroris-
mus schlagen!“? Vielleicht, um die
Kapitalisten zu „schonen“!

Man kann dem KBW nur empfeh-
len, mal bei der itabenschen Arbeiter-
klasse auf ein paar Monate in die Le-
hre zu gehen, vielleicht würde er
dann endlich seinen Laden „umorien-
tieren“ oder dicht machen!

KB/Gruppe Frankfurt

IMPRESSUM Arbeiterkampf

Herausgeber — Druck — Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF,
2 Hamburg 13, Rotherbaum 35, veran-
s. Redaktions- und Verlagskassen, 12.000
Erscheinungswiese dreiwöchentlich
Verlagspreis: 50 Pfg., Verlagskosten
Druckerei: K. K. 461 8378
J. Reents, und Postfachvertrieb Ham-
burg Nr. 240 896, J. Reents

falsch. Die Angriffe der Stadt auf
den Flohmarkt seien gegen die In-
formationsfreiheit der Massen gerich-
tet und nicht gegen die Meinungs-
freiheit der Kommunisten, die
Kommunisten würden nur deshalb
angegriffen, weil sie die einzigen
seien, die dort Zeitungen verkaufen.
Außerdem gebe es überhaupt keine
Verbindung zu der Unterstützung der
Faschisten. Dieser Standpunkt wurde
dann aber ohne Selbstkritik aufge-
geben.

Seit der Veröffentlichung des
Flugblattes ist die Stadt nicht mehr
gegen die Informationsfreiheit und
den Zeitungsverkauf vorgegangen.
Der Versuch der Einschränkung
der Meinungs- und Informationsfrei-
heit und kommunistische Organi-
sationen (bei gleichzeitiger Duldung
des Bezugs von Faschisten) findet
nicht nur auf dem Flohmarkt in
Hannover statt, im ganzen Bundes-
gebiet werden Verkäufer kommuni-
stischer Zeitungen zunehmend belästigt,
von Spitzeln fotografiert und gefilmt.
Nachdem verschiedene Zeitungen im
Juni und Juli über den Polizeimord
an Günther Routhier berichteten,
wurden viele Exemplare beschlagnahmt.

Diese zunehmende politische Zensur
ist die Vorbereitung des bürger-
lichen Staates auf kommende Klas-
senkämpfe, es soll der Arbeiterklas-
se jede Möglichkeit zur Meinungs-
äußerung genommen werden.

SKK in Hannover

Forto, Guinea-Bissau

schon Außenminister Soares und dem Frelimo-Präsidenten Samora Machel unterzeichnet. Das Abkommen sieht eine provisorische Regierung unter Führung der Frelimo bis zum Juni 75 vor. Dann soll Mosambik endgültig unabhängig werden. Die Zusammenarbeit der Übergangsregierung ist ein Zeichen der militärischen und politischen Stärke der Frelimo in Mosambik und ein Ausdruck der (tauglichen) Schwächeposition Portugals in der Übergangsregierung, der zwei Drittel der Minister von

Frelimo gestellt werden, einem Präsidenten, den die Frelimo stellt, wird die portugiesische Hochkommissar auf Seite gestellt werden. Von einer sogenannten „Volksabstimmung“ vor der Unabhängigkeit (also unter portugiesischen Truppen-Hoheit in den großen Städten) - von der sich Portugal verspricht, verschiedene afrikanische Marionettengruppen und die weiße Minderheit mehr ins Spiel zu bringen - war zuletzt auch nicht mehr die Rede.

Die Unterzeichnung des Abkommens war für die weißen Faschisten in Mosambik das Signal, einen offen-

bar bis ins Detail genau vorbereiteten Bürgerkrieg zu entfesseln.

Die „heute“-Nachrichten des ZDF meldeten in der Nacht vom 7. auf den 8. September (1 Uhr), daß in der Hauptstadt Mosambiks, Lourenco Marques, Tausende von Weißen mit Anti-Frelimo-Plakaten und Sprechchören demonstrieren. Von „ehemaligen Soldaten der portugiesischen Armee“ (1) wurde der Ruf funkelnur, die weißen Faschisten stürmen das Gefängnis von Lourenco Marques und „befreiten“ die 200 noch inhaftierten Folterknechte der portugiesischen Geheimpolizei DGS.

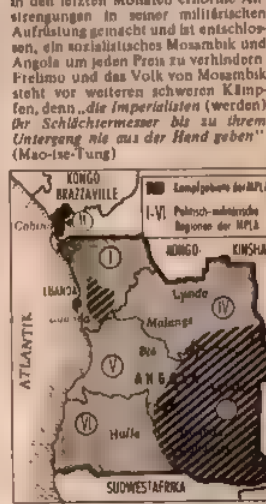
Das portugiesische Militär ließ die Faschisten in Ruhe wüten ohne einzugreifen! Der „Deutschland-Funk“ meldete am Sonntag (8.9.74) 13 Uhr, daß sich „Teile der portugiesischen Armee“ den „aufständischen“ Faschisten angeschlossen haben.

Radio DDR dagegen meldete am 8.9. um 12 Uhr mittags, die portugiesische Regierung habe erklärt, die Propaganda der Weißen, sie würden alle wichtigen Städte in Mosambik unter Kontrolle haben, sei falsch. Der „Aufstand“ sei auf Lourenco Marques beschränkt und die portugiesischen Behörden würden „Maßnahmen treffen, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen“. Die portugiesische Regierung bemüht sich also, die zu erwartende große Offensive der Faschisten herunterzuspielen.

Weiß-Kolonialisten haben sich auf den Zeitpunkt ihres „Aufstandes“ gut vorbereitet. Sie haben schon seit Monaten lieberhaft paramilitärische Organisationen (wie „Fico“ = „Wir bleiben“) aufgebaut, mit Drohungen und Attentaten gegen weiße Demokraten gearbeitet, um eine militärisch-faschistische Ausrichtung der weißen Minderheit zu erreichen.

Die Weißen Mosambiks stehen

keineswegs allein. Schon seit langem ist bekannt, daß eine Soldatennarbe auf dem Gebiet von Malawi und Rhodesien zusammengefaßt wird, die nach dem Waffenstillstand mit Portugal gegen Frelimo weiterkämpfen soll. Geldgeber dieser Kollerttruppe ist der berüchtigte Kapitalist Jorge Jardim - in Portugal steckbrieflich gesucht - eine der Schlüsselfiguren im derzeitigen Kampf der Weißen Jardim wird u.a. unterstützt vom Rassenregime in Südafrika. Südafrika hat in den letzten Monaten enorme Anstrengungen in seiner militärischen Ausrüstung gemacht und ist entschlossen, ein sozialistisches Mosambik und Angola um jeden Preis zu verhindern. Frelimo und das Volk von Mosambik steht vor weiteren schweren Kämpfen, denn, die Imperialisten (werden) ihr „Schlächtermesser bis zu ihrem Untergang nie aus der Hand geben“ (Mao-Tse-Tung).



In Angola, der reichsten der drei Kolonien, werden die alten portugiesischen Kolonialherren durch die Befreiungsbewegungen militärisch noch nicht ernsthaft bedroht. So können sie bisher die Bedingungen der „Unabhängigkeit“ dem Volk von Angola noch weitgehend nach ihren Interessen diktieren. Am 4. September wurde in Luanda (Hauptstadt Angolas) eine provisorische Regie-

rung gebildet, die aus 14 portugiesischen Staatsbürgern besteht und die dem Oberkommando des Admirals Coutinho untersteht. Eine etwaige Beteiligung der drei in Angola operierenden Befreiungsbewegungen wurde bisher nicht erwähnt.

Die Imperialisten haben von jeher besondere Interesse an Angola gehabt wegen der reichen Bodenschätze dieser Kolonie und sie haben auch von jener die Befreiungsbewegungen in diesem Land besonders hart bekämpft und auch massive Mittel der



Bestechung angewendet, um Kollaborateure innerhalb dieser Organisation zu finden. Das Volk von Angola wird noch einen langen Kampf um seine Befreiung führen müssen. (In einem der nächsten AK's werden wir einen ausführlichen Artikel zur Entwicklung in den portugiesischen Kolonien veröffentlichen.)

KB/Gruppe Hamburg

Spanien/Portugal-Kommission

Internationale faschistische Zentrale aufgedeckt

Die portugiesische Zeitung „Expresso“ berichtete kürzlich weitere Einzelheiten über eine faschistische Zentrale in Lissabon, die nach dem Sturz des Cetano-Regimes durch die „Bewegung der Streitkräfte“ aufgedeckt wurde.

Die Zentrale war als Nachrichtenagentur „Aginter“ getarnt, dahinter versteckte sich eine faschistische Organisation namens „Ordnung und Tradition“. Laut „Expresso“ unterhält die „Aginter“ Filialen in Bonn, Buenos Aires, Genf, Saigon, Rom, Tel Aviv, Washington und Stockholm u.a.

Chef der „Aginter“ ist ein ehemaliger OAS-Führer (die OAS war eine faschistische Terrororganisation, die gegen die Unabhängigkeit Algeriens mit Bomben auf arabischen Milizen u.a. kämpfte), der sich verschiedener Namen bedient, von denen sein Pseudonym Ives Guerin-Serac der bekannteste ist.

Die „Aginter“ befaßt sich u.a. mit der Anwerbung von Soldaten für die Kolonialisten in Afrika, mit Spionage gegen afrikanische Staaten und mit Mordaufträgen. Der Name „Guern-Serac“ wurde seit längerem auch in Verbindung mit der „strage di stato“ (faschistischer Bombenanschlag auf eine Mailänder Bank am 12.12.69) genannt.

In den Klüften der „Aginter“ wurde bei der Durchsuchung auch

eine Werkstatt zur Herstellung falscher Pässe gefunden.

Inzwischen soll die „Aginter“ nach Spanien umgezogen sein, wo die Arbeitsbedingungen für die Faschisten günstiger sind.

Ein wesentliches Arbeitsgebiet der „Aginter“ ist die Anwerbung von Soldaten, die im Auftrag der portugiesischen Milizen in Mosambik eingesetzt werden sollen, um die Unabhängigkeit des Landes zu verhindern.

Von einer weiteren faschistischen Zentrale, die offenbar mit der „Aginter“ auch zusammenarbeitet, berichtet die italienische Wochenzeitung „Panorama“.

Diese Zentrale nennt sich „Paladin“ und soll Filialen u.a. in Paris, London und Rom unterhalten. Sie warb offen mit Zeitungsanzeigen, in denen es etwa hieß: „Risiko ist kein Problem für uns. Die Gruppe Paladin führt Ihre Aufträge auf nationaler und internationaler Ebene aus, einschließlich der Zonen hinter dem Eisernen und dem Bambus-Vorhang (d.h. Sowjetunion und China - Anm. AK). Hochspezialisierte Leute stehen zu Ihrer Verfügung.“

Chef der Gruppe „Paladin“ soll ein gewisser Schubert sein, ehemaliger Mitarbeiter von Goebbels. Die „Paladin“ beschäftigt sich mit Mordaufträgen und Arbeit für imperialistische Geheimdienste.

Zur Lage in der Türkei

— ein Leserbrief —

Während des griechisch-türkischen Putschs war ich in der Türkei. Auch wenn die Kommunikation mit der Bevölkerung aufgrund der Sprachschwierigkeiten äußerst kompliziert und sprichwörtlich nur mit in Deutschland arbeitenden Türken kamen manchmal konkretere Gespräche zustande - so sprechen doch die Beobachtungen, die ich machte, eine deutliche Sprache.

Was mir gleich am ersten Tag in Istanbul auffiel, noch vor dem Zypernputsch, war der aufgeblähte Polizeiparapparat. Immer wieder Doppelstreifen der Polizei, mit offenen Revolvertaschen und Gummiknüppeln. An allen großen Kreuzungen Posten mit Maschinenpistolen. Es war kein großer Menschenauflauf möglich, der nicht von der Polizei argwöhnisch beobachtet wurde.

Das brutale Vorgehen der Polizei konnte ich selbst beobachten: auf meinem Campingplatz war eine Schlägerei ausgebrochen. Innerhalb kürzester Zeit war ein Mannschafstagen da, dessen Besetzung, ohne die Menschen anzufragen, sofort in die Menge mit Schlagstöcken hineinschob.

Warum aber diese große Polizeiparapparat? Hier auf eine Antwort zu finden, ist sogar dem Touristen möglich, der keinen tiefen Einblick in die ökonomische und politische Situation der Bevölkerung hat. Die Widersprüche prallen ausnahmslos auf der Straße zusammen. Große Bankparks und Türken, die mit Personenzugwagen auf der Straße sitzen und ihren Lebensunterhalt dadurch verdienen, daß man sich für ein paar Pfennige wiegen läßt, große Villen und zerlumpte Kinder, die auf der Straße Streichhölzer und Ansichtskarten verkaufen.

Da die türkische Bourgeoisie ökonomisch nicht in der Lage ist, eine breite Arbeiterarbeitskräfte zu besitzen und für ihre Löhne einzusetzen, müssen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse mit Polizeigewalt konserviert werden.

Während der griechisch-türkischen Auseinandersetzung, das übliche Kriegergeschrei, Panzerkolonnen und gegenseitige Bomben im Fernsehen. Die Straße der türkischen Armee wurde demontiert, Kriegerfilme, Ausgangspost und Verdunkelung. Vergewaltigung der Bevölkerung die krassesten sozialen Unterschiede und die Arbeitslosigkeit. Den Nationalismus, der in der Bevölkerung jetzt herrscht, geben wohl am besten die Worte eines in Deutschland arbeitenden Tür-

ken wieder, den ich in einem Gespräch auf den Krieg ansprach: „Alle Türken müssen jetzt zusammenhalten, wir und wie eine große Familie.“

Doch kann man etwas anderes erwarten, wenn man demagogischen und nationalistischen Phrasen der wahre verschleierte Charakter des Kriegeres verschleiert wird? Wenn die Vertreter des BRD-Imperialismus, der nach meins Beobachtungen großen Einfluss in der Türkei hat, das türkische Interventionsrecht anerkennen?

In der Türkei scheint mir dieser Krieg das tiefste Widersprüche des Systems wieder einmal mit nationalistischem Gedankengut verschüttet zu haben. So hat der Krieg zwei „positive Seiten“. Er zieht Zypern noch stärker in den Einflussbereich der Nato und er erzwingt auf unbestimmte Zeit die Bewusstseinsbildung breiter proletarischer Schichten in der Türkei.

■ ■ ■ ■ ■

Anmerkung der Redaktion:

Der Redaktion mißfällt eine leicht anti-türkische Tendenz, die ungewollt in diesem Leserbrief mitschlingt, ebenso wie in dem Leserbrief „Ein Beispiel für die nationalistiche Verhetzung der türkischen Kollegen“ im vorigen AK. Die Redaktion hatte bereits die einseitige Stoffrichtung der Überschrift jenes Leserbriefes ersetzen wollen durch „So sollen griechische und türkische Kollegen gegeneinander gehetzt werden“ (o.J.), was durch einen technischen Fehler bei der Erstellung der Zeitung nicht berücksichtigt wurde.

Der Fehler der Genossen liegt u.a. darin, die nationalistische und Kriegermoralen unter türkischen Kollegen „u.a.“ unter dem Aspekt der „Verhetzung“ zu sehen - und nicht a.u.d. als eine verständliche Reaktion auf die Tatsache, daß die türkischen Landleute auf Zypern als Minderheit während dem Terror der griechisch-tyrannischen Nationalisten und Faschisten ausgebeutet werden, die unendliche Verbrechen an der türkischen Bevölkerung Zyperns begangen und nach dem faschistischen Putsch neue Massenmorde, Verwundungen, Vergewaltigungen und Zerstörungen verübt. Es ist also nicht einfach „nationalistische Verhetzung“, wenn türkische Kollegen im Eingreifen „ihre“ Armee zunächst einmal den Schutz ihrer tyrannischen Landleute sehen.

Texaco, Hamburg

Linker Vertrauensleute-Vorsitzender abgeschossen

Die IG-Chemieführung setzt bei Texaco ihre Versuche, die fortschrittliche Gewerkschafts- und Betriebsarbeit zu zerschlagen, fort. Nach dem eingeleiteten gewerkschaftlichen Ausschlussverfahren gegen die Betriebsräte Kynast und Trampert, denen dadurch die formale gewerkschaftlichen Rechte genommen wurden, erhielt jetzt der Vertrauenskörper-Vorsitzende der Texaco-Hauptverwaltung, W. Henze, im Zuge ihrer Salamtaktik Funktionsverbot. Die Kollegen M.R. Mitglied der VK-Leitung Wilhelmshaven und M.W., VK-Leitung Texaco-Hauptverwaltung, wurden nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sie „gegen die Richtungsbestimmungen für gewerkschaftliche Vertrauensleute der IG-Chemie eindeutig verstoßen“ haben.

Am 5. August nahmen die Betriebsräte Kynast und Trampert an der Vertrauensleuteversammlung der Texaco-Hauptverwaltung teil. Freilich von Kodolitsch (IG-Chemie-Sekretär) forderte die 18 anwesenden Kollegen auf, den Gewerkschaftsraum mit ihm zu verlassen, weil die beiden „ohne Rechte und Pflichten“ seien und deshalb zu „keiner gewerkschaftlichen Veranstaltung mehr eintreten dürften“. Der Abend endete mit einer Niederlage der Gewerkschaftsführung vor ganzem „Kollegen“ begleitet von Kodolitsch bei seinem Abgang, 14 blieben und machten die Gewerkschaftsarbeit.

So wie die Gewerkschaftsführung auf ihren Prestigeverlust anlässlich der Aufsichtsratskampagne der Betriebsräte Kynast und Trampert ein Ausschlussverfahren folgen ließ (nach der Kampagne waren in der Hauptverwaltung nur 40 % der Kollegen zur Wahl gegangen), beantwortete sie auch diese politische Schlappe mit ihrer Satzungsgeißel.

In einem Brief vom 29.3. beschuldigte der IG-Chemie-Vertrauensstellenvorstand den VK-Vorsitzenden, er sei in einem Schreiben darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Rechte und Pflichten der Vertrauensleute (Kynast und Trampert) nicht erfüllt seien. (Kynast und Trampert) AK) ruhen, da sie können an keinen Sitzungen gewerkschaftlicher Gremien mehr teilnehmen und können keinerlei Handlungen als Mitglieder der Funktionäre vornehmen“ und trotz dieses ausdrücklichen Hinweises hätten die beiden an der Sitzung teilgenommen und weiter heißt es in dem Brief: „Kollegen von Kodolitsch (der Brief wurde von G. Paulsen als stellvertretender Vorsitzender der Vertrauensstellenvorstand) bei demselben mit Hinweis auf die Satzungsbestimmungen und Richtlinien, daß alle die, die dagegen nicht verstoßen wollten, mit ihm den Raum verlassen sollten.“

Dieses Verhalten stellt einen eklatanten Verstoß gegen die Satzungsbestimmungen und Richtlinien für gewerkschaftliche Vertrauensleute dar. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit als Voraussetzung gewerkschaftlicher Arbeit ist unter diesen Umständen nicht mehr gewährleistet.

Bei der Texaco werden derzeit, wie in früheren AK-Ausgaben berichtet, zwischen den Linken und den Reaktionskräften um Kodolitsch und seinem Anhang eine Reihe von Prozessen geführt. Dabei hat z.B. Kodolitsch im Prozess gegen Kynast, in dem es darum unterzogen lassen will, „weiter zu behaupten“, daß Kodolitsch in seinen antikomunistischen Broschüren aus Hitlers „Mein Kampf“ abschreibe, einen Streitwert von 20.000, DM bei Gericht beantragt, der zu riesigen Prozeßkosten führt.

Die AK-Redaktion ruft daher auf, auf das Konto der Texaco-Linken bei der

Hamburger Sparkasse
Konto-Nr. 1315/45376
Helmut Kynast
zu spenden.

Wir geben G. Paulsen recht, denn in dieser Passage des Schreibens bezeichnet er die „Bitte“ des proffiblen Kommunistenjägers als einen Vorstoß gegen gewerkschaftliche Bestimmung und bestreitet ihm die richtige die Voraussetzung gewerkschaftlicher Arbeit. Aber wer Paulsen kennt und den Brief weiterliest weiß, daß es sich bei dieser Verbindung nicht etwa um eine freudliche Helfleistung handelt. Er hat einfach einen Satz vergessen.

Dieser „eklatante Verstoß“ trifft natürlich alle 14 Kollegen, die sich damals den Raum verlassen sollten.

Im Sinne ihrer Salamtaktik „schonte“ die Gewerkschaftsführung noch die meisten Vertrauensleute und griff sich deren Vorsitzenden heraus.

„Darüberhinaus muß man von Funktionsströmungen mit gestalteter Funktion (1), wie es der Vorsitzende der Vertrauenskörperleitung ist, erwarten können, daß er sich über die Tragweite seines Verhaltens, daß offensichtlich überlegt kalkuliert war, im Klaren sein sollte.“ (Schreiben der IG-Chemie-Führung an den VK-Vorsitzenden, W. Henze).

Der Schluss der Briefes an den VK-Vorsitzenden heißt:

„Der Verwaltungsteilnehmend nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Du damit nicht mehr Mitglied des Vertrauenskörpers der Texaco-Hauptverwaltung bist und auch keinerlei Funktionen in diesem gewerkschaftlichen Gremium ausüben kannst.“

Wir wollen hier nicht klären, ob der VK-Vorsitzende gegen irgendeinen Satzungsparagraphen verstoßen hat oder nicht. Tatsache ist, daß die Gewerkschaftsführung die Meinungsbildung der Kollegen ignoriert, was es um die Behinderung fortschrittlicher Kollegen geht. Sie kann es sich eben leisten.

Den Kollegen muß klargemacht werden, daß die Gewerkschaftsführung sich gern auf die Mehrheitverhältnisse beruft, wenn es um die Durchsetzung ihrer Politik geht. Andererseits ignoriert sie die Mehrheit der Kollegen, wenn sie ihren Zielen entgegensteht und bürstet die Mehrheit sogar des fehlenden Überblicks. Ihr kommt es eben nicht auf die Kollegen und deren Interessen an, sondern ausschließlich auf ihre Ordnungsfunktion im kapitalistischen Staat, die sie mit prinzipiellen Werten verbindet, „Begründung“ durchzusetzen versucht.

Der IG-Chemieführung ist es zwar bis heute gelungen, den linken Kollegen aus betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionen herauszudrängen. Andererseits formiert sich aber um diese Kollegen eine Gruppe von Betriebsräten, Vertrauensleuten, Jugendprotektoren und aktiven Gewerkschaften, die bereit ist, den Kampf für die Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft fortzusetzen. Die Gruppe gibt eine eigene Zeitung, Mitteilungen aus Betrieb und Gewerkschaft heraus, die von allen Mitgliedern (12-21 Kollegen) unterstützt ist.

Gericht verfügt die Schließung von Reynolds Eine Kraftprobe bahnt sich an

Am 27.8. erreichten die Auseinandersetzungen um die Produktionsaufnahme der Reynolds-Hütte in Hamburg einen neuen Höhepunkt. Das Verwaltungsgericht hatte entschieden, daß Reynolds inasbesehr von vierzehn Tagen die Hütte dichtmachen muß. Die Rücksichtslosigkeit, mit der der vor vier Jahren begonnene Bau durchgeführt wurde, veranlaßt das Gericht zu diesem Urteil.

Hetze in der Bevölkerung gegen Umweltschutz

In der bürgerlichen Presse versucht der Reynolds-Konzern mit Anhang (SPD-Senat und Gewerkschaftsführung), mittels einer großen Heißkampagne seine Interessen durchzusetzen. „Sind Blumen wichtiger als 1 000 Arbeitsplätze?“ („Mopo“) oder „Sind 12 000 Gladiolen mehr wert als 1 100 Arbeitsplätze?“ („Hamburger Abendblatt“). So wollen sie uns weismachen, es ginge nur um ein paar Blumen. Kern, der SPD-Senator für Wirtschaft und Verkehr, besitzt sogar die Frechheit, davon zu sprechen, es gehe um „einen kläglichen Landwirt einerseits, dem

Werk mit mehr als 1 000 Arbeitern andererseits und dem Wohl der Allgemeinheit insgesamt.“ Auf diese Art und Weise wollen sie alle Uninformierten gegen die Bauern und die protestierende Bevölkerung aufhetzen. Es geht aber nicht nur um die unmittelbare Belästigung. So schreibt „Bild“ am 30.8.74: „Die Frage des Tages Was ist ihnen wichtiger. Saubere Luft oder die Erhaltung von 1 200 Arbeitsplätzen?“ Die Befragung ergibt, daß fünf von sechs Bürgern die Erhaltung der Arbeitsplätze für vorrangig halten. In den gleichen Tönen wie die Konzentration setzt sich der Hamburger Senat für die Kapitalisten ein. „Senator Kern vertritt herbe Richter-Schelte.“ („Hamburger Abendblatt“). Schließlich haben sie den Konzern mit großen Versprechungen an die Elbe gelockt. Bausenator Dr. Bialas: „Wir sind bestrebt und werden alles tun, um Reynolds bei seiner Beschwerde zu unterstützen.“ („Mopo“). Gleichzeitig verbreiten sie optimistisch, daß es ihnen im Zusammenspiel mit den Reynolds-Kapitalisten und der bürgerlichen Justiz am Ende gelingen wird, ihren Interessen durchzusetzen. Bürgermeister Schütz: „Die Gerichte werden sich am Ende dem Se-

netztandpunkt anschließen.“ („Hamburger Abendblatt“). Wirtschaftsminister Kern: „Ich vertraue sehr auf die kühle Luft beim Überwältigungsgesicht. Sie wird sicherlich zu einer sachlichen (!) Entscheidung beitragen.“ („Abendblatt“).

Kraftprobe zwischen Kapital und Arbeit im Werk

Natürlich zielt die von den Kapitalisten und ihren Vertretern im Hamburger Senat inszenierte Pressekampagne nicht nur auf „die Öffentlichkeit“ schlechthin, sondern ist auch direkt auf die Belegschaft der Alu-Hütte gerichtet. Um die Wirksamkeit der „Argumente“ auf die Kollegen zu erhöhen, ließ Springers „Abendblatt“ am 29.8. fünf Angestellte zu Wort kommen. Diese Leute – darunter der Personalchef (!) Meyer und zwei weitere „Leitende“ – wurden als Vertreter der „empörten“ Belegschaft präsentiert, die um ihre Arbeitsplätze bangen müssen. Als einen Tag später ein nicht namentlich genannter Betriebsrat von Reynolds gegenüber der „Hamburger Morgenpost“ die Dinge aus seiner Sicht einschätzte (dabei unter anderem auch erklärt haben soll, daß die Geschäftsführung „mitverantwortlich“ für das jetzige Dilemma sei), nahmen die Kapitalisten das zum Anlaß, um mit massiven Einschüchterungen und direkten Erpressungen gegen

den gesamten Betriebsrat vorzugehen. In großer Bezeichnung kreuzten Geschäftsleitervertreter angelehnt von Personalchef Meyer – auf der letzten Betriebsratsitzung auf und drohten dem „Morgenpost“-Informanten „gerichtliche Schritte“ (sprich Kündigung) an. Dem Betriebsrat insgesamt wurde unverhohlen erklärt, daß ihm die sofortige fristlose Kündigung drohe, wenn er sich gegenüber der Presse etwa in ähnlicher Weise äußern sollte. Öffentliche Kritik an der Politik der Geschäftsführung sei gegen das Betriebsverfassungsgesetz und bedeute einen Bruch der „vertrauensvollen Zusammenarbeit“.

Weiterhin wurde der Betriebsrat aufgefordert, sich von den Äußerungen seines Kollegen „Unbekannt“ zu distanzieren. Zu diesen kapitalen Unverschämtheiten – die allerdings ihre Wirkung auf die noch unerfahrenen Betriebsräte nicht verfehlten – ist mehrererlei zu sagen.

1. Gibt es nach dem Betriebsverfassungsgesetz keinen Paragraphen, der der gewählten Belegschaftsvertretung ausdrücklich untersagt, zu einem in der Öffentlichkeit diskutierten Problem des Betriebs den Standpunkt der Arbeiter und Angestellten auch öffentlich vorzutragen? 2. Wenn überhaupt jemand gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt, hat, so ist das natürlich niemand anders als die Reynolds-Geschäftsführung selbst. Sie hat in krummelter Weise die

gesetzlichen Auflagen zur Vermeidung von Umweltschäden (durch Fluorastoff) unberücksichtigt gelassen bzw. ist diesen nicht voll nachgekommen. Sie hat – im wesentlichen über den Personalchef Meyer (FDP-Mann) – am laufenden Meier Stellungnahmen in die Presse gebracht, in denen die Dinge auf den Kopf gestellt werden.

3. Für den Betriebsrat besteht nicht nur keine Veranlassung, sich von den individuellen Äußerungen eines seiner Kollegen gegenüber der „Morgenpost“ zu distanzieren, sondern für den Betriebsrat steht nach wie vor die Aufgabe, die gegenüber der Reynolds-Belegschaft abgegebene Erklärung vor der Presse zu wiederholen und auf deren Veröffentlichung zu dringen (die so BR-Erklärung wurde bereits im letzten AK auszugswiesig zitiert – aus weitgehend (!) als das, was der unbekannte Kollege gegenüber der „Morgenpost“ gesagt haben soll, weil sie den Kapitalisten voll für die jetzigen Schwierigkeiten verantwortlich macht!).

Unbestätigt gilt es, für die Forderungen einzutreten:
– Keine Entlassungen bei Reynolds!
– Reynolds muß alle Auflagen erfüllen!
– Die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter im Werk und der Wohnbevölkerung sind untrennbar verbunden!

Betriebsrat Reynolds
KB/Gruppe Hamburg

Betriebsbesetzung in Leer (Ostfriesland)



25 Arbeiter der kleinen Möbelfabrik Schulte in Leer besetzten am Freitag, den 9.8. den Betrieb, da ihnen seit Juli keine Löhne gezahlt worden waren.

Schon seit Jahren war die Firma in Schwierigkeiten und hatte wiederholt Schulden gemacht. Als der Firmeneinhaber im Krankenhaus lag, bestellten die beiden Mitgesellschafter der GmbH & Co. KG zwei „Notgeschäftsführer“, die die Liquidierung der Firma vorbereiteten. Sie stellten fest:

- in der Kasse ist kein Pfennig Gold
- alle Konten sind gesperrt
- alle Forderungen sind abgetrennt
- eine nichtbezahlte Maschine ist vom Lieferanten abgekauft und ab-

transportiert worden. Löhne sind seit Juli, „vermögenswirksame Leistungen“ seit drei Monaten nicht mehr gezahlt worden.

Die beiden „Notgeschäftsführer“, die den Arbeitern nicht bekannt waren, machten sich eiligst daran, Lagerbestände an Käufer abzugeben, ohne ordnungsgemäße Lieferbelege und Rechnungen zu schreiben.

Als die Arbeiter beim Arbeitsamt erfuhren, daß ein Konkursantrag nicht vorliegt und daß Gefahr besteht, daß die Lagerbestände weit unter Marktwert verkauft würden, besetzten sie drei Tage lang den Betrieb, um sich selbst Pfänder für ihre ausstehenden Lohnzahlungen zu sichern.

Sie beendeten diese Betriebsbesetzung, weil sie erfuhren, daß schon vor geraumer Zeit der Inhaber der Firma das gesamte Inventar an Banken überschrieben hatte, um weitere Kredite zu erhalten. Außerdem hatte die Firma mittlerweile den Konkurs angemeldet, so daß die Arbeiter ihre Lohnforderungen beim Arbeitsamt geltend machen konnten.

In Ostfriesland allerdings neue Arbeitsplätze zu finden, wird schwerfallen, zumal die Möbelfabrik in der letzten Zeit bis auf vier Tücher nur noch Hilfskräfte beschäftigte.

In Ostfriesland ist man so hohe Arbeitslosenquoten gewohnt, daß die 25 Schulte-Arbeiter statistisch kaum ins Gewicht fallen.

Entsprechend desinteressiert reagierte auch der Verwaltungschef der Stadt Leer, Oberstadtdirektor Klein, auf die Vorfälle:

„Wir haben andere, größere Sorgen.“ („FR“, 14.8.74).

„In der Größenordnung ist die Sache zu geringfügig, als daß wir uns damit befassen müßten.“ („FR“, 14.8.) Klein hat aber auch noch einen zweiten Grund, sich um den Fall nicht zu kümmern:

Die Sache ist ziemlich unehrlich.“ („FR“, 14.8.).

Schon einige Tage nach der Betriebsbesetzung der Schulte-Arbeiter gab es eine zweite Betriebsbesetzung in Leer. 20 Beschäftigte der Firma Beton-Elementbau Jacob Schmidt richteten eine Barrikade aus Betonfertigteilen und legten einen Baukran um, um den Abtransport von Bauteilen zu verhindern. Seit fünf Wochen haben die Arbeiter keinen Lohn erhalten.

Sie verlangen, daß bis zum 31.8. ein ordnungsgemäßes Verfahren eingerichtet wird, damit sie ihren Anspruch auf Konkursausgleichszahlungen des Arbeitsamtes geltend machen können.

Metal-Komitee
KB-Gruppe Hamburg

Man versucht. In diesem Fall gelang das sogar soweit, daß einige Kollegen der Abteilung dem Meister Recht gaben.

Der Betriebsrat, als Interessenvertreter der Kollegen, hätte die Aufgabe, diesen zahlreichen Entlassungen im einzelnen nachzugehen. D.h., er hat die Kollegen der Abteilung aufzusuchen und nicht die Meister, Ingenieure usw., wie das üblich ist. Er hat die Kollegen zu befragen, ob er die Entlassung unterschreibt oder nicht.

Stattdessen ist es übliche Praxis des sozialdemokratischen Betriebsrates (BR), so gut wie jede ihm von der Geschäftsführung vorgelegte Entlassung abzuhaken, bzw. sich sogar noch als Motor der kapitalistischen Entlassungsmaschine zu betätigen. Dies vor allem bei politischen Entlassungen. Solche Maßnahmen werden dann vom Oberbürgermeister und BR-Vorsitzenden Otto Böhm höchstpersönlich mit zynischen Kommentaren begleitet wie: „Jetzt haben wir endlich einen Idioten weniger auf der Welt!“

Die Aufgabe der Kommunisten und klassenbewußten Kollegen ist es, in Zukunft verstärkt die Entlassungen im einzelnen zu enthüllen und den Kampf dagegen zu organisieren. Nur so können die Arbeiter auch die Kraft entwickeln, politische Entlassungen bei Streiks etc. zurückzukämpfen.

Ein Kieler Genosse

Frankfurt

Rationalisierungen bei Braun

Die Firma Braun AG mit ihren Hauptwerken in Frankfurt und Kronberg gehört zum amerikanischen Konzern Gillette.

In der Elektronikproduktion von Frankfurt werden HiFi-Geräte hergestellt, im Werk Kronberg befindet sich die Hauptverwaltung, einige Zulieferungsabteilungen und etwas außerhalb die Feinzeugproduktion/Werkerbachstraße.

Seit Anfang des Jahres führen die Braun-Kapitalisten schrittweise systematische Rationalisierungsmaßnahmen durch.

• In der ersten Januarwoche drei Tage „Zwangsurlaub“ für alle Kollegen des Elektronik-Bereiches in Frankfurt.

• Mitte Januar es wird bekannt, daß in Frankfurt 34 000 Kollegen

in Frankfurt 85-90 Kollegen und in der Westerbachstraße ca. 40 Kollegen entlassen werden sollen. Diese Maßnahme wird auch durchgeführt und zwar in drei Schüben von Januar bis März. Damit wird eine Meldung der Entlassungen beim Arbeitsamt umgangen.

• Gleichzeitig wird ein genereller Einstellungsstopp für die gesamte Firma erlassen.

• Ebenfalls gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die Feinzeugproduktion in der Westerbachstraße bis zum Herbst langsam auslaufen soll, mit der Begründung, die Räume dort seien nicht mehr anmietbar. Und das, obwohl den Kollegen schon seit langem die Verlagerung der Feinzeugproduktion nach Irland bekannt ist.

• Ende März die Geschäftsführung stellt den BR vor die Alternative entweder 50 weitere Entlassungen in der Westerbachstraße oder Kurzarbeit für diesen Bereich. Der BR stimmt einer Kurzarbeit vom 22.4. bis 27.9. zu.

• Anfang Juli es zeigt sich, daß Kurzarbeit keine Sicherung der Arbeitsplätze bedeutet. Die Feinzeugproduktion wird ganz eingestellt, ca. 45 Kollegen entlassen.

• Zur gleichen Zeit wird den Kollegen in Frankfurt in einer außerordentlichen Betriebsversammlung mitgeteilt, daß für den Elektronikbereich Kurzarbeit beantragt worden ist. Und zwar voraussichtlich für ein halbes Jahr.

Als nächste Schritte sind die Entlassungen von 50 Angestellten in Frankfurt und weiteren 60 in Kronberg geplant.

Die Begründung der Geschäftsführung für diese Maßnahmen besteht aus folgenden Punkten:

1. Im Januar lag die Firma mit 12,0 % unter dem geplanten Umsatz.
2. Es existieren Lagerbestände für 140 Mill. DM – normal seien Bestände von 100 Mill. DM.
3. Die „Diskurs“ und die augenblickliche Konjunkturschwankung habe zu einer Kaufzurückhaltung der Verbraucher und zu einem Preisanstieg der von Braun benötigten Kunststoffe geführt.

4. Die Aufhebung der Fremdbindung habe ebenfalls zu einer Verbrauchs-Zurückhaltung geführt.

5. Der Wettbewerb auf dem Elektronikmarkt habe sich verschärft. Siemens beispielsweise könne im Ausland billiger produzieren und deshalb auch preisgünstiger anbieten (so VO-Vorsitzender Dr. Herrmann auf der Betriebsversammlung).

Tatsache ist, daß Braun in Absatzschwierigkeiten steckt. Tatsache ist aber auch, daß die wirkliche Ursache für diesen Absatzschwund in einer wahnwitzigen Überproduktion der vergangenen Jahre liegt. Dies bedeutet für die Braun-Kapitalisten eine vorübergehende Profitlosigkeit. Um trotz dieser veränderten Absatzlage weiter ihre Profite zu sichern und aus-

zubauen, führen sie auf Kosten und zu Lasten der Arbeiter und Angestellten systematische Rationalisierungsmaßnahmen durch. Diese Rationalisierungsmaßnahme steht praktisch erst am Anfang, was noch weiter auf die Kollegen zukommt, ist ungewiß. Daß Kurzarbeit keine Sicherheit für die Arbeitsplätze bedeutet, haben die Kollegen der Westerbachstraße am eigenen Leib erfahren müssen.

Eine weitere Möglichkeit, aus diesen „Schwierigkeiten“ herauszukommen, sehen auch die Braun-Kapitalisten in der Verstärkung des Kapital-exports.

Als erstes steht die Verlagerung der Feinzeugproduktion nach Irland bevor. Daß dies nicht die einzige Produktionsverlagerung bleiben wird, erregt man an den Äußerungen des AK-Vorsitzenden Dr. Herrmann, der auf der Betriebsversammlung am 13.5.74 in Frage stellte, „ob Deutschland als Produktionsland noch konkurrenzfähig bleibt“. In seiner Rede betraf er den Zynismus, den Kollegen eine Produktionsverlagerung in Länder mit niedrigeren Löhnen als „Sicherung der Arbeitsplätze in der BRD“ zu verkaufen.

Wie sicher die Arbeitsplätze durch solche Maßnahmen werden, können die Kollegen der Westerbachstraße von einem Tag auf den anderen entlassen wurden, am besten beurteilen.

Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt „zwingt“ die Kapitalisten heute immer mehr, in Niedriglohnländern zu produzieren, wie Dr. Herrmann dies auf der Betriebsversammlung am Beispiel Siemens auch deutlich sagte.

Das bedeutet auch für die Braun-Kollegen, daß die Angst um ihren Arbeitsplatz keine Frage eines momentanen Kriese ist, sondern zu einer Dauerzustand werden wird. Dieser permanente Klima der Angst wird von den Braun-Kapitalisten noch dadurch geschürt, daß er die gesamten Maßnahmen systematisch und schrittweise durchführt.

KB/Gruppe Frankfurt

LESERBRIEF

Über eine ganz „normale“ Entlassung

Auf der HDW Kiel werden durchschnittlich jeden Monat 130 Kollegen entlassen. Darunter befinden sich einmal die Kollegen, die „auf eigenen Wunsch“ die Werft verlassen. Das heißt im Klartext, daß sie der Arbeitssetze, vor allem dem mörderischen Programmlohn, nicht gewachsen sind bzw. nicht zu den Kollegen gehören wollen, die fast täglich im Unfallwahn von der Werft gefahren werden oder zu denen, für die diese Fahrt die letzte ist (traurige HDW-Woche! „Auf jeden Tanker kommt ein Toter“).

Die anderen Entlassungen fallen unter die Kategorie „nicht tragbar“ und „nicht geeignet“.

Um aufzuzeigen, was sich dahinter verbirgt, haben wir den Fall eines Kollegen rausgegriffen, der als „nicht geeignet“ entlassen wurde.

Ein Arbeiter bekam den Auftrag, Langlöcher in Bandstähle zu feilen. Pro Bandstahl 4 Löcher, das macht bei 86 Stück 344 Langlöcher. Damit war er für drei Tage beschäftigt (neun Stunden täglich – versteht sich!).

Dem Kollegen, der gerade seine Lehre als Antoklossier beendet hatte und erst seit drei Wochen auf HDW war, wurde die Arbeit übergeben, ohne daß ihm der Arbeitsgang vorher erklärt worden war.

Man spekulierte offensichtlich darauf, daß er die Arbeit schon hinkriege, wurde, da die meisten Antoklossierer eine „Fellausbildung“ genossen haben.

Jedenfalls kam Meister Bernot am dritten Tag, um sich die Arbeit anzusehen. Er stellte fest, daß 80 % der Langlöcher falsch befördert waren und schrie daraufhin den Kollegen eine Verlostsünde laut. Als er sein Geschrei beendet hatte, forderte er den Kollegen auf, sich „seine Papiere zu holen“. Dann rief er einen Lehrling, der ihn in seiner „glorreichen Zeit“ noch beschäftigt sollte, was dieser allerdings unterließ. Daraufhin wurde der Lehrling von ihm übel angesetzt. „Werd! Is nicht auch so fleißig, sonst suchst ich euch allen ein Messer in den Arsch!“ (solche und ähnliche Sprüche und wozu so fester Beständelid seines Repertoires).

An diesem Rauschmiß läßt sich gut das politische Ziel aufzeigen, daß die Kapitalisten mit ihren Entlassungen ihre Forderungen Verwahrungen usw. erreichen wollen. Einwöchige und Angst um den Arbeitsplatz. Damit wird – neben dem ökonomischen Zwang zur Arbeit – die kapitalistische Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin sowie Duckdenkismus und Nach-dem-Munde-Rein durchgesetzt.

Vom Elefanten zum Giganten

Thyssen-Konzern an die Spitze der Edelmetallproduktion gestartet

Bereits im Juni dieses Jahres wurde öffentlich davon gesprochen, daß der Thyssen-Konzern im Zuge der weiteren Neuordnung, der besser strukturierten, seiner Wirtschaftstätigkeit, die Edelmetallwerke Witten als ein zentralisiertes Unternehmen zu verwalten strebt. Begleitet von zahlreichen Demonstrationen wurden die Verhandlungen auf dem bayerischen Schloßbarren August von Fink Ende August abgeschlossen. Für geschätzte 60 Mio. Mark verkauft der Edelmetallwerke Witten (ATH) ein Aktienpaket von rund 35 % an die August Thyssen-Hütte (ATH). Man vermutet, daß der sogenannte Aktienpaket von rund 10 Mio. Mark zu dem Börsenwert von 30 Mio. Mark der Aktien erhalten hat. Die ATH, die über die (vor einem Jahr geschickte) Rheinische AG bereits einen Anteil von 62 % des Aktienpakets (40 Mio. Mark) der Edelmetallwerke Witten hielt, wird die „alte Tochter“ aus der Vorkriegszeit (Vereinigte Stahlwerke) nun wieder fest zur Brust nehmen.

Mit der aktuellen vollständigen Übernahme der Edelmetallwerke Witten in den Thyssen-Konzern, hat dieser sich an die Spitze der westdeutschen Edelmetallproduktion gestellt. Zusammen mit dem alten „Beitz“ der Edelmetallwerke in Krefeld (und Bochum) sind in der Edelmetallproduktion des Konzerns nunmehr 21.500 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, die im Vorjahr zusammen einen Umsatz von 1,86 Mrd. Mark erarbeitet haben.

(1972/73)	Geschäftsumsatz (Mio. DM)
Edelmetallwerke Krefeld	14.500 1.360
Edelmetallwerke Witten	7.000 500
Gesamt	21.500 1.860

Die Übernahme ist der Start für weitere Rationalisierung und Expansion

Anlässlich der Fink-Thyssen-Transaktion stellte die „Welt“ fest, worum es den Kapitalisten geht: „Was bisher an den Kapitalverhältnissen

schwieriger, wird jetzt verstärkt die verstärkte Konzentration in der deutschen Edelmetallindustrie. Die Zusammenarbeit bietet zusätzlich auch erhebliche Rationalisierungsvorteile, die zur Festigung der Marktposition im internationalen Vergleich dringend notwendig sein werden.“ („Welt“, 30.8.74)

Erhebliche Rationalisierungsvorteile haben die Arbeiter und Angestellten bei Thyssen schon ein gutes halbes Jahr zuvor zu spüren bekommen. Im Bochumer Werk der Edelmetallwerke Krefeld wurden bereits Ende letzten Jahres zunächst 150 Beschäftigte und dann nochmals 450 weitere entlassen, weil die Form- und Schleudergußfertigung nach Ansicht der Kapitalisten nicht genügend Profit abwarf und deshalb eingestellt wurde. Die Einstellung der Hartmetall- und Werkzeugfertigung der Edelmetallwerke war schon vorher bei Verlust von ebenfalls 450 Arbeitsplätzen aufgegeben worden. Protestaktionen, vor allem der Bochumer Arbeiter, konnten nichts bewirken. Die Thyssen-Kapitalisten, die schon zu der Zeit längt mit den Edelmetallwerken Witten ihre Pläne hatten (schließlich besaßen sie über die Rheinische AG so bereits 62 % der Aktien dort), hatten die (Be-)Reinigung des Edelmetallsektors (von Arbeitsplätzen) schon fest eingeplant. Schon seit längerer Zeit waren die Stahlkapitalisten mit der (Profit-) Situation in der Edelmetallbranche nicht zufrieden. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied der Edelmetallvermittlung, Dr. Vorwerk, zeigte sich auf einer Mitgliederversammlung im Juni d. J. sehr unzufrieden.

„Seit Jahren könnten die Investitionen nicht mehr durch Abschreibungen finanziert werden... Es geht darum, in den Betrieben neue Produktionsanlagen zu errichten und die Geschäftspolitik auf Gewinnmaximierung zu konzentrieren. Dazu gehören die Streichung der Produktion, ebenso Programmreduzierungen, aber auch schnelleres Reagieren auf Veränderungen des Marktes.“ („Süddeutsche Zeitung“, 15.6.74)

„Konzentration“ und „Gewinnmaximierung“ heißt: Konzentration auf Gewinnmaximierung

Es erscheint immerhin bemerkenswert, mit welcher Offenheit (und welchem Zynismus) klargestellt wird, worum es hier zu laufen hat. „Profitmaximierung“ heißt, den höchstmöglichen Profit, und nicht nur irgend-



Die Arbeiter der Edelmetallwerke Bochum erwangen eine außerordentliche Betriebsversammlung

einen Profit herauszuschlagen. Alles Gerade von der „Sicherung der Arbeitsplätze“, wie es in der Regel von Gewerkschaftsführern zur Rechtfertigung ihrer Zustimmung zu gigantischen Kapital-Fusionen vorgeschoben wird, erweist sich (wieder einmal) als Demagogie gegenüber der Arbeiterklasse.

Tatsächlich verhält es sich so, daß das Gerade vom „Schuldenberg“ und der Notwendigkeit, die „schlimmsten Verlustquellen zu stopfen“, nicht darüber hinwegtäuschen sollte, daß die Edelmetall-Kapitalisten im Zuge des weitest-

mens Stahl-Booms auch in dieser Branche ihren Reichtum mehren. So gab die Edelmetallindustrie noch im Juni an, daß die inländischen Aufträge – trotz der Flaute in der Automobilindustrie – „kaum gesunken“ sind (es wurden lediglich 1.000 weniger geordert, bei einem Auftragsvolumen von 179.000 t). Die Auslandsaufträge aber stiegen in dieser Zeit um 50 % auf 80.000 t (die Angaben beziehen sich auf das Monatsmittel). Schon 1972/73 konnten die Edelmetallproduzenten mit den Lieferungen den Aufträgen kaum folgen (inzwischen hat sich ein Auftragsbestand von (geschätzt) 3 - 4 Monaten angesammelt („Süddeutsche Zeitung“, 15.6.74).

Kapital und Regierung fördern die Expansion der Edelmetallindustrie

Die westdeutschen Edelmetallkapitalisten treiben die Expansion ihrer Konzerne voran. Während ab 1959 zwei Mio. t lieferten, haben sie inzwischen den Ausstoß verdreifacht. Die jährliche Steigerungsrate bis 1980 wird auf 4 - 5 % geschätzt. „Die Einschätzung, daß die deutsche Edelmetallindustrie sich um Wettbewerbsgründen auf den größeren europäischen Markt einstellen muß, ist aber nicht nur bei den Beteiligten der fast vollzogenen Neuordnung, sondern auch „amtlicherseits“ offenkundig verbreitet.“ („Welt“, 30.8.74).

Bei diesem Bemühen der Profitmaximierung, der Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, dürfen die Konzerne also nicht nur auf wohlwollende, sondern gar auf die aktive Unterstützung der Bundesregierung hoffen. Es liegt auch durchaus im Konzept dieser sozialliberalen Koalition (sozial und liberal gegenüber den Kapitalisten), daß die „alten Pläne“ der Edelmetallindustrie „der Edelmetallindustrie in einen größeren, den europäischen Markt verhältnismäßig angepaßten Anzug zu helfen.“ („Welt“, 30.8.74), nun endlich verwirklicht werden könnten.

Der „Startschuß zur Neuordnung der Edelmetallindustrie“ (Schlagzeile der „Welt“ vom 30.8.) signalisierte, daß die deutsche Edelmetallindustrie in eine entscheidende Entwicklungsphase getreten (ist) (ebd.). Die Frage bleibt, wie die Arbeiter und Angestellten der betreffenden Konzerne, wie die Arbeiterklasse insgesamt den zweifellos folgenden harten Angriffen der Imperialisten auf ihre Existenz begegnen können. Bereits in der bald maulenden Stahlfurde wird es umso notwendiger sein, die langfristigen Pläne der Imperialisten, besonders im Stahlsektor, zu enttarnen, um auch auf diese Weise dem Kampf der Stahlarbeiter eine größere Stützkraft zu verleihen.

KH / Gruppe Hamburg

HBV - neuer Satzungsentwurf dokumentiert weitere Angriffe auf die Kollegen

Im letzten „Ausblick“, Zeitschrift der Gewerkschaft Handel Banken und Versicherungen (HBV), wurde der Entwurf einer neuen Satzung für die Gewerkschaft vorgelegt. Unter Anleitung von Vlothier (Vorsitzender der HBV) hatte eine Kommission die Aufgabe, die bestehende Satzung zu reformieren, demokratisieren und zu modernisieren.

Auf dem Dortmunder Gewerkschaftstag vor zwei Jahren wurde beschlossen, daß ein neuer Satzungsentwurf vorgelegt werden sollte, in dem sich grundsätzlich die Arbeit der Betriebsgruppen festgelegt werden sollte. Bis zum Ende zum vorgelegten Entwurf wurde der Gewerkschaftsführung bei der Erstellung völlig freie Hand gelassen.

So drückte der Entwurf auch den Grad der Angriffe der Gewerkschaftsführung aus. Schon im einleitenden Artikel zur neuen Satzung wird betont, daß die Satzung die politischen und gesellschaftlichen Ziele der Gewerkschaft HBV festlegt und daher das „Grundgesetz“ der Organisation sei.

Unter § 5 werden die Ziele und Aufgaben der HBV angeführt:

Die HBV bekämpft sich zu „Demokratie in Staat und Gesellschaft“, sie will die „soziale Grundordnung“ in Staat und Gesellschaft der BRD weiter ausbauen, die „Mitbestimmung der Arbeitnehmer“ und damit die „Demokratisierung“ der Unternehmen und der Wirtschaft durchsetzen.

Satzung soll

Ausschlüsse legitimieren

Der Satzungsentwurf schreibt zwar unter § 9 den Mitgliedern das „Recht auf freie Meinungsäußerung“ zu. Tatsächlich wird aber von den Mitgliedern eine Identifizierung mit den politischen Aussagen des Vorstands gefordert, daß in der BRD die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ herrsche (und nicht etwa die Macht der Kapitalisten), daß eine „soziale Grundordnung“ herrsche (und nicht etwa die unsoziale und ungerechte Zustände auf allen Gebieten), daß die „Mitbestimmung“ den Arbeitern Vorteile bringe u. a. m.

So will z. B. die Hamburger Chemie-Führung Mitglieder bei Texten ausschließen, weil diese sich gegen die Aufsichtsratswahlen und gegen die „Mitbestimmung“ ausgesprochen haben.

Ein weiteres Beispiel für das Verständnis des Begriffs „gewerkschaftliche Ziele“ gab der Betriebsratsvorsitzende der COOP, Hochmann. Zwei Kollegen, die sich bei der COOP besonders stark gegen die „Rationalisierungs“-Entlassungen einsetzten, sollen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Ein „Argument“ von Hochmann ist, daß ein Abwehrkampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen bei COOP „gewerkschaftlich“ sei. Dies wurde von ihm öffentlich auf einer Mitgliederversammlung der COOP kundgegeben.

Nach der Satzung ist es der HBV möglich, jeden Kollegen auszuschließen, nur mit dem Argument, daß er gegen das Ziel der Demokratisierung verstoßen habe, denn was Demokratisierung bedeutet, bestimmt die Gewerkschaftsführung.

So wurde auch vorweg in den Entwurf aufgenommen, daß der Mitgliedschaftsbesitz der Gewerkschaft HBV bleibt, man ihn also nur „leibweise“ bekommt.

Die weitere Ausblassung in den Gewerkschaften geplant sind, wurde auch neu der § 13 Punkt 3 aufgenommen. Hat ein Mitglied bei der Aufnahme den Ausschluss aus einer anderen Gewerkschaft verschwiegen, wird die Mitgliedschaft ab dem Tage des Bekanntwerdens bis zur Entscheidung des Hauptvorstandes über die Gültigkeit der Mitgliedschaft suspendiert.

Zerschlagung der oppositionellen Kräfte

Schon die bestehende und gültige Satzung drückt aus, daß eine freiheitliche Meinungsäußerung nicht möglich ist, daß Diskussionen und Standpunkte, die nicht der sozialdemokratischen Politik der Gewerkschaftsführung entsprechen, abgewandt werden.

Durch den neuen Satzungsentwurf wird deutlich, in welcher Phase sich die Gewerkschaftsführung befindet, die innergewerkschaftliche Demokratie weiter zu torpedieren und ausbauen.

Kein Wort in der neuen Satzung über die Arbeit der Betriebsgruppen oder die Unterstützung der BG und deren weiteren Aufbau.

Die geforderte Abschichtung der BG durch die Aufnahme in die Satzung wurde überhaupt nicht berücksichtigt. Im Gegenteil, Betriebsgruppen, in denen eine aktive und fort-

schriftliche Arbeit geleistet wird, sollen zerschlagen werden. So bei COOP, wo die Gewerkschaftsführung die fortschrittlichen Kräfte raumnehmen und die BG zu einem Vertrauensleibkörper machen will, der völlig funktionslos in die Gewerkschaftsführung gebunden werden soll. Oder die Iduna-BG, die der Gewerkschaftsführung schon lange ein Dorn im Auge ist, und deren Veröffentlichungen nicht mehr gedruckt werden, gegen die ständig Hetzkampagnen geführt werden.

Durch die Zerschlagung der Betriebsgruppen soll gleichzeitig auf den Abbau der Mitgliederversammlung hingewirkt werden.

Die zunehmende oppositionelle Haltung der Kollegen auf den Mitgliederversammlungen gegenüber der Politik der Gewerkschaftsführung und ein teilweise gemeinsames Vorgehen der Kollegen durch Vorbereitungen in der BG soll bereits zerschlagen werden. Gerade die im letzten Jahr durchgeführte Mitgliederversammlung haben zu einer Annäherung der Standpunkte der BG geführt.

Den Aufbau der organisierten Opposition weiter entwickeln

Unabhängig von der Mitgliederversammlung ist es für die bestehenden fortschrittlichen Betriebsgruppen und Kollegen notwendig, Kontakte zu knüpfen und sich zu wichtigen Fragen gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten. So wird es von großer Bedeutung sein, ob es gelingt, zu einem gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und den Verrat der Gewerkschaftsführer gerade in dieser Frage zu kommen. So spricht die Gewerkschaftsführung von „notwendigen“ Entlassungen bei der COOP oder der Hamburg Mannheimer.

Obwohl es illusorisch wäre anzunehmen, den Satzungsentwurf und die Ausschlusspolitik der Gewerkschaftsführung gegenwärtig völlig verbindend zu können, muß der Kampf gegen den neuen Satzungsentwurf geführt werden. Gerade an dieser Satzung wird sich mit zeigen, wie weit es den fortgeschrittenen Kräften gelingt, dieser gewerkschaftlichen Opposition weiter zu entwickeln und gemeinsam diese Satzung abzulehnen, von der demagogisch behauptet wird, daß sie die immer stärker werdenden Forderungen nach mehr Demokratie entspreche.

Ein Hamburger HBV Genosse

Pierburg-Neuß

Prozeßwende?

Vorm Dismalorfer Arbeitsgericht führen die Anwälte der Pierburg-Automobilbau AG/Neuß immer neue Zeugnisse vor, um die fristlose Kündigung aus vier Betriebsgruppen nicht fruchtlos wirken zu lassen (wir berichteten bereits in mehreren Ausgaben des AK über ein solches Kündigungsverfahren bei Pierburg, siehe AK 43, 44, 46 und 47).

Da offenbar das Reservoir innerbetrieblicher Demutanten ausgeschöpft ist (die Kapitalisten hatten mehrere Leute aus dem Lohnbüro und einem Nebenbetrieb als Zeugen der Anklage gewinnen können) haben die Kapitalisten-Vorteiler in der Wohnungsgesellschaft (I) der belagerten Betriebsgruppe – und, siehe da! – einige Nachbarn aufgetan, die Bemerkenswertes zu berichten wußten. Zum Beispiel: „Es war ein Kommen und Gehen (in der Wohnung eines griechischen Betriebsarbeiters, Anm. d. Red.) Zehn, zwölf Wagen waren manchmal vorgefahren“, erinnerten sich einige Nachbarn (II „Metall“, 17/74).

Daß das Zusammenwinken von so vielen Leuten – und noch dazu in der Wohnung eines Ausländers – den Anwohnern von Spießbürgern erregt, liegt auf der Hand. Daß die Pierburg-Kapitalisten sich solcher Spießbürger glauben bedienen zu müssen, um ihren Vorwurf „Störung des Betriebsfriedens“ (I) gegen die vier künftigen Betriebsgruppen zu beweisen, zeigt wohl noch einmal, daß ein effektiv nicht e gegen die Kollegen in der Hand haben.

„Kronzeuge“ der Kapitalisten widerlegt

Die gesamte Kündigungsaklage der Pierburg-Kapitalisten vorm Arbeitsgericht stütze sich bisher auf die Aussagen des griechischen Betriebsarbeiters Satolias der keine Betriebskollegen Kellidis, Braag, Leipziger und Jinitzer denunziert hatte, im Sommer vergangenen Jahres dem spontanen Streik der Pierburg-Belagerten „geleitet“ zu haben.

Satolias war nach dieser Aussage nach Griechenland verschwand. Je 12 – nach den jüngsten in neopolitischen Entwicklungen in Griechenland – hat Satolias seine früheren Aussagen zu dieser Sache widerrufen und schwere Beschuldigungen gegen die Pierburg-Kapitalisten erhoben.

Wir geben hiermit den Wortlaut

des notariell beglaubigten Schreibens von Satolias wieder. Der Brief war an den DGB adressiert (Nachdruck im „Berliner Extrablatt“, 23.8.74).

„Sehr geehrte Herren und Kollegen! Mit diesem Schreiben nehme ich Stellung gegen Gesprochenes und Geschriebenes in der westdeutschen Presse zu meiner Person bezüglich des Streiks im August (13.8.73) in der Stadt Neuß und in der Firma Pierburg. Alle Veröffentlichungen in der deutschen Presse und die vorgelegten Dokumente bei dem deutschen Gericht, die gerade mich persönlich betreffen, als Zeuge des Klägers gegen Braag, Kellidis, Jinitzer, Leipziger, die als Organisatoren des Streiks im August 73 beschuldigt werden, entsprechen nicht der Wahrheit.“

Ich gebe zu, daß meine persönliche Aussage unter dem psychologischen Druck und persönlicher Drohung der Geschäftsführung der Firma Pierburg sowie von Agenten der damaligen griechischen Junta, die mit eigenen Organisationen im Ausland wirkten, stattgefunden hat.

Ich konnte diese schrecklichen Repressalien nicht vermeiden, da ich Vater von drei Kindern bin. Als ich nach Griechenland zurückkam, wurde ich von der Juntapolizei empfangen und vor ständig unter scharfer Kontrolle. Trübsinn verfolgte ich ununterbrochen diese Sache, die Intrige der Firma Pierburg, in deutschen Zeitungen und Illustrierten, die in Athen verkauft worden sind.

Heute, wo alle Griechen frei sind, ich auch, werde ich mich mit einer ersten Aktion an das deutsche und griechische Publikum. Ich verurteile öffentlich die Taktik der Firma sowie der Junta, die mit allen Mitteln versuchte haben, einen Gewerkschaftler zu vernichten, der sich neun Jahre für die sozialen Rechte der Arbeiter eingesetzt hat.

Ich stelle mich in Zukunft den Journalisten und der deutschen Justiz zur Verfügung, um diese Angelegenheit zu klären.

Durch dieses Schreiben werde ich meine herzlichen Grüße an alle Kollegen, besonders den belagerten Kellidis, Braag und Jinitzer, und ich bedanke mich, daß ich zu jeder Zeit an ihrer Seite stehe.

Mit kollegialen Grüßen
Unterzeichnet Satolias Nikiforos,
Pierburg 96, Pflanz Koralin!
Metall Komitee
KH-Gruppe Hamburg

11. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover „Wirtschaftsdemokratie“ und Antikommunismus im Mittelpunkt

Vom 15. - 21. September findet in Hannover der 11. Gewerkschaftstag der IG Metall statt. Die Gewerkschaftsführer haben ihn unter dem Motto „Wirtschaftsdemokratie und Antikommunismus“ gestellt. Damit wird unmittelbar angeschlossen an das Motto des 10. Gewerkschaftstages vor drei Jahren in Wiesbaden. „Wirtschaftsdemokratie als gewerkschaftliche Aufgabe.“ Der damalige IGM-Vorstandsdirektor sprach damals vom „Retrospekt der kapitalistischen Wirtschaft“, der Bedingungen für die Demokratie geschaffen habe, die „eine Abkehr vom Bürokratismus“ hin zu sozialer Reformbewegung“ befördere.

Im Mittelpunkt der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Aussagen werden einige Entscheidungsanträge des IGM-Vorstandes stehen, die in konzentrierter Form die theoretischen Grundzüge der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zur Abschaffung und zum Ausbau ihrer Gewerkschaftspolitik formulieren. Grundsätzlich wird die „freie Marktwirtschaft“ (Kapitalismus) anerkannt. Die „Freiheit der unternehmerischen Entscheidungen“ sei nur „überall dort einzuschränken, wo diese zu übergeordneten sozialen und gesamtwirtschaftlichen Interessen in Widerspruch stehen.“

Hier knüpfen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer an die Theorien ihrer Wirtschaftstheoretiker Hilferding und Nappeltal an, die nach dem 1. Weltkrieg das Konzept des „organisierten Kapitalismus“ und der „Wirtschaftsdemokratie“ entwickelten und zum Programm des ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) machten. Diese Theorien geben den grundsätzlichen Kampf gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und beschränken sich auf eine „Politik der Reformen“, mit einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Das „Kampfbild“ der Reformen“, mit einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten. Das „Kampfbild“ der Reformen“, mit einer grundsätzlichen Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Kapitalisten.

Die „Konfliktfelder“ geben die IGM-Führer in ihrer Entscheidung an:

- Preismacht durch den Kartellismus mit einer „Mißbrauchsaufsichtskontrolle“
- Ausbau dieser Aufsicht auf „multinationaler Ebene“
- Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, besonders hier wird der Mineralölmarkt erwähnt, wobei die IGM-Führer den Ausbau eines nationalen Energiekonzerns fordern
- Steuerung und Kontrolle der Investitionen (Investitionslenkung), hierzu soll der Vorstand Grundzüge noch erarbeiten

Ferner wird eine „Demokratisierung der mit dem Produktionsvermögen verknüpften wirtschaftlichen Verfügungsmacht“ gefordert durch:

- „Parteiliche Mitbestimmung zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht“ in den Betrieben,
- „Gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung in parteilich besetzten Wirtschafts- und Sozialräten mit Informations-, Kommunikations- und Initiationsrechten.“

Der in der Vergangenheit immer wieder gescheiterte Versuch, Klassen- gegenüberste zu leugnen oder zu überspielen, ist auch die Ursache dafür, daß auf diesem Gewerkschaftstag Fragen der „innergewerkschaftlichen Demokratie“ und die Disziplinierung der Mitgliedschaft eine zentrale Bedeutung haben.

Die Verklärung der Klassenaneinanderwerdung der letzten Jahre, das geistige politische Bewußtsein eines Teils der Gewerkschaft, die verstärkte Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften haben den Widerspruch zwischen Theorie und Praxis der Gewerkschaftsführer und der Klassenwirklichkeit in der BRD innerhalb der Gewerkschaften offensichtlich gemacht. Das ebenfalls bewährte Vorbildern der Vergangenheit hielt antileitende Instrumentarium zur Disziplinierung der Mitglieder um für die Gewerkschaftsführer notwendig praktischer Bestandteil zur Abschaffung und Verteidigung ihrer theoretischen Grundzüge.

Antikommunismus als Programm

Im Geschäftsbericht des IGM-Vorstandes 1971/1973, der dem Gewerkschaftstag vorgelegt wird, widmen die Gewerkschaftsführer dem „politischen Extremismus“ immerhin 6 volle Seiten. Wie es sich für diese Herren gehört natürlich dem „Extremismus von rechts und links“. Dem rechten allerdings nur ganze 23 Zeilen, dem linken hingegen 157 Zeilen.

Der unterschiedliche Umfang der Auseinandersetzung mit den „Extremen“ wird vorher abgelehnt: „Im Berichtsjahr setzte sich der Niedergang des Rechtsradikalismus fort“ (Geschäftsbericht, S. 22). Belegt wird durch ungeheuerliche Behauptung mit einigen Zahlenbeispielen vom Abschneiden der NPD bei den Bundestagswahlen und der Bemerkung: „Der letzte Parteitag der NPD ging im Oktober 1973 so gut wie unbeachtet über die Bühne.“



10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften Angriffen auf die Arbeiterklasse, zu den Angriffen auf die Gewerkschaften und das Koalitionsrecht, zu zunehmenden Faschierung von Staat und Gesellschaft. Stattdessen „im abgeklärten Berichtsjahr können die deutschen Gewerkschaften für sich in Anspruch nehmen, einen wesentlichen Beitrag zur fortschrittlichen Veränderung dieser Gesellschaft geleistet zu haben. Die bei der Berücksichtigung und der Regierungen“ (11) zunehmende Erkenntnis, daß unsere Gesellschaft dringender Reform bedarf, ist nicht zuletzt auf unsere gewerkschaftliche Arbeit zurückzuführen.“ (S. 11)

„Sieh zuspitzende Auseinandersetzungen“ werden als „abnehmender Widerstand konservativer Gruppierungen, die den Fortfall ihrer ungenutzten Privilegien befürchten“, vermindert.

So abgelehnt, wird nach links geschlagen. „Im Gegensatz zum Ablauf des organisierten Rechtsradikalismus hat im Berichtsjahr die linksextremistische Aktivität erheblich zugenommen.“ (S. 23) Als höchst zweifelhaftes Belege dienen eine Reihe von RGO-Zitaten aus der „Roten Fahne“ der „KPD“ und vor allem aus dem „Roten Morgen“ der „KPD/ML“. „Rote Listen“ bei den Betriebswahlen 1972 und die spontanen Streiks des letzten Jahres, die Arbeit unter ausländischen Kollegen, werden erwähnt.

Fazit: „Der linke Verbrätkalismus eignet sich weitaus besser zum Vorspannen gewerkschaftsfeindlicher Unternehmungen als die bisher immer wieder gescheiterten Versuche von offen gelber Seite“ (S. 25).

Anträge zum Gewerkschaftstag

964 Anträge legen den Delegierten des Gewerkschaftstages vor, 92 davon stellte der Vorstand, ausschließlich Anträge zur Änderung der Satzung.

Die größten Komplexe sind Satzungsänderung 313 und Anträge zu Tariffragen 154.

Nach der IG Metall-Satzung dürfen Anträge stellen die Vertreterversammlungen der einzelnen Verwaltungseinheiten (118 von 150 haben hiervon Gebrauch gemacht), der Gewerkschaftsvorstand, die Bundesausschüsse (15 Anträge stellte der Bundesjugendausschuss, vier der Bundesfrauenausschüsse).

Bevor die Anträge überhaupt auf dem Gewerkschaftstag landen, müssen sie noch durch einen großen Filter, der in den Betrieben beginnt und in den Vorstandstagen endet. Wir

wollen das am Beispiel der Zustandekommens der Anträge der Verwaltungsteile Hamburg verdeutlichen.

Etwas Mitte Februar schickten die Gewerkschaftsführer ein Rundschreiben an die Mitglieder der Vertreterversammlungen und die Vorsitzenden der Vertrauenskörper, in dem diese aufgefordert wurden, „rechtzeitig in ihren Gremien zu beraten, ob und welche Anträge der Vertreterversammlung zugeleitet werden sollen.“

Die Mitglieder selber wurden hierbei gar nicht angesprochen, ihnen ist in der Regel der ganze Ablauf und das Zustandekommen derartiger Anträge gar nicht bekannt. Die einzige offizielle Information an die Mitglieder war eine Veröffentlichung der Tagesordnung (nach Sachgebieten gegliedert) in der Zeitung „Metall“ vom 5. März 74. Folgende Termine wurden in Hamburg gesetzt: 11. April Antragschluß in den Betrieben, 21. Mai Beschluß der Anträge in der Vertreterversammlung, 31. Mai Einreichung der Anträge beim Vorstand. In den Betrieben waren also zwei

gen“ wurden sämtliche vorher zitierten fortschrittlichen Anträge mit „Ablehnung“ versehen. Die Vertrauenskörpers von Reynolds und eine Gruppe von Blohm+Voss-Vertrauensleuten konnten dabei die Ablehnung aller ihrer Anträge verbuchen.

So vorprogrammiert fand die Sitzung der Vertreterversammlung statt, die zum überwiegenden Teil mit den sozialdemokratischen Betriebsräten identisch sind. Abgestimmt wurde hier an einem einzigen Abend nur über die Antragsempfehlungen der Ortsverwaltung. Die Empfehlungen der Ortsverwaltung wurden in der Regel angenommen, die Opposition gegen das Vorgehen der Ortsverwaltung umfaßte nur etwa ein Zehntel der Vertreter.

Das Herausfiltern der fortschrittlichen Anträge ist damit aber noch nicht beendet. Eine Antragskommission beim Vorstand ordnet diese nach Sachgebieten und faßt verschiedene Anträge zusammen. Am 10. Gewerkschaftstag faßte diese Kommission 1238 Anträge zu 77 (!) an-



10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

Monate vorgesehen, Anträge zu

10. Gewerkschaftstag 1971 in Wiesbaden

Kein Wort zu den verschärften

faßt die Forderung nach Verankerung des Vertrauenskörpers als Basisorgane der Gewerkschaft in der Satzung (vier Anträge). In sechs Anträgen wird das Antragsrecht für Mitglieder der Gewerkschaft an die Vertreterversammlungen gefordert und 16 Anträge formulieren für die Satzung die Wahl der Bezirksleiter, die bisher von Vorstands-Gnaden ernannt werden.

In dem vielfach kritisierten Satzungspunkt der Urabstimmungspraxis liegen ebenfalls eine Reihe von Anträgen vor. In fünf Anträgen wird gefordert Streikbruch erst, wenn mehr als 50% der Mitglieder dafür stimmen. Drei dieser Anträge stammen übrigens aus dem Unterwesergbiet, wo ja bekanntlich im März dieses Jahres 57% der Metalller das Verhandlungsergebnis ablehnten.

Acht Anträge fordern die Weiterführung von Streiks, wenn 66,6% sich in einer Urabstimmung dafür aussprechen (bisher 75%).

Zu diesem Punkt hat auch der Vorstand einen Antrag vorgelegt. Darin heißt es: „Der Vorstand darf die Fortführung der Bewegung nur dann zustimmen, wenn mindestens 75% der für die Bewegung in Betracht kommenden (bisher hielt er: der daran beteiligten!) sich dafür ausgesprochen haben.“

Hier soll neben der Prozentklausel also noch eine zusätzliche Sicherung und damit Verschärfung für die Mitglieder eingebaut werden!!

In acht Satzungsanträgen befaßt sich der Vorstand vor allem mit den Gewerkschaftsausschüssen. In zwei Anträgen werden die Ausschussparagrafen ausführlich formuliert und damit der gängigen Ausschusspraxis der Gewerkschaftsführer angepaßt. Die „Sicherung“ der Gewerkschaft vor sogenannten „Gewerkschaftsfeinden“ soll danach total sein.

„Nicht aufgenommen werden dürfen ... Personen, die Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation sind und Personen, die Vereinigungen angehören, die die Interessen der Gewerkschaften und Aktionen der Gewerkschaftsmitglieder“ (A 416)

„Aus der IG Metall oder einer anderen Gewerkschaft ausgeschlossen bzw. für nichtwiederzunehmende Mitglieder der Gewerkschaften“ (A 418)

„Der Übertritt aus einer anderen Gewerkschaft wird durch den Vorstand vollzogen. Ein Übertritt kann abgelehnt werden, wenn dies im Interesse der IG Metall notwendig erscheint“ (A 421)

Die alte Satzung wird also so weit ergänzt, daß man verfolgen will, die Beipostung der Mitglieder von Anfang an zu ermöglichen. Mit diesen Satzungsparagrafen wird einmal die zweiseitige gewerkschaftliche Beipostung gesichert (vor dem Übertritt Anträge bei den anderen Gewerkschaften liegt etwas gegen ihn vor), zum anderen soll offensichtlich die „Verlässlichkeit“ bei Neuentritten satzungsgemäß mitreden dürfen (in kritischen Fällen vor der Aufnahme Anträge beim VS).

Im Antrag 429 schlägt der Vorstand vor nicht anders zu erwarten für die Satzung vor.

„Der Ausschuss erfolgt durch Beschluß des Vorstands ... ohne Durchführung eines Untersuchungsverfahrens“.

Damit soll die Ausschlußwirkung satzungsgemäß vollendet werden. Noch an zwei weiteren Stellen versucht der Vorstand, Satzungsstellen zu schließen.

„Während des Untersuchungsverfahrens (zur Feststellung gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ - Ann. AK) haben die Beteiligten jegliche öffentliche Erörterung über das Verfahren zu unterlassen.“ (A 693) Und

„Das Untersuchungsverfahren ist nicht öffentlich“ (A 691).

Die in der Praxis bereits angewandte Maulkorbpolitik wird ebenfalls in der Satzung verankert. Den angegriffenen kommunistischen Gewerkschaftlern soll jede Möglichkeit genommen werden, eine öffentliche Auseinandersetzung um die strittigen Fragen zu führen, tun sie das doch, so verstoßen sie damit gegen die Satzung.

Wir werden den Verlauf des 11. Gewerkschaftstages verfolgen und uns bemühen, schnell eine Auswertung dieses Kongresses zu liefern.

Metall-Komitee
KfB/Gruppe Hamburg

Im Mittelpunkt der Anträge: Die IGM-Satzung

Der Föder der Gewerkschaftsführer ist aber nie so dicht, daß sich nicht dennoch eine Reihe fortschrittlicher Anträge „durchschmuggeln“.

So wird in acht Anträgen aktive Beteiligung mit dem chinesischen Volk gefordert.

Sechs Anträge verlangen den Austritt aus „Koalitionsaktionen“. Eine Vielzahl von Anträgen mit der Forderung nach einer aktiven Lohnpolitik liegt vor. Ein Antrag fordert das Aufstellen linearer Forderungen, drei die Abschaffung der unteren Lohngruppen, einer die 35-Stunden-Woche, drei Anträge verlangen das Wegfallen jeglichen Schlichtungsgremiums, in sechs Anträgen wird dessen „Verbannung“ gefordert.

In über 30 Anträgen wird ein Kündigungsschutz für Vertrauensleute verlangt, fünf Anträge fordern Schutz von Jugendvertretern und jungen Betriebsräten vor der Einberufung zur Bundeswehr.

In drei Anträgen wird die Aufhebung der Berufsverbote gefordert.

Der Antragskomplex Satzungsan-

Die Rationalisierung in der Metallindustrie wird forciert

Die Automobilindustrie und die Zulieferer betreiben die Sanierung ihrer Profite mit zunehmenden Entlassungen, mit Stilllegungen und Kurzarbeit. VW hat bereits weitere Masseneinstellungen angekündigt und die Hälfte Kurzarbeitsperiode in diesem Jahr auf 11.000 reduziert worden.

Opel führt für 13.000 Beschäftigte in den Werken Rheinfelden, Bochum und Kaiserslautern vom 16.-20.9. zum viertenmal in diesem Jahr Kurzarbeit durch. Mittlerweile ist eine interne Studie der General Motors Manager bekannt geworden, in der von der möglichen Einsparung eines Drittels der Belegschaft gesprochen wird (das wären etwa 14.000 Opel-Beschäftigte).

Die Gotha GmbH in Frankfurt, Hersteller von Schubbedachern, hat in den letzten Monaten die Beschäftigtenzahl um die Hälfte, auf 420, durch Entlassungen verringert. Die Bosch GmbH in Stuttgart hat für Ende September zwei Wochen Kurzarbeit am Werk Remlingen angesetzt. In diesem Werk sind 200 Entlassungen geplant.

Die Bosch-Technik-Blaupunkt in Hergau hat die Entlassung von 300 (von 1650) Beschäftigten angekündigt. Am 26.8. gab es am Harnack-Werk Proteststreiks in einigen Abteilungen. In der Blaupunkt-Werke Hildesheim, Salzgitter, Landau und Osterode ist für 4.000 der 12.000 Beschäftigten 1.-3. Wochen Kurzarbeit angesetzt worden.

Kurzarbeit führt auch wieder der Bremenhersteller Alfred Töres in den Werken Gafhorn und Rheinbölen im August und September durch.

MAN hat im Bereich der Nutzfahrzeuge für ein Drittel der Arbeiter Kurzarbeit angesetzt. 5.000 Beschäftigte und hiervon in den Wochen vom 16.-20.9., 7.-11.10. und vom 4.-8.11. betroffen.

Die SE-Fabrizierwerke in Hamburg, seit zwei Jahren Teil des Linde-Konzerns, planen Masseneinstellungen. In den zwei Jahren hat Linde offensichtlich einen Rationalisie-



Die Arbeiter im Eisenwerk Milpe werden von der Stilllegung überrascht

rungsplan aufgestellt. Sämtliche Akkorde im Werk wurden neu gestoppt und brachten Zeiteinbußen bis zu 75 %. Abteilungen mit Einzelproduktion werden auf Bandarbeit umgestellt, seit einigen Tagen ist ein Einstellungs- und Überstundenstop verfügt worden.

„Bereinigungsgepolitik“ der Konzerne

Nach ITI hat auch Siemens im Fernsprekbereich Kurzarbeit und Entlassungen angekündigt. Im Werk Bruchsal müssen 800 Beschäftigte drei Monate lang an zwei Wochentagen zu Hause bleiben.

In Bocholt ist für 390 Beschäftigte vom 19.-30.8. und vom 16.-20.9. Kurzarbeit angesetzt. In Hamburg kündigte der Siemens-Montageleiter auf einer Montagebesprechung an, daß im nächsten Jahr nur noch für

200 gewerbliche Beschäftigte Arbeit da sei, „Personalabbau“ sei notwendig. Betroffen hiervon sind fast 150 Beschäftigte.

Die Rationalisierungspolitik des Maschinen- und Werkzeugbaus fordert weitere Opfer. Für Dortmund ist geplant, das Werk Klönne und Rheinstahl-Stahlbau zusammenzulegen. 500 Entlassungen sind die Folge. Als die Rheinstahl-Arbeiter dies erfuhren, traten sie in einen einseitigen Streik aus Protest und zogen vor das Verwaltungsgebäude.

Sie verlangten volle Aufklärung über alle Maßnahmen und setzten eine Betriebsversammlung durch. Nachdem im Bereich der Edelstahlindustrie Thyssen die Edelstahlwerke Witten und Deutschen Edelstahlwerke in Krefeld vereinigte, geht der Konzentrationsprozess in dieser Industrie weiter. Nur wenige Tage später wurde bekannt: Krupp übernimmt die (Edel-)Stahlwerke Säch-

sischen in Geisweid die 15.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Auch diese Veränderung wird für die Beschäftigten nicht ohne Folgen bleiben. Krupp hat bereits eine Arbeitsgruppe „Produktions- und Wirtschaftlichkeitsberechnung“ eingesetzt. Nach bisherigen Gerüchten sollen 2.400 Arbeitsplätze eingepart werden.

Opfer des Konkurrenzkampfes

Eisenwerk Milpe, Emselthal

Das Werk ist Teil der Schaffgotschen Industriegruppe, die kürzlich mit einer Bankpleite von sich reden machte. Kurz vor der Pleite der Schaffgotschen Bank „Bass & Herz“ in Frankfurt, hatte diese die zur Industriegruppe gehörenden Eisenwerke mit 10 Millionen DM belastet. Bei den der Pleite folgenden Forderungen waren die Eisenwerke nicht in der Lage, hierfür aufzukommen. 500 Arbeiter und Angestellte lagen nun nichts da nichts auf der Straße.

Über die Firma ist das Konkursverfahren eröffnet. 160 Beschäftigte

Das Werk für Präzisionstechnik hat den Konkurs eingeleitet. 133 Beschäftigte sind ohne Sozialplan

Wetter-Maschinenfabrik Langen-Frankfurt

Bis zum Jahresende werden 115 Beschäftigte entlassen.

Maschinenfabrik Langenfeld

Der zu den Stahlwerken Meyer/Dinslaken gehörende Betrieb wird nach offiziellen Angaben „aus Rationalisierungsgründen“ aufgegeben. 310 Arbeiter sind bereits entlassen. Verbleibende sind noch ganz 20, die ebenfalls zum Jahresende gehen müssen.

Alhmann Carlschütte, Bielefeld

Die Gebrüder bei Rendsburg hat den Vergleichsantrag gestellt. Mit 1.400 Beschäftigten gehört sie zu den größten Industriebetrieben in Schleswig-Holstein. Mit der Entlassung von 250 Arbeitern hat die Stilllegung des Betriebes begonnen. Für die Entlassenen besteht z.Z. keine Hoffnung, einen neuen Arbeitsplatz zu finden.

Metall-Komitee KB/Gruppe Hamburg

Leserbrief

Nicht immer Stempelgeld

Die seinerzeit so großartig rausgeputzten „freiwilligen“ Kündigungen bei Abfindung“ entspringen sich immer mehr als eine ganz besonders able Methode von Entlassungen auf „kaltem“ Weg. Nebenstehender Artikel der „Mopo“ macht deutlich daß für viele Arbeiter bei dieser Sache unterm Strich ein Minus steht – insbesondere bei den Angestellten – die wegen ihrer langen Kündigungsfristen das Arbeitslosengeld erst nach Ablauf der Frist bekommen. Für die Zwischenzeit muß die Abfindung erhalten – die, wie auch der „Stem“ berichtet – oftmals nicht ausreicht. Normalerweise bekommen die bei Masseneinstellungen betroffenen Kollegen nach einem Sozialplan eine Abfindung – hier jedoch werden einmal die Kosten des Sozialplans umgangen, das Arbeitslosengeld eingepart und zusätzlich noch so getan, als wäre diese Art eine „gerechte und humane“ Methode. Entlassungen zu

Nicht immer Stempelgeld

Hamburg – Arbeiter von VW und Opel, die mit häufigen Abfindungen zufrieden sind, müssen sich für Stempelgeld bewegen. Falls diese Leute keinen neuen Job finden, kann die Abfindung auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden.

Die Arbeitsminister argumentieren: Wir sind für Lohnsenkungen bereit, was eine Abfindung garantiert hat, braucht unter Umständen keine Unterstützung. Damit können Verträge verlängert werden, ohne im Arbeitsmarkt eine große Informationslast.

Im Namen des Profits – weitere Rationalisierung bei VW

Die Rationalisierungsreihe bei VW hält unvermindert an. Im Inland Kurzarbeit und Entlassungen (noch auf kaltem Weg) – im Ausland Investitionen, das ist derzeit die Lage bei VW. Ihren letzten Höhepunkt hat die seit der summeren fünften Kurzarbeitswoche einmündet und dem geplanten VW-Werk in Pittsburgh/USA erreichen.

Im Einzelnen: Die 5. Kurzarbeit vom 26.8 bis 30.8. betraf 49.000 Arbeiter – so viel wie noch nie bei VW, alleine im Hannover Werk mußten von den 23.000 Arbeitern 21.000 kurzarbeiten.

Daneben wird das kriminelle „Abfindungsangebot“ erneuert, speziell für den Zeitlohn- und Angestelltenbereich, um – wie Leiding meint – „das Verhältnis Produktive zu Unproduktive zu verbessern, weil das echte Kostenentlastung bedeutet“ (Spiegel 26.8.). Das bedeutet, daß nach der Reduzierung der Beschäftigtenzahl um 7.000 Arbeiter dieses Jahr, jetzt verstärkt im Angestelltenbereich rationalisiert wird.

Insgesamt soll die Belegschaft bis Jahresende um weitere 5.000 Kollegen auf 114.000 verringert werden. Daß dieser weitere Personalabbau nicht „so glimpflich“ abläuft wie bisher, daß mit tatsächlichen Masseneinstellungen und ganzen Werkschließungen geht vielfach an. Im Enden gehen Gerüchte um, daß die Entlassung von 1000 Kollegen bevorsteht. Der Vertrauensrat hat deshalb eine außerordentliche Betriebsversammlung beschlossen. Seit langem grinst bereits das Gerücht von der Stilllegung des Nachmarktes NSU Werke durch die Prems. Dieses Gerücht ist von VW nicht dementiert worden. Im Gegenteil, auf die Forderung nach einer Arbeitsplätzegarantie antwortete Leiding: „Im Rahmen der Rationalisierung müssen Verlagerungen vorgenommen werden, die nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeitsplätze bleiben können.“ (nach Spiegel, 12.8.) Deutlicher kann die Marchierung kaum noch genannt werden. Betroffene sind in Leidingen und Entlassungen in Neukirchen.

Noch an anderer Stelle gibt Leiding die Ziele sehr klar an: „Am Jahresende 1974 werden an etwa 10.000 Werkangehörige weniger sein, als zu Beginn des Jahres. Darüber hinaus sind wir allerdings, das möchte ich gleich sagen, zu weiteren Maßnahmen gezwungen.“ und wenn wir davon ausgehen – und das muß wohl die gesamte Automobilindustrie – daß die Zuwachsraten der letzten Jahrzehnte nicht mehr erreichbar sind, dann müssen wir uns überlegen, wie wir Fabriken, die derzeit nicht voll beschäftigt sind, voll ausführen. Auf Dauer kann niemand mit halber Kraft fahren, dann sind alle Fabriken unrentabel.“ (Spiegel, 26.8.)

In der Tat – in der Automobilindustrie wird deshalb auch mit weltweiten Masseneinstellungen gerechnet. „Wir erwarten, daß die gesamte Branche sich noch von 20.000 bis 30.000 Beschäftigten trennt“, so Achim Diekmann vom Autverband VDA.

Es wird deutlich, daß die im Frühjahr angenommene Entwicklungstendenz bei VW sich voll und ganz bewahrheitet. Auf Kosten der Arbeiter schrumpft sich der VW-Konzern zurecht.

VW-Werk in Pittsburgh/USA

Daß es sich bei VW um strenge Profitmaximierung handelt, macht vor allem auch die Entwicklung des Kapitalexportes deutlich. Während sich beispielsweise die VW-Belegschaft im Inland um ca. 6 % verringert, vergrößerte sich die Auslandsbelegschaft um ca. 10%, während im Inland die Produktionszahl rückläufig ist, steigt die Auslandsproduktion an. Auf 928 Mill. DM zurück und stiegen im Ausland von 291 Mill. DM auf 628 Mill. DM.

Heute steht bereits glasklar fest, daß ganze Produktionsbereiche ins Ausland verlagert werden. Im Ge-

spräch sind Werke in Brasilien, Iran, Rumänien und vor allem USA.

Das Werk in den USA ist so gut wie beschlossene Sache. Es soll bis 1977 mit 60.000 Beschäftigten ca. 250.000 Wagen der Typen Golf und Passat produzieren.

Dem Ziel ist es, die Hälfte des gesamten VW-Exportes in die USA – der derzeit noch in der BRD produziert wird. Der Aufbau des Pittsburgher Werkes hat weitreichende Folgen.

„Da etwa ein Drittel der bisherigen Inlandproduktion von VW allein auf den nordamerikanischen Markt entfällt, würden mit dem US-Projekt 40.000 bis 50.000 Arbeitsplätze, vor allem in den für den Export arbeiten den Werken Emden und Bremen tangiert.“ „Schlimmstenfalls müßte die Milliarden-Investition ruhiert werden, nur um den Marktanteil in den USA zu halten, auch ohne daß die entsprechenden inländischen Arbeitsplätze garantiert werden können.“ („Handelsblatt“, 29.8.74)

Auf gut Deutsch heißt dies, daß ein Großteil der inländischen Arbeitsplätze „aufgelöst“ wird – zugunsten der für den Export billigeren Produktion in Pittsburgh.

Das gleiche steht an, wenn in Brasilien ein zweites Werk gebaut wird – und dasselbe mit Iran und Rumänien geschieht, alle diese Werke würden Produktionsbereiche betreffen, die heute noch in der BRD liegen. Die Vorstellungen gehen sogar so weit, VW-Modelle für den BRD-Markt in Brasilien produzieren zu lassen. „Von diesem Zeitpunkt und wo gar nicht so weit entfernt“, meint VW-Leiding im Spiegel.

Mit welchem Zynismus Leiding die Lage der Arbeiter in seine Überlegungen mit „einbezieht“, wird am folgenden Zitat deutlich: „Ich bestimme immer noch die Normenarbeit, (zu Auslagerung im Ausland), aber auch wegen der Gefahr, daß in Deutschland Arbeitsplätze verlorengehen. Und da wissen wir, daß es auch Kräfte gibt, die das nicht so gern sehen.“

In der Tat – und es wird darauf ankommen, daß diese „Kräfte“, sprich die Arbeiterklasse, mit dem allgemeinen Gefühl von derartigen Produktionsverlagerungen bewußt wird und den Kampf dagegen führt.

Metall-Komitee KB/Gruppe Hamburg

HBV plant bei oo op

Gewerkschaftsausschlüsse

Vor dem Hintergrund zunehmender Konkurrenz und im Zusammenhang mit einem groß angelegten „Bereinigungsprozess“ planen die coop-Kapitalisten Rationalisierungen großen Stils. Nachdem bereits eine größere Anzahl von Betrieben stillgelegt worden sind (dieser Prozess zieht sich schon über einige Jahre hin) soll jetzt die Zentrale den neuen Strukturen „angepaßt“ werden. Das bedeutet, daß 300-400 Kollegen entlassen werden sollen und die Hamburger Zentrale in neue „Profit-Center“ aufgeteilt werden soll. Es handelt sich dabei um juristisch selbständige Gesellschaften, die ihre Gewinne an die Dachgesellschaft abzuführen haben und besser zu kontrollieren sind. Für die Kollegen, die nicht auf die Straße gesetzt werden bedeutet das eine erhebliche Verschärfung der Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten, Überstunden, Lohnraub.

Während in letzter Zeit die coop-Kapitalisten in der Presse ihre Zukunftspläne unverhüllt bekanntlegen haben, wird von Seiten der Gewerkschaftsführung keine Verlegenheit ausgelassen, den Kollegen ein düsteres Bild der „Konkurrenz“ coop zu malen und damit die Rationalisierungen zu rechtfertigen. Die meisten Betriebsräte folgen dieser Parole und wirgen für Ruhe im Betrieb, schließen bereitwillig Sozialpläne ab und setzen sich über die Interessen der Kollegen hinweg.

Um diese Ruhe im Betrieb aufrecht zu erhalten, wird jetzt auch zu dem Mittel des Gewerkschaftsausschlusses gegriffen. Drei Kollegen, die als gewählte Vertrauensleute und Betriebsräte die systematische Liquidierung der gewerkschaftlichen Betriebsgruppenarbeit und Verschärfung der Kollegen nicht hinnehmen, stehen auf der Abschlusliste. Zwei dieser Kollegen haben sich in einem offenen Brief an die Kollegen gewandt, als sie von mehreren Seiten über Ausschlußgerüchte informiert worden sind, und eine Stellungnahme dazu gefordert.

Dieser offene Brief wurde dann auf der Mitgliederversammlung am 22.8. zu einer von Krause (Geschäftsführer der Sekretär der OV Hamburg) als Vorstand genommen, um den schon vorbereiteten Ausschluß gegen die Kollegen zu begründen. Allerdings kam er dann sehr schnell zur SACHE. Daß so nämlich Kollegen gibt, die mit „extremistischen“ Organisationen zusammenarbeiten, da in der Branchenzeitung des KB für den HBV Bereich ZÜR SACHE auch und wortreich (!!!), wenn auch mit Überspitzungen, über die Gewerkschaftsaktionen berichtet wird. Später allerdings sagte er: In dieser Presse wird nur mit Verdrehungen, Lügen und Verleumdungen gearbeitet. So sieht es also aus, wenn versucht wird, Klarheit über die Rationalisierungen bei den Kollegen herzustellen und dagegen anzugehen. Die Vertreter der Gewerkschaftsführung behaupten auf dieser Mitgliederversammlung sogar: freiwillig, ein Abwehrkampf gegen Rationalisierungen mit „gewerkschaftsfeindlich“ (weil coop z.T. dem DGB gehört). Da Krause mit seinen Tiraden auf der Versammlung nicht bei den Kollegen ankam, wurde von einigen demokratisch eingestellten Kollegen der Antrag gestellt, den Ausschlußantrag nicht zu stellen und zuerst noch einmal ein „Vernehmlichungs-gespräch“ zu führen. Dieser Antrag wurde auch mehrheitlich angenommen. Allerdings haben die mehr ehrsüchtigen Kollegen, die diesem Antrag gestellt haben wohl noch Illusionen, was die Demokratie in den Gewerkschaften betrifft.

Im nächsten AK wird eine ausführliche Darstellung der Entwicklung bei coop folgen, da hier in einem für den Angestelltenbereich typischen Betrieb coop als „Schrittmacher“ in der Rationalisierung fungiert.

coop-Zelle, KB/Gruppe Hamburg

GEW Hamburg: Mitglieder wehren sich gegen Bevormundung durch die Gewerkschaftsführer

In den letzten beiden Ausgaben des AK haben wir ausführlich über den Bundeskongress der GEW in Mainz und den Versuch der Gewerkschaftsbasis berichtet, die undemokratischen Beschlüsse dieses Kongresses zu Fall zu bringen.

Mittlerweile hat sich in der Hamburger GEW gezeigt, daß überall, wo das Thema „Mainz“ angesprochen wurde, sehr schnell eine heftige Diskussion anging. Die spontane Bereitschaft, das eigenmächtige Vorgehen des Vorstandes abzulehnen, der sich selbst zum alleinbestimmenden Organ in der Hamburger GEW erklärte, ist eindeutig bei vielen Lehrern vorhanden. Dieser Wille, nicht kampflos dem Vorstand die Macht in der Gewerkschaft zu überlassen, schlug sich u. a. in einem Schreiben von 12 der 16 Kreisvertrauensleute- Sprecher an alle Mitglieder nieder. Dort heißt es: „Die Sprecher der Kreisvertrauensleutekonferenzen bekräftigen ihre Auffassung, daß nur die Hauptversammlung befugtes Organ ist, über die in Mainz verabschiedeten Satzungsänderungen, sowie in den Hamburger Landesverband betreffend, zu beschließen. Sie lehnen den Alleinvertretenden des Vorstandes ab und fordern den Vorstand auf, im Oktober eine Hauptversammlung einzuberufen. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß der Vorstand dem erklärten Willen vieler Mitglieder durch die Einberufung einer Hauptversammlung entsprechen wird, um zu verhindern, daß es zu gerichtlichen Auseinandersetzungen kommt.“

11 KVK-Sprecher schickten 10 Tage später einen weiteren Brief an alle Mitglieder der GEW, in dem sie bewiesen, daß das Vorgehen des GEW-Vorstandes in Hamburg satzungswidrig ist. Am gleichen Tag bekräftigte die Fachgruppe Gymnasien auf einer Mitgliederversammlung einstimmig, „daß ausschließlich die Mitglieder das Recht haben, die Struktur ihres Landesverbandes festzulegen, und daß dafür ausschließlich der in der Satzung vorgeschriebene Weg einzuschlagen ist.“

So ermutigt dies alles ausseht, so wichtig ist die Feststellung, daß alle diese Initiativen und Aktivitäten der GEW-Mitglieder keineswegs auf die gescheiterte Ablehnung der Mainzer Beschlüsse zielen. Nur eine Mehrheit ist bisher in der Diskussion klar geworden, was die Mainzer Beschlüsse für die Mitglieder tatsächlich bedeuten. Es ist wohl zu treffend, die Forderung vieler Mitglieder nach einer Satzungs-Hauptversammlung als Forderung wenigstens nach „Mitbestimmung“ in der Gewerkschaft zu interpretieren. Am deutlichsten brachte dies die DKP zur Sprache, die lediglich Abstimmung

einer genaueren Untersuchung der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen des letzten Jahres, insbesondere der undemokratischen Machenschaften des Vorstandes vor dem Mainzer Kongress

Reaktion des Vorstandes: Lügen und Dunkelmännergeschichten

Ebenfalls am 26. August reagierte der Vorstand der GEW auf die „Unruhe“ in der Mitgliedschaft. In einem „GEW-aktuell“ wird nach bekanntem Strickmuster argumentiert: erst werden die „eigenlichen“ gewerkschaftlichen Aufgaben aufgelistet (Lehrerbildung und -beziehung usw.), um den Mitgliedern zu suggerieren, mit der Diskussion über die Mainzer Beschlüsse falle man dem Kampf der GEW für eine bessere Bildungspolitik in den Rücken. Zur Frage einer Hauptversammlung droht der Vorstand, ihre Beschlüsse würden ja doch angefochten (!!), also brauchen die Mitglieder erst gar keine zu fordern. Wer gegen den Vorstand rechtliche Mittel benutzen will, der „schlägt einen ungewerkschaftlichen Weg ein“ – darf sich also fernerhin nicht offiziell als „Gewerkschaftsfeind“ betrachten. Der Wink mit dem Gewerkschaftsausschluß ist unübersehbar!

Die Aktion der KVK-Sprecher kann der Vorstand nicht einfach vom Tisch wischen, also erfindet man Dunkelmänner, die hinter den KVK-Sprechern stehen und ihnen „zu ihrem Vorgehen gegen den Vorstand geraten haben“. Diese Dunkelmänner „sind von extremen Mitglidern gegen den Vorstand erfüllt“ – „die sind Mitglidern ist keiner ernsthaften Diskussion wert“.

Innerhalb spricht der GEW-Vorstand in diesem Brief erstmals offen aus, warum er mit allen Mitteln eine Hauptversammlung verhindern will – „denn was geschieht, wenn eine Hauptversammlung nicht mit einer 2/3-Mehrheit dem Beschluß von Mainz zustimmen würde?“ Genau das ist der Punkt! Die Gewerkschaftsführer fürchten, daß sie für ihre Ermächtigungspolitik nicht die Zustimmung der Mitglieder erhalten. Also sollen die Mitglieder auch gar nicht gefragt werden. Denn Argumente für diese Politik fehlen den Gewerkschaftsführern völlig. „Überzeugen“ soll hier die Macht.

Der Brief des Vorstandes zielt genau auf die schwachen Punkte des demokratischen Widerstandes in der GEW: vor allem Furcht, in die „linke Ecke“ gedrängt zu werden, und die Angst, daß der Vorstand die GEW spaltet, wenn er seine Ziele nicht anders erreicht.

Viele Kollegen können sich ein juristisches Vorgehen gegen den Vorstand (Erzwingen einer Hauptversammlung) noch nicht vorstellen – so „schlimm“ will man es denn mit der Opposition doch nicht treiben. Den Gipfel schloß allerdings die DKP ab, die es als „Provokation“ bezeichnete, wenn die Mitglieder mit diesem Mittel auf ihrem satzungsmäßigen Recht bestehen.

Die Diskussion um ein Setzungsmittel

Spontan flüchten viele Mitglieder aus dieser Angst in die Diskussion um ein Modell der Landesvertreterversammlung. Dort glaubt man sich erst einmal von dem Verdacht des „extremen Mißtrauens“ sicher – und sitzt gleichzeitig einem Dutzend Illusionen auf, was es da für viele Möglichkeiten gebe. Der Vorstand hat jedenfalls erklärt, daß es eigentlich nur ein solches Modell gibt (s. e. s. 1), alles andere verstoße gegen die Mainzer Beschlüsse.

Eine übliche Rolle bei dieser „Modell“-Diskussion spielen DKP und KBW.

Die DKP vertritt ein Modell, das sich kaum von dem des Vorstandes unterscheidet und unterstützt vor allem das Ziel des Vorstandes, jegliche Art von Mitgliederversammlung abzuschaffen.

Der KBW vertritt die Position des Gewerkschafts-„Legalismus“, das „höchste Gremium der GEW“ (der Mainzer Kongress) habe nun mal gesprochen, danach müsse man sich richten, alles andere sei „RGO-Politik“.

In diesem Rahmen wird nur noch versucht, aus den Mainzer Beschlüssen und der „neuen Satzung“ irgendwas noch „das Beste zu machen“.

Besonders originell ist dabei folgende Behauptung des KBW: Die Abschaffung der Hauptversammlung und die Einführung von Delegierten würde das Interesse der Mitglieder an der GEW-Arbeit erhöhen (!!), da sie ja dann einen Delegierten haben, den sie „zur Rechenschaft ziehen“ könnten.

Bislang hat die Modell-Frage noch häufig die grundsätzlichen Fragen verschüttet. Allerdings stoßen die Mitglieder dann wieder auf den Kern der Sache, wenn sie sich für die Wahl der Landesdelegierten auf Kreis- oder Bezirksversammlungen oder auf Dienststellenebene entscheiden sollen. Vorstand, DKP und KBW wollen das letztere. Bei der Diskussion dieser Alternative wird dann deutlich, daß es dem Vorstand um die Abschaffung der Mitgliederversammlung überhaupt geht – nicht nur um die Abschaffung der Hauptversammlung – und damit um die weitgehende Unterbindung einer politischen Diskussion der gewerkschaftlichen aktiven Kollegen. Die Aktivität der Gewerkschaftsbasis soll ersetzt werden durch das Zerebrell einer von den Mitgliedern abgehobenen Funktionärsschicht.

Welche Rolle spielen die Mitglieder in der Gewerkschaft?

Das ist die grundsätzliche Frage, um die es bei den „Mainzer Beschlüssen“ geht. Und nur mit dieser Frage können die demokratischen Kräfte in der GEW den Maßstab für ihr Vorgehen gegen den Vorstand gewinnen.

Sind schon bei Kündigungen die Maßstäbe für die Bewertung der Kapitalisten reichlich dehnbar, so ist bei dem Verlangen nach Auflösung praktisch kein Beweis mehr nötig. Jede Behauptung, die die Annahme stützt, es sei keine „gedehnte Zusammenarbeit“ zu erwarten, muß vom Kollegen widerlegt werden.

In der Berufungsschrift wird von den Kollegen verworfen, daß trotz der Anschuldigung, das Kündigungs Schreiben dem DRUCKARBEITER zugestellt gemacht zu haben, „weiterhin Schriftsteller dieses Proben im Druckarbeiter abgedruckt wurden“, womit „erwiesen ist, daß der Kläger den Abdruck befördert hat und vor allem auch wollte“.

Der Zweck ist klar: Da der DRUCKARBEITER „den meisten Kampf“ der Kollegen „gegen die Geschäftsführung“ fordert, wird aus einer eventuellen Weitergabe von Informationen ein Bruch der „gedehnten Zusammenarbeit“.

Viel Lärm um Nichts Der DGB ändert Arbeitskampfrichtlinien

Ohne viel Aufhebens sind am 5.6.74 vom Bundesausschuß des DGB (höchstes Gremium zwischen den Gewerkschaften) neue Arbeitskampfrichtlinien verabschiedet worden, die die alten Richtlinien von 1949 (!) ablösen sollen.

Laut DGB ist eine Anpassung an die jetzigen Verhältnisse notwendig geworden. „Lange genug haben die Arbeitgeber sich in der juristischen Diskussion und vor den Arbeitsgerichten bemüht, den Gewerkschaften zur Einlegung ihres Handlungsrahmens die von ihnen im Jahre 1949 selbst gestellten verbandinternen Richtlinien entgegenzuhalten“ schreibt G. Muhr, stellvertretender DGB-Vorsitzender, in der „Welt der Arbeit“ vom 9.8.74.

Anpassung an die jetzigen Verhältnisse heißt für den DGB aber nicht konsequenter Kampf gegen die verschärften Angriffe der Kapitalisten, sondern bedeutet geschicktere Taktiken gegenüber der Arbeiterklasse.

In den alten Arbeitskampfrichtlinien heißt es noch: „Jede Gewerkschaft, in deren Bereich ein nicht geschlossener und nicht genehmigter Streik ausbricht, hat die Pflicht, auf die baldige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken“. Dagegen lautet § 5, Satz 2 der neuen Richtlinien: „Ein ohne die erforderliche Zustimmung begonnener Arbeitskampf ist verbandswidrig, es sei denn, daß der Arbeitskampf von den zuständigen Organen der Gewerkschaft genehmigt wird“.

Geändert worden ist auch der alte § 1, Abs. 3: „Vor jeder Arbeitsunterbrechung ist eine Verhandlungsmöglichkeit auszuschöpfen“. Für die Zukunft heißt dies in § 4: „Vor Beginn eines Arbeitskampfes sollen Verhandlungsmöglichkeiten wahrgenommen werden, soweit dies den Gewerkschaften sinnvoll erscheint“.

Auf den ersten Blick ist die Neuformulierung radikal als die alte Fassung. In Worten trifft dies zu, für die Praxis jedoch sind die radikalen Worte ohne Bedeutung. Im Bereich der Metallindustrie beispielsweise hat die IGM im Oktober 73 ein neues Schlichtungsabkommen vereinbart, dessen Kern die Schlichtungsdauer auf 30 Tage verlängert so werden die Verhandlungsmöglichkeiten unter Wahrung der „Friedenspflicht“ voll ausgeschöpft.

Die neuen Richtlinien ändern einhellig nichts an der Praxis in den Einzelgewerkschaften. H. Mayr, stellvertretender IGM-Chef, stellt dies in „Metall“ 17/74 klar und befriedigt fest: „Sie (die Richtlinien) haben nur empfehlenden Charakter. Das macht z. B. einen Hauptpunkt für die IGM“.

Dieser Prozeß zeigte erneut, daß das Arbeitsgerichtsverfahren nicht geeignet ist, die Entlassung zu verhindern. „Nur unsere gemeinsame Kampf im Betrieb, und in der Regel bedeutet das Streik, kann uns schützen“ („Alternative“, 8/74). Durch eine besonders gekochte Verhandlungsführung gelang es aber dem Richter Marcus (er macht im Radio die Sendung „Was wollen wir wissen“ (!)), den Kollegen und insbesondere seinen Rechtsanwalt einzuklinken (Wir werden darauf im nächsten AK noch näher eingehen).

Marcus nahm durch seine Instellungen den Kapitalisten die ganze Arbeit ab und ermöglichte ihnen damit, als unangenehm erscheinen zu können, während er angeblich nach einer „korrekten“ juristischen Lösung suchte. Ihnen Spiel mit verteilten Rollen sollte den Kollegen dazu verhelfen, auf die Forderungen des Richters einzugehen.

Zuerst legte er die Kündigung vor, „(allen nicht konkret belegt)“, was pauschal (!) um dann die Auflösung des Arbeitsverhältnisses vorzubereiten. Kernpunkt war der „Beweis des ersten Anscheins“ (!) die Weitergabe an den DRUCKARBEITER.

Marcus verlangte zuerst, Kollegen zu benennen, denen Schriftsätze abgegeben wurden. Später wollte es war die Redakteure des DRUCKARBEITER als Zeugen haben! Den Einwand des Kollegen, das ändern Kollegen würden dadurch gefährdet, parierte Marcus mit dem zynischen Spruch: „Überlassen Sie die Vorarbeit nicht. Wenn das Arbeitsverhältnis brennen werden soll muß ein bil-

deutungslos, daß nämlich den einzelnen Gewerkschaften freigestellt wird, ob sie vor dem Streik eine Urabstimmung durchführen. Für die IGM bleibt es nach wie vor bei der in der Satzung vorgeschlagenen Prozedur“.

Die DGB-Führer haben sich mit den neuen Richtlinien den veränderten Bedingungen angepaßt, wobei die neuen Richtlinien mehr Flexibilität für ihre Politik aufweisen. Es geht um ihre Politik, nicht um die der Arbeiter und Angestellten. Mir sie hat sich nichts geändert, denn die Vorstandsdiktatur ist erhalten geblieben, sie ist nur verkleinert worden. Ob ein Streik „verbandswidrig“ ist („gewerkschaftsschädigend“ (!) oder nicht) wird genehmigt wird, wird nicht von den Interessen der Arbeiter und Angestellten bestimmt, sondern von zuständigen Organen; das sind in der Regel die Vorstände.

Trotz der Sachlage stimmten die Kapitalisten-Schreibseln nach Veröffentlichung der neuen Richtlinien ein großes Geschrei an. So heißt es: „Der Geist der neuen Richtlinien scheint verstanden auf Streiks zu sein“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 2.8.74); „Die neuen Richtlinien bedeuten auch eine Verschärfung der Arbeitskampfrichtlinien und die weitere Lösung des Streikrechts von der Respektierung des Allgemeininteresses“ („Handelsblatt“ vom 29.7.74).

Die Union der Leitenden Angestellten schreibt: „Die neuen Richtlinien ... bedeuten einen Abschied von demokratischen Rechtsgrundsätzen“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 7.8.74) und Springer „Welt“ weiß von „sozialistischen“ (!) Gewerkschaften zu berichten.

Natürlich wissen die Kapitalisten genau, daß die neuen Richtlinien für die Arbeiterklasse keine besseren Arbeitskampfmöglichkeiten bringen. Hier wird vielmehr verstärkt der ideologische Kampf gegen die Arbeiter und Gewerkschaften geführt, womit sie im Moment noch wesentlich kleineren Teile der Bevölkerung erreichen. Weiterhin haben die Kapitalisten ein Interesse daran, die gewerkschaftlichen Rechte und Aktivitäten weiter zu beschränken und fördern Einschränkung der Tarifautonomie.

„Hier ist den Anfängen energisch zu wehren“ („Welt“ vom 1.8.74). „In einem anderen Streikplan wird der Rechtszustand der Gewerkschaften ...“ („Handelsblatt“ vom 2.8.74).

Betriebsrat Blohm & Voß KB/Gruppe Hamburg

chen Vertrauensvorschuß (!) da sein.“ Der Kollege ließ sich vorübergehend einschleichen. Der Wunsch, wieder eingestellt zu werden, war stärker als die Einsicht in den betrügerischen Charakter dieses „Rechts“ Manövers. Der Rechtsanwalt, in seinem Bemühen dem Kollegen zu helfen, ist dem Gericht noch konsequenter in die Falle gegangen. Seine Illusion in die bürgerliche Justiz und das Unvermögen, die politischen Realitäten im Betrieb einschätzen zu können, verleitet ihn dazu, selbständig Zeugen anzubieten – noch nachdem sich der Kollege endgültig gegen seine Zeugenbenennung ausgesprochen hatte.

Die Vorbereitung solcher Prozesse muß, um derartige Fehler vermeiden zu können, stärker auf den politischen Charakter des Angriffs orientiert werden. Es braucht eine intensive vorbereitende Diskussion, um die Kollegen zu befähigen, richtig auf die Tricks und Schloß der Richter und Kapitalisten zu reagieren.

Es kommt darauf an, hierzu mit den Rechtsanwälten eine politische und juristische Vorbereitung der Prozesse zu leisten, damit solche Manöver nicht gemacht werden können. Es ist eine Aufgabe der „Arbeiterhilfe“ durch die Vorbereitung und propagandistische Auswertung der Prozesse die Genossen und Kollegen zu unterstützen. Gegenüber den, meist noch mit vielen Illusionen behafteten, Rechtsanwälen gilt es, die juristischen Fähigkeiten in Funktion mit den politischen Erfordernissen zu bringen.

IKAN („Arbeiterhilfe“)

DIE MASKE FÄLLT

Gesinnungsurteil gegen Broschek-Vertrauensleute-Sprecher in der 2. Instanz

Dem ehemaligen Vertrauensleute-Sprecher der Hamburger Druckerei Broschek war im November 73 gekündigt worden (s. AK 37). Vom Arbeitsgericht wurde am Mai 74 auf Klage des Kollegen hin die Kündigung zurückgewiesen. Die Broschek-Kapitalisten hatten keinerlei Kündigungsgrund vorbringen können (s. AK 44). Dieses „unvollständige“ Urteil wurde am 22.8. vom Landesarbeitsgericht mit Berufung des Kapitalisten hin aufgehoben und der Kollege mit einer Abfindung von 6.000 Mark abgesondert. Er war ein halbes Jahr arbeitslos und ist jetzt als Hilfsarbeiter eingestellt. Die Kündigung wurde zurückgewiesen, das Arbeitsverhältnis wurde aber aufgelöst. In der mündlichen Begründung dieses Urteils hörte sich das so an:

Der Antrag des Arbeitgebers nach Auflösung ist nach dem Gesetz ausreichend, wenn zu bezeugen ist, daß keine gedeihliche Zusammenarbeit möglich ist. Der Arbeitgeber ist dafür beweispflichtig. Die Beweispflicht ist erfüllt. Maßgeblich ist die Veröffentlichung der Schriftsätze des Prozesses im Druckarbeiter. Der Kläger hat nicht bewiesen, daß nicht er es war, der die Schriftsätze weitergegeben hat. Objektiv steht der Druckarbeiter in Frontstellung gegen die Beklagte. Der Druckarbeiter wiederholt in stereoty-

per, aggressiver und pauschaler Weise Angriffe gegen die Beklagte. Wenn die Schriftsätze zur Verfügung gestellt wurden, dann mit dem Zweck, die Frontstellung zu stärken. ... Wir gehen davon aus, daß die Schriftsätze vom Kläger dem Druckarbeiter zur Verfügung gestellt worden sind. Der Kläger wurde wiederholt zum Gegenbeweis aufgefordert und hat abgelehnt. Das Gericht mußte also vom Beweis des ersten Anscheins ausgehen, daß der Kläger die Schriftsätze weitergegeben hat.

Lucken den Kapitalisten darauf an, eine eindeutige Bestätigung ihres „Rechts“ zu erhalten, jeden linken Kollegen feuern zu können. In der Berufungsschrift wird das Arbeitsgericht gerügt, es verkenne „wesentliche Umstände des der Kündigung zugrundeliegenden Sachverhalts“. Die „wesentlichen Umstände“ sind für die Kapitalisten, daß der Kollege „nicht zählbare“ Diskussionsbeiträge habe, woraus deutlich werde, „wie die von kommunistischen Gruppierungen herausgegebenen außerbetrieblichen Schriftsätze im den Betrieb hin einwirkten, sei es, daß der Kläger Erklärungen zu Artikeln gab, die die Beklagte betrafen, sei es, daß entsprechende Anfragen der Kollegen an den Kläger gerichtet wurden.“

Schon in der ersten Instanz hatten sich die Broschek-Kapitalisten gegen einen Mann, daß sie ohne Beweise die Kündigung nicht durchbringen würden. Jetzt verlangen sie die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, da es keine Wiedereinstellung „nicht zumutbar“ sei.

Sind schon bei Kündigungen die Maßstäbe für die Bewertung der Kapitalisten reichlich dehnbar, so ist bei dem Verlangen nach Auflösung praktisch kein Beweis mehr nötig. Jede Behauptung, die die Annahme stützt, es sei keine „gedehnte Zusammenarbeit“ zu erwarten, muß vom Kollegen widerlegt werden.

In der Berufungsschrift wird von den Kollegen verworfen, daß trotz der Anschuldigung, das Kündigungs Schreiben dem DRUCKARBEITER zugestellt gemacht zu haben, „weiterhin Schriftsteller dieses Proben im Druckarbeiter abgedruckt wurden“, womit „erwiesen ist, daß der Kläger den Abdruck befördert hat und vor allem auch wollte“.

Der Zweck ist klar: Da der DRUCKARBEITER „den meisten Kampf“ der Kollegen „gegen die Geschäftsführung“ fordert, wird aus einer eventuellen Weitergabe von Informationen ein Bruch der „gedehnten Zusammenarbeit“.

Eine Pestbeule bricht auf Bestechung, Folter, Mord – in westdeutschen Gefängnissen auf der Tagesordnung

Bereits im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir von den Entbehrungen des „Frankfurter Gefangenenspiegel“ (einer westdeutschen ehemaligen Häftlings-) gegen Gefängnisleitung und Justiz in Mannheim. Der Gefangenenspiegel hatte konkrete Forderungen über Gefangenensituationen, Mord und Bestechung im Mannheimer Gefängnis veröffentlicht. Dabei wird die Justizbehörde in Stuttgart in Zusammenhang mit der Häftlingsaktivität gebracht. Nach und nach dringen jetzt Informationen über die überlieferten Vorkommnisse aus Tageslicht.

Zuerst war nur die Rede vom Tod des Häftlings Hans-Peter Vast. Der im Dezember 73 von Wätern in der Zelle so schwer zusammengeschlagen wurde, daß er in der gleichen Nacht starb. Der Gefangenenspiegel stellte einen zweideutigen Obduktionsbefund: „Tod durch äußere Einwirkungen“, aus, und den Angehörigen wurde mitgeteilt, daß Vast in seiner Zelle umgefallen und mit dem Kopf auf die Bettkante geschlagen sei.

Ein Sprecher des Justizministeriums Stuttgart verteidigt sich sogar zu der Behauptung, daß auch Selbstmord nicht ausgeschlossen sei. („Süddeutsche Zeitung“, „SZ“, vom 22.8.74).

Damit geriet eine Lawine ins Rollen. Hier und da Fälle, die bisher bekannt geworden sind:

– „Als der an einer schweren Hirnarterienkrankung erkrankte Ernst C. am Abend des 7. Juli 1971 vor Schmerzen laut jammerte, warf ein Vollzugsbeamter vom Hof aus Steine durch das Zellenfenster, sperrte den Wimmernden in die Berührungswand und drehte bei nahezu 30° Außentemperatur die Heizung voll auf. Beamte, die tags darauf den toten Ernst C. bergen, erinnern sich auf dem Fußboden hätte man Spiegelbilder baken können.“ (Das Verfahren wurde inzwischen eingestellt) („Spiegel“, 35/74).

C. bergen, erinnern sich „auf dem Fußboden hätte man Spiegelbilder baken können“.

(Das Verfahren wurde inzwischen eingestellt) („Spiegel“, 35/74).

Am 27.7.73 lag ein Häftling krankenhauf mit einer Hodenverletzung in seiner Zelle.

Es wurde kein Schuldiger gefunden, die fraglichen Vollzugsbeamten stellten ein wirres Verhalten entschieden in Abrede. Das Verfahren wurde am 7.3.74 eingestellt („Spiegel“, 35/74).

Im November 73 wurde Bernhard Sch. von einem Gefängniswärter in solch bestialischer Weise gefoltert, daß er noch heute eine bleibende Verletzung hat, wo man ihn mit Füssen an den Kopf geprügelt hätte. (Gefangenenspiegel).

Im April 74 wurde Herbert G. vom gleichen Gefängniswärter gefoltert. Er wurde stark verletzt.

In der Pfingstnacht 23.6.74 war ein regelrechtes Rollkommando von Wätern unterwegs, das etwa Hundert Häftlinge mißhandelte (Siehe dazu Kasten, „Gefangenenspiegel“).

Am 17.7.74 wurde ein Gefangener gefoltert und lebensgefährlich verletzt. Am nächsten Morgen wurde er in ein städtisches Krankenhaus gebracht, wo er starb. (Gefangenenspiegel).

Nach Angabe des Anatomen R. Rocher soll der Gefangene – wie üblich – einen Selbstmordversuch unternommen haben (!).

Der Taxisfahrer Uwe W. wurde von Wätern einer „Sonderbehandlung“ unterzogen. Er wurde – mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt – solange gefoltert, bis er le-

bensgefährlich verletzt war. Seither trägt er eine (Kunst-)plastik. Ein Mitbewohner: „Die haben sein Gesicht zu Brei geschlagen“ (Gefangenenspiegel und „Spiegel“, 35/74). Auch hier stand „Aussage gegen Aussage“ das Verfahren wurde eingestellt.

Am 6.7.74 wurde ein 39-jähriger Mann eingekerkert, der, wie er selbst berichtet, wurde auf Veranlassung eines Aufsehers in eine Berührungswand gebracht. Ein Arzt wurde nicht eingeschaltet. Er bekam lediglich eine Beruhigungsspritze verpaßt. Am nächsten Morgen war er tot.

Fachistische Knaststrafe

Am 28.6.73 wurde der drogenabhängige Häftling Stefan K. eingekerkert. Der Häftling hatte wegen Einzugsercheinungen die sofortige Verführung zum Anstaltsarzt angeordnet. Als diese am nächsten Tag schließlich erfolgte, diagnostizierte der Anstaltsarzt Dr. Eckard Reith, daß keine Selbstmordgefahr bestehe und veranlaßte die Verlegung in eine Einzelzelle. Am nächsten Morgen baumte der Jugendliche tot an einem Radiokabel. Der Selbstmord wurde der Öffentlichkeit verschwiegen (nach „Extradiest“, Nr. 71/78).

In der Fernsch-Berndt-Report am 2.9.74 erzählte ein ehemaliger Häftling, daß er den Mannheimer Gefangenenspiegel mehrere Male gebeten hatte, ihn wegen seines schweren Magenleidens ins Krankenhaus zu überweisen. Schließlich wurde er mit einer Anzeige wegen unterlassener Hilfeleistung. Die Reaktion des Arztes war:

„Ich habe über 100 (!!) Verfahren laufen, auf eines mehr oder weniger kommt es mir nicht an!“

Andere Häftlinge erzählen von Ausprüchen wie diese: „Zeigen Sie mich doch ruhig an, da kommt sowieso nichts dabei heraus“ oder „Bei der kommt es mir nicht an!“

Andere Häftlinge erzählen von Ausprüchen wie diese: „Zeigen Sie mich doch ruhig an, da kommt sowieso nichts dabei heraus“ oder „Bei der kommt es mir nicht an!“

Andere Häftlinge erzählen von Ausprüchen wie diese: „Zeigen Sie mich doch ruhig an, da kommt sowieso nichts dabei heraus“ oder „Bei der kommt es mir nicht an!“

Andere Häftlinge erzählen von Ausprüchen wie diese: „Zeigen Sie mich doch ruhig an, da kommt sowieso nichts dabei heraus“ oder „Bei der kommt es mir nicht an!“

Andere Häftlinge erzählen von Ausprüchen wie diese: „Zeigen Sie mich doch ruhig an, da kommt sowieso nichts dabei heraus“ oder „Bei der kommt es mir nicht an!“

Andere Häftlinge erzählen von Ausprüchen wie diese: „Zeigen Sie mich doch ruhig an, da kommt sowieso nichts dabei heraus“ oder „Bei der kommt es mir nicht an!“

dem Verkehr gezogen wurde (Stapen-dierung).

Die „effrige“ Justiz

All diese kriminellen Übergriffe der Behörden und der Staatsanwaltschaft in Mannheim und dem Justizministerium in Stuttgart seit Jahr und Tag bekannt. Denn schon seit Jahren gelangten Beschwerden und Anzeigen von Gefangenen an dem Stellen. Jedoch, wie man sieht, wurden sie entweder nie bearbeitet oder man schlug sie nieder bzw. „entkräftete“ sie zumindestens.

Z.B. beim Fall Vast: „Die Vollzugsbeamten wußten von nicht und die Gefangenenspiegel richteten nicht auf“ („FAZ“, 22.8.). „Die Ermittlungen haben keinen ausreichenden Tatverdacht erbracht“ (Justizministerium laut „SZ“, 22.8.).

Die großbürgerliche „FAZ“ nimmt diese Schweiservien natürlich in Schutz und macht im Gegenteil noch die Häftlinge für die Nichtaufklärung verantwortlich.

„Sieher haben dem Ausschuß (an den die Beschwerden gingen) jene ungenügende Ermittlung und Psychophoren, die sich aus der Hoffnungslosigkeit ohne ernsthaften Anlaß zu Wort melden, die Verhältnisse (der Behörden – d. Red.) leichter gemacht“ („FAZ“, 26.8.74).

Bis vor noch mehr Licht in diesen fachistischen Behörden-Unterrundung, versucht man die Informationen zu kanalisieren und gibt sich den Anschein, als ob nun alles haarklein vor der Öffentlichkeit ausgebreitet und sofort diesen Klagen nachgegangen werden würde.

Bericht des Gefangenen Otto W.

Bericht des Gefangenen Otto W.

„Es ist unklar, daß nur drei Gefängniswärter an den Folterungen in der Pfingstnacht beteiligt waren. Insgesamt waren es fünf Mann. Sie trugen auch Waffen und in einigen Fällen sind sie auch mit vorgehaltenen Karabinern eingedrungen. Mir sind allein 15 Fälle von Bedrohungen mittels Waffe bekannt geworden. Außerdem kenne ich noch aus 10 weitere Fälle. Da ich aber nur mit 10 Prozent aller Gefangenen überhaupt zu sammenkomme, ist es nicht übertrieben, daß nicht nur die 25 Opfer jener Blutschneide im Mannheimer Gefängnis waren.“

Mir wurde bekannt, daß drei Mitgefängene krankenhauf gefoltert wurden und einer später an den Folgen der öffentlichen Verletzungen verstarb.“

Die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung am 22.8.74:

Zu den Pfingstverbrechen: „Gefangene hatten randaliert, weil am Abend das Licht in den Zellen nach ihrer Meinung zu früh ausgeschaltet worden war. Sie hatten die einschreitenden Beamten vielleicht auch provoziert. In welcher Weise aber die Verbrechen „eingeschritten“ sind, ist seit Juni Gegenstand von Ermittlungen. Noch im Juni wurden nach einer Gegenüberstellung von Wätern und Gefangenen drei Mannheimer Aufsichtsbereiche nach Heidelberg veretzt und ihrer Aufsichtsfunktion entzogen. Zu ihrer Suspendierung haben nach Überlegung des Justizministeriums die Verdachtsmomente nicht ausgereicht.“

Nachdem die Bundesregierung und der Bundestag die Verbrechen in der Pfingstnacht in der Zelle nach ihrer Meinung zu früh ausgeschaltet worden war. Sie hatten die einschreitenden Beamten vielleicht auch provoziert. In welcher Weise aber die Verbrechen „eingeschritten“ sind, ist seit Juni Gegenstand von Ermittlungen. Noch im Juni wurden nach einer Gegenüberstellung von Wätern und Gefangenen drei Mannheimer Aufsichtsbereiche nach Heidelberg veretzt und ihrer Aufsichtsfunktion entzogen. Zu ihrer Suspendierung haben nach Überlegung des Justizministeriums die Verdachtsmomente nicht ausgereicht.“

Nachdem die Bundesregierung und der Bundestag die Verbrechen in der Pfingstnacht in der Zelle nach ihrer Meinung zu früh ausgeschaltet worden war. Sie hatten die einschreitenden Beamten vielleicht auch provoziert. In welcher Weise aber die Verbrechen „eingeschritten“ sind, ist seit Juni Gegenstand von Ermittlungen. Noch im Juni wurden nach einer Gegenüberstellung von Wätern und Gefangenen drei Mannheimer Aufsichtsbereiche nach Heidelberg veretzt und ihrer Aufsichtsfunktion entzogen. Zu ihrer Suspendierung haben nach Überlegung des Justizministeriums die Verdachtsmomente nicht ausgereicht.“

Nachdem die Bundesregierung und der Bundestag die Verbrechen in der Pfingstnacht in der Zelle nach ihrer Meinung zu früh ausgeschaltet worden war. Sie hatten die einschreitenden Beamten vielleicht auch provoziert. In welcher Weise aber die Verbrechen „eingeschritten“ sind, ist seit Juni Gegenstand von Ermittlungen. Noch im Juni wurden nach einer Gegenüberstellung von Wätern und Gefangenen drei Mannheimer Aufsichtsbereiche nach Heidelberg veretzt und ihrer Aufsichtsfunktion entzogen. Zu ihrer Suspendierung haben nach Überlegung des Justizministeriums die Verdachtsmomente nicht ausgereicht.“

Nachdem die Bundesregierung und der Bundestag die Verbrechen in der Pfingstnacht in der Zelle nach ihrer Meinung zu früh ausgeschaltet worden war. Sie hatten die einschreitenden Beamten vielleicht auch provoziert. In welcher Weise aber die Verbrechen „eingeschritten“ sind, ist seit Juni Gegenstand von Ermittlungen. Noch im Juni wurden nach einer Gegenüberstellung von Wätern und Gefangenen drei Mannheimer Aufsichtsbereiche nach Heidelberg veretzt und ihrer Aufsichtsfunktion entzogen. Zu ihrer Suspendierung haben nach Überlegung des Justizministeriums die Verdachtsmomente nicht ausgereicht.“

Nachdem die Bundesregierung und der Bundestag die Verbrechen in der Pfingstnacht in der Zelle nach ihrer Meinung zu früh ausgeschaltet worden war. Sie hatten die einschreitenden Beamten vielleicht auch provoziert. In welcher Weise aber die Verbrechen „eingeschritten“ sind, ist seit Juni Gegenstand von Ermittlungen. Noch im Juni wurden nach einer Gegenüberstellung von Wätern und Gefangenen drei Mannheimer Aufsichtsbereiche nach Heidelberg veretzt und ihrer Aufsichtsfunktion entzogen. Zu ihrer Suspendierung haben nach Überlegung des Justizministeriums die Verdachtsmomente nicht ausgereicht.“

Nachdem die Bundesregierung und der Bundestag die Verbrechen in der Pfingstnacht in der Zelle nach ihrer Meinung zu früh ausgeschaltet worden war. Sie hatten die einschreitenden Beamten vielleicht auch provoziert. In welcher Weise aber die Verbrechen „eingeschritten“ sind, ist seit Juni Gegenstand von Ermittlungen. Noch im Juni wurden nach einer Gegenüberstellung von Wätern und Gefangenen drei Mannheimer Aufsichtsbereiche nach Heidelberg veretzt und ihrer Aufsichtsfunktion entzogen. Zu ihrer Suspendierung haben nach Überlegung des Justizministeriums die Verdachtsmomente nicht ausgereicht.“

Nachdem die Bundesregierung und der Bundestag die Verbrechen in der Pfingstnacht in der Zelle nach ihrer Meinung zu früh ausgeschaltet worden war. Sie hatten die einschreitenden Beamten vielleicht auch provoziert. In welcher Weise aber die Verbrechen „eingeschritten“ sind, ist seit Juni Gegenstand von Ermittlungen. Noch im Juni wurden nach einer Gegenüberstellung von Wätern und Gefangenen drei Mannheimer Aufsichtsbereiche nach Heidelberg veretzt und ihrer Aufsichtsfunktion entzogen. Zu ihrer Suspendierung haben nach Überlegung des Justizministeriums die Verdachtsmomente nicht ausgereicht.“

Nachdem die Bundesregierung und der Bundestag die Verbrechen in der Pfingstnacht in der Zelle nach ihrer Meinung zu früh ausgeschaltet worden war. Sie hatten die einschreitenden Beamten vielleicht auch provoziert. In welcher Weise aber die Verbrechen „eingeschritten“ sind, ist seit Juni Gegenstand von Ermittlungen. Noch im Juni wurden nach einer Gegenüberstellung von Wätern und Gefangenen drei Mannheimer Aufsichtsbereiche nach Heidelberg veretzt und ihrer Aufsichtsfunktion entzogen. Zu ihrer Suspendierung haben nach Überlegung des Justizministeriums die Verdachtsmomente nicht ausgereicht.“

Nachdem die Bundesregierung und der Bundestag die Verbrechen in der Pfingstnacht in der Zelle nach ihrer Meinung zu früh ausgeschaltet worden war. Sie hatten die einschreitenden Beamten vielleicht auch provoziert. In welcher Weise aber die Verbrechen „eingeschritten“ sind, ist seit Juni Gegenstand von Ermittlungen. Noch im Juni wurden nach einer Gegenüberstellung von Wätern und Gefangenen drei Mannheimer Aufsichtsbereiche nach Heidelberg veretzt und ihrer Aufsichtsfunktion entzogen. Zu ihrer Suspendierung haben nach Überlegung des Justizministeriums die Verdachtsmomente nicht ausgereicht.“

Bestellt!

VERLAG ARBEITERKAMPF

UNSER WEG Sonderausgaben

- ☐ Zum Nischen-Problem
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF
50 Seiten, 2. erweiterte Auflage DM 2,-
- ☐ Das Einseitigkeits-Prinzip in der Politik
Von uns kommentierte und überarbeitete Propaganda-Broschüre der PFLP zu dessen 1. Jahrestag
24 Seiten DM 1,-
- ☐ Chile: Vom „judenfeindlichen Übergang“ zur faschistischen Militärdiktatur
3. gebundene und erweiterte Auflage 48 Seiten DM 4,-
- ☐ Chile: Reform oder Revolution –
Auswanderer setzen auf den „Strategen“ revolutionärer Parteien
62 Seiten DM 3,-
- ☐ Von Pinochet zu Foltermord –
politischer Mord in Italien
In einer kritischen politischen Analyse wird die „kapitalistische Strategie der Bomben, der Provokation und Bestrafung, des geplanten politischen Mordes und Einverlebens faschistischer Kommandos“ im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung am Beispiel Italiens enthalten
44 Seiten DM 1,50
- ☐ Zur Außenpolitik der VR China
Ausführliche Stellungnahme zum Wandel der chinesischen Außenpolitik
Nachdruck von ARBEITERKAMPF-Artikeln
50 Seiten DM 2,-
- ☐ Avin raus aus Indochina!
Nachdruck von KB-Redden, ARBEITERKAMPF-Artikeln und wichtigen Broschüren
2. erweiterte Auflage, 26 Seiten DM 0,50
- ☐ Nachdruck von Artikeln der KAB-Arbeiterzeitung zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung:
Teil 1
Aus dem Inhalt:
„Link-Opportunismus in der Gewerkschaftsfrage muß zurückge-
worfen werden
Kampf dem Faschismus
Zur Rolle der SPD
„Zwei Fraktionen des Kapitalistenklasses“
Die Arbeiter brauchen ihre Partei über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden“
Europas Proletariat vor dem Sturm
58 Seiten DM 2,-
- ☐ Teil 2
Europas Proletariat vor dem Sturm
58 Seiten DM 2,-
- ☐ Teil 3
Aus dem Inhalt:
Zur Gewerkschaftsfrage: Was ist Opportunismus? Was ist links mit der Mitbestimmung?
Chemie: Tarifrunde 71: Ein großer Kampf und ein schwacher Abschluss
Volkrecht und politische Lösung
Zur Kritik der KPD
15 Jahre KPD-Verbot
Aktionsentwurf zur Metalltarifrunde 71: Verlauf der Aktions-einheit
Für das Bündnis von Intelligenz und Arbeiterklasse
62 Seiten DM 2,-
- ☐ Der Metallarbeiter-Streik in Schleswig-Holstein 1966/67
Eine ausführliche Analyse der flensburger KB-Gruppe
16 Seiten DM 1,-
- ☐ Wohnungsprobleme in der BRD
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF seit März 72
4. erweiterte Auflage
(eine 5. Auflage wird vorbereitet)
64 Seiten Kleinformat DM 1,50
- ☐ Sie haben den Präsidium...
Schallplatte des Hamburger Strahentheaters mit 4 Agitationsliedern DM 1,-
- ☐ Schulkampf
Artikel des ARBEITERKAMPF Nr. 24-42 zu Fragen des Schulkampfes
92 Seiten Kleinformat DM 2,-
- ☐ Wem nützen die Bomben bei Springer?
Nachdruck von Referaten auf der Großveranstaltung des KB anlässlich der Basler Meinhof-Kampagne der Bourgeoisie
32 Seiten DM 1,50
- ☐ Zum Aufbau eines Sozialistischen Studentenbundes Teil 2
40 Seiten DM 1,50
- ☐ Zur Politik des KBW (BRF)
Nachdruck ausgewählter Artikel aus dem ARBEITERKAMPF und UNSER WEG
75 Seiten DM 3,-
- ☐ Aktionsentwurf oder „Partei“-Innenpolitik?
Internes Papier des Regionalkomitees Wasserkante der „KPD“ gegen den KB
8 Seiten DM 0,50

UNSER WEG, Zeitschrift des Kommunistischen Bundes zu zentralen Fragen der Arbeiterbewegung

- ☐ 16
Ausführliche Analyse der Metalltarifrunde 1971 zur Diskussion im Kommunistischen Bund
28 Seiten DM 1,50
- ☐ 18/17
Zur Auseinandersetzung mit den ADB / Menschen
40 Seiten DM 1,50
- ☐ 18
Kampf um die Linien in der KP-China
Die Lebensfähigkeit und den Arbeitsstil verbessern
Die politische Arbeit im Stadtrat
32 Seiten DM 1,-
- ☐ 18
Zur Pantheismusdebatte
32 Seiten DM 1,-

die Internationale

hat das Ziel, die Verbindung mit den kommunistischen und fortschrittlichen nationalen Kräften in der ganzen Welt zu stärken. Deshalb besteht ein großer Teil der Zeitung aus Texten ausländischer Organisationen und Gruppen. Wir haben diese Artikel nicht nach dem Prinzip ausgewählt, daß sie unsere Meinung wiedergeben und unsere Politik bestätigen sollen, sondern wir wollen versuchen ein objektives Bild der Klassenkämpfe in der Welt zu geben. Nur aus einer echten Diskussion politischer Anschauungen und dem Austausch von Erfahrungen kann dauerhafte und wirkungsvolle internationale Solidarität erwachsen.

die INTERNATIONALE erscheint zweimonatlich

Diesmal mit Artikeln zu Problemen in:

- England: Struggle: Frage an die chinesischen Genossen
- Iran: Öl und Geschichte
- Portugal: Die Arbeiter sprechen
- Schweden: Der Weg der Hafenarbeiter
- u.a. aus Frankreich, Irland, Puerto Rico

Verlag ARBEITERKAMPF, J. Reents, 2 Hamburg 13
Rutschbahn 36

- Anzahl
- 20/21 Zum 1. Mai 1973
Das chinesische Kulturereignis
62 Seiten DM 7
- 22 Schädliche Illusionen über den Kampf der arabischen Völker
Kritik eines griechischen Genossen
Neue antikomunistische Broschüre
37 Seiten DM 2,50
- 23 Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit der „KPD“
Selbstkritik Marika KBW
Propaganda der Faschisten
Arbeitsordnung Blohm & Voß
Berufsbildung in Stufen
Zur Westeuropäischen Chile-Konferenz
40 Seiten DM 7,50

Bücher und Broschüren

- Pakistane
Interviews und Gespräche mit Kämpfern der PLQ, Fatah, PFLP und PELP
Allgemeine Führung
120 Seiten Buchformat DM 6
- Die chinesische Kulturrevolution
in Dokumenten, Nachdrucke von ausgewählten Artikeln der „Peking Rundschau“ aus den Jahren 1966 und 1967
134 Seiten Buchformat DM 8
- UNSER WEG Revisionswerk
180 Seiten Buchformat DM 4,50
- Die politische Macht kommt aus den Gewerkschaften
Nachdrucke von Texten zu Fragen des bewaffneten Kampfes
250 Seiten Buchformat DM 6
- Gegen die schriftliche Fälschung von Staat und Gesellschaft
Nachdrucke von Artikeln unserer Zeitung ARBEITERKAMPF zur Frage der schriftlichen Fälschung von Staat und Gesellschaft
160 Seiten Buchformat DM 4,50
- Kampf dem Faschismus
Nachdrucke von Texten der Kommunisten aus den Zwanziger und Dreißiger Jahren zum Thema Faschismus
350 Seiten Buchformat DM 6,50
- Deutsche Revolution von 1918 bis 1923
192 Seiten Buchformat DM 8

Weiter vertreiben wir folgende Bücher, die vom Arbeiterbuch herausgegeben sind

- Eine teilt sich in zwei
Originaltexte der chinesischen Kulturrevolution
209 Seiten Buchformat DM 7
- Iwan Popow – Als die Nacht verging
Der Roman umfaßt einen kurzen Zeitraum gegen Ende der „Stolypinschen Reaktion“, dieser schwersten und finsternen Zeit für das russische Proletariat, die auf die Revolution von 1905 folgte
Teil I und Teil 2 je DM 3
- Ernst Thälmann – Über Gewerkschaften
Beitrag auf dem 16. Plenum des IKKK Juni 1929 zum Kampf gegen die „Klassen-Kollaboration“ des deutschen Imperialismus und des Sozialverrats
100 Seiten Buchformat DM 3
- Hermann Reinecke – Schreit hallo!
Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?
Schrift vom 1930 gegen die „Kollaboration“ und die „Rechtsopportunisten“ der KPD
100 Seiten Buchformat DM 3

Preise zuzüglich Postkosten

Forts. Postbeile

sicht auf Personen aufgehört werden.“ (FR 26.8.)
„Es muß mit Feuer und Schwert durchgeführt werden.“ (Spiegel, 35/73)

Das Muster einer Aufklärung

Dabei zeigt ein Rückblick auf die Aufklärung zum Falle Vast noch einmal ganz deutlich, daß man solange wie möglich die Sache zu vertuschen suchte.

Im Dezember 73 starb Hans-Peter Vast. Am 24.6.74 wurden die Ermittlungsverfahren eingestellt, obwohl Mordverdacht bestand.

Am 29.6.74 schrieb der Gefangenerrat einen Brief an das Justizministerium in dem gegen die Einstellung protestiert, Beweismaterial geliefert und die Abklärung des Anstaltsdirektors Recher gefordert wurde.

Zuerst wurde vom Justizministerium bestritten, daß ein Brief des Gefangenerrates überhaupt existiert. Jedoch nach dem Ministerium, der Gefangenerrat habe eine Eingangsbescheinigung der Post vorliegen.

Daraufhin fand sich der Brief urplötzlich an, er hatte tatsächlich „unbearbeitet auf dem Schreibtisch eines Referenten gelegen, der noch in Urlaub ist.“ („SZ“ 22.8.)

Die verschiedenen berufsmäßigen Vertreter in der Behörde hatten allerdings verneint, ihren Lagen aufeinander abzustimmen. Nur einen Tag zuvor hatte das Justizministerium gerade eine anderweitige massive Gegendarstellung in der Stuttgarter Zeitung abdrucken lassen, in der unter anderem auch bestritten wurde, jemals einen Brief vom Gefangenerrat empfangen zu haben.

Ellig kehrte Justizminister Trautgott Bender aus seinem Urlaub zurück, um nun endlich „die alleinige Information der Öffentlichkeit an sich zu ziehen.“ („SZ“ 22.8.), damit solche Panzen in Zukunft unterbleiben.

Es ist eben günstiger, wenn man einer vertuscht. Ab sofort gab es wieder mal eine Informationsperle und den Journalisten wurde großzügigerweise angeboten, „Einsicht in die Akten zu nehmen, um sich über die Vorgeschichte (!) des Falles zu informieren.“ („SZ“ 22.8.)

Nachträglich wurden die widersprüchlichen Aussagen innerhalb des Justizministeriums als „Panne im Informationsfluß“ gekennzeichnet, denn „das Ministerium ist in 2 verschiedenen Gebüden untergebracht.“ („SZ“ 22.8.74).

Am 24.7. mußte das Verfahren wieder aufgenommen werden. Vom Ministerium wird eifrig versichert, daß man dies nicht etwa auf den Brief des Gefangenerrates und die Öffentlichkeit, die dieser geschaffen

hatte, hin getan hat, sondern „auf freien Stücken.“ („FR“ 22.8.74)

Denn: Der Brief war natürlich „inhaltsarm und wenig konkret.“ (Sprecher des Ministeriums, „SZ“ 22.8.74) und die Ermittlungen seien „stets korrekt und ohne Vorurteile geführt worden.“ (Ministerium FR 22.8.74)

Da scheint doch der Ausspruch eines hohen Stuttgarter Ministerialbeamten passend „Alle versuchen jetzt, ihre Namen aus dem Kakao zu halten und viele haben hier die Nase voll.“ (FR 22.8.)

Forderungen werden von oben befohlen und gedeckt

Jedoch ist die „Aufklärung“ im Falle Vast nicht etwa ein besonders schlecht gewähltes Beispiel, wie auch die am Anfang des Artikels „zu den Akten“ gedeutet hätte beweisen. In Mannheim wurden Häftlinge, die sich zu oft beschwerten, in andere Haftanstalten verlegt. Begründung: Gefährdung von Sicherheit und Ordnung. („Report“ am 2.9.74). Andere Häftlinge wurden davon „überzeugt“, daß es besser für sie sei, keine Klage mehr zu führen.

„Bei zahlreichen Vorfällen, deren Klärung auch das Ministerium zu einer genaueren Kenntnis der Verhältnisse in Mannheim gezwungen hätte, hat die Staatsanwaltschaft bewußt abgeblockt. So hat ein Staatsanwalt, was zu belegen ist, Vollzugsbeamte in der Kammer mit der Bemerkung beruhigt, die meisten Fälle können abgewürgt werden.“ („FAZ“ 26.8.)

Insgesamt ist es so, daß versucht wird, den Häftlingen klarzumachen, daß sie auch nur selbst bestrafen, wenn sie Klagen führen, denn diese gehen auf jeden Fall von der Staatsanwaltschaft zurück an die Anstaltsleitung, die sich den Häftlingen dann besonders vornehmen kann.

So wunder es nicht, daß bei dieser Kampagne von Wätern, Staatsanwaltschaft und Gefängnisleitung der einzelne Häftling verzweifelt oder eingeschüchtert wird. So sind auch viele Häftlinge in Mannheim jetzt noch nicht bereit, das, was sie gesehen haben, zu bezeugen. Ein Gefangener erzählt dem „Spiegel“, daß ihm auf dem Weg zur Untersuchungskommission von einem Wärter gedroht wurde „Poß auf, was du sagst, wir zahlen dir alles heim.“ („Spiegel“ 35/74)

Neun Wärter sind inzwischen verhaftet worden. Manche von ihnen werden erstaunt fragen, wieso gerade sie bestraft werden für Dinge, die allgemein üblich waren, die teilweise auf Anordnung, zumindestens jedoch mit Duldung der Gefängnisleitung geschehen ist.

Der „Gefangenerrat“ schreibt: „Die Morde und Folterungen zu Ge-

fangenen gehen nicht von den Schlagerkommandos aus, die nur Instruktionen ausvollziehen haben. In jedem Gefängnis in Baden-Württemberg (wie auch in den anderen Bundesländern) gibt es ein solches Schlagerkommando zur Einschüchterung und Bestrafung von Gefangenen, die sich gegen Repressalien zur Wehr setzen. Die Instruktionen Gefangenen zu schlagen und zu foltern, geht in jedem Fall von den Anstaltsleitern aus, die außerdem durch ihre Verbindungen zu den Staatsanwaltschaften dafür sorgen können, daß Anzeigen niedergeschlagen werden. Dieser übliche Vorgang der sich in allen Anstalten Baden-Württemberg wiederholt, wird vom Justizministerium gedeckt.“ (18.8.74)

Und der Gefangene Otto W schreibt: „Ich beschuldige zuätzlich mehrere Gefängniswärter mehrfach Gefangene schwer gefoltert zu haben, so daß einige an den Folgen solcher Verletzungen nachträglich verstarben. Ich bringe jedoch zu ihrer Entschuldigung vor, daß sie in der Regel hierbei weisungsgelassen gehandelt haben. Sie wären sich daher so sicher, daß ihnen überhaupt niemals etwas passieren könnte, weil sie ja gehandelt hätten wie ihnen befohlen war. Gefängnisdirektor Recher hatte noch niemals irgend ein Interesse aufkommen lassen, was anzuzeigen sei, er würde Übergriffe auf Gefangene nicht dulden. Einmal hatte er sogar einen Gefängniswärter zu mir geschickt, um mich zwingen zu lassen, mich zu erpressen.“ (am 6.8.74)

Zum Thema Gefängniswärter erklärte der ehemalige Straßgänger Jörg W: „Wenn jemand humane Tendenzen entwickelte, wurde er sogleich vom Dienst suspendiert und als links eingestuft.“

Faschistisches Verhalten als Staatsraison, Humanität, liberale „Anwandlungen“ als Sicherheitsrisiko, Systemgefährdung – das ist die Fraze des wendischen Strafvollzugs, wie nach Direktive für die Ausrichtung des gesamten Staatsapparates der BRD.

Die durch die teilweise hergestellte Öffentlichkeit aufgeschauelten Verantwortlichen der bundesdeutschen Justiz versuchen jetzt natürlich das Augenmerk und die Empörung auf Nebengleise zu lenken. Sie distanzieren sich eilig von einigen ihrer Diener, um selbst mit heiler Haut davonzukommen. Justizminister Bender (Bad. Würt.) in der Frankfurter Rundschau vom 28.8.74: „Die wenigen Beamten, die ihre pervertierten Exzesse in der Haftanstalt abtreiben haben, werden konsequent eliminiert“ und „Die Justiz dieses Landes ist intakt und verdient unser Vertrauen.“ – In der Tat, so wäre es diesen Würdenträgern staatslicher Macht das liebste.

Repressionen und Hetze gegen den „Frankfurter Gefangenerrat“

„Frankfurter Gefangenerrat“

Nachdem eine Reihe von Enthüllungen des „Gefangenerrates“ sich als richtig erwiesen haben, kommen Sprecher des Justizministeriums nicht umhin, ihm „eine gewisse Ernsthaftigkeit zuzubilligen“, so jedenfalls Strafvollzugs-Referent des hessischen Justizministeriums Meyer-Weide, der bisher noch behauptet hatte: „Das sind doch meistens nur abstruse Behauptungen, bei denen auch die Falschsprache nicht zu kurz kommt.“ (Spiegel 36/74)

Wohl weniger wegen der angeblichen „Falschsprache“, sondern wegen dem Feuer unter dem Hintern einiger Leute im Justizministerium, das der Gefangene angezündet hatte, versucht man ihn jetzt zu diffamieren, um ihn dann generell als unglaubwürdig abtun zu können. Dabei verläßt man sich ganz auf die vor Jahren systematisch aufgebauten „Bader-Meinhof-Hysterie“ und versucht, den „Gefangenerrat“ in diese Ecke zu schieben. „Der Gefangenerrat hat Verwertungen in den Bereich Rote Hilfe und Rote Armee Fraktion.“ Dies konnte der Justiz-Staats-Schreiber Hermann Horst Weimer dann auch durch „die inaktive Art, in der sich die Leute verhalten“, festmachen und „belegen“.

Beim den politischen Kommunisten beachteten bereits im Mai Kartellen und Korrespondenz im Frankfurter Büro des Gefangenerrates. Mitte August wurden 2 Mitglieder des Gefangenerrates zum Verhör geholt, weil sie der Heiligeres dachtigt worden waren. (Alles Spiegel 36/74)

Der 1. der Affäre aufzuklären, wie man sieht, geradezu sprichwörtlich.

Bullenterror in Frankfurt

Bullenterror in Frankfurt

Von Polizisten krankenhausreif geschlagen

In Frankfurt werden zwischen Juni und August zwei Kollegen von Polizisten derartig brutal zusammengeschlagen, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Der eine mit vier gebrochenen Rippen und einem Nasenbeinbruch, der andere mit Beinschwellung.

Im ersten Fall handelte es sich um einen 48-jährigen arbeitslosen Kollegen, der aus Verzweiflung über seine Lage (er hatte, wie er sagt, drei Wochen lang kein Arbeitslosengeld bekommen, und bekanntlich ist es für einen älteren Arbeiter sehr mühsam, überhaupt eine Stelle zu bekommen) etwas getrunken aus einem Auto einen Wackelhund rausgeholt und sich mit ihm das Gras zum Schlafen gelegt. Obwohl der Kollege, wie er selbst berichtete, keinen Widerstand leistete („Es ist mir egal, ob ihr mich einspernt, ich habe sowieso nichts zu verlieren.“ – „FR“ 15.8.), wurde er gleich im Streifenwagen verprügelt, sodaß er, als er im Revier ankam, bereits einen Nasenbeinbruch hatte. Die Tollkühnheit der Polizisten war aber noch nicht befriedigt im Revier warfen sie ihn auf Treppen runter und schlugen ihn auf Magen und Leber – zu vier!

Die Polizei strotzt natürlich alles ab. Zwar ist im Polizeibericht von „körperlichen Auseinandersetzungen“ die Rede, aber woher der Nasenbeinbruch und die Rippenfraktur kommen, das kann sich die Polizei beim besten Willen nicht erklären! Ihrer Meinung nach handelt es sich um „Lügenmärchen eines Psychopathen!“ Und um bei den Arbeitern keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, was hier in diesem Staat was

zu sagen hat, hat sie jetzt gegen den arbeitslosen Kollegen Anzeige wegen Diebstahls (eines Wackelhundes!) und Widerstands gegen die Staatsgewalt (!) erlassen!

Im zweiten Fall handelt es sich um folgendes:

Nachbarn hatten sich bei der Polizei über den Einzug eines neuen Meisters beschwert, weil er um 22 Uhr „immer noch“ am Umräumen war. Prompt kam ein Streifenwagen an und man zerrte den 47-jährigen Arbeiter in den Wagen. Kaum im Revier angekommen, zerrten ihn gleich vier Polizisten in den Keller und fielen über ihn her. Das Verbrechen des Kollegen erhalte die Polizisten – nachdem sie ihn schon im Streifenwagen ununterbrochen beschimpft hatten – Spitznamen genannt.

Seit diesem verhängnisvollen Tag 20 Juni kann der Kollege nicht mehr arbeiten gehen, weil er vorerst bis zum 22. August krankgeschrieben worden ist.

In beiden Fällen argumentierte die Polizei, zur Rechtfertigung ihres Terrors, mit „erheblicher Gewalt“, die man habe brechen müssen.

Arbeiter verprügeln und ermorden (wie jüngst den Mannheimer Arbeiter Remiazzo) und Faschisten schützen das ist die Funktion dieser uniformierten Schlagerbende K.B./Gruppe Frankfurt

Abonnement

ARBEITERKAMPF Zeitung des kommunistischen Bundes

- für 6 Ausgaben DM 4,80
für 12 Ausgaben DM 9,50
Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6
Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12

DIE INTERNATIONALE Zeitung des kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

- für 6 Ausgaben DM 4,80
für 12 Ausgaben DM 9,50
Förderabo für 6 Ausgaben ab DM 6
Förderabo für 12 Ausgaben ab DM 12

UNSER WEG Zeitung des Kommunistischen Bundes zu Fragen der Arbeiterbewegung

- für 6 Ausgaben DM 4,80

Anschrift

(Datum) (Unterschrift)

Verlagskatalog

kostenlos

In diesem Katalog sind unsere herausgegebenen Broschüren und Bücher mit jeweils kurzer Inhaltsbeschreibung aufgeführt. Der Katalog bietet Ihnen auch eine gute Unterstützung für die Arbeit mit interessierten Kollegen und Freunden.

Demokratie „Marke SPD“ im Krankenhaus

Jetzt wird es ernst mit der Demokratie im Krankenhaus, trotz die SPD-treue „Hamburger Morgenpost“ am 6.8.74. Anlaß war die Verabschiedung der „Richtlinien für die Leitung von Krankenhäusern“, die ab 1.9.74 für alle staatlichen Krankenhäuser in Hamburg gültig sind.

Sehen wir, was an dieser Behauptung dran ist!

Bisher wurden die Krankenhäuser durch einen allmächtigen, von der Gesundheitsbehörde bestellten Ärztlichen Direktor geleitet, der sogar über Personalfragen im Pflegebereich entscheiden konnte.

Die neuen Richtlinien sehen stattdessen ein dreiköpfiges Direktorium vor. Ihm gehören an: Der Ärztliche Direktor, die Leitende Pflegekraft und der Verwaltungsdirektor.

Der Ärztliche Direktor wird ausschließlich (!) von den Chefarzten gewählt, und zwar gleich für sieben Jahre. Die Leitende Pflegekraft wird von den Stationschwestern, Ersten Unterrichtschwestern und allen Pflegekräften gewählt, denen durch die ärztliche Anordnung mindestens fünf Pflegepersonen ründig unterstellt sind. Nicht wahlberechtigt ist also die große Mehrheit der übrigen examinierten Schwestern/Pfleger, die Schüler/innen und Pflegehelfer/innen.

Der Verwaltungsdirektor wird gar nicht erst gewählt, sondern direkt von der Behörde „vorgeschlagen“.

Das letzte Wort über die Ernennung der „gewählten“ Direktoriumsmitglieder hat die Deputation (ein Ausschuss der Gesundheitsbehörde). Der Personalrat hat keinen Einfluß darauf, wer ins Direktorium kommt, er darf aber vor der Ernennung durch die Deputation eine „Stellungnahme“ zu den drei Kandidaten abgeben!

Die drei Direktoriumsmitglieder sind für ihren Bereich eigenverantwortlich.

Jedem der drei steht ein mehrköpfiger Beirat zur Seite. Wer glaubt, daß durch die Beiräte das völlig undemokratische „gewählte“ Direktorium einer demokratischen Kontrolle unterworfen wird, täuscht sich gewaltig. Die Beiräte werden nach einem geradezu abenteurlichen Modus gewählt:

Der Beirat für den Ärztlichen Direktor besteht aus:

- 2 Chefarzten, von den Chefarzten gewählt;
- Oberarzt, gewählt von den Oberärzten und Assistenzärzten, die länger als zwei Jahre am Krankenhaus sind;

um einer demokratischen Kontrolle unterworfen wird, täuscht sich gewaltig. Die Beiräte werden nach einem geradezu abenteurlichen Modus gewählt:

- Der Beirat für den Ärztlichen Direktor besteht aus:
- 2 Chefarzten, von den Chefarzten gewählt;
- Oberarzt, gewählt von den Oberärzten und Assistenzärzten, die länger als zwei Jahre am Krankenhaus sind;

- 1 Assistenzarzt, von den jüngeren Assistenzärzten gewählt;
 - 2 von sog. Heilhilfspersonal gewählte Vertreter.
- Dem Beirat für die Leitende Pflegekraft gehören an:
- 3 Pflegekräfte aus dem Kreis der Ober- und Stationspfleger;
 - 2 Examinierte;
 - 1 Schüler/In.

Sie werden jeweils aus der Mitte der genannten Personengruppe gewählt.

Dem Beirat des Verwaltungsdirektors gehören jeweils zwei gewählte Vertreter des Verwaltungsdirektors, des technischen des Betriebs- und Wirtschaftspersonals an.

Die Beiräte können zwar „mündig“, haben aber nichts zu sagen! Die Beiräte haben ausschließlich „beratende Funktionen“. „Beschlüsse des Direktoriums dienen dem Direktor als Empfehlung“. Können sich Direktorium und Gesamtkomitee nicht einigen, hat in jedem Fall die Gesundheitsbehörde das letzte Wort!

Die Beiräte sind also nichts weiter als eine demokratische Spielzeugscheibe der Unzufriedenheit, die völlig unfruchtbare Bedürfnisse finden sollen.

Durch die Beiräte wird der Personalrat entwertet: Man wird sagen, dies oder jenes ist Sache der Beiräte, nicht des Personalrats.

Der Personalrat ist immerhin halbwegs demokratisch gewählt (wenn es auch oft bei der Kandidatenaufstellung sehr undemokratisch zugeht) und er hat immerhin winzige Mitbestimmungsmöglichkeiten. Deswegen müssen wir dagegen kämpfen, daß er durch die völlig funktionslosen Beiräte geschwächt wird.

Boykottieren wir die Wahl des Direktoriums und der Beiräte!

„Abbau hierarchischer Strukturen“, damit ist die SPD in den Wahlkampf gezogen. Die Hierarchie im Krankenhaus ist durch die neue Leitungsstruktur allerdings nicht im Geringsten abgebaut worden.

Die Einbeziehung der Leitenden Pflegekraft und des Verwaltungsdirektors in die Gesamtleitung ist nur die Folge davon, daß die bisher alleinregierenden Ärztlichen Direktoren zu oft Mist gebaut hatten, weil sie über Dinge entschieden, von denen sie keine Ahnung hatten.

Die „Hamburger Anzeigen und Nachrichten“ vom 7.8. schreiben offen:

„Der Beirat für den Verwaltungsdirektor besteht aus:

- 2 Chefarzten, von den Chefarzten gewählt;
- Oberarzt, gewählt von den Oberärzten und Assistenzärzten, die länger als zwei Jahre am Krankenhaus sind;

„Der Senat steht in der Neugestaltung der Leitungs- und Mitbestimmungsstruktur im Zentrum der staatlichen Krankenhäuser, ist also ebenso notwendig, wie betriebsnahe Schritt, die Funktionsfähigkeit der Krankenhäuser zu verbessern.“

Das ist der Kern einer „Reform“, die Gesundheitsminister Nolling frech als „Anfang für eine demokratische Krankenhäuser“ verkaufen will. Nolling versucht ohne eine Einarbeitung, indem er behauptet, „es habe sogar Kritiker gegeben, die meinten, daß hier die Demokratie zu weit ginge und die Abstriche verlangten“. Nolling glaubt wohl, daß gegenüber den Schwerkranken, die „Demokratie“ vorstellten, mancher Chefarzt, man blasse Reformen noch ein bißchen Farbe bekommen!

Von Demokratisierung wird groß getönt, in Wirklichkeit werden sogar die minimalen demokratischen Rechte beseitigt, die die Arbeiter/innen am Allgemeinen Krankenhaus Altona und Hamburg durchgesetzt hatten. In Altona saßen immerhin je ein gewählter Assistenz- und Oberarzt neben drei Chefarzten im Ärztlichen Direktorium. In Hamburg waren ebenfalls drei Ärzte an der Wahl des Ärztlichen Direktoriums beteiligt.

Die Leitungsstruktur wurde zwar keineswegs fortschrittlich (Übergewicht der Chefarzte, keine Vertretung des nichtärztlichen Personals), aber für die Gruppe der Assistenzärzte bedeutet die neue Struktur den Verlust des Wahlrechts.

Außerdem sieht die Richtlinie in einer Übergangsregel vor:

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

Außerdem sieht die Richtlinie in einer Übergangsregel vor:

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

„Die z.z. im Amt befindlichen, unbefristet bestellten Ärztlichen Direktoren und Leitenden Pflegekräfte gehören kraft Amtes dem Krankenhausdirektorium an.“

Kein Wunder, daß von der Gewerkschaftsführung kein Protest kommt, wenn ihr eigenes Modell teilweise noch undemokratischer als das der Behörde ist.

Der „Patientenanwalt“

Past gleichzeitig mit dem neuen Leitungsmodell hat der Gesundheitsminister ein ebenso faules Ei als „richtige Wahl“ auf den Markt zu bringen versucht.

Unter der Schlagzeile „Anwalt für die Sorgen der Kranken“ schreibt das „Hamburger Abendblatt“:

„Für jedes staatliche Krankenhaus soll es künftig einen sog. Patientenanwalt geben. Seine Aufgabe besteht unter anderem darin, Kritik der Patienten an Zuständen im Krankenhaus oder am Krankheitspersonal zu prüfen und gegebenenfalls abzurufen. Hamburg wird damit als erstes Bundesland eine Institution schaffen, ähnlich dem Ombudsmann in skandinavischen Ländern, die jedem Patienten eines Krankenhauses die Möglichkeit gibt, sein Herz auszusprechen.“

Also wird es in Zukunft „eine wirksame Interessenvertretung der Patienten“ (Nolling), ein Stück mehr Demokratie geben?

Sehen wir uns den Abendblatt-Artikel genauer an: „Allerdings kann sich die Kritik (der Patienten) nicht auf Bagatellen, sondern nur auf Punkte beziehen, die grundsätzlich einer Änderung oder Verbesserung bedürftig.“ Was „grundsätzlich Verbesserung bedürftig“ ist, bestimmt weiterhin die Behörde.

Was soll ein Patientenanwalt die Interessen der Patienten vertreten? Nach den Plänen der Behörde sollen die sogenannten Provisoren der Krankenhäuser diese Aufgabe übernehmen.

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„Provisoren sind eine Hamburgische Besonderheit, gewählte Bürger, die Dienstleistungen über das Krankenhaus haben, dem sie zugeordnet sind. Sie scheitern der Gesundheitsbehörde am besten geeignet, als Vermittler zwischen Krankenhaus und Bewohnern.“

„ung zu fungieren.“ („Abendblatt“).

Diese Provisoren sind zwar gewählt – für die Bürgerchaft – aber die Patienten im Krankenhaus dürfen bisher und können auch in Zukunft einen Sprecher ihres Vertrauens nicht wählen, obwohl es gerade unter den chronisch Kranken, die mehrmals im Jahr die Zustände am Krankenhaus am eigenen Leib erfahren müssen, ausgezeichnete Kandidaten für „Patientenanwälte“ geben würde.

Von den fünf Provisoren z.B. des Hamburger Krankenhauses sind drei Ärzte – wenn sie als Patient im Krankenhaus kommen, liegen sie auf Privatization (heute in „Bett mit Sonderleistungen“ unbekannte) – nur einer von ihnen wohnt in Hamburg. Als in Hamburg während der Renovierung der Aufnahmestation neben Herzkatheterstationen, die wegen Überfüllung auf dem Flur lagen, mit Probeführern gearbeitet wurde, hat man von diesen „Anwälten“ keine Beschränkung gehört.

Für die Patienten wird sich nicht das Geringste ändern durch die Umbenennung der Provisoren in Patientenanwälte. Sie bleiben nach wie vor im Krankenhaus lateinisch sprechenden Medizinerpersonal ausgeliefert und müssen die Folgen der Bettenschließung, des Logierplatzwechsels, am eigenen Leib erfahren, ohne die geringste Aussicht, durch die „Patientenanwälte“ etwas daran zu ändern.

„Der Patientenanwalt ist Teil eines Gesamtplanes, der sich mit der Neuorganisation des Krankenhauses in Hamburg befaßt.“ („Hamburger Abendblatt“). Diese Gesamtziele entpuppt sich als typischer SPD-Betrug: „Demokratisierung des Krankenhauses“, „Interessenvertretung durch Patientenanwälte“, das sind die Phrasen, mit denen von den patienten- und personalfeindlichen „Rationalisierungsplanern“ abgeduldet werden soll.

Alter, noch dazu verdünnter Wein, in neuen Schälchen, das sind die „Reformen“ der SPD.

„Der Patientenanwalt ist Teil eines Gesamtplanes, der sich mit der Neuorganisation des Krankenhauses in Hamburg befaßt.“ („Hamburger Abendblatt“). Diese Gesamtziele entpuppt sich als typischer SPD-Betrug: „Demokratisierung des Krankenhauses“, „Interessenvertretung durch Patientenanwälte“, das sind die Phrasen, mit denen von den patienten- und personalfeindlichen „Rationalisierungsplanern“ abgeduldet werden soll.

Alter, noch dazu verdünnter Wein, in neuen Schälchen, das sind die „Reformen“ der SPD.

„Der Patientenanwalt ist Teil eines Gesamtplanes, der sich mit der Neuorganisation des Krankenhauses in Hamburg befaßt.“ („Hamburger Abendblatt“). Diese Gesamtziele entpuppt sich als typischer SPD-Betrug: „Demokratisierung des Krankenhauses“, „Interessenvertretung durch Patientenanwälte“, das sind die Phrasen, mit denen von den patienten- und personalfeindlichen „Rationalisierungsplanern“ abgeduldet werden soll.

Alter, noch dazu verdünnter Wein, in neuen Schälchen, das sind die „Reformen“ der SPD.

„Der Patientenanwalt ist Teil eines Gesamtplanes, der sich mit der Neuorganisation des Krankenhauses in Hamburg befaßt.“ („Hamburger Abendblatt“). Diese Gesamtziele entpuppt sich als typischer SPD-Betrug: „Demokratisierung des Krankenhauses“, „Interessenvertretung durch Patientenanwälte“, das sind die Phrasen, mit denen von den patienten- und personalfeindlichen „Rationalisierungsplanern“ abgeduldet werden soll.

Alter, noch dazu verdünnter Wein, in neuen Schälchen, das sind die „Reformen“ der SPD.

„Der Patientenanwalt ist Teil eines Gesamtplanes, der sich mit der Neuorganisation des Krankenhauses in Hamburg befaßt.“ („Hamburger Abendblatt“). Diese Gesamtziele entpuppt sich als typischer SPD-Betrug: „Demokratisierung des Krankenhauses“, „Interessenvertretung durch Patientenanwälte“, das sind die Phrasen, mit denen von den patienten- und personalfeindlichen „Rationalisierungsplanern“ abgeduldet werden soll.

Alter, noch dazu verdünnter Wein, in neuen Schälchen, das sind die „Reformen“ der SPD.

„Der Patientenanwalt ist Teil eines Gesamtplanes, der sich mit der Neuorganisation des Krankenhauses in Hamburg befaßt.“ („Hamburger Abendblatt“). Diese Gesamtziele entpuppt sich als typischer SPD-Betrug: „Demokratisierung des Krankenhauses“, „Interessenvertretung durch Patientenanwälte“, das sind die Phrasen, mit denen von den patienten- und personalfeindlichen „Rationalisierungsplanern“ abgeduldet werden soll.

Arzt in Hamburg:

Bericht aus der Praxis

In diesem Frühjahr habe ich eine Praxisvertretung in einer Allgemeinpraxis im Norden Hamburgs übernommen. Pro Vierteljahr werden hier ca. 1.200 Patienten, meist Rentner, kleine und mittlere Angestellte, wenig Arbeiter von einem Arzt und einer Sprechstundenhilfe behandelt. Nach Patientenzahl und Arbeitsaufwand (drei Stunden vormittags, 1 1/2 Stunden nachmittags, der Mittwochsnachmittag ist frei) handelt es sich um eine durchschnittliche Allgemeinpraxis in einem Großstadtvorort. Pro Tag fallen fünf bis zehn Hausbesuche an. Nach Aussage der Patienten ist dieser Arzt der einzige, der überhaupt noch Besuche macht. Angesichts der Arbeitszeit von nicht mehr als acht Stunden pro Tag (Fortbildung und Hausbesuche h. i. abgegriffen) ist nicht einzusehen, daß fast alle Ärzte in größeren Städten wegen angeblicher Arbeitsüberlastung keine Besuche mehr machen. Wie paßt das zu „Sorge um das Wohl der Patienten“?

In den vier Wochen meiner Vertretung wurde mir klar vor Augen geführt, daß es mit der „Sorge um das Wohl der Patienten“ ohnehin

nicht viel her ist und nach der Struktur einer Privatpraxis in unserem System auch nicht sein kann. In den sechs bis zwölf Minuten, die pro Patient aufgewendet werden, sind umfangreiche Untersuchungsmethoden zur Erkennung der Krankheitsursachen gar nicht möglich.

Außerdem wären die Kosten für die Bourgeoisie zu hoch, weil sie nur an der Wiederherstellung der Arbeitskraft, nicht aber an einer wirklichen Gesundung der Kranken interessiert ist. So begnügt sich jeder Arzt mit wesentlichen mit den geringen diagnostischen Möglichkeiten, die seine Praxis bietet und stellt zum großen Teil Vermutungsdagnosen.

In meiner Praxis war z.B. nicht einmal eine Untersuchungsbett vorhanden, so daß die Überprüfung von Bauchbeschwerden, die in Rückenlage ausgeführt werden muß, nicht möglich war. Blutdruckmessung, Bestimmung der Senkungsgeschwindigkeit der Blutkörperchen, Untersuchung des Urins auf Zucker und Eiweiß mit Teststreifen, Abhören von Herz und Lunge und Inspektion des Rachens waren die ausschließlichen

Untersuchungsmethoden, die zwar sehr notwendig sind, aber aus einen kleinen Teil der diagnostischen Möglichkeiten darstellen. Da also die Ursachen der Beschwerden nicht aufgedeckt werden, kann auch keine ursächliche Therapie erfolgen, sondern es bleibt bei einer zuckenden Therapie, d.h. nur die für den Patienten fühlbaren Veränderungen werden behandelt, z.B. die Schmerzen bei einer Nierenentzündung, während die Ursache, die Entzündungs-erregung, nicht beseitigt wird. Die konsequente Behandlung würde sechs Wochen Bettruhe und hochdosierte, teure Antibiotikagabe (Bakterien tödende Wirkstoffe) erfordern. Sechs Wochen Bettruhe sind aber sowohl dem Kranken als auch der Bourgeoisie wegen des Arbeitsausfalls zu viel. Bei den Antibiotikagaben wird ein Widerspruch zwischen der Pharmaindustrie einerseits, die Geld verdienen will, und der Kapitalistenklasse insgesamt andererseits, die im unproduktiven Gesundheitsbereich Geld sparen will, deutlich. Hier hat sich die Pharmaindustrie durchgesetzt,

denn Medikamente werden zwar gegeben, führen aber in diesem Fall ohne Bettruhe meist nur zu einer kurzfristigen Beschwerdefreiheit. Dieses Beispiel läßt sich auf beliebig viele andere Krankheiten und ihre Therapie ausdehnen.

Der Arzt fungiert dabei als Komplize der Kapitalistenklasse. Damit ihm das auch leicht gelingt, werden ihm einige Kontrollfunktionen übertragen. Es sind Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen, Kuratrträge und Gutachten (z.B. Rente gutachten) auszustellen.

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen gelten nur für eine Woche und werden dann erneuert, einmal zur besseren Kontrolle der Patienten, zum anderen bringt jede Neuausstellung ein Honorar. Bei Kuratrträgen liegt es mehr oder weniger vollständig im Ermessen des Arztes, ob er sie befristet. Auch der Ausfall eines Gutachtens ist von der Gunst des Arztes abhängig, denn ob ein Arbeiter mit einem Hülfteden berastet wird oder weiterarbeiten muß, ist in gewissen Grenzen der Entscheidung des Arztes überlassen.

Unter den persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der Patienten im Kapitalismus ist eine echte medizinische Hilfe nicht möglich. Wie sollen die Schmerzen im Arm einer 30jährigen Frau mit

zwei Kindern, die von ihrem Mann verlassen wurde und täglich zehn Stunden auf der Schreibmaschine tippen muß, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, dauerhaft beseitigt werden? Wie soll die fortschreitende Schwerhörigkeit eines 30jährigen Mannes aufgehoben werden, der bei Ausbruch täglich acht Stunden obenbetäubenden Lärm aushalten muß (in diesem Betrieb sind 70% der Arbeiter schwerhörig geworden)? Wie die Atembeschwerden eines Asbestarbeiter heilen, der irreparable Lungenschäden hat, weil er ohne Gasmasken arbeitete (wie alle seine Kollegen), um auf einen ansehnlichen Lohn zu kommen? In den sechs bis zwölf Minuten kann man kaum die Ursachen für die Erkrankung aufspüren, geschweige denn längere Gespräche führen, wobei man sich bei besonders traurigen Fällen auch einmal mehr Zeit stiehlt, die dann den anderen wieder abgezogen werden muß. So macht man halbe Therapie, um den Kranken eine halbwegs beschwerdefreie Weiterarbeit zu ermöglichen und fertig ist, denn draußen wartet der Nächste.

KfV-Gruppe Hamburg
Gruppe Gesundheitswesen

Weitere Einschränkung der Rechte kranker Arbeiter

Nebenstehende Notiz konnte man am Mittwoch, dem 28.8.74, der „Nord-Week-Zeitung“ entnehmen. Dieses Urteil bedeutet meiner Meinung nach eine weitere Verschlechterung der Rechte kranker Arbeiter. Nach diesem Urteil soll es also demnächst nur noch dann möglich sein, wegen Krankheit zu Hause zu bleiben, wenn die Krankenschreibung auf einen „festgestellten objektiven Befund“ beruht, d.h. daß eine ganze Zahl von Krankheiten einfach nicht mehr anerkannt werden. Denn wer kann schon „objektiv“ nachweisen, daß er Magen- oder Kopfschmerzen hat? Bezeichnenderweise gehören ja auch gerade die Krankheiten zu den nicht mehr „anerkannten“, die mit

der zunehmenden physischen und psychischen Belastung der Arbeiter auch zunehmen, so z.B. alle Arten von nervösen Erkrankungen und Schmerzen, die auf eine Überbelastung zurückzuführen sind. Wenn auch wahrscheinlich noch nicht damit zu rechnen ist, daß dieses Urteil schon jetzt konsequent von den Kapitalisten benutzt werden wird, so haben sie sich dennoch hiermit ein Grundstutzurteil geschaffen, mit dem sie in Zukunft immer eine Handhabe haben, um gerade klassenkämpferischen Arbeitern eine „Verschlebung“ nachweisen zu können, um sie aus den Betrieben zu scheißen.

Ein Genosse aus Oldenburg

Attest kein „Persilschein“

Wuppertal. Ein ärztliches Attest ist nicht zugleich auch ein „Persilschein“ für Blauarbeiter. Wie die Berliner Ersatzkassen (BEK) am Dienstag in Wuppertal mitteilte, erfahren die drei Bauarbeiter durch ein Urteil des nordrhein-westfälischen Landesarbeitsgerichts in Düsseldorf, die drei Arbeiter hätten zwischen zwei Ferienagen am Arbeitsplatz gefälscht. Sie waren zum Arzt gegangen und hatten über Schmerzen im Magen geklagt. Der Arzt

schrieb sie daraufhin arbeitsunfähig. Der Bauarbeiterverband aber zahlte nicht den Lohn, weil ihm „die Sache windig vorkam“. Einer der Maurer klagte und bekam Unrecht. Mit einer ärztlichen Bescheinigung, so befanden die Richter, sei eine Krankheit dann genügend bewiesen, wenn sie auf dem festgestellten objektiven Befund beruhe. In diesem Fall aber seien nur „eigene Erklärungen des Patienten“ beurteilt worden (Akts. 5 SA 98/73).

§ 218 – Bundesverfassungsgericht stoppt Fristenlösung

Am 26.4.74 wurde die Fristenlösung des § 218 im Bundestag mit den Stimmen der SPD und FDP verabschiedet. Vorausgegangen war eine hitzige Diskussion in der veröffentlichten Meinung, harte Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Parteien und eine Ablehnung durch die Mehrheit der CDU/CSU-regierten Länder im Bundesrat.

Viele Frauen atmeten auf, weil sie glaubten, daß es nach dem reformierten § 218 zumindest etwas leichter würde, eine ungewollte Schwangerschaft zu beenden. Sie hatten sich zu früh gefreut: Der damalige Bundespräsident Heinemann verzögerte die Unterschrift. Das Bundesverfassungsgericht setzte die Fristenlösung am 21.6. durch eine einstweilige Verfügung vorläufig außer Kraft – mit der Begründung, es müsse prüfen, ob die Fristenlösung nicht im Widerspruch zur Verfassung stehe, die das Leben unter Schutz stellt.

CDU, Kirchen und Ärzteorganisationen frohlockten; SPD und FDP erklärten, sie respektierten die Entscheidung des obersten Gerichts, dessen Urteile ja unanfechtbar sind.

Es ist durchaus damit zu rechnen, daß das Bundesverfassungsgericht seine einstweilige Verfügung durch ein endgültiges Urteil bestätigt.

Damit hätten sich Kirchen, CDU und Ärzteorganisationen nach der parlamentarischen Niederlage ihrer

„schwarzen“ Linie nachträglich mit Hilfe des obersten, angeblich unabhängigen Gerichts durchgesetzt.

Aber selbst wenn die Fristenlösung auch noch die letzte Hürde nehmen sollte und Gesetz wird, so wird es trotzdem für sehr viele Frauen äußerst schwierig bleiben, einen Arzt zu finden, der die Abtreibung durchführt.

Einer Umfrage zufolge lehnen 90% aller Frauenärzte Abtreibungen entsprechend der Fristenlösung ab. Alle konfessionellen Krankenhäuser-Träger wollen den Eingriff in ihren Häusern nicht gestatten.

Aber selbst in staatlichen Krankenhäusern CDU-regierter Gemeinden (z.B. Fulda) soll ein Abtreibungsverbot durchgesetzt werden.

Vor allem in Süddeutschland wird also das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten weitgehend nur auf dem Papier bestehen.

Aber auch in SPD-regierten Großstädten wird es schwierig werden, überhaupt ein Bett zu bekommen. Star-Gynäkologin Prof. Thomsen aus Hamburg-Eppendorf: „Wenn aber krebbschwere Patientinnen kommen, die eines dieser Betten benötigen, werden sie Vorrang haben.“

Mit der allgemeinen Bettenknappheit wird so indirekt gedroht, daß keine Frau Anspruch auf eine Abtreibung hat. Gleichzeitig werden aber

von der Behörde Hunderte von Krankenhausbetten, gerade auch aus gynäkologischen Abteilungen, wegrationalisiert. Dagegen hat man bisher noch keinen Chefarzt protestieren hören. In dem AK-Artikel „Die Höhenpreise der Medizin und der § 218“ wurde erwähnt, daß der Ärztestand bei Skrupel hatte, seine Vorrechte selbst durch einen Behandlungsboykott von Kassenspatienten zu erweitern.

In Italien fordert die Arbeiterklasse eine Reform des total verrotteten Gesundheitswesens. Die Regierung sah sich gezwungen, eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens anzukündigen. Darauf antworteten die italienischen Ärzte mit einem „Streik“.

Es ist wichtig zu erkennen, daß die Arbeiterklasse bei ihrem Kampf um mehr Rechte (und erst recht beim Kampf für den Sozialismus) nicht nur auf den Widerstand der winzigen Gruppe der Monopolbourgeoisie stoßt (was die DKP behauptet), sondern daß die Bourgeoisie es verstehen wird, eine ansehnliche Zahl von Hilfspersonen zu mobilisieren.

Gruppe Gesundheitswesen,
KfV-Gruppe Hamburg

Verschärfung der Lehrerausbildung

In diesem Artikel wollen wir die Lage darstellen, der die Hamburger Lehrerstudierenden Anfang des Wintersemesters gegenübergestellt sind. Gleichzeitig soll auf die Politik eingegangen werden, die fortschreitende Studenten in dieser Situation zu entwickeln haben.

Nach bisher bekannt gewordenen Informationen haben in der letzten Prüfungsperiode (Sommer 1974) über 80 Lehrerstudenden das 1. Staatsexamen nicht bestanden. Weitere 30, die ihre Prüfung bestanden hätten, wurden nicht zum Studienseminar zugelassen, können also ihre Ausbildung im Referendariat nicht beginnen.

Nachdem zum Wintersemester 72/73 der NC (Zulassungsbefreiung) am Fachbereich Erziehungswissenschaften eingeführt wurde, hoffte die Behörde seit Beginn des Jahres zu verschiedenen Schlägen gegen die Lehrerstudierenden aus:

- Anfang des Jahres wurde bekannt, daß Examenarbeiten von anonymen Gutachtern, die die Schulbehörde herangezogen hatte, nachträglich wurden. Die schlechtere Benotung in diesen „Zweitgutachten“ wurde z.T. offen politisch damit begründet, daß in diesen Examenarbeiten Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen geäußert worden war.
- Auch die mündlichen Prüfungen wurden von der Behörde häufiger zur Genügsamkeitschneise benutzt: statt die fachliche Qualifikation zu prüfen,

wurde die politische Gesinnung der Prüflinge abgefragt. Als dann in der vergangenen Prüfungsperiode Studenten versuchten, durch ungeschränkte Öffentlichkeit die Examenkandidaten vor Verunsicherung und politischer Schüchelnheit zu schützen, holte das Lehrprüfungsamt die Polizei.

Ab 1.10.74 soll eine neue Lehrprüfungsordnung (LPO) in Kraft treten. Diese LPO unterteilt sich in wesentlichen Punkten von den bisherigen Ausbildungsbestimmungen: Statt einer einheitlichen Ausbildung aller Volks- und Realschullehrer wird bisher, sind für den VR-Bereich vier verschiedene Lehramter vorgesehen: Je ein einfaches und erweitertes Lehramt für die Klassen 1-3 bzw. 6-10. Logisch, daß mit dieser „Stufenlehrausbildung“ die Lehrer gespalten werden sollen und damit ein gemeinsames Vorgehen gegen die Missetände im Bildungsbereich erschwert werden soll.

Zusammen mit der Spaltung der Lehrerstudierenden ist in der neuen LPO eine ungeheure Verschärfung des Leistungsdrucks enthalten. In die Studiengänge ist mehr Lernstoff reingestopft worden, es gibt mehr berufsbezogene Seminare vorgeschrieben, während bisher eine Bestätigung für die Teilnahme ausreichte. Was diese Bestimmung bedeutet, ist klar: nur nicht nach rechts und vor allem nicht nach links gucken, sondern

möglichst schnell (als Fachidiot!) das Studium abenden.

Wenn wir die Situation zu Anfang des Wintersemesters – mit „Zweitgutachten“, LPO, Prüfungspraxis und NC – sehen, wird die Verschärfung der Lehrerausbildung deutlich: der Abiturient muß erst durch den NC fürs Lehrstudium, muß sich durch eine ungenügende Pflichtveranstaltungen durchkämpfen, wobei die Teilnahme-scheine benotet werden. Auf die Prüfung bereitet man sich mit ungeheurer „Lernerei“ vor; man weiß, daß die Durchlaufquote hoch ist und daß man am Studienseminar nur mit einer guten Zensur ankommt. Weiter wird sich jeder zweimal überlegen, kritische Standpunkte in den Seminaren und auf sonstigen Veranstaltungen zu äußern, lieber zwei Worte weniger als ein Wort zuviel sagen, um nicht auf die Abscheuliche von Professoren und Lehrprüfungsamt zu kommen.

Wie werden die Studenten, die durch diese Mühen gehen, die gespalten und gegeneinander suspektiert werden sollen, die Konkurrenzkampf und Leistungsdenken empirisch haben, denen in der Prüfung noch einmal das Rückgrat gebrochen werden soll – wie werden sich diese Studenten entscheiden, wenn es als Lehrer darum geht,

die Eltern zu informieren über die Missetände an den Schulen, über Studienausfall, Raumnot usw.; Überstunden zu verweigern, die von

der Schulbehörde angeordnet werden, um die Schulmühen zu bücken; den Schülern eine möglichst angemessene Ausbildung zu geben und gegen Leistungsdenken und Konkurrenz unter den Schülern anzugehen?

Es ist klar, daß man dieser systematischen Formierung der Ausbildung nicht mit einem Schlag, und schon gar nicht allein von der studentischen Seite aus, erfolgreich entgegenzutreten kann. Das zeigen die mitlechtigen Erfahrungen, die die Lehrerstudierenden im Kampf gegen den NC gemacht haben, und das zeigt auch der erfolglose Versuch im letzten Semester die Öffentlichkeit in den Prüfungen herzustellen.

Es ist notwendig, unter den Studenten anhand ihrer konkreten Erfahrung an jeder Maßnahme den imperialistischen Charakter dieser Politik begrifflich zu machen, und in jeder Aktion gegen die inhaltliche Ausrichtung der gesamten Medienszene anzuknüpfen. Und wenn dieser Kampf gegen den Inhalt der imperialistischen Bildungspolitik gerichtet ist, d.h. gegen Formierung und Rationalisierung des gesamten Bildungsbereichs im Interesse der Kapitalisten, wird auch klar, wer die Hauptstößen dieses Kampfes sind. Nämlich die Kinder und die Werktätigen, auf deren Rücken diese Politik ausgetragen wird.

Ein erfolgreicher Kampf auch gegen die Verschlechterung der Lehrerausbildung kann nur im Bündnis mit diesen Kräften erfolgreich sein. Daß dieses Bündnis nicht nur notwendig ist, sondern auch möglich, liegt auf der Hand: Alle wesentlichen Bereiche der Bildung (und nicht nur die Lehrerausbildung) sind von der schärf-

ren Gangart der Bourgeoisie betroffen, überall auch sind die Mittel dieser Politik – Spaltung, Konkurrenz, Leistungsdenken – gleich: In

der „Beobachtungsstufe“ an den Schulen (4. und 5. Schuljahr) werden die „Lernfähigen“ von den „Leistungsschwachen“ getrennt in der Berufsbildung wird die Stufenausbildung durchgesetzt; an den Fachhochschulen wird der NC verschärft. In der gesamten Bildung soll statt „Chancengleichheit“ das Darwinische Prinzip: „Jeder gegen jeden – der Stärkere überlebt!“ gelten.

Um unter den Studenten für ein gemeinsames Vorgehen gegen diese Maßnahmen zu mobilisieren und die Betroffenen, auch Lehrer, Eltern und Schüler zu informieren, hat der Fachschaftsrat (FSR) Erziehungswissenschaft als ersten Schritt Briefe an die Lehrprüfungsamt und die Schulbehörde geschickt. In diesen Briefen, in denen die Verhältnisse im gesamten Bildungsbereich dargestellt sind, werden die zuständigen Herren aufgefordert, die Öffentlichkeit über die neuen „Tatsachen“, vor allem die Prüfungsveränderung, umfassend zu informieren. Gleichzeitig forderten wir sie zu Stellungnahmen zu ihren eigenen bildungspolitischen Aussagen auf.

Mit Kenntnisgabe dieses Briefes an politische und gewerkschaftliche Gruppen, an Studenten und Elternvertretungen, zeigten wir gleichzeitig unseren Willen, angesichts der allgemeinen Verschärfung auf ein gemeinsames Handeln aller Betroffenen hinzuwirken.

Genossen des BSB

Forti. NATO

Die strategische Bedeutung des Mittelmeerraums

Die strategische Bedeutung des Mittelmeerraums, der durch die NATO-Südflanke militärisch kontrolliert wird, liegt klar auf der Hand: Der Nahe Osten ist natürliches Bindeglied zwischen Europa, Afrika und Asien. Das Mittelmeer mit seinen wichtigen Seetransportwegen verbindet Europa mit den Ländern des Nahen Ostens, Nordafrikas und Asiens (besonders durch die geplante Wiedereröffnung des Suez-Kanals durch Ägypten). Die Erträge der reichen Ölfelder des Nahen und Mittleren Ostens (sowie Nordafrikas, Libyens) gelangen zum großen Teil über das Mittelmeer in die europäischen Bestimmungshäfen. Die Aufrechterhaltung dieser Verbindung wäre im Kriegsfall sehr wichtig (militärischer Treibstoff etc.). Die Beherrschung des Mittelmeers ist ausserdem Voraussetzung für den direkten Zugriff nach den arabischen Ölvorkommen.

Die Meerengen des Bosphorus und von Gibraltar sowie der Suez-Kanal sind für die Kontrolle des Mittelmeerraums von grosser Bedeutung. Die NATO beherrscht (über die Türkei und die 6. US-Flotte) den Bosphorus und damit den Zu- und Ausgang der sowjetischen Flotte zu ihren Heimathäfen im Schwarzen Meer.

Das östliche Mittelmeer ist ausserdem Drehscheibe für den Zugang zu weiteren militärischen „Konfliktfeldern“ (Palästina, Befreiungsbewegung von Oman-Dhofar, Grenzstreit zwischen Iran und Irak), die alle durchs „brisan“ sind.

Seit dem II. Weltkrieg ist im Mittelmeer die grösste amerikanische Marine-Einheit, die 6. US-Flotte, stationiert. Sie verfügt über zwei bis drei Flugzeugträger, 150 bis 200 Flugzeuge oder Hubschrauber, über eine grosse Interventions-Truppe (die sogenannten „Marine-Infanteristen“), über zwei bis drei Kreuzer, zehn bis zwölf Zerstörer und über eine Anzahl U-Boote, von denen aus Atomraketen in den südlichen Bereich der Staaten des Warschauer Pakts abgeschossen werden können.

Zypern und der „Kampf der Supermächte“

Der Konflikt um Zypern war für einige „Linke“ wieder Gelegenheit, ihre politische Blindheit und ihre objektiv provokatorische Rolle zum Thema „Kampf der Supermächte“ zur Schau zu stellen. Blind für die Tatsachen und nicht willkürlich bei der Verwendung bürgerlicher Falschmeldungen gegen die Sowjetunion wie vermischt, die Rolle der USA und der Sowjetunion beim Konflikt um Zypern gleichzusetzen. Diese „Linken“ enden damit konsequent bei einer Verharmlosung der Rolle des aggressiven NATO-Imperialismus, speziell des US-Imperialismus und des Imperialismus im eigenen Land, des BRD-Imperialismus.

Der „Rote Morgen“ der „KPD/ML“ (27. Juli) nannte noch nicht einmal den US- und EG-Imperialismus als Verantwortliche des faschistischen Putsches auf Zypern. In der Überschrift sprach er lediglich von „Kontenpolitik der Supermächte“ und im Text von einem „Kampf der „Obrieten“.

Den Artikel zierte außerdem auf der Titelseite ein Foto, das laut Unterschrift ausgerechnet ein „Kriegsschiff der neuen Zypern“ (also der Sowjetunion) zeigte. Ein reaktionärer bürgerlicher Journalist, der den Auftrag hat, die Rolle des NATO-Imperialismus beim Konflikt um Zypern zu beschönigen, hätte sich kaum geschickter vorgehen können als diese sonderbaren „Linken“.

Kaum besser, sondern zum Teil noch verblödet, war die Stellungnahme der „Roten Fahne“ der „KPD“ (24. Juli), die u.a. die bemerkenswerte Forderung „Sozialimperialisten raus aus Zypern“ aufstellte.

Diese Forderung ist zum einen obzön verübt, weil von einer Anwesenheit von „Sozialimperialisten“ auf Zypern gar keine Rede sein kann, so dass man sich fragen muss, was die Genossen von der „KPD“ bei dieser Parole bloß gedacht haben.

Die Forderung ist zum anderen auch inhaltlich absonderlich, da sie die Forderung „Sozialimperialisten raus aus Zypern“ (abgesehen davon, dass sie in diesem Fall jeder realen Grundlage entbehrt), die von „Linken“ eines imperialistischen (!) Landes aufgestellt wird, faktisch einen Verrat am sozialen und nationalen Befreiungskampf der vom Imperialismus unterdrückten Völker.

Nicht ganz so plump, aber inhaltlich um keinen Deut besser, ging der KBW vor. In seiner „KZV“ (24. Juli) schrieb er u.a.: „Auf der einen Seite stehen die USA, auf der anderen Seite die Sowjetunion. Die Sowjetunion ist die andere imperialistische Supermacht, die Sowjetunion, die ebenfalls nach der Beherrschung des Mittelmeers und des Nahen Ostens strebt, um die Insel für ihre Pläne zu nutzen ... Wie überall in der Welt versucht die Sowjetunion auch in Zypern die starke revisionistische Partei als ein Mittel ihrer imperialistischen Politik zu gebrauchen ...“ usw. und.

Keine Fakten, bestenfalls Spekulationen. Mit welchen konkreten Handlungen läßt die Sowjetunion erkennen, daß sie Zypern „für ihre Pläne nutzen“ will? In welcher Weise benutzt sie die zypriotische revisionistische Partei AKEL (die wichtigste Stütze des gestürzten Präsidenten Makarios), der wiederum vom KBW als Vertreter der nationalen Unabhängigkeit etc. angesehen wird) als „Mittel ihrer imperialistischen Politik“?

Mit derselben Methode könnte man z.B. behaupten, daß die Sowjetunion darauf „laert“, mit Hilfe der PCI Italien zu schücken usw. Wo dies hinführen würde, müßte eigentlich klar sein!

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die falsche Gleichsetzung von US-Imperialismus und „Sozialimperialismus“ und die Theorie von den „Supermächten“ als „Quelle der Unruhe in der Welt“ etc. zu schweren r e c h t l i c h e n Fehlern und letzten Endes im Lager der Bourgeoisie führt: von der Verharmlosung des Kampfes gegen den Imperialismus im eigenen Land schließlich zur Politik der „Vaterlandsverteidigung“ im super-„linken“ Gewand – hier sei an das Beispiel der französischen PCF/ML („Brüderpartei der KPD“) erinnert, die sich kürzlich dazu verführen liess, die Atomrüstung des französischen Imperialismus als „Abwehrwaffe gegen die Supermächte“ zu verteidigen (vgl. dazu AK 47, S. 24).

Teilweise haben diese Fehler ihre Ursache in der Übernahme falscher Thesen von Vertretern der VR China. Diese falsche Haltung führte z.B. dazu, daß die VR China (im Unterschied zu Albanien) nicht mit einer umfassenden politischen Stellungnahme zum faschistischen Putsch in Zypern auftrat und sich der chinesische UNO-Delegierte Tiao Gao-hua vor der UNO anerkennen, den US-Imperialismus als Drahtzieher des Putsches ausdrücklich zu benennen, sondern nur sagte: „Die von seinen der Supermächte gegen Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika gerichtete Aggression, Subversion und Intervention hat kein Ende. Ein ähnlicher Vorfall ist der militärische Staatsstreich in Chile.“ (zitiert nach „Peking Rundschau“, 40/73, S. 10). Als eine überzeugende Anpreisung des US-Imperialismus wird man das nicht gerade bezeichnen können.

Auch anlässlich des Konflikts um Zypern hat die VR China wiederum nur allgemein „die beiden Supermächte“ angeklagt, ohne konkret den US- und EG-Imperialismus als Drahtzieher des Versuchs zu entlarven, Zypern zu einem Stützpunkt der NATO zu machen.

Die bürgerliche Presse spendete dieser Haltung Lob und hob sie von der viel „unfreundlicheren“ Stellungnahme der Sowjetunion ab:

„Die Athenen Junte wurde von Peking – anders als von Moskau – niemals direkt angegriffen. Ein Zusammenhang zwischen der griechischen Regierung und der griechischen Nationalgarde auf Zypern wurde nicht hergestellt. Bezeichnend ist jedoch vor allem der Umstand, daß die chinesische Propaganda bisher niemals einen Hinweis auf etwaige Machenschaften bestimmter Nato-Kräfte im Hinblick auf den Putsch auf Zypern gegeben hat, wie dies systematisch von sowjetischer Seite und sogar von Parteiführern der VR China per se gemacht ist.“ („Frankfurter Allgemeine“, 24.7.74).

Zur selben Zeit meldete die bürgerliche Presse, daß der US-Senator Jackson einen öffentlichen Bewerber als Präsidentenwahlkandidat der „Demokratischen“ Partei, Gegner der „Entspannung“ mit der Sowjetunion) – der Anfang Juli die VR China besuchte – der israelischen Regierung eine angebliche mündliche Mitteilung Tschou Enlai's übermittelt habe. „Präzise sei an einer ständigen Haltung Israels im Nahen Osten interessiert, weil in dieser Region ein starkes Fluktuieren gegen die Sowjetunion notwendig ist“ (zit. nach „Hamburger Abendblatt“, 27.7.74).

Die VR China hat Jackson darauf-

hin nicht als Lügner bezeichnet. Wie allerdings die 150%igen Nachbeter der chinesischen Außenpolitik diese Kurve kriegen wollen, ist uns unklar.

Überlegenheit der NATO im Mittelmeer

In den gar nicht besonders linken Stellungnahmen mancher westdeutscher „Linken“ zur Situation im Mittelmeer wird ein sehr leichtfertiger Umgang mit den Tatsachen deutlich.

Das gilt besonders für das Kräfteverhältnis zwischen der 6. US-Flotte und der sowjetischen Mittelmeer-Flotte. So schrieb z.B. die „KZV“ des KBW (24. Juli): „In den letzten Jahren hat die Sowjetunion ihre Mittelmeerflotte ständig ausgedehnt. Heute umfaßt sie gleich viel Schiffe wie die Flotte der USA.“

Die Behauptung, daß die sowjetische Flotte im Mittelmeer heute schon ebenso stark sei wie die 6. US-Flotte und noch ständig weiter verstärkt wird, all die These von „Ring der Supermächte“ um das Mittelmeer glaubhaft machen; soll glaubhaft machen, daß die „Sozialimperialisten auch vom Mittelmeer her in Westeuropa einzudringen“ versuchen, daß sie „Westeuropa zungenförmig einkreisen“ (so die „KPD/ML“) wollen etc.

Tatsächlich ist aber selbst nach bürgerlichen Angaben (die doch die angebliche „sowjetische Bedrohung“ stets übertreiben), die Sechste Flotte an Zahl den sowjet-russischen Seeverbänden überlegen („FAZ“, 19.8.74). Darüberhinaus kreuzt noch eine starke britische Flotte im Mittelmeer von den Flotten anderer NATO-Staaten (Frankreich, Italien) einmal abgesehen.

Die Flotten der NATO beherrschen die Zugänge des Mittelmeers (Gibraltar und Bosphorus/Dardanellen) und sind wiederholt schon bis ins Schwarze Meer (Häfen an der Nordküste der Türkei) vorgedrungen.

Die NATO-Flotte verfügt über eine Kette von Stützpunkten in Portugal, Spanien, Frankreich mit Einschränkung, Italien, Malta, Griechenland mit Einschränkung, Türkei und Zypern. Dagegen verfügt die sowjetische Mittelmeer-Flotte, trotz anderslautender Gerüchte (die von Rechten und Super-„Linken“ um die Wette produziert werden) nicht über Stützpunkte im Mittelmeer. Selbst dort, wo die sowjetische Flotte zeitweilig Anlaufhäfen benutzte konnte (Ägypten, Syrien), handelte es sich nicht um feste Stützpunkte, die vertraglich gesichert und militärisch ausgebaut wären. Vor allem ist die Benutzung dieser Häfen höchst unsicher (vgl. Umorientierung Sadeis auf US- und EG-Imperialismus).

Dies hängt damit zusammen, daß sich die US- und NATO-Flotte im Mittelmeer auf zahlreiche imperialistische und kapitalistische Staaten stützen kann, die selbst ein vitales und konstantes Interesse – innen- und außenpolitisch – an diesem militärisch-politischen Bündnis haben; während sich die Sowjetunion im Mittelmeer (abgesehen von Jugoslawien, das aber einen betont „unabhängigen“ Kurs fährt) nicht auf Staaten stützen kann, deren Struktur der der Sowjetunion ähnlich wäre, sondern mit nationalen Bourgeoisien paktieren muß, deren „Opposition“ zum US- und EG-Imperialismus naturgemäß schwach ist.

Das Fehlen von Stützpunkten bedeutet für die sowjetische Mittelmeer-Flotte lange und unsichere Versorgungswege, zumal die „Flaschenhälse“ des Mittelmeers (Gibraltar und Bosphorus) von den NATO-Imperialisten kontrolliert werden.

Darüber hinaus hat die NATO die fast totale Luftüberlegenheit im Mittelmeerraum, wodurch die Aktionsfähigkeit der sowjetischen Flotte „im Ernstfall“ noch weiter eingeschränkt wird.

Aus diesem Kräfteverhältnis ergibt sich klar, daß die sowjetische Mittelmeer-Flotte bestenfalls eine defensive Aufgaben wahrnehmen kann (Schutz der Südküste des Warschauer Pakts) bzw. politische (Schaffung eines gewissen Gegengewichts gegen die alleinige Herrschaft der 6. US-Flotte im Mittelmeer).

Den Sowjetrevisionisten würde es natürlich auch nicht helfen; ihre Mittelmeer-Flotte auf Teufel komm raus weiter auszubauen. Abgesehen davon, daß ein Wettlauf mit den NATO-Imperialisten wohl wenig Aussicht hätte, wäre damit auch das Problem der fehlenden Stützpunkte und damit der langen und unsicheren Versorgungswege nicht gelöst, die die Grundlage der strategischen Schwäche der Sowjet-Flotte im Mittelmeer sind.

Den Sowjetrevisionisten bleibt also gar keine andere Wahl, als auf eine allmähliche politische Verbindung der Kräfteverhältnisse im Mittelmeerraum zu setzen, indem sie nationale Bourgeoisien (wie in Syrien) und nationale Befreiungsbewegungen

und Unabhängigkeitsbestrebungen (Palästina, Zypern unter Makarios) unterstützen.

Die Gleichsetzung der „beiden Supermächte“ trägt dieser Tatsache nicht Rechnung; sie lenkt ab von der konkreten Verantwortlichkeit der EG-Imperialisten ab, die als „Benachteiligten“ (und womöglich gar als „fortschrittlichen“ Element) völlig unter den Tisch fallen.

Hamburger FDP-Politiker gilt als „Sicherheitsrisiko“

Scharfen Angriffen von SPD und CDU seit der Hamburger Stellvertreter-Fraktionssitzung der FDP, Gerhard Weber – zugleich Generalsekretär des Hamburger CVJM und Vorsitzender der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ – ausgesetzt.

Schon im März wurde die Wahl Webers zum Fraktionsvorsitzenden der FDP durch Innenminister Klose (SPD) verhindert, der wissen ließ, daß Weber im Falle seiner Wahl keine Einsicht in Akten des „Verfassungsschutz“ haben würde, da er als „Sicherheitsrisiko“ gelte.

Ende August bestätigte Echter nach (CDU), Vorsitzender des parlamentarischen Aufsichtsausschusses für den „Verfassungsschutz“, daß Weber vom VS bezichtigt worden sei.

Weber sei ein Mann, „der sich nicht mehr in einer Bandbreite bewegt, die von Demokraten akzeptiert werden kann“.

Weber hat sich in der Zeit des „Kalten Krieges“ für die Verbesserung der Beziehungen zur DDR und

Sowjetunion eingesetzt sowie für die Aufhebung des KPD-Verbots. Andererseits versteht Weber sich offenbar als liberaler Christ. Seine Stellungnahme z.B. zu Solchentzyn, Sacharow & Co. ließ eine „engagiert“ anti-kommunistische Haltung erkennen (vgl. AK 41, S. 32).

Bei den Angriffen gegen Weber geht es darum, einen demokratischen Politiker zu treffen, der mit vielen seiner Initiativen – z.B. Stellungnahmen gegen das Berufsverbot für Linksradikele – im öffentlichen Dienst – sowohl der CDU als auch der SPD im Wege steht.

Die Angriffe gegen Weber gehören darüber hinaus in den größeren Zusammenhang eines Vernachlässigens des Klimas des „Kalten Krieges“ und der anti-demokratischen Heksenjagden der fünfziger und frühen sechziger Jahre wieder einzuführen, d.h. ein Klima der haltlosen Verdächtigungen und Bespitzelungen auch gegen nicht-kommunistische Demokraten.

KBW „legt Rechenschaft“ ab

– ein häßliches Schauspiel –

– ein häßliches Schauspiel –

Am 8. 7. legte der Hamburger Rechtsanwalt H. Pflaß eine „öffentliche Abrechnung“ der Spendensammlung für die türkischen Kollegen und eine Aufstellung der auf den Konto „Rechtsanwalts Pflaß“ eingegangenen Gelder vor. Diese Sammlungen wurden von KBW, SGG und „GUV“ (Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe) aus Anlaß der Ermordung von Nezet Deniz am 5.5. durch die faschistische Clique des türkischen Konsulats veranstaltet. Diese „Rechenschaft“ zeigt die ganze Verantwortungslosigkeit und politische Anmaßung der KBW „Solidarität“. Die in diesem offenen Brief an Pflaß vom IKAH („Arbeiterhilfe“) vorgelegten Fragen, sind bis heute unbeantwortet geblieben.

Auf einer „Bürgerversammlung“ vom 29.5. gesammelte 1.640, DM wurden ausschließlich für Propagandazwecke verbraucht. Darunter 1.000, DM für eine Anzeige im Springers „Hamburger Abendblatt“! Es strebt KBW & Co. mit den Beiträgen seiner Mitglieder natürlich frei, Propaganda nach seinen Vorstellungen zu machen, solange die Mitglieder sich das gefallen lassen. Daß aber Spenden von demokratischen Menschen den türkischen Kollegen entgegengebracht werden, die das Geld dringend brauchen, ist schlicht eine Schweinerei. Wie im „Offenen Brief“ der IKAH an Pflaß angeführt, hatte die Witwe von Nezet Deniz ursprünglich um Geld gebeten. Das wurde vom KBW mit der Begründung abgelehnt, das Geld sei schon ausgegeben!

Die genaue Verwendung von weiteren 1.940, DM auf dem „Rechtsanwalts“-Konto (am 8.7.) wird laut „Rechenschaft“ „mit unseren türkischen

Freunden und Kollegen festgelegt“! Freier muß bei jeder Soldatentatung geprüft werden, ob man das gesammelte Geld geht. Über die Verwendung der Gelder haben aber die Kollegen selbst zu entscheiden. Es gehört zu den üblichen Praktiken der Revisionisten, Unterstützung unter dem Anspruch einer „Mitscheidung“ zur politischen Einflussnahme und Erpressung zu benutzen.

Festzuhalten ist, daß im Juli, also zwei Monate nach dem Anschlag auf die türkischen Kollegen, immer noch kein Geld an sie eingegangen war. Lediglich die von Genossen des IKAH auf einer Demonstration und Veranstaltung Anfang Juni gesammelten 1.429, DM sind an die türkischen Genossen eingegangen.

Im „Offenen Brief“ wurde Pflaß gefragt: Worin hat die von euch angekündigte Rechenschaft bezuenden und welche Kosten hat die dadurch gehabt? Belegt das alles genau, damit nicht der Eindruck entsteht, das Geld sei einfach so in euren Anwaltsbüro verreckt.“ Bis heute ist dazu nichts öffentlich bekannt geworden, obwohl schon am 18.5. in einer Dokumentation über damals bereits eingegangene 1.047, DM „Rechenschaft“ angekündigt wurde!!!

Gerade angesichts der vielen Vorurteile gegen politische Spendensammlungen und angesichts der beschämenden Lage der ausländischen Kollegen ist ein solches Vorgehen äußerst schädlich. In Zukunft werden solche Methoden wesentlich schärfer unterzucht werden müssen. Es geht darum, solche Praktiken zu verhindern.

IKAH („Arbeiterhilfe“), Hamburg

KONTAKTADRESSEN

Bremen:
F. Köpfel
205 Bremerhaven 1
Postfach 00 31 60
Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmühlendorf
Pflanzung:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postfach 02 26 83
Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 90
Postfach 80 07 43
Hamburg:
Postadresse:
J. Heurtt
2 Hamburg 13
Ruhbahn 36
Kiel:
W. D. Schmal
23 Kiel 1
Postfach 086 831 A
Oldenburg:
Th. Ploggen
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen unserer Verbände Gruppen des ARBEITERKAMPF:

Bremen:
Arnold Neugeboren
20 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag um 14-Uhr am Bahnhof
Bücherthum
Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße“
34 Göttingen
Rote Straße 16
Di. 17 - 19 Uhr
Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postfach 60
Lübeck:
a/b Arbeiterbund
24 Lübeck 1
Mikser 68
Worms:
Florian Geyer
Über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 80
Weitere Verbindungsgruppen

SPDler macht sich für „Rehabilitierung“ von Angehörigen der Waffen-SS stark

In ihrer zweiten Juli-Ausgabe enthält die „Sozialistische Korrespondenz“ die Sympathien der SPD-Mitglieds Hans-Otto Weber für Faschisten (Weber war früher Vizepräsident des bayerischen Landtages und ist heute „Beauftragter für die Regelung von Fragen im Grenzgebiet zur DDR“).

In der März-Nummer der von der HIAG – „Hilfsorganisation auf Gegenseitigkeit“ ehemaliger Angehöriger der Mörderbande Waffen-SS – herausgegebenen Zeitschrift „Der Freiwillige“ erschien ein fakultäres Schreiben von Weber, das er am 4. Januar 74 an Friedrich Weißel, Vorstandsmitglied der HIAG und ehemaliger SS-Hauptsturmführer, gerichtet hatte. In diesem Brief dankt Weber nicht nur für den ihm übersandten Bildband „Wenn alle Bänder schweigen“, sondern erklärt ausdrücklich, dass dieser Band die Beurteilung der Waffen-SS bestätige, wie sie von Friedrich Weißel immer wieder vertreten worden sei und wie auch der SPDler Weber sie voll und ganz teile. Wörtlich: „Meines Erachtens kann von Kriegsteilnehmern, die gerecht und objektiv urteilen, überhaupt kein anderer Standpunkt eingenommen werden. Ich empfinde es als eine besondere Tragik, daß die politische Beurteilung dieser Frage in den ersten Jahren der Bundesrepublik von den Siegermächten in einer so ungerechten, emotionsbehafteten, einseitigen Weise beeinflußt, bzw. festgelegt wurde, und daß bis in die jüngste Zeit ein Abdrücken von den Fehlurteilen durch offizielle Aussagen der Parteien unterblieben ist.“

SPD-Mitglied Weber erblickt also eine „besondere Tragik“ in den Prozessen gegen diese Mörderbande der Nazizeit, wohl aber nicht in den Verbrechen, die unter der faschistischen Herrschaft an deutschen Volk und anderen europäischen Völkern begangen wurden. Aufgefordert, zu einem Brief Stellung zu nehmen, meinte Weber unverfroren: er sei „höflich interpretiert“ worden (1), es sei für ihn „eine Frage der Toleranz und der Humanität“ (2) gegenüber einer großen Zahl ehemaliger Soldaten, die diesem Truppenteil angehört.

Zwar soll Weber laut einer Erklärung der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes) in dem Brief seine „eingeschränkte Bewunderung“ für die Mördertruppen Hitlers offenlegen, doch kann sich die deutsche SPD-Fraktion die Empörung der Antifaschisten kaum erlauben. Die Formulierungen in Webers Brief münden zwar „unglücklich“, doch sei die Fraktion der Ansicht, man könne den Brief nicht so anlegen, als habe Weber sich pauschal (7) vor die Waffen-SS stellen wollen.

„Toleranz und Humanität“ gegenüber Faschisten, sich für die Rehabilitierung von faschistischen Mör-



Fascho-Freund Weber

der stark machen – und gegen Antifaschisten und streikende Arbeiter die Kugelpistole einsetzen, das die Politik der SPD ist, hat sich schon häufiger gezeigt. In Frankfurt, zuletzt am 16. Juni, als der faschistische „Deutschland-Treffen“ durch die Polizeitruppen der SPD geschützt wurde, während die Protestdemonstration der Antifaschisten auf brutale Weise von der Polizei zusammengepresst wurde.

KB / Gruppe Frankfurt

CDU will „eine Menge Lehrer feuern“

Die CDU hält das Bundesland Hessen für ein „Dorado kommunikativer Lehrer“. Falls sie – was die politische Vernunft der Bevölkerung von Hessen verhindern möge! – die hessischen Landesschulen im Herbst gewinnst, werde „in 14 Tagen (!) eine Menge Lehrer aus dem Schuldienst fliegen“.

So drohte der hessische CDU-Landesgeschäftsführer Kanther Ende August. CDU-Landesvorsitzender Dröggel gab ähnlich schärfmache- rische Äußerungen von sich.

Auch wenn dies später etwas abgeschwächt wurde – man wolle „Jeden Fall einzeln prüfen“ – ist die Absicht doch klar: die CDU hält die bloße Mitgliedschaft in einer „Linksrädlichen“ Organisation für ausreichend, um Lehrer zu feuern. Nun ist aber gerade die DKP bisher von der „linken“ hessischen SPD-Landesregierung relativ glimpflich (gemessen an anderen Bundesländern) behandelt worden; die Entlassung bzw. Nichtbestellung von Lehrern in Hessen beschränkte sich weitestgehend auf sogenannte „Chaoten“, d.h. Anhänger der revolutionären Linken. Dies will die CDU massiv ausweiten.

Inzwischen hat die CDU ihre Ansicht bekräftigt, die bloße Mitgliedschaft in der DKP sei für die Anwendung des „Extremisten-Erlasses“ gegen Lehrer ausreichend. Falls die SPD sich nicht dieser Auffassung beuge, werde die CDU ein

Verbot der DKP durchsetzen. Diese Ansicht wurde Anfang September auch von CDU-Fraktionschef Carstens vertreten. Carstens beläutete gleichzeitig, der Rechtsradikalismus sei in der BRD „keine Gefahr“, da er „harmlos“ sei.

Bezeichnet man den Bericht des

Wie der „Frankfurter Rundschau“ vom 6.9. zu entnehmen ist, waren unter mindestens 101 als „Verfassungsfunde“ abgelehnten Bewerber für den öffentlichen Dienst genau 4 (vier!) Rechtsradikale. Selbst der „Verfassungsschutz“ geht aber davon aus, daß sich im öffentlichen Dienst annehmend gleich viele Rechtsradikale wie „Linksrädliche“ befinden (vgl. Artikel). Daß Maß der Bevorzugung der Rechtsradikalen durch die bürgerlichen Staat als „staatstragende Kräfte“ wird daran nochmals deutlich.

Die höchste Zahl von Ablehnungen – 231 – verzeichnete die „FR“ übrigens nicht im schweizer Bayern oder Baden-Württemberg, sondern im SPD-regierten Hamburg!

„Verfassungsschutz“ für 1973, so zeigt dies entsprechend, daß dem Rechtsradikalismus 23 Seiten gewidmet sind, dem „Linksrädlichen“ (dazu wird auch der SHB gerechnet) dagegen 60 Seiten! Im VS-Bericht wird auch treuherzig ver-

sichert, daß die rechtsradikalen Organisationen „Renditeerwartungen im innerpolitischen Bereich“ seien. „Eine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bildete der Rechtsradikalismus auch im Jahre 1973 nicht.“

Man beachte allerdings die Zahl der im VS-Bericht 1973 ausgewiesenen „Radikalen im öffentlichen Dienst“, so ergibt sich: 1.343 Rechtsradikale und 1.423 „Linksrädliche“, also annähernd gleich viel. Nun sind die Angaben sicher nicht verlässlich, d.h. der Einfluß der Rechtsradikalen ist sicher noch beschränkt. Das zeigt sich schon daran, daß der Bericht gegenüber 1971 eine gesunkene Zahl von „Rechtsradikalen im öffentlichen Dienst“ ausweist (1.411 für 1972 gegenüber 1343 für 1973). Da kaum Rechtsradikale aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden sind, ergibt sich offenbar, daß die Zahlen manipuliert worden sind.

In jedem Fall zeigt sich klar der Widerspruch zur Tatsache, daß mindestens 95 % der Gefährten zu den „Linksrädlichen“ zählen, während kaum ein halbes Dutzend Maßnahmen gegen Mitglieder der NPD bekannt ist. Holte NPD-Funktionäre sind ausgedient in der Schulzeit, im Offizierskorps der Bundeswehr etc. Der Rechtsradikalismus „keine Gefahr“? Nein, für die CDU sicher nicht! Und für die SPD offenbar auch nicht.

„So töteten wir ...“

„Bild“ verherrlicht faschistischen Mordterror

Mit dem vielsprechenden Text „So töteten wir Oberbürgermeister Oppenhoff“ – „Zum erstenmal berichtet Oberbürgermeister Oppenhoff über seine Einsatzzeit in der besetzten Stadt“ kündigte die „Bild“ eine neue „Serie“ an, die am 25. August beginnt.

Diese „Serie“ schildert, im besten Stil der „Länder“-Romane, wie im Mai 1945 ein faschistisches Mordkommando den von den Amerikanern im besetzten Aachen eingesetzten Bürgermeister Franz Oppenhoff ermordete. Es handelt sich bei dem Kommando um Angehörige des sogenannten „Werwolf“, dessen Aufgabe die „Bild“ in der Vorankündigung so umschreibt: „...um deutsche Verräter hinter dem feindlichen Linsen zu liquidieren“.

Der „Werwolf“ war eine in Zivil operierende faschistische Terrortruppe, die in den letzten Monaten des Krieges aufgestellt wurde, um noch einmal Angst und Schrecken zu verbreiten. Ausgebildet wurde sie von

der Waffen-SS – derselben, die heute in aller Öffentlichkeit ihre „Traditionen“ (HIAO) und „Traditionen“ (Ehrenreiter) sich sogar SPD-Politiker einzuweisen.

In der ersten Folge der Serie in der „Bild“ (25.8.74) wird behauptet: „Hitler, Wewelfe schlugen nur ein einziges Mal zu: In Aachen töteten sie den Hochkommissar von den Amerikanern eingesetzten Oberbürgermeister Franz Oppenhoff.“

Diese Behauptung ist falsch. Tatsächlich haben die faschistischen „Werwölfe“ vielfach „zugeschlagen“, und zwar mit Vorliebe gegen unbewaffnete Antifaschisten, die noch kurz vor dem Einmarsch der alliierten Truppen ermordet wurden. So erschoss oder erhängte ein „Werwolf“ am 28. August 1945 in Penzberg (Bayern) 14 Männer und 3 Frauen, die als Linke und Gegner des Hitler-Regimes galten.

Nach dem Krieg wurden die Mör-

der zunächst in Penzberg vor Gericht gestellt. Es gab u. a. zwei Todesurteile, zweimal lebenslänglich und einmal fünfzehn Jahre. Alle Strafen wurden später mehrmals abgemildert, und mit einer Ausnahme (Hans Zöberlein, Führer des Kommandos und „prominenter“ Nazi, dessen Todesurteil in lebenslänglich umgewandelt wurde) waren die Mörder spätestens 1952 wieder auf freiem Fuß.

Die „Bild“ verrückt natürlich die u. a. in den Eindruck zu erwecken, als habe die ganze Tätigkeit des „Werwolf“ nur in dem „Einsatz hinter den feindlichen Linsen“ bei der Erschießung von Bürgermeister Oppenhoff bestanden, die als wahres „Husarenstück“ ausgemalt wird.

Nachdem allerdings sich die Freisprüche und Entlassungen „aus gesundheitlichen Gründen“ von faschistischen Massenmördern bläuen, und nachdem ein westdeutsches Gericht amtlich festgestellt hat, daß „Vergangenheit nicht gram“ gewesen sei (vgl. AK 46, S. 25), stehen demnach vielleicht auch weitere Sensationsberichte faschistischer Mörder an, etwa: „Wie ich 5000 Juden vergas“?

Hexenjagd

– Leserbrief –

Seit Wochen fällt die Liebesgeschichte der „Jedischen Mördern“ – der Arbeiterin Judy Andersen (Kranführerin) und der Kleinbürgerin Marion Ihms (Gemeinschaftsleiterin) – die Seiten der bürgerlichen Presse und vor allem von Springers „Bild“.

Das Breitreiten dieser Geschichte, das sicherlich viele Genossen und Genossinnen zum Kotzen finden, wird überhaupt erst dadurch ermöglicht, daß das Gericht mitteilt, das stundenlange Zitierra von Liebesbriefen der beiden, das detaillierte Ausfragen von Einzelheiten, die für die Urteilsfindung ganz unerheblich sind, aber vielleicht den Schmierpressen Adressen Freude machen und auf jeden Fall der Schmierpresse reichlich Munition verschaffen.

Natürlich spielt das Geschäft bei dieser Presse-Kampagne eine Rolle: Die „Porno“-Geschichten verkaufen sich offenbar gut und haben die ständigen Auflagen der Schmierpresse. Aber dieser kommerzielle Aspekt ist sicher nur zweitragend.

In erster Linie geht es um politische-ideologische Ziele. Einmal um die Diskriminierung lesbischer Frauen – die aber auch nur sozusagen der Sack sind, den man schlingt, während man den Esel meidet, d. h. überhaupt die weiblichen Emanzipationsbestrebungen.

Weiterhin geht es um die Demontierung und Entpolitisierung des Proletariats der Arbeiter, die Arbeiterin, die auf der Fahrt zur Arbeit diesen Kram lesen, und wo er vielleicht noch während der Pause Hauptgesprächsthema ist, denken aber weniger an politische Fragen.

Schließlich dient diese widerliche Kampagne auch dazu, in der Bewehrung ein günstiges Klima für Hexenjagden und Schwauprozesse zu schaffen, wo der Mensch, der einmal in diese Mühlen auf zum bloßen Objekt einer Schaustellung wird. Die klar politische Funktion dieses Vorgehens wird dann deutlich im Vergleich mit der ähnlich angelegten „Baader-Meinhof“-Kampagne vor einem Jahr. Man wird dies wohl auch deutlich sehen, wenn in einigen Monaten der Prozeß gegen die Hauptangeklagten der Gruppe beginnt.

Ich möchte dazu noch ein Beispiel geben: der Sohn einer früheren Kollegin von mir hatte ein Verhältnis

mit einer verheirateten Frau und wurde eines Tages von dem Ehemann der Frau erschlagen. Die „Bild“ brachte diese Geschichte mit allen Einzelheiten in einer so widerlich zudringlichen und herzlosen Weise, daß die Kollegin schließlich den Ar-

beitgeber kündigte. Die Kollegin wurde eines Tages von dem Ehemann der Frau erschlagen. Die „Bild“ brachte diese Geschichte mit allen Einzelheiten in einer so widerlich zudringlichen und herzlosen Weise, daß die Kollegin schließlich den Arbeitplatz wechseln mußte. Daran ist mir damals deutlich geworden, wie die Schmierpresse ganz bewußt auf eine Verrohung und Entsolidarisierung der Arbeiter untereinander hinarbeitet.

In einer besonders schweinischen Weise tut die „Bild“-Zeitung in einem Kommentar (vgl. Abdruck) dann auch noch so, als diese die Of-

fen der Arbeiterklasse

Deutsche Ärztekommission – Komplize der chinesischen Faschisten

Als unsere Kinder sterben, haßt ihr nicht gestrichelt?

„Freiheit für China“! Laut CDU eine tendenziöse Parole!

Gibt es Chinesen, die Tötungs- und Folterkammer?

Weibchen! Wer verändert die Akkordlohn?

Schmier, Schmier... Neue Lagen des KWB

KWB verleiht Kleinkredit – Ein Leserbrief

Bericht und Gewerkschaft

DGB: Der DGB ändert Arbeitskampfrichtlinien. Viel Lärm um nichts

Metalunion: Die Gewerkschaft der IG-Metal in Hannover

Wirtschaftsdemokratie und Antikommunismus im Mittelpunkt

Die Rationalisierung in der Metallindustrie wird forciert

Namen des Probs – weitere Rationalisierungen bei VW

Nicht immer Stempelgeld

Frankfurt: Rationalisierungen bei Brau

Vom Elefanten zum Gazellen

Themen-Konferenz an der Spitze der Edelstahlproduktion gesteuert

Gericht verurteilt die Schließung von Reynolds – eine Kritikprobe

bahnt sich als

Piercing, Neut, was?

Beitreibung in Leer (Ostfriesland)

Über eine ganz „normale“ Entlassung (HDW, Kwi) – Ein Leserbrief

Chemieindustrie: Tescos-Hamburg

Linker Vertrauensstellenrat

der abgemacht

Drochidschur: Erklärung des Kommunistischen Bundes zur „Alternative“

Inhalt

Die und die Sozialisten

Nieder mit dem chinesischen Faschismus

Auch der wirtschaftliche Imperialismus hat seine Finger im Spiel

CIA-Putsch-Agenten wurden in Westdeutschland ausgebildet!

Sage mir, mit wem du gehst

Faschismus – Mord an der Arbeiterklasse

Deutsche Ärztekommission – Komplize der chinesischen Faschisten

Als unsere Kinder sterben, haßt ihr nicht gestrichelt?

„Freiheit für China“! Laut CDU eine tendenziöse Parole!

Gibt es Chinesen, die Tötungs- und Folterkammer?

Weibchen! Wer verändert die Akkordlohn?

Schmier, Schmier... Neue Lagen des KWB

KWB verleiht Kleinkredit – Ein Leserbrief

Bericht und Gewerkschaft

DGB: Der DGB ändert Arbeitskampfrichtlinien. Viel Lärm um nichts

Metalunion: Die Gewerkschaft der IG-Metal in Hannover

Wirtschaftsdemokratie und Antikommunismus im Mittelpunkt

Die Rationalisierung in der Metallindustrie wird forciert

Namen des Probs – weitere Rationalisierungen bei VW

Nicht immer Stempelgeld

Frankfurt: Rationalisierungen bei Brau

Vom Elefanten zum Gazellen

Themen-Konferenz an der Spitze der Edelstahlproduktion gesteuert

Gericht verurteilt die Schließung von Reynolds – eine Kritikprobe

bahnt sich als

Piercing, Neut, was?

Beitreibung in Leer (Ostfriesland)

Über eine ganz „normale“ Entlassung (HDW, Kwi) – Ein Leserbrief

Chemieindustrie: Tescos-Hamburg

Linker Vertrauensstellenrat

der abgemacht

Drochidschur: Erklärung des Kommunistischen Bundes zur „Alternative“

Die Manke fällt Genossenschaft

Sprecher in der zweiten Instanz

Chausse & Bone, Ltd. Rationalisierungen lassen an

Handel, Banken, Versicherungen

HNB: Neue Satzungen werden

kommunistischer Angriff auf Kollegen

HNB plant Gewerkschaftsschlichte bei co op

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: GEW-Mitglieder

wehren sich gegen Bevormundung durch die Gewerkschaftsführer

Politik des BRD-Imperialismus

5,2 Mrd. Kredit – Bonn kauft sich Italien ein

Spagetti knapp

BDJ: „Grundlagenprogramm“

Bald eine Million Arbeitslose?

Politik der bürgerlichen Parteien

Hamburger FDP-Politiker gilt als „Schreckensredner“

SPDler macht sich für „Rehabilitierung“ von Angehörigen der Waffen-SS stark

CDU will „eine Menge Lehrer feuern“

„M. Angewandt“

NATO

Die NATO im belischen Maßstab

Einblick in die Südfinanz

International

England

Putschvorbereitungen in England

haben:

Kapitalist Pagen endlich an Knast

Er inhaftiert die Faschisten

Faschistischer Rechtsanwaltschaft

verhaftet

Frankreich

Schwarzwald in Lärche

Spanien:

Die Angst um die Nacht – wo als

abund wird

Portugal

Reaktion verschiedener reaktionärer Streitkräfte

Internationale faschistische Zentrale

aufgedeckt

Prot. will „eine Menge Lehrer feuern“

Unabhängigkeit für Guinea-Bissau

und Mosambik

Türkei

Zur Lage in der Türkei – Ein Leserbrief

Argentinien

Politischer Kampf und bewaffnete Aktion

Chile

stille gesendete Rubrik

Indien

Indien annehmt Sakim

Wortwechsel Links

KWB legt Rechtschulung – ein hübsches Schauspiel

Kampf dem Faschismus

13. August – Die Ratten kriechen aus

Schlomer geht immer – KWB und antifaschistischer Kampf

„Wenn Sie so wollen, ist es hier genau so wie bei Hitler“ – Flohmarkt

Hannover: Aktion gegen Faschisten

lang der Informationsfreiheit

Juden und Brandstiftung in der BRD

Eine Festkarte bricht auf – Botschaft

Folter, Mord – in westdeutschen

Gefängnissen an der Tagesordnung

Bericht des Gefangenen Otto W. über

Gefangenensituation in der

Prag, April 1974

Polenrat

Bullenrat in Frankfurt – Von „Gilt

krankenhaus“ geschlagen

Bildungspolitik

Vorschlag der Lehrerbildung

Wohnungspolitik

Geplanter Abriss von Notunterkünften

in Frankfurt: Vom Regen in die

Traufe

Bürgerlicher Lumpenproletariat

„So töten wir ...“

„Bild“ verherrlicht faschistischen Mordterror

Honoring – Ein Leserbrief

Gesundheitspolitik in der BRD

Radikaler Kampf gegen Medizin

Art in Hamburg: Bericht aus der

Praxis

118 – Bundesversammlung

stoppt Festsitzung

Hamburg: Demokratie, Marke SPD

Weitere Einschränkung der Rechte

kranker Arbeiter

Ein Genosse aus Hamburg-Altona